

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

19. Wahlperiode

45. Sitzung vom 18. und 19. November 2013 1. Sitzungstag (18. November 2013)

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw Gemeinderäte	S. 3	GR Friedrich Strobl	S. 48
		GR Johann Herzog	S. 50
		VBgmin Mag Renate Brauner	S. 51
2. Mitteilung des Einlaufs	S. 3		
3. Mandatsverzicht von GR Dr Harald Troch und GRin Nurten Yilmaz; Angelobung von Barbara Teiber und Safak Akcay	S. 3	Beratung der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport Rednerinnen bzw Redner: GRin Ing Isabella Leeb	S. 54
		GRin Mag Martina Wurzer	S. 56
		GR Dominik Nepp	S. 58
		GR Dr Wolfgang Aigner	S. 60
		GR Heinz Vettermann	S. 61
		GRin Mag Ines Anger-Koch	S. 63
		GR Senol Akkilic	S. 65
		GR Mag Günter Kasal	S. 67
		GRin Barbara Novak	S. 68
		GR Dietrich Kops	S. 70
		Amtsf StR Christian Oxonitsch	S. 71
4. 03623-2013/0001-GFW; MA 5, P 1: Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2014 03570-2013/0001-GFW; MA 6, P 2: Überprüfung von Gebühren und tarifmäßigen Entgelten Berichterstatterin VBgmin Mag Renate Brauner	S. 3	Beratung der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft Rednerinnen bzw Redner: GRin Ing Isabella Leeb	S. 74
		GR Mag Klaus Werner-Lobo	S. 76
		GR Mag Gerald Ebinger	S. 77
		GR Ernst Woller	S. 80
		GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 83
		GR Dr Alexander Van der Bellen	S. 84
		GRin Uta Meyer	S. 86
		GRin Mag Sybille Straubinger	S. 86
		GR Univ-Prof Dr Herbert Eisenstein	S. 88
		Amtsf StR Dr Andreas Mailath-Pokorny	S. 89
		Beratung der Geschäftsgruppe Umwel	
		GRin Mag Karin Holdhaus	S. 91
		GR Mag Rüdiger Maresch	S. 93
		GR Ing Udo Guggenbichler	S. 95
		GR Mag Jürgen Czernohorsky	S. 97
		GR Mag Wolfgang Jung	
		(zur Geschäftsordnung)	S. 100
		GR Erich Valentin (zur Geschäftsordnung)	S. 100
		GR Ing Udo Guggenbichler (tatsächliche Berichtigung)	S. 100
		GR Norbert Walter, MAS	S. 100
		GRin Mag Karin Holdhaus (tatsächliche Berichtigung)	S. 103
		GR Christian Unger	S. 103
		GR Ernst Nevrivy	S. 104
		GR Mag Günter Kasal	S. 106
		Amtsf StRin Mag Ulli Sima	S. 106
Beratung der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke Rednerinnen bzw Redner: GR Mag Alexander Neuhuber	S. 33		
GR Dipl-Ing Martin Margulies	S. 35		
GR Rudolf Stark	S. 38		
GR Mag Wolfgang Jung (zur Geschäftsordnung)	S. 40		
GR Dr Wolfgang Aigner	S. 40		
GR Dr Kurt Stürzenbecher	S. 41		
GR Dr Wolfgang Ulm	S. 43		
GR Godwin Schuster (zur Geschäftsordnung)	S. 45		
GR Mag Wolfgang Jung (zur Geschäftsordnung)	S. 46		
GRin Mag Dr Barbara Kappel	S. 46		

(Beginn um 9.01 Uhr.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich eröffne die 45. Sitzung. Entschuldigt während des gesamten Tages sind GRin Schubert und GRin Dr Vana.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass an schriftlichen Anfragen vom ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien fünf, vom Klub der Wiener Freiheitlichen eine eingelangt sind.

Von der Bezirksvertretung Floridsdorf wurde ein Antrag betreffend Schutz des Ziesel-Bestandes nördlich des Heeresspitals eingebracht. Diesen Antrag weise ich der amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Umwelt zu.

Herr Dr Harald Troch und Frau Nurten Yilmaz haben mit Ablauf des 28. Oktober 2013 auf die Ausübung ihrer Mandate im Gemeinderat der Stadt Wien verzichtet. Sie wurden bereits am 29. Oktober im Nationalrat als neue NationalrätInnen angelobt. Ebenso haben die GRe Ernst Holzmann und Petr Baxant mit Wirkung vom 13. November 2013 auf ihre Restmandate verzichtet. Der Herr Bürgermeister hat gemäß § 92 der Gemeindevahlordnung auf Grund des Wahlvorschlages der Sozialdemokratischen Partei Österreichs auf das frei gewordene Grundmandat im Wahlkreis Simmering Herrn Ernst Holzmann und auf das frei gewordene Restmandat Frau Barbara Teiber sowie auf das frei gewordene Grundmandat im Wahlkreis Ottakring Herrn Petr Baxant und auf das frei gewordene Restmandat Frau Safak Akcay in den Gemeinderat berufen. Gemäß § 19 der Wiener Stadtverfassung sind die Gemeinderatsmitglieder anzugeloben.

Ich bitte den Herrn Schriftführer, die Gelöbnisformel zu verlesen, und die neuen Gemeinderatsmitglieder, auf meinen Aufruf hin das Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe.“ zu leisten.

Schriftführer GR Mag Gerhard **Spitzer**: „Ich gelobe der Republik Österreich und der Stadt Wien unverbrüchliche Treue, stete und volle Beachtung der Gesetze sowie gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten.“

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Frau GRin Safak Akcay.

GRin Safak **Akcay** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Ich gelobe.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Frau GRin Barbara Teiber.

GRin Barbara **Teiber** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Ich gelobe.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Herr GR Petr Baxant.

GR Petr **Baxant**, BA (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Ich gelobe.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Herr GR Ernst Holzmann.

GR Ernst **Holzmann** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Ich gelobe.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die Angelobung ist damit vollzogen. Ich wünsche den neuen Ge-

meinderätinnen alles, alles Gute bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. (*Anhaltender allgemeiner Beifall.*)

Ich darf auf der Galerie auch die Familienangehörigen der neuen Gemeinderätinnen sehr herzlich hier im Gemeinderat begrüßen. Herzlich willkommen!

Wir fahren mit der Sitzung fort. Ich bitte, den Lärmpegel ein bisschen einzuschränken.

Die Postnummern 1 und 2 der Tagesordnung betreffen den Entwurf des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2014 und die Überprüfung von Gebühren und tarifmäßigen Entgelten durch den Gemeinderat. Ich schlage vor, die Beratung dieser zwei Geschäftsstücke zusammenzuziehen und die Verhandlung nicht nach den zehn Gruppen des Voranschlagsentwurfs, sondern nach Geschäftsgruppen zu gliedern.

Nach einem einleitenden Referat der Berichterstatterin zu diesen Geschäftsstücken, Frau VBgmin Mag Brauner, folgen die allgemeine Beratung und die Spezialdebatte über die Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke. Voraussichtlich am Dienstag dieser Woche wird nach dem Schlusswort der Frau amtsführenden Stadträtin für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke über die Anträge zu den genannten zwei Geschäftsstücken abgestimmt. Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben? – Das ist nicht der Fall. Ich bitte daher die Frau Berichterstatterin, Frau VBgmin Mag Brauner, die Verhandlungen über die Postnummern 1 und 2 einzuleiten.

Berichterstatterin VBgmin Mag Renate **Brauner**: Herzlichen Dank. Einen schönen guten Morgen, sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Herr Vorsitzender! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Unseren beiden neuen Kolleginnen ein herzliches Willkommen!

Sie haben beziehungsweise ihr habt eine besondere Diskussion als Einstieg in eure zukünftige Arbeit, denn, sehr geehrte Damen und Herren, ich darf Ihnen heute im Namen der Wiener Stadtregierung das Budget für das Jahr 2014 vorlegen. In den nächsten Tagen werden wir uns in der Debatte damit befassen, wo die Stadt im nächsten Jahr ihre Mittel verstärkt einsetzt und wie wir uns mit diesen Mitteln für die Zukunft rüsten wollen. Ich werde als zuständige Stadträtin nicht nur die Schwerpunkte bei den Investitionen erläutern, sondern auch aufzeigen, wo wir durch Reformen schlanker, moderner, effizienter werden, welchen Herausforderungen wir uns aktiv stellen wollen und müssen. Ich freue mich auf eine intensive Debatte und hoffe einmal mehr auf den Austausch sachlicher Argumente.

Das Budget 2014, das sich wie immer in einer eleganten grünen Mappe befindet, ist die in Zahlen gegossene politische Vorstellung der rot-grünen Stadtregierung zum Jahr 2014 und darüber hinaus. Uns liegt das Wohl der Menschen, die Zukunft dieser Stadt am Herzen, und dafür arbeiten wir mit vollstem Einsatz.

An dieser Stelle darf ich die Damen und Herren auf der Besuchertribüne ganz besonders herzlich willkommen heißen. Aber auch einen schönen guten Morgen an die Kollegen und Kolleginnen der Presse! Ich freue mich,

dass Sie dieser Debatte beiwohnen. Ich darf darauf aufmerksam machen, dass der gesamte Voranschlag im Sinne vollster Transparenz in Kürze im Internet auf „wien.at“ abrufbar sein wird.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die gute Nachricht vorweg: Wien ist wirtschaftlich gesund. Das zeigen die wichtigsten Kennzahlen. Die Einnahmen können wir 2014 erstmals mit knapp über 12 Milliarden EUR, ganz konkret mit 12,05 Milliarden EUR veranschlagen, damit sind sie etwas mehr als im Vorjahr. Die Ausgaben betragen 12,34 Milliarden EUR. Der administrative Abgang ist damit stark auf 288 Millionen EUR reduziert. Damit erfüllen wir bei strengem Budgetvollzug den innerösterreichischen Stabilitätspakt.

Das Bruttoregionalprodukt Wiens beträgt 78 Milliarden EUR. Der Schuldenstand Wiens wird 5,4 Prozent des Bruttoregionalprodukts betragen. Sehr geehrte Damen und Herren, ich wiederhole: Wir haben 5,4 Prozent. 60 Prozent wären die kritische Grenze der Europäischen Union, ab welcher Gebietskörperschaften Maßnahmen setzen müssten. Davon sind wir meilenweit entfernt! Oder um es anders und noch deutlicher zu sagen: Wien steht mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von rund 2 500 EUR gut da und liegt damit deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt von Ländern und Gemeinden, nämlich 2 900 EUR. Wien ist wirtschaftlich gesund; und das ist in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ganz besonders wichtig.

Die Kennzahlen, sehr geehrte Damen und Herren, zeigen auch, dass unsere Maßnahmen gegen die Krise gewirkt haben und wir ihre Auswirkungen, so gut es geht, eindämmen konnten. Betriebe siedeln sich weiter in großer Zahl in Wien an, schaffen Arbeitsplätze, investieren. Die Jugend findet Ausbildung und Beschäftigung. Wir können die Menschen mit sozialen Maßnahmen unterstützen und lassen sie nicht im Stich.

Auch wenn Wien damit relativ gut durch die Krise gekommen ist, sind natürlich auch an uns die schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht spurlos vorbeigegangen, wie das geringere Wirtschaftswachstum der letzten Jahre und die damit zusammenhängende steigende Arbeitslosigkeit deutlich macht.

Hilfe wird also auch weiterhin notwendig sein, denn auch 2014 wird kein leichtes Jahr. Die Experten und Expertinnen von WIFO und IHS prognostizieren im Moment für 2014 ein Wachstum von 1,7 Prozent – noch immer zu wenig, um die Arbeitslosigkeit zu senken. Wie fragil diese Prognosen sind, zeigen jene für das Jahr 2013. Wurde Ende 2011 noch ein BIP-Wachstum von 1,6 Prozent für Österreich prognostiziert, wurde dieses stetig auf 1,3 Prozent im Juni 2012 revidiert. Die letzte Prognose vom September 2013 zeigt uns gar, dass die Wirtschaft heuer nur um 0,4 Prozent wachsen wird.

Diese Zahlen, sehr geehrte Damen und Herren, beantworten auch die Fragen, die sich im Zuge der aktuellen Diskussion um das Bundesbudget in den letzten Tagen gestellt haben und die sicher auch in unserer Debatte eine Rolle spielen werden. Wien, sehr geehrte Damen und Herren, budgetiert stets so vorsichtig und setzt auf

einen strengen Budgetvollzug, dass wir mit geänderten Prognosen umgehen können. Denn unsichere Prognosen, sehr geehrte Damen und Herren, sind ja nun wirklich nichts Neues. Ich wiederhole noch einmal die Zahlen von vorhin: Die Budgeterstellung unseres jetzigen Budgets von 2013 erfolgte auf Basis der vorher erwähnten Prognosen von durchschnittlich 1,3 Prozent Wirtschaftswachstum. Die letzte, aktuelle Prognose liegt bei 0,4 Prozent. Damit sage ich Ihnen: Das macht den Budgetvollzug wirklich nicht leichter, aber mit großen Anstrengungen liegen wir im Plan.

Es ist, sehr geehrte Damen und Herren, für uns auch nichts Neues, zur Konsolidierung des Gesamtstaatshaushaltes beizutragen. Der Stabilitätspakt ist genau dieser Beitrag, und die Länder haben ihn bisher voll erfüllt. Was uns übrigens Lob von ungewohnter Seite eingetragen hat, nämlich von Finanzministerin Fekter, wenn Sie sich erinnern. Und wir Länder haben freiwillig im letzten Finanzausgleich unsere Einnahmen an die Wirtschaftsentwicklung und die damit in Zusammenhang stehenden, davon abhängigen Steuereinnahmen gekoppelt. Vorher war es so, dass die Länder einen Fixbetrag bekommen haben, unabhängig davon, wie die Einnahmen des Bundes waren.

Wir haben freiwillig gesagt, weil wir eben gemeinsam für dieses Land arbeiten: Wir akzeptieren, dass wir mit unseren Einnahmen im Positiven wie im Negativen an die Wirtschaftsentwicklung gekoppelt sind. Das heißt, wenn es geringere Einnahmen gibt, betrifft uns das mit dem Drittel, das die Länder aus dem Finanzausgleich bekommen. Das war in der Vergangenheit so, damit können wir umgehen, und das ist der Grund, warum ich bei diesem Budget, bei allen vorherigen, und ich nehme an, auch noch bei einigen in Zukunft, auf Investieren und Sparen und auf einen ganz, ganz strengen Budgetvollzug setze. Sparen und Investieren bleibt unser Leitsatz. Darauf konzentrieren wir uns auch im kommenden Jahr. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Der Applaus bestätigt, was ich jetzt sagen möchte. Dieses Grundprinzip des antizyklischen Investierens ist eine politische Entscheidung; und ich bin ganz überzeugt davon, dass sie richtig ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, Wien wird durch diese antizyklischen Investitionen eine prognostizierte Verschuldung von 4,57 Milliarden EUR aufweisen. Und das ist bei einem Budget von 12 Milliarden EUR noch immer eine absolut überschaubare Größe. Bei einer Wirtschaftsleistung von rund 78 Milliarden EUR beträgt die Verschuldungsquote 5,4 Prozent! Die kritische Grenze wären 60 Prozent! Führen Sie sich das bitte vor Augen!

Ich habe wirklich keine Freude mit den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Aber ich bekenne mich zur maßvollen Aufnahme von Fremdmitteln: um in Zukunftsprojekte zu investieren, um den Mittelstand zu entlasten – Stichwort Gratiskindergarten; um mit Aufträgen der Stadt die Wirtschaft weiterhin anzukurbeln und damit Arbeitsplätze zu sichern; um Mittel in Infrastruktur- und Fördermaßnahmen zu stecken, um damit den Wirtschaftsstand-

ort Wien weiter attraktiv zu halten.

Bevor Sie jetzt sagen, dass Sie das schon 27 Mal von mir gehört haben, ich erzähle ihnen immer dasselbe, sage ich, ja, das ist meine Meinung. Wir müssen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten mit öffentlichen Investitionen die Leistungen für die Menschen und die Attraktivität der Stadt hochhalten. Jawohl, Sparen und Investieren ist unsere Grundlinie, und wir bleiben weiter auf Kurs. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Mit dieser Meinung, sehr geehrte Damen und Herren, dass Schuldenaufnahmen unter gewissen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und zu bestimmten Zwecken notwendig sind, stehe ich nicht allein da. Auch auf europäischer Ebene, die ja für einen strikten Sparkurs bekannt ist, setzt sich langsam die Erkenntnis durch, dass ein radikaler Sparkurs ohne Investitionen die Wirtschaft, die Staaten und damit die Menschen noch tiefer in die Krise stößt, statt sie zu überwinden. So hat zum Beispiel EU-Währungskommissar Rehn laut Medienberichten vorgeschlagen, dass die Investitionsausgaben für Zukunftsbereiche wie Infrastruktur, Bildung, Forschung nicht auf die Staatsschulden angerechnet werden sollen.

Ich darf für Sie auch einen weiteren angesehenen Finanzpolitiker zitieren, nämlich mit einer Aussage, die er vor wenigen Wochen bei der IWF-Jahrestagung getätigt hat. Zitat: „Wann sind wir jemals ohne Schulden? Hoffentlich nie.“ – Zitat Ende. Und wer war das? Und jetzt hören Sie es zum 28. Mal, aber nicht von mir. Es war der deutsche Finanzminister und zutiefst konservative Wolfgang Schäuble. Von ihm stammt dieses Zitat.

Er schließt sich damit der Position vieler Ökonomen an, die sagen, dass bei einer Konjunkturschwäche und in Notsituationen neue Schulden gerechtfertigt sind; dass bestimmte öffentliche kreditfinanzierte Investitionen, etwa in den Bereichen Verkehr, Bildung und Forschung, Wachstum und Wohlstand sogar fördern. Damit macht Schäuble klar, was auch ich schon seit längerer Zeit zu sagen versuche. Die Wirtschaft ist ein dynamischer Prozess, sehr geehrte Damen und Herren. Wenn wir Unternehmen fördern, wenn wir Nachfrage stimulieren, kommt das durch gesunde Firmen, Arbeitsplätze und damit Steuereinnahmen wieder zurück. Das, denke ich, ist nicht zu schwierig zu verstehen und sollte sich langsam auch hier bei allen durchsetzen.

Sehr geehrte Damen und Herren, unser Plan ist bekannt. Gemäß dem innerösterreichischen Stabilitätspakt werden wir unsere Neuverschuldung Jahr für Jahr zurückfahren, und das ziehen wir auch ganz genau durch. Ziel ist, 2016 wieder eine schwarze Null zu schreiben. Wenn es die wirtschaftliche Situation dann zulässt, werden wir auch Schulden zurückzahlen, wie wir das ja auch vor der Krise getan haben, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

2014 gilt es, mit unseren Unternehmungen weiterhin die Wirtschaft am Laufen zu halten. Ein wirtschaftspolitischer Schwerpunkt gilt 2014 dabei den Unternehmensgründungen. Sie sind zentraler Antrieb der Wirtschaftsentwicklung und tragen mit ihrer Dynamik dazu bei, den

Standort Wien als internationales Wirtschaftszentrum zu etablieren. Die Zahl der Neugründungen hat sich in Wien von unter 4 000 pro Jahr Anfang der 1990er Jahre auf inzwischen rund 8 000 eingependelt. Im Jahr 2012 wurden sogar 8 279 Unternehmungen in Wien neu gegründet. Dabei ist wichtig: 6 von 7 Gründungen sind sogenannte EPU's, sprich, Ein-Personen-Unternehmungen, der Rest hat durch die Gründung 4 250 Arbeitsplätze geschaffen.

Im Jahr 2014 stehen in der gesamten Wirtschaftsagentur Wien Gruppe elf Förderprogramme für genau diese Unternehmungsgründungen beziehungsweise Projekte im Rahmen der Gründung von Unternehmen zur Verfügung. Die Wirtschaftsagentur Wien wird im Rahmen eines Schwerpunktes das Thema Unternehmensgründung in allen Arbeitsbereichen verstärkt aufgreifen – etwa im Rahmen von Förderboni wie bei der Dienstleistungsaktion, zielgruppenspezifischen Immobilienangeboten oder Wachstums-Coachings wie bei den Mingo-Büros.

Aber auch durch Förderung wird die Wiener Wirtschaft ganz gezielt unterstützt. Im Jahr 2014 kann die Wirtschaftsagentur Wien Gruppe Fördermittel in der Höhe von knapp 40 Millionen EUR an die Wiener Wirtschaft ausschütten; davon 33 Millionen EUR im Rahmen der Förderprogramme und zirka 7 Millionen EUR für besondere Forschungs- und Kooperationsprojekte – in meinen Augen ein ganz besonders wichtiger Zugang. Und im Gegensatz zu Fördereinrichtungen in anderen Bundesländern kann die Wirtschaftsagentur damit auf ein stabiles Förderbudget zurückgreifen.

Der Schwerpunkt der Programme ist auf mehr Wettbewerb und Innovation ausgelegt. Auch dadurch werden wir als Stadt effektiver und noch zielorientierter. Mit der Standortinitiative wurde im 2. Halbjahr 2013 eine neue Förderschiene eingerichtet und drei weitere Förderprogramme, nämlich Internationalisierung, Nahversorgung und die Geschäftsstraßen, wurden inhaltlich neu aufgestellt. Diese Förderprogramme werden 2014 sozusagen im Normalbetrieb laufen. Ich freue mich schon auf die Ergebnisse dieser Wettbewerbe.

Auch im vielfältigen Serviceangebot der Wirtschaftsagentur Wien stehen für 2014 einige Neuerungen und Verbesserungen für die Wirtschaftstreibenden an. Die Vorortbetreuung durch die Wirtschaftsagentur wurde neu ausgerichtet und steht den Wiener Betrieben seit Oktober dieses Jahres als Business-Support neu zur Verfügung. Nach dem erfolgreichen Aufbau des Expat Centers Vienna wird im kommenden Jahr der Unterstützung internationaler Unternehmungen ganz besonders Aufmerksamkeit geschenkt. Und andere erfolgreiche Projekte der Wirtschaftsagentur Wien Gruppe, wie WienWin, LISAvienna, Ideenwettbewerbe, Zielgruppen-Events oder Unterstützungsangebote für migrantische Unternehmen, um nur ein paar zu nennen, werden laufend weiterentwickelt. Mit diesen Angeboten passen wir uns permanent an die Bedürfnisse der Wirtschaftstreibenden an, aber auch jenen Rahmenbedingungen, die an eine Stadt, die im internationalen Wettbewerb steht, gestellt werden. *(Beifall bei*

SPÖ und GRÜNEN.)

Sehr geehrte Damen und Herren, einen entsprechend zentralen Stellenwert nimmt im Budgetvoranschlag 2014 die kommunale, ergänzende, aktive Arbeitsmarktpolitik ein. Wir haben mit dem Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds ein einzigartiges Instrument dafür – weil ich es für zentral erachte, dass die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in einer Millionenstadt Chancen am Arbeitsmarkt finden und diese auch annehmen können. Für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen unterstützt die Stadt Wien den WAFF wie bisher mit über 39 Millionen EUR. Damit können über 23 000 Wiener und Wienerinnen von den Maßnahmen und Programmen des WAFF für bessere Jobchancen profitieren. Und zwar berufstätige Wiener und Wienerinnen, insbesondere jene, die nur einen Pflichtschulabschluss haben, Frauen und WiedereinsteigerInnen, Wiener und Wienerinnen mit Migrationshintergrund, aber auch Unternehmen mit Personal- und Qualifizierungsbedarf.

Im Mittelpunkt der Schwerpunkte des WAFF steht auch 2014 die schrittweise Umsetzung des Qualifikationsplans Wien 2020 – das zentrale Element, um die Wiener und Wienerinnen für die Anforderungen des Arbeitsmarktes fit zu machen. Lassen Sie mich nur kurz mit einer Zahl untermauern, warum ich diesen Qualifikationsplan für so unendlich wichtig erachte. Laut aktueller Arbeitsmarktstatistik liegt die Arbeitslosenquote bei Menschen mit höchstens Pflichtschulabschluss bei 27,7 Prozent. In dem Moment, wo diese Menschen einen Lehrabschluss haben, sinkt die Arbeitslosenquote auf 8,1 Prozent. Diese Zahl macht deutlich, wie wichtig es ist, die Menschen zu qualifizieren. Ich will, sehr geehrte Damen und Herren, dass alle Wiener und Wienerinnen im Beruf erfolgreich sind, und ich will sie dabei ganz aktiv und konkret unterstützen. *(Anhaltender Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Durch das Ausbauen der Wiener Ausbildungsgarantie sollen vor allem Jugendliche zu einer fundierten Berufsausbildung kommen. Erwachsene sollen durch gezielte Weiterbildungsberatung und Förderung Bildungsabschlüsse nachholen können, allen voran den Lehrabschluss. Warum, haben die Zahlen, glaube ich, vorher ganz, ganz deutlich gezeigt. Aber unterstützt werden auch Unternehmen, die speziell qualifizierte MitarbeiterInnen suchen oder ihre bestehenden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen höher qualifizieren wollen. Auch hier liegt der Fokus auf dem Nachholen von formalen Bildungsabschlüssen.

Im Bereich Jugendliche wird der WAFF nach wie vor einen ganz großen Schwerpunkt setzen. Zur Unterstützung von Jugendlichen beim Berufseinstieg wird die Gemeinde Wien im kommenden Jahr wieder 10 Millionen EUR beitragen. Neben der überbetrieblichen Lehrausbildung für jene 3 000 Jugendlichen, die keine reguläre Lehrstelle finden, werden die Schwerpunkte auf ganz spezielle Angebote für ausgrenzungsgefährdete Jugendliche gelegt, bis hin zur punktgenauen Unterstützung bei der Vorbereitung für den Lehrabschluss.

Das ärgert mich persönlich ganz besonders, nämlich

wenn Jugendliche sozusagen schon einen Fuß über der Ziellinie haben und dann knapp vor dem Lehrabschluss abbrechen oder nach einem Durchfallen nicht wieder antreten. Da werden wir sie ganz konkret unterstützen. Denn kein Jugendlicher wird in Wien allein gelassen, kein Jugendlicher soll auf der Straße landen. Wir werden uns da um alle kümmern und wie bisher alle ganz konkret unterstützen. Das ist mir persönlich wirklich das größte Anliegen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Kampf gegen die Krise fordert von uns einerseits Investitionen, aber andererseits Maßnahmen und Reformen, um noch effizienter zu werden. Um es gleich zu sagen: Es gibt keine Rasenmäher-Sparinitiativen, sondern intelligente Reformen. Herzstück bei diesem Konsolidierungskurs ist und bleibt das Wiener Spitalskonzept und die Gesundheitsreform. Aber es gibt auch sonst viele kleine und große Maßnahmen quer durch alle Ressorts, quer durch den gesamten Magistrat und unsere Tochterunternehmungen, die für Effizienzsteigerungen sorgen und dadurch Mittel für andere wichtige Projekte frei machen.

Wir schaffen schlankere und flexiblere Strukturen in der Stadt: etwa durch die Organisationsreform im WAFF zu einem gemeinsamen Standort, durch die Zentralisierung des Kundenservice von Wiener Wohnen, durch die Standortkonzentration der MA 48 oder durch die Schaffung einer Feuerweherschule innerhalb bestehender Strukturen. Wir gehen neue Wege in der Finanzierung, wie wir es etwa bei der Wohnbauinitiative getan haben, oder im Bereich der Schulbaufinanzierung. Wir setzen inhaltliche Strukturreformen um. Das bedeutet, dass das Angebot der Stadt sich an die städtische und demographische Veränderung anpasst: beim Spitals- und Geriatriekonzept, aber auch beim Top-Jugendticket, das auf die Bedürfnisse der jungen Menschen eingeht, ein supergünstiges Angebot für die jungen Leute und nebenbei eine riesige Verwaltungsvereinfachung ist.

Wir haben durch bessere Organisation und effizienteren Personaleinsatz, durch bessere Nutzung von neuen Technologien eine Steigerung der Effizienz der Stadt und aller ihrer Leistungen und Angebote erreicht. Weitere Produktivitätssteigerung haben wir durch die Anwendung von E-Government erreicht. Wir haben, ich erwähnte es, Förderungen erneuert und dadurch zielgerichteter gemacht, und wir sorgen für einfachere Verwaltungsabläufe, zum Beispiel mit einer elektronischen Eingangserfassung im Magistrat der Stadt Wien, nämlich einer zentralen für den gesamten Magistrat.

All diese Maßnahmen – viele davon unspektakulär, aber ganz, ganz, ganz wichtig, um effizienter und besser zu werden –, das sind nämlich die konkreten Sparmaßnahmen, nach denen immer wieder gefragt wird. Wir haben diese Maßnahmen schon sehr erfolgreich begonnen und werden sie engagiert weiterverfolgen.

Noch eine kleine Nebenbemerkung: Wien wächst jährlich um 25 000 Menschen, und das bewältigt die Stadtverwaltung mit dem seit Jahren annähernd gleichen Mitarbeiter- und Mitarbeiterinnenstand; und ich finde, allein

schon dafür gebührt unseren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen ein ganz, ganz großes Dankeschön! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Sehr geehrte Damen und Herren, erlauben Sie mir, bei dieser Gelegenheit einen gemeinsamen Blick in die Zukunft der Stadt und auf die Herausforderungen, die vor uns liegen, zu werfen. Dazu einige Grundbemerkungen: Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise macht – ich sagte es schon, wir wissen es natürlich – mit ihren Auswirkungen vor Wien nicht Halt. Durch die schwierige finanzielle Situation ist eine immer größer werdende Ungleichheit zu beobachten, nämlich vor allem, was die ungleiche Verteilung von Ressourcen international, aber auch innerhalb Österreichs betrifft. Sie kennen die Zahlen: 1 Prozent der Haushalte besitzt 37 Prozent des gesamten Vermögens in Österreich. Die Bevölkerungsmehrheit, 90 Prozent, besitzt 31 Prozent des gesamten Vermögens. Oder anders ausgedrückt: Die reichsten 10 Prozent haben doppelt so viel wie die restlichen 90 Prozent.

Diese Ungleichheit führt dazu, dass unsere Gesellschaft immer weiter auseinander driftet. Als Kommune hat man hier beschränkten Handlungsspielraum. Trotzdem bemühen wir uns, mit unseren Maßnahmen ganz gezielt als Stadt gegenzusteuern. Und wie wir aus der entsprechenden Studie aus dem Vorjahr wissen, tun wir das erfolgreich.

Lassen Sie mich das an einem Beispiel erläutern. Gerade bei der bedarfsorientierten Mindestsicherung zeigt sich die Krisenauswirkung einerseits und andererseits, wie wir ganz konkret die Menschen unterstützen. Die traurige Tatsache, die Zahl der BMS-Bezieher und -Bezieherinnen steigt. Aber die Zahl der Personen, die ausschließlich von der Mindestsicherung leben, beträgt nur 9 Prozent. Der Rest, also 91 Prozent der Bezieher und Bezieherinnen der bedarfsorientierten Mindestsicherung sind Menschen, die arbeiten oder gearbeitet haben, aber so wenig verdienen, dass sie von uns eine Ergänzungsleistung bekommen müssen.

Das ist ein krasses Beispiel für ungleiche und ungerechte Einkommensverteilung und ein Beispiel für die Ungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern, denn viele dieser Bezieher sind Bezieherinnen, nämlich Frauen mit niedrigem Einkommen. Deswegen ist es uns im Rahmen der Möglichkeiten einer Kommune ganz wichtig, dass wir in Wien mit zahlreichen Maßnahmen hier gegensteuern, von der Wohnbauförderung bis zum Gratiskindergarten.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir stehen vor immensen Herausforderungen. Und gerade in Zeiten wirtschaftlich schwieriger Situationen, in Zeiten ungleicher Einkommensverteilung ist eine starke öffentliche Hand, eine starke öffentliche Daseinsvorsorge gerade für diese Menschen ganz besonders wichtig. Das wird sich in Zukunft nicht ändern, denn die Herausforderungen steigen; und ich möchte Ihnen aus meiner Sicht die drei wichtigsten Herausforderungen, vor denen wir stehen, skizzieren.

Zum einen der wirtschaftliche Wandel in unserer Stadt: Die Wiener Unternehmungen passen sich den

veränderten internationalen Rahmenbedingungen an. Sie sind modern, sie sind innovativ. Das bedeutet aber auch, dass immer häufiger andere Formen entstehen. Ein-Personen-Unternehmungen, Start-ups, projektbezogene Zusammenschlüsse von Firmen und Ähnliches. 99 Prozent der Neugründungen und der Wiener Unternehmungen sind Klein- und Mittelunternehmen, die Hälfte davon wieder Ein-Personen-Unternehmen. Diesen besonderen Herausforderungen und Bedürfnissen müssen wir uns noch stärker widmen. Die neue Förderstruktur der Wirtschaftsagentur ist eine erste Antwort darauf.

Aber es sind nicht nur die kleinen Unternehmungen, die sich verändern, sondern auch die großen. Bei einem mehrteiligen, gemeinsamen Arbeitskreis mit der Industriellenvereinigung in den letzten Monaten in Wien und einer Arbeitsgruppe beim Europäischen Forum in Alpbach haben wir uns den Problemstellungen der Wirtschaft, vor allem der Industrie in Wien, eben gemeinsam mit der IV intensiv gewidmet. Denn während niemand daran zweifelt, dass Wien eine Dienstleistungsmetropole ist und hier sehr gute Kennzahlen aufweist, ist es zweifelsohne so, dass die Stadt die Industrie braucht. Eine moderne, innovative, wissensbasierte Industrie frei nach dem Motto: Früher ist es uns gut gegangen, wenn die Schloten geraucht haben; jetzt geht es uns gut, wenn die Köpfe rauchen.

Es gibt keinen Grund, sehr geehrte Damen und Herren, pessimistisch zu sein. Wien ist mit einem Anteil von 16 Prozent an der Wertschöpfung des produzierenden Bereiches der drittgrößte Produktionsstandort Österreichs. Zudem ist die Exportintensität der Wiener Industrie die höchste aller Bundesländer. Fast 97 Prozent aller Güter, die in Wien produziert werden, werden exportiert. Die Wiener Produktion ist damit absolut international wettbewerbsfähig. Die Wertschöpfung der Industrie hat sich von 2000 bis 2010 in Wien von 9,5 Milliarden EUR auf 11,8 Milliarden EUR erhöht.

Jawohl, es gibt sinkende Arbeitskräftezahlen in dieser Sparte. Das beruht aber auch darauf – ich zitiere den Präsidenten der Industriellenvereinigung –, dass die Industrie viele Aufgaben ausgelagert hat: im Reinigungsbereich, in der Sicherheit. Diese Jobs muss man fairerweise mitberücksichtigen, wenn man die Zahlen seriös vergleichen möchte. Aber – und auch hier haben wir eine große Herausforderung – diese hohe Produktivität dynamisiert auch die Herausforderungen. Denn durch die hohe Produktivität muss das Wachstum des Sektors noch höher sein, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, und damit wird die Herausforderung für uns noch größer.

Damit komme ich schon zur zweiten These der Veränderung in dieser Stadt. Sie wissen, dass mir das Thema Bildung und Qualifikation ein ganz, ganz wichtiges Anliegen ist. Die Veränderung der Industrie, die Veränderung der Wirtschaft, der Betriebe bedeutet natürlich auch eine Veränderung am Arbeitsmarkt. Die Anforderungen an die ArbeitnehmerInnen wachsen in allen Branchen. Die Beschäftigung in Wien wächst zwar, wir haben ein „all time high“ an Arbeitsplätzen in dieser Stadt, allerdings

vorwiegend in Bereichen, die gute Qualifikation voraussetzen. Gleichzeitig steigt die Arbeitslosigkeit, weil zum einen die Bevölkerung noch mehr steigt, zum anderen wir nach wie vor an den Folgen der Wirtschaftskrise zu leiden haben.

Von Arbeitslosigkeit gefährdet sind vor allem Menschen mit nicht so guter Ausbildung. Ich darf die Zahlen von vorhin in Erinnerung rufen. Diese Zahlen zeigen deutlich, wie wichtig es ist, dass wir die Menschen hier bei der Bildung unterstützen. Auch für die Wirtschaft ist das von zentraler Bedeutung, denn mit gut ausgebildeten Fachkräften stellen wir den Betrieben der Stadt – egal, ob große oder kleine – die wichtigste Ressource schlechthin zur Verfügung.

Dabei ist es zentrale Herausforderung und großes Ziel, allen Wienern und Wienerinnen die beste Bildung und Ausbildung zur Verfügung zu stellen, und zwar in allen Phasen ihres Lebens: im Gratiskindergarten, in modernen gut ausgebauten Schulen, mit Lehrplätzen in den hervorragenden Betrieben Wiens; für jene, die keinen Lehrplatz gefunden haben, in der überbetrieblichen Ausbildung und später bei der Fort- und Weiterbildung, beim Nachholen von Bildungsabschlüssen; und mit herausragenden Universitäten, Fachhochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Wo es in unserer Kompetenz steht, wo wir Rahmenbedingungen schaffen können, sorgen wir dafür, dass alle die besten Chancen haben, von Anfang an. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Die dritte und vielleicht zentralste Herausforderung lautet: Wien wächst mit atemberaubender Geschwindigkeit. Das ist ein großartiges Kompliment an uns alle, denn das zeigt, dass die Menschen in dieser Stadt Chancen vorfinden, ein angenehmes Klima zum Leben und Perspektiven für ihre persönliche Zukunft. Es ist aber auch eine der größten Herausforderungen in dieser Stadt, der wir uns in den nächsten Jahren stellen müssen.

Im Jahr 2030 werden wir in dieser Stadt – wie schon 120 Jahre zuvor – wieder mehr als 2 Millionen Menschen zählen. So eine Entwicklung, sehr geehrte Damen und Herren, kann man erdulden, man kann sie interessiert beobachten, man kann sie ausschließlich kurzfristigen finanziellen Verwertungsinteressen überlassen. Wir in Wien wollen diese Entwicklung aber aktiv gestalten, sehr geehrte Damen und Herren. Wir gehen dieses Wachstum mit einem Plan, mit konkreten Vorstellungen an.

Wir möchten die Stadt auch mit hunderttausenden Bewohnern mehr so lebenswert und leistbar halten, wie sie heute ist. Wir möchten, dass die Öffis auch in die neuen Stadtteile fahren, und die Menschen von Anfang an schnell, günstig und umweltfreundlich in jede Ecke Wiens kommen. Wir möchten, dass der Wohnraum, den wir benötigen, attraktiv ist und in allen Gegenden leistbar bleibt. Wir möchten, dass die gesundheitliche und soziale Versorgung für alle sichergestellt ist und wir das weltweite Spitzenniveau halten, um das uns viele beneiden.

Wir möchten Wien als Umweltmusterstadt weiter erhalten und ausbauen. Wir möchten unseren Beitrag zur

Bildung auch in Zukunft leisten, von der Kinderbetreuung angefangen bis hinauf zur Ausbildung an den Universitäten. Und wir möchten weiterhin eine Stadt sein, um die wir in der Welt beneidet werden, ob unserer Kultur, unserer Modernität, unserer Toleranz allen gesellschaftlichen Gruppen gegenüber. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Diese Vorgaben können wir aber nur erfüllen, wenn wir uns der Erweiterung der Stadt mit ganz besonderem Engagement und besonderer Weitsicht widmen. Denn nicht nur das Wachstum an sich, sondern vor allem die Dynamik ist eine Herausforderung. Jährlich wächst Wien um 25 000 Menschen. Das bedeutet, alle zwei Jahre kommt sozusagen St. Pölten zu Wien dazu. Ich bitte Sie, sich einmal kurz vor Augen zu führen, was das für die Versorgung der Menschen bedeutet, nämlich in Bezug auf Wohnraum, Arbeit, medizinische Versorgung, Bildung, Freizeit, Kulturangebote! Daher ist es in wirtschaftlich schwierigen Zeiten notwendig, dass wir uns eben genau diesen Schwerpunkten mit Investitionen widmen und gleichzeitig durch Strukturreformen finanziellen Spielraum für genau diese Investitionen schaffen. Denn, und das möchte ich an dieser Stelle gar nicht verschweigen, das Wachstum der Stadt stellt uns vor große Herausforderungen, ja, auch vor Probleme.

Die Erhaltung der Lebensqualität der Stadt ist den Menschen wichtig. Bestes Wasser aus der Leitung, höchste Sauberkeit an allen Ecken der Stadt – an allen, nicht nur im 1. Bezirk wie in anderen „tollen“ Städten, sondern wirklich überall, bis ins letzte Winkel –, gepflegte Grünräume. Die Erhaltung, der Ausbau und die Verbesserung, all das kostet Geld. Gerade in Zeiten knapper Budgets, sowohl öffentlicher als auch jener in den privaten Haushalten, sind daher moderate Anpassungen der Gebühren zum Zweck von Investition von Nöten. Dass niemand eine Freude damit hat, sehr geehrte Damen und Herren, ist klar. Aber ich kann den Wienern und Wienerinnen versichern, dass jeder Cent drei Mal umgedreht wird und jeder Cent in Qualitätsverbesserung läuft, sehr geehrte Damen und Herren.

Und mir als Öffi-Stadträtin ist natürlich der Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel in Wien ganz besonders wichtig, weil ich von der Leistung und der Qualität der Wiener Linien überzeugt bin. Glücklicherweise sind es auch die Wiener und Wienerinnen. Bei der Eröffnung der U2 in Aspern waren 300 000 Menschen. Sie konnten sich persönlich davon überzeugen, dass man in 20 Minuten mit der U2 von Aspern in der Innenstadt ist. Vom U2-Ausbau zur Seestadt profitieren übrigens jetzt schon 40 000 Menschen in den umliegenden Siedlungsgebieten, und auch der Ausbau des Oberflächenverkehrs im 22. Bezirk geht voran. Unser Ziel ist, dass innerhalb von 15 Minuten jeder Donaustädter/jede Donaustädterin entweder bei der U-Bahn oder bei der S-Bahn ist. Und wir sind da gut unterwegs. Die nötigen Detailverbesserungen werden jedenfalls erfolgen.

Sehr geehrte Damen und Herren, von Schaffung von Wohnraum über das Thema Gesundheit und Pflege bis hin zur Bildung erstrecken sich die Zukunftsthemen. Die

Stadt verändert sich und sie wächst. Wir analysieren diese Entwicklungen ganz genau. Wir erarbeiten die Grundlagen; und das genau sind die Grundlagen und Hintergründe dieses Budgets als Antwort auf diese Herausforderungen, denen wir uns als Stadtregierung aktiv stellen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe es kurz angerissen: Der Bereich Gesundheit und Soziales ist in einer wachsenden Stadt ein Schwerpunktbereich, in den wir investieren müssen, wo wir aber gleichzeitig auch bewusst Kosten dämpfen. Mit monatelangen Verhandlungen und ExpertInnenrunden haben Österreichs Spitzen aus dem Bereich der Gesundheits- und Sozialpolitik den Kostendämpfungspfad im Gesundheitswesen erarbeitet. Dies wäre ohne unser ehrgeiziges Projekt der Spitalsreform nicht umsetzbar.

Diese Überlegungen und Verhandlungen waren äußerst komplex. Und wenn ich nun von einer Pressekonferenz höre und einer angeblichen Studie – sie war leider bis jetzt nicht auftreibbar –, wonach da schnell ein paar Hundert Millionen Euro eingespart werden könnten, so ist das, sehr geehrte Damen und Herren, höchst fragwürdig. Bei einem Budget von 1,9 Milliarden EUR 680 Millionen EUR einsparen zu wollen ohne Qualitätsverlust für die Patienten und Patientinnen, ohne dass es jemand merkt, ist, höflich formuliert, um die Würde des Hauses zu wahren, unseriös, sehr geehrte Damen und Herren! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Mit dem dagegen höchstseriösen Wiener Spitalskonzept 2030 arbeiten wir gezielt an der Zukunft. Damit ist Wien für mehr EinwohnerInnen, aber auch für die veränderten Bedürfnisse gerüstet. Daher wird das Spitalskonzept auch im kommenden Jahr mit diesem Budget Schritt für Schritt umgesetzt: mit Investitionen in die Modernisierung der sieben zentralen Spitalsorganisationen, gleichzeitig mit einem Bündel von Maßnahmen, um die Effizienz zu steigern und Kosten zu dämpfen.

Auch das Wiener Geriatriekonzept gehört maßgeblich dazu, wenn wir uns damit auseinandersetzen, wie wir künftig die Versorgung mit Pflege in dieser Stadt sicherstellen. 2014 werden dabei einige wichtige Meilensteine umgesetzt. Mit einer Vielzahl neuer Einrichtungen ist Wien gerüstet für die medizinischen Bedürfnisse ihrer BewohnerInnen, und das wird die Stadt dank der Reformen auch in Zukunft sein. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Den Zukunftsblick kann es nicht geben ohne den Blick auf unsere Kinder und damit auf das Thema Bildung und Ausbildung. Hier investieren wir, weil wir davon überzeugt sind, dass sich jeder investierte Cent mehrmals rechnet; weil es die wachsende Stadt nötig macht, weil wir die Menschen auch weiterhin entlasten wollen und damit in Wien der Kindergarten auch weiterhin beitragsfrei bleibt. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Der Gratiskindergarten läuft in Wien nun seit vier Jahren. Es wird manchmal vergessen, welche Dynamik auch hier vorherrscht. In diesem Zeitraum hat Wien insgesamt

rund 12 000 zusätzliche Krippen- und Kindergartenplätze geschaffen, hält derzeit bei 53 500 Kindergartenplätzen, 20 000 Krippenplätzen im privaten und städtischen Bereich – so viele Plätze wie nie zuvor! Auf Grund dieser Investitionen hat Wien als erstes und einziges Bundesland das Barcelona-Ziel überschritten. Die EU-Vorgabe sieht vor, dass für mindestens 33 Prozent der Kinder unter 3 Jahren Betreuungsplätze vorhanden sein müssen. In Wien sind es sogar 36 Prozent, und der Ausbau geht weiter. Im kommenden Jahr, 2014, werden mit diesem Budget 2 000 Plätze zusätzlich geschaffen, denn diese sind notwendig. Aber wir müssen uns bewusst sein, dass das natürlich Geld kostet, und dass damit die Ausgaben in diesem Bereich auf 677 Millionen EUR steigen.

Sehr geehrte Damen und Herren, mit diesem Budget wird es auch möglich sein, zusätzlich zum Neubauprogramm 2012 – 2023 und dem Schulsanierungspaket bestehende Pflichtschulen weiterhin und kontinuierlich zu erweitern – allein 2014 an 5 Schulstandorten mit einem Invest von über 12 Millionen EUR. 60 Millionen EUR investieren wir in die Sanierung von 142 Schulen. Wien setzt auf Quantität, aber auch auf Qualität, denn hier geht es um unsere Kinder, zum Beispiel mit dem Ausbau von Ganztagschulen. Schon jetzt bieten mehr als 50 Prozent der Schulstandorte Ganztagsbetreuung an. Im Österreichschnitt sind es nur 36 Prozent. Und 2014 kommen mit diesen finanziellen Mitteln, über die wir die nächsten Tage diskutieren werden, noch 5 weitere Ganztagsvolkschulen dazu. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! 300 000 Menschen mehr als heute werden im Jahr 2030 in Wien leben. Das ist, als ob die zweitgrößte Stadt Österreichs, ganz Graz, dazukommen würde. Damit diese Menschen auch genügend Wohnraum vorfinden können, werden wir den Wohnbau in der Stadt weiter vorantreiben. Wien geht mit seiner Wohnbaupolitik einen einzigartigen Weg. 220 000 Gemeindewohnungen und 200 000 geförderte Wohnungen bedeuten, dass 60 Prozent der Wiener und Wienerinnen im geförderten Wohnbau leben. Das sind 1 Millionen Menschen, die mitten in einer Metropole zu günstigen Preisen in unterschiedlichen Gegenden in dieser Stadt leben können.

Damit ist Wohnen auch deutlich billiger als in anderen Metropolen wie München oder Barcelona. Denn durch das große Angebot an geförderten Wohnungen sinkt die Durchschnittsmiete, der hohe Anteil wirkt sich generell dämpfend auf die Mietpreise aus. Trotzdem macht uns natürlich die Preisentwicklung am freien Markt große Sorgen. Wir fordern daher bessere bundesgesetzliche Regelungen, um die Mieter und Mieterinnen hier besser zu schützen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wir in Wien bauen jedenfalls weiter. Die in Wien vorgesehenen Wohnbauförderungsmittel im Ausmaß von 686 Millionen EUR – im Übrigen sind in Wien die Wohnbauförderungsmittel immer zu 100 Prozent auch wirklich in den Wohnbau gegangen – werden 2014 die Neuerrichtung und Sanierung von Wohnhausanlagen ankurbeln, um wieder einen wichtigen Beitrag zum leistbaren und

qualitätvollen Wohnen und, nebenbei bemerkt, zur Sicherung vieler, vieler Tausend Arbeitsplätze leisten: 300 Millionen EUR Förderungssicherungsvolumen für 6 500 bis 7 000 neu zu errichtenden Wohnungen; 255 Millionen EUR für Sanierungsprojekte; 50 Millionen EUR für thermische, energetische Sanierungen und, nicht zu vergessen, 72 Millionen EUR für die wichtige Wohnbeihilfe, denn auch in diesem Bereich sorgen wir mit sozialen Maßnahmen dafür, dass das Wohnen für alle leistbar bleibt.

Sehr geehrte Damen und Herren, Wien ist lebenswert, prosperierend, innovativ. Darüber sind wir uns wohl einig, sonst würden wir nicht alle miteinander so engagiert für diese Stadt arbeiten. Diese Tatsache wird in Wien aber oft als selbstverständlich erachtet, ist aber das Resultat langer Arbeit. Sie können es schwarz auf weiß sehen in diversen Studien, in Untersuchungen, in Befragungen, in Rankings: Wien landet überall auf Spitzenplätzen. Sei es bei der Lebensqualität, bei der Innovation, bei den Zukunftsaussichten. Die Kreativität der Wiener und Wienerinnen, die Innovationskraft der Wiener Unternehmen und nicht zuletzt auch eine vorausschauende Politik sind Grundlage für diese herausragende Qualität der Stadt.

Um diese Qualität bei allen dargestellten Herausforderungen zu sichern und weiter auszubauen, bedurfte und bedarf es einer Finanzpolitik, die die Zukunft fest im Auge hat. Es geht darum, solide Haushaltspolitik mit aktiver Konjunkturpolitik und einer vorausschauenden Investitionspolitik zu verbinden. So war es in der Vergangenheit und so widmen wir uns den Herausforderungen der Zukunft, und dies gemeinsam mit den wunderbaren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen dieser Stadt (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Besonderen Dank möchte ich an dieser Stelle dem Team der Finanz rund um Finanzdirektor Dietmar Griebler aussprechen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben die politischen Schwerpunkte in Zahlen gegossen, und zwar mit größter Sorgfalt. So wie sie ihre Arbeit auch jeden Tag – und wie ich weiß, auch oft bis in die Nacht – erledigen. Auch dafür ein großes Dankeschön! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Intelligent und strukturell sparen, aber gleichzeitig in Wachstum und die Zukunft zu investieren, das ist das Motto der Wiener rot-grünen Stadtregierung. Dabei ist enorm wichtig, klare Leitlinien bei der Entscheidungsfindung zu haben. Oberste Priorität der Stadt Wien muss die stetige Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bürger und Bürgerinnen und die gerechte Verteilung von Lasten und Nutzen sein.

Ob bei der Infrastruktur, bei sozialen und Bildungseinrichtungen, oder bei der Sicherung von Arbeitsplätzen und bei der Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes – es muss um die Lebensqualität der Wienerinnen und Wiener gehen, und ganz besonders derer, die ökonomisch schlechter gestellt sind. Das ist der Maßstab der Politik, das ist der Maßstab von Reformen und Investitionen.

Ein Wien ohne Gemeindebauten, ohne U-Bahn, ohne Donauinsel, ohne ein ausgebautes Bildungs- und Betreu-

ungssystem, ohne Krankenhäuser möchten wir uns nicht vorstellen. Deshalb werden wir auch weiterhin sinnvolle Projekte für die Zukunft schaffen und in diese sinnvollen Projekte investieren: in Infrastruktur, Kultur, Soziales und Bildung. Sinn und Ziel einer vernünftigen und sinnvollen Finanzpolitik ist gerade das Ermöglichen solcher Investitionen. Denn all dem, was wir hier tun, was wir hier investieren, stehen Werte für die nächsten Generationen gegenüber.

Dafür, sehr geehrte Damen und Herren, steht der Wiener Weg, den ich Ihnen heute skizziert habe. Ich hoffe, wir können uns in der Debatte bei allen unterschiedlichen Meinungen darauf einigen, dass die Wienerinnen und Wiener stolz auch auf diese großartige Stadt sind. Die Wiener Stadtregierung ist es jedenfalls mit ihnen. Herzlichen Dank. (*Anhaltender Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Ich bedanke mich sehr für die Einleitung zur diesjährigen Budgetdebatte. Wir können nun die Tagesordnung fortsetzen.

Bevor ich die Debatte eröffne, möchte ich auf zwei Dinge hinweisen. Das Erste: Bei der Angelobung habe ich übersehen, und das möchte ich jetzt nachholen: Auf der Galerie sitzt Nurten Yilmaz. Wir haben uns ja für deine tollen Leistungen schon herzlich bedankt. Ich freue mich, dass du auch dieser Sitzung hier am Anfang beiwohnen wirst. Herzlichen Dank. (*Allgemeiner Beifall.*)

Zum Zweiten darf ich darauf hinweisen, dass wir in der Präsidialkonferenz diesmal wieder eine Blockreidezeit für die gesamte Budgetdebatte vereinbart haben. Ich möchte mich ganz herzlich bei den Klubs bedanken, weil es nicht immer eine Selbstverständlichkeit ist, dies so zu tun. Das hat wieder gut funktioniert; und ich weise darauf hin, dass wir bei der Generaldebatte drei sogenannte Wiener Stunden vorgesehen haben. Das bedeutet, dass die SPÖ 45 Minuten, die FPÖ 42 Minuten, die ÖVP 39 Minuten, die GRÜNEN 36 Minuten und der Herr Klubunabhängige 6 Minuten Redezeit zur Verfügung haben.

Nun eröffne ich die Debatte über die Postnummern 1 und 2 der Tagesordnung. Als erster Redner ist Herr StR Mag Juraczka zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm und stelle seine Uhr auf 20 Minuten ein.

StR Mag Manfred **Juraczka**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor allem herzlich willkommen den beiden neuen Abgeordneten!

Wie jedes Jahr im November treffen wir hier zusammen, um uns dem Thema Budgetvoranschlag für das kommende Jahr zu widmen; und wie jedes Jahr bekommen wir von der Frau Vizebürgermeisterin und Finanzstadträtin einen Bericht. Dabei stimmen wir Ihnen durchaus zu, Frau Vizebürgermeisterin, ja, wir sind stolz auf diese Stadt. Es stellt sich nur die Frage, ob wir stolz sind auf den Budgetentwurf. Ich muss Ihnen ganz offen sagen: Wenn Sie als primäre Handlungsweise mehrfach Sparen und Investieren genannt haben, so sage ich, ja, reden wir über das Investieren, das ist notwendig. Aber wenn Sie

beim Sparen Sparvorschläge, falls sie von der Opposition kommen, per se sofort als unseriös bezeichnen und ablehnen, und die eigene Spargesinnung sich darin manifestiert, dass Sie bei Wiener Wohnen die Kundenbetreuungszentren zentralisiert haben – wobei das im Großen und Ganzen alles ist, was hier an wesentlichen Themen kommt –, dann ist das wahrlich kein großer Wurf. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte dennoch dieses Jahr damit beginnen, etwas Positives an diesem Budget zu finden, nämlich – Sie haben diesem Faktum durchaus breiten Raum gewidmet –: Die Neuverschuldung ist geringer geworden. Das ist gut so, denn wir müssen Richtung eines ausgeglichenen Budgets gehen. Wir wollen vielleicht sogar Überschüsse machen, um wirklich Handlungsspielraum zum Investieren zu haben.

Ich fürchte aber, das war's dann auch schon mit den Komplimenten; denn der Grund, warum die Neuverschuldung geringer wurde, sind nicht etwa wirkliche Strukturformen, der Grund ist ein Einnahmenrekord. Sie haben es auch kurz angesprochen. Dieser Einnahmenrekord findet allerdings nicht wegen toller Konjunktorentwicklung oder wegen eines prosperierenden Arbeitsmarktes statt. Nein, wir haben auch einen Rekord, was die Gebühreneinnahmen betrifft. 660 Millionen EUR sind es beispielsweise in diesem Entwurf.

Wir haben etwas, was ich die unsoziale Praktik der Selbstbedienung nenne, nämlich die Valorisierung. Bei dem Budget der Stadt Wien ist es eigentlich sehr ähnlich wie beim berühmten Haushaltsgeld der Wetti-Tant'. Wenn es ein Minus gibt, dann hat man zwei Möglichkeiten: Man versucht, höhere Einnahmen zu lukrieren, oder man versucht, bei den Ausgaben zu sparen. Und signifikant dafür, wie hier in dieser Stadt budgetär vorgegangen wird, war ja in einem ganz anderen Zusammenhang die Aussage des langjährigen SPÖ-Finanzministers und Wiener Stadtrates Rudi Edlinger, der gemeint hat, wenn die Politik zu wenig Geld hat, erhöht sie einfach die Steuern. – Das ist bei einem Verein, und das war der Hintergrund seiner Aussage, zugegebenermaßen schwieriger.

Das zeigt das Denken in dieser Stadt: Wenn uns das Geld ausgeht, her mit dem Geld, rauf mit den Tarifen, rauf mit den Einnahmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das Einsparungspotenzial - und da meine ich kein Kaputtsparen, kein Sparen an den Leistungen, da meine ich einfach Heben von Synergien -, dem wird viel zu wenig Spielraum und Hauptaugenmerk geschenkt. Nicht zum ersten Mal haben Sie, Frau Vizebürgermeisterin, in Ihrer Rede davon gesprochen, dass Sie manches schon zum 27. Mal erzählen. So weit ist es bei mir nicht. Aber gehen wir zum Stichwort Pensionen, zum Thema der Harmonisierung des Pensionssystems wie schon so oft nicht nur von der Politik gefordert. Fehlanzeige. Gehen wir zum Thema der Praxis der Frühpensionen. Derzeit sind wir wieder in einer Situation, dass es organisatorische Frühpensionierungen in dieser Stadt gibt, wo selbst Bundeskanzler Faymann, der nicht im Verdacht steht, mir mal nach dem Mund zu reden, im heutigen „Kurier“ davon

spricht, dass es auch in dieser Stadt massiven Handlungsbedarf gibt. Schaffen wir doch endlich ein Klima in dieser Stadt, in der Arbeit nicht per se als Belastung, sondern vielleicht auch als sinnstiftend empfunden wird. Auch das wäre Aufgabe einer Politik, die sich der Verantwortung stellt.

Ich habe auch schon mehrfach das Thema der Öffentlichkeitsarbeit angesprochen. Wir hatten gerade die letzten Tage und Wochen wieder ein Geschäftsstück mit Auslagerungen für Öffentlichkeitsarbeit für die nächsten 8 Jahre über 133 Millionen EUR auf der Tagesordnung. Ein Geschäftsstück übrigens, das noch 2005 von einer der Regierungsfraktionen als dubioser Millionendeal tituliert wurde. Und dieses Geschäftsstück wird praktisch unverändert, natürlich in vorseilendem Gehorsam, jetzt fest applaudiert, obwohl der PID 110 Mitarbeiter hat und es Aufgabe des PID wäre, diese Agenda selbst wahrzunehmen.

Und schauen wir uns jetzt, wenn wir beim Thema Öffentlichkeitsarbeit sind, ein anderes Beispiel des grünen Agierens in dieser rot-grünen Stadtregierung an: Die Mobilitätsagentur, gegründet, um Aufklärungsarbeit zu leisten, gegründet, um den Leuten Lust auf ein Verkehrsmittel zu machen. 9 Millionen sind von 2012 bis 2015 für diese Mobilitätsagentur veranschlagt. Bei den Zahlen muss gepixelt werden, damit zumindest der Erklärungsgrund für diese Agentur erhalten bleibt.

Und wenn ich schon bei den GRÜNEN bin, bin ich auch gleich bei der Geschäftsgruppe Verkehr. Wo ist dort die Spargesinnung? Dort gibt es eine Idee nach der anderen, die mehr und mehr Geld kosten: Die vielzitierten grünen Radwege, die man über die ganze Stadt um einen zweistelligen Millionenbetrag mit Farbe bekleistern wollte. Dann gab es kurz die Idee der Natursteinpflasterung einer Fußgängerzone, von der wir alle wissen, dass sie vom Erfolg her enden wollend ist. Aber das darf man ja. Natürlich darf man das, denn man hat ja in diesem Verkehrsressort auch wirklich für Einnahmen gesorgt. 70 Millionen sind es, die jedes Jahr mehr durch die Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung hereintrudeln. Aber Reformmangel in dieser Stadt ist nicht nur ein politisches Urteil von uns und vielleicht generell von der Opposition, sondern es gibt ja auch, und Sie haben es schon angesprochen, wengleich bedauerlicherweise sofort einmal als unseriös qualifiziert, durchaus Fachleute, die da ein gigantisches Einsparungspotenzial sehen, wie beispielsweise der wirtschaftliche Vorstand der EcoAustria, Dr Ulrich Schuh, in der allgemeinen Verwaltung dieser Stadt. Auch hier sage ich: Weg mit dem Speck, den wir in dieser Stadt mittragen. Das hat nichts mit Leistungskürzungen für die Bevölkerung zu tun. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber wenn die Pro-Kopf-Quote in den restlichen Ländern und Gemeinden bei 983 EUR liegt in einem Umfeld, wo es durchaus auch noch Einsparungspotenzial geben kann und geben wird, wie wir wissen, in Wien aber bei 1 102 EUR liegt, dann stellt sich, wie so oft, die Frage nach dem Warum. *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Weil die dort nicht bereinigt sind!)* Und noch vielmehr stellt sich

die Frage, warum auch hier wieder einmal unterlassen und nichts unternommen wird. Es ist ein Einsparungspotenzial ... (GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Weil die dort nicht bereinigt sind!) Herr Kollege Margulies, auch wir werden noch Ihren segensreichen Ausführungen lauschen. Ich würde vorschlagen, hören Sie zu. Auch von politisch Andersdenkenden kann man, wenn man „open minded“ ist, durchaus was lernen, ohne hysterisch hineinbrüllen zu müssen. Danke. (Beifall bei der ÖVP.) Aber hier gibt es ein Einsparungspotenzial von 200 Millionen EUR, das nicht gehoben wird.

Und jetzt bin ich bei dem von Ihnen in Frage gestellten Einsparungspotenzial im Gesundheits- und Spitalswesen. Ja, da haben wir ja auch gemeinsam mit den anderen Bundesländern die Notwendigkeit erkannt, hier agieren zu müssen. Und ja, hier werden mittlerweile auch in Wien Reformen angegangen. Gut so. Allerdings, wenn man sich beispielsweise bei der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung die berühmten LKF-Punkte ansieht, so sind die Kosten eines Punktes beispielsweise in Tirol oder Oberösterreich bei 116 oder 118 EUR und in Wien kostet der gleiche LKF-Punkt 165 EUR. Wenn man sich ansieht, dass die Wiener Ordensspitäler um bis zu 43 Prozent niedrigere Kosten pro LKF-Punkt haben, dann stellt sich schon die Frage, warum man hier sofort mit einem Reflex, unseriös zu agieren, attestiert und nicht bereit ist, einmal tiefer in die Materie einzudringen und zu schauen, ob wir hier nicht Sparpotenzial heben können und ob wir hier nicht Gelder lukrieren können, die wir dann sehr gerne in Investitionen für den Lebensstandard, für die Lebensqualität in dieser Stadt investieren können, auch bei der Pflege mit 223 Millionen EUR Einsparungspotenzial. Ich möchte da gar nicht ins Detail gehen. Das wird bei den einzelnen Ressorts dann von den jeweiligen Verantwortlichen getan.

Wir wollen nur sagen, dass es in vielen Bereichen, auch bei den Wiener Linien, deren Qualität auch von uns nicht angezweifelt wird - und Sie wissen selbst, Frau Vizebürgermeisterin, ich hab Ihnen das gesagt und ich stehe dazu: Ich finde es gut und ich finde es richtig, wenn eine U-Bahn beispielsweise jetzt schon in die Seestadt gebaut wurde, dass sie als starke Lebensader die Ansiedelung rund um diesen Bereich sozusagen vorantreibt. Aber welche Budgetmittel könnten wir für den Ausbau eines effektiven öffentlichen Verkehrs nutzen, wenn wir die Betriebskostenzuschüsse für dieses Unternehmen irgendwann einmal in den Griff bekämen. Aber auch hier ist nicht wirklich von Reform und Spargesinnung die Rede.

Und dann bin ich schon beim Arbeitsmarkt, einem Bereich, dem Sie, Frau Vizebürgermeisterin, durchaus breites Feld gewidmet haben. Ich sage Ihnen ganz offen, wir haben in Wien eine Arbeitsmarktsituation, die man nicht mit Begeisterung zur Kenntnis nehmen kann. Sie wissen es. Wir haben die höchsten Arbeitslosenzahlen im Bundesländervergleich. Jetzt wird aber sehr oft dagegen argumentiert: Ja, aber wir müssen ja auch sehr vielen aus dem Umland Arbeit geben und es gibt sozusagen ja auch

Arbeitsplätze für das halbe Niederösterreich, um das einmal lapidar auszudrücken. Darum gibt es natürlich auch Menschen in Wien, die natürlich keinen Arbeitsplatz haben. Der Herr Bürgermeister hat noch bei seiner Antrittsrede im Jahr 93 davon gesprochen, wortwörtlich: „Sie werden verstehen, meine Damen und Herren, dass es für mich als Sozialdemokrat in allererster Linie darum geht, die Vollbeschäftigung zu sichern.“ Das ist schön, ich höre die Worte wohl. Allein, wenn man sich die Arbeitsplätze in dieser Stadt ansieht, gab es im Jahr 1993 788 044 Arbeitsplätze und Ende 2012 786 384. Hier gab es also auch in absoluten Zahlen eine Reduktion der Arbeitsplätze, nicht nur Rekordarbeitslosigkeit. Und wenn Sie vom segensreichen Wirken des WAFF reden, Frau Vizebürgermeisterin, und ich möchte Ihnen gar nichts unterstellen, dann hoffe ich, dass Zeitungsmeldungen von eidesstattlichen Erklärungen, dass man das Budget des WAFF vielleicht nicht nur für den Arbeitsmarkt verwenden will, wirklich in den Bereich der Phantasie dieser Zeugen auszulagern sind.

Ich hoffe es zumindest. (GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Das passt nicht in die Rede der Generaldebatte!) Ich würde ersuchen, Frau Kollegin Wehsely, dass Sie mir erlauben, meine Gedanken so auszuführen, wie ich auch durchaus bereit bin, Ihren Gedanken zu folgen. (Beifall bei der ÖVP. – GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Okay!) Aber wenn der WAFF nicht in diese Debatte passt, würde ich vorschlagen (Aufregung bei GRin (FH) Mag Tanja Wehsely.), dass wir zu einer Budgetdebatte gehen, wo Sie mir vorgeben, worüber ich zu reden habe. Danke. (Beifall bei der ÖVP. – GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Das hat nichts damit zu tun!)

Und ja, Frau Vizebürgermeisterin, wir einigen uns darauf, wir sind beide begeisterte Wiener. Und ja, wir sind stolz auf diese Stadt. Genau deshalb ist es mir so wichtig, beim Budget, bei dem Thema, das so richtungsweisend für die Zukunft ist, für die Entwicklung einer stark wachsenden Stadt ist, auch ganz wesentlich Impulse einzubringen. Wir werden einem Budget, das möchte, dass die Menschen dieser Stadt sparen müssen und nicht die Stadtverwaltung, nicht zustimmen. Wir werden einem Budget, das die Menschen mit immer höheren Abgaben und Gebühren belastet, aber Einsparungspotenziale mit Achselzucken links liegen lässt, nicht zustimmen. Und wir wollen, dass sich die Menschen in dieser Stadt endlich wieder etwas leisten können. Denn Rot-Grün hat sich in den letzten Wochen, Monaten und Jahren schon genug geleistet. Vielen herzlichen Dank. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Ellensohn. Seine Redezeit wird auf 18 Minuten gestellt.

GR David **Ellensohn** (Grüner Klub im Rathaus): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Wir wiederholen hier jedes Jahr, dass wir uns wiederholen. Die Finanzstadträtin hat gesagt, sie muss manches Argument 27 Mal einbringen. Stimmt. Wir sind, wahrscheinlich jeder von uns, bei der eigenen Vorbereitung auch immer wieder gefangen in „Schauen wir, was letztes

Jahr war, schauen wir, was dieses Mal ist.“ Ich bin sehr froh, dass die Volkspartei den Kurs nicht wechselt und ich sage auch, warum. Es freut mich, wenn ich das vom Herrn Juraczka vom letzten Jahr und vom vorletzten Jahr lese und wenn ich sehe, dass es in der Tonalität jetzt so weitergeht, dann finde ich das sehr gut, weil ich würde eine Strategie, die bei der Nationalratswahl in Wien zu einem historischen Rekordtiefstand geführt hat, auch gerne sehen, dass Sie das fortsetzen. Offensichtlich lernt die ÖVP aus der härtesten Wahniederlage, die sie hatte. Es muss so weitergehen, ich gratuliere. Ich gratuliere zu dieser Erkenntnis! Das freut mich (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – StR Mag Manfred Juraczka: Die Frau Wehsely sagt, das passt nicht in die Budgetdebatte!*), dass Sie genau gleich konstruktiv weiterarbeiten wie in den letzten Jahren. Es hat heute übrigens die Ausführung mit den paar Zahlen über den Schuldenstand gefehlt. Dadurch ist es auch ein bisschen kürzer mit dem Vergleich. Das haben Sie nicht gern, wenn man Sie mit der Arbeit vergleicht, wo Sie zuständig sind, wo es nicht funktioniert oder wo es zumindest nicht so leicht funktioniert, wie Sie sich das hier vorstellen. Bundesweit ist, seit die Österreichische Volkspartei in der Bundesregierung sitzt, seit Jänner 1987, der Schuldenstand von 63 Milliarden sukzessive erhöht worden, von damals bis heute mittlerweile um 170 Milliarden EUR, alles in Gesamtverantwortung - Sie waren ununterbrochen in der Bundesregierung - eine Steigerung von 63 Milliarden auf 234! Und jetzt könnte man da „Skandal“ und alles Mögliche rufen. Nur, so machen wir ja nicht Politik, wenn man es ernst meint. So machen Sie es, wenn Sie zwischendurch in Wien rufen. Jetzt sage ich gar nicht, das war alles verkehrt und alles unmöglich. Aber dort, wo die ÖVP den Wirtschaftsminister, den Finanzminister, die Finanzministerin, zwischendurch auch ein paar Jahre leider den Bundeskanzler gestellt hat, schaut es so aus, dass man jedes Jahr im Durchschnitt zusätzlich 8 Milliarden Schulden aufgebaut hat. Nein, das wollen wir auch nicht, das ist uns auch zu viel. Und wenn Sie den Staatsschuldenrechner bedienen würden, der gestern „Im Zentrum“ auch zu österreichweiter Berühmtheit gefunden hat, „staatsschuldenrechner.at“, so stehen wir in Österreich bei den Bundesschulden pro Kopf momentan bei 31 000 EUR pro Einwohner/Einwohnerin, bei den Ländern und Gemeinden im Schnitt bei 2 900 und in Wien bei 2 500, also besser als der Durchschnitt der anderen Bundesländer. Aber das sind alles so trockene Fakten, die in den Diskussionen leider keinen interessieren. Deswegen führen wir diese Diskussion auch größtenteils unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Heute ist ausnahmsweise eine größere Gruppe hier, vielen Dank. Auf der Pressetribüne lichtet sich nach der ersten Rede immer sehr schnell das Publikum. Das ist dann immer der Zeitpunkt, wo man denen danken muss, die trotzdem der Diskussion folgen. Und auch in den eigenen Reihen, also ich nehme jetzt keine Fraktion aus, ist das Interesse an der Diskussion gering.

Die Europäische Union hat sich ein Kaputtspargprogramm verordnet. In Österreich haben wir einen Stabili-

tätspakt, wo jetzt angesichts des Budgets, wie immer man es nennt, des Auseinanderklaffens von Einnahmen und Ausgaben, des Budgetlochs, was auch immer, auf jeden Fall ist zu wenig Geld da, neu diskutiert wird, ob das auch so bleiben muss. Wir können das hier gern diskutieren, aber nicht entscheiden. Wir müssen uns den Rahmenbedingungen stellen. Deswegen macht Wien aus den Bedingungen, die vorgegeben sind, das Bestmögliche. Was haben wir für Auswirkungen? Das hat jetzt vorhin gestimmt. Die Arbeitslosigkeit steigt, so wie sie in ganz Europa steigt, leider auch in Wien. Es nützt uns nichts, zu sagen, dass das im Vergleich mit anderen Millionenstädten besser ist. Jeder einzelne Mensch, der keine Arbeit findet, ist einer zu viel. Deswegen gibt es auch große Bemühungen. Die Mindestsicherung ist im Gesamtvolumen nicht nur gestiegen, sondern rasant angestiegen. Das sind die Rahmenbedingungen, mit denen wir arbeiten müssen. Ganz kurz: Die frühere Sozialhilfe, 2010 noch 290 Millionen, jetzt Voranschlag für nächstes Jahr über 500 Millionen, knapp über 500 für die Mindestsicherung. Der FSW wurde im gleichen Zeitraum von 643 auf 885 Millionen ausgebaut. Das ist gut, dass wir diese Sozialleistungen erhöhen. Aber man muss fairerweise dazusagen, das machen wir ja nicht, weil es dann jemandem besser geht, sondern weil es viele Leute gibt, die Hilfe benötigen. Günstigerweise bei der Mindestsicherung sollte man nie vergessen, dazuzusagen, dass nur 10 Prozent ausschließlich von der Mindestsicherung leben müssen, also den Höchstbetrag bekommen, und der Rest auch andere Einkünfte hat, zum Beispiel aus eigener Arbeit, von der die Leute nicht leben können.

Wenn Sie im Budget nur ein paar Zahlen verfolgen, werden Sie schnell draufkommen, dass die Mindestsicherung, der FSW und die Kinderbetreuungskosten innerhalb der letzten 4 Jahre ziemlich genau um 500 Millionen gestiegen sind und das Gesamtbudget, wenn Sie das Grüne Buch nehmen und lesen, in etwa ums Gleiche. Wenn man sich ganz genau auskennt, könnte man jetzt auch noch finden, wo die anderen Steigerungen drin sind. Aber da müsste sich die Opposition in das Ganze einlesen. Ich bin gespannt, ob das noch kommt oder nicht.

Was machen wir in Wien, um die Krise wenigstens abzufedern, weil wir uns nicht einzureden brauchen, dass wir das alleine auffangen können? Das können wir natürlich nicht. Wien kann auch nicht die ganze Welt alleine verbessern, aber man kann versuchen, soviel wie möglich besser zu machen. Bei der Kinderbetreuung ist das Bundesland Wien, ist die Stadt Wien mit Abstand besser als alle anderen acht Bundesländer, das Barcelona-Ziel ist erwähnt worden. Wir sind bei den Über-Drei-Jährigen noch viel besser. Trotzdem gibt es immer noch das notwendige Ausbauprogramm, weil es immer mehr Menschen und mehr Familien gibt, wo gerne beide berufstätig wären oder sind und einen Betreuungsplatz brauchen. Auch wenn man das nicht ist, ist der Kindergarten als Bildungseinrichtung notwendig und hilft den Kindern, auch wenn es heute noch einen polemischen Antrag einer anderen Fraktion zu dem Bereich geben wird. Der Aus-

bau schreitet voran. Das gilt auch bei den Schulen, bei der Ganztagsbetreuung. Das ist deswegen wichtig, wenn sie am Nachmittag keine Betreuung finden, dann werden sie Schwierigkeiten mit dem Arbeiten haben. Ich musste neulich zu Mittag in die Volksschule, nicht um ein Kind abzuholen, sondern zur Sprechstunde und habe dann gesehen, wie viele Mütter, es waren ausschließlich Mütter, ihre Kinder bereits zu Mittag abholen. Jetzt waren die nicht alle fulltime berufstätig, weil sich das sonst nicht ausgeht, aber der Bedarf ist da. Das ist keine ideologische Frage, ob man dafür ist, dass es Ganztagschulen gibt, sondern das ist eine Frage des fairen Zusammenlebens, dass es das überhaupt zwischen Männern und Frauen möglich macht, weil die Betreuungspflichten, wenn sie nicht von der Stadt oder vom Staat angeboten werden, meistens bei den Frauen hängen bleiben. Jetzt schreiten wir mit dem Ausbauprogramm besser voran als alle anderen und haben eine bessere Basis. Die Qualität zu verbessern, ist eine zusätzliche Aufgabe, die mit den Budgetmitteln natürlich nicht so leicht voranschreiten kann. Wir müssen einmal schauen, dass wir genug Plätze anbieten, eines nach dem anderen. Zuerst brauche ich den Platz, dann mache ich ihn so gut wie möglich, und wenn ich ihn dann habe, mache ich ihn, wenn es leicht geht, noch besser.

Wo wir schon ein Problem haben, das muss man zugeben, ist bei der Schule, dass wir Abgänger/Abgängerinnen haben, nämlich immerhin ungefähr 2 000 im Jahr, die eine Schule abschließen, aber nicht sinnerfassend lesen und schreiben können. Das führt dann unweigerlich, wie das auch von der Finanzstadträtin ausgeführt wurde, in die Arbeitslosigkeit, weil jemand, der nicht lesen, nicht schreiben oder nicht sinnerfassend lesen und schreiben kann, Schwierigkeiten haben wird, einen Lehrberuf zu ergreifen. Dann ist es halt nachher auch sehr schwer, am Arbeitsmarkt einen Arbeitsplatz zu finden. Das ist sehr schwierig. Jetzt machen wir das in ein paar Bereichen tatsächlich und meiner Meinung nach unter den Rahmenbedingungen vorbildlich. Man sollte an dieser Stelle nie darauf vergessen, dass es natürlich Möglichkeiten gäbe, diese Rahmenbedingungen zu verbessern. Es liegt halt nur nicht alles in unserer Hand.

Im Wahlkampf ist wieder einmal von Millionärssteuern geredet worden. Die nächste Bundesregierung wird mit hoher Wahrscheinlichkeit leider die 26 Jahre ÖVP verlängern. Ich sehe im Moment bei den Verhandlungen keine andere Wahrscheinlichkeit. Das bedeutet, dass die ganz Reichen, das oberste Prozent, in den nächsten Jahren einen höheren Beitrag leisten müssen, das ist zwar Prinzip Hoffnung, die Hoffnung stirbt zuletzt, aber sie stirbt, sagen dann die Zyniker, zum Schluss. Die ÖVP wird ihr Schutzmäntelchen über die Reichen legen, das heißt, die Rechnung der Krise wird weiterhin nicht das oberste Prozent zahlen, sondern jemand anderes, weil die Rechnung gibt's, so schlau ist auch die ÖVP. Wenn es die Reichen nicht zahlen müssen und sich davonstehlen dürfen, dann zahlt es jemand anders. Das ist dann (*Aufregung bei der ÖVP.*) die Mitte oder die Leute, die beim Einkommen

ganz unten gelandet sind. Das ist schade, aber das ist ein Appell an die Bundesregierung, den man im Wohnbereich auch stellen kann, um zu einem anderen Bereich zu kommen.

Natürlich würde es ein neues Mietrecht brauchen und natürlich wird die ÖVP das verhindern, weil das Ziel der Volkspartei nicht günstigere Mieten sind, sondern höhere Erträge. Das kennen wir. Zum Glück haben wir in Wien über die Hälfte der Wohnungen im sozialen Wohnbau und das wird auch so bleiben, solange die ÖVP ihre Verkaufsprogramme hier nicht auflegen kann. Das ist immerhin ein Vorteil. Aber tatsächlich ist es so, dass wir mit dem schnellen Wachstum der Stadt - da haben uns ja die Zahlen fast überholt - da haben wir zwischendurch 15 000, 16 000 gesagt. Dann war das Parkpickerl, da haben wir gesagt, okay, das sind die Ummeldungen. Jetzt sind es über 20 000. Jetzt sind es in den letzten 2 Jahren offensichtlich schon 50 000 Menschen gewesen. Also momentan schaut es ja eher nicht so aus, als ob die Demographie nach unten korrigiert werden müsste, sondern eher nach oben. Das heißt, mehr Wohnraum schaffen. Das sind große Aufgaben im Bereich der Stadtentwicklung. Wir werden 2014 den Stadtentwicklungsplan beschließen, Widmung, Bau- und Infrastruktur zur Verfügung stellen. Riesige Aufgaben, viel Arbeit, die dabei auch geschaffen wird, viel Geld, das dafür nötig ist.

Eine der ganz großen Aufgaben, die man dann unterschätzt, weil die GRÜNEN und die Stadtregierung sehr viel auch über den Modal-Split sprechen und wir alle froh sind, dass wir den haben, ist, dass wir den Weg eingeschlagen haben, den wir schon die letzten Jahre, man kann Jahrzehnte sagen, gehen. Dass die öffentlichen Verkehrsmittel in Wien wichtig sind, ist ja keine Erfindung der GRÜNEN. Wenn wir das auch nur halten wollen, müssen wir natürlich ausbauen, weil wenn jedes Jahr 20 000, 25 000 oder noch mehr Leute dazukommen, bedeutet das natürlich, um den Modal-Split zu halten, muss man schon investieren und die Öffis in einem sehr hohen Ausmaß ausbauen. Das werden wir auch alles tun. Ob wir noch ambitioniertere Ziele haben können, hängt sicher auch von den ökonomischen Rahmenbedingungen ab.

Auf was dürfen wir uns 2014 freuen? Auf die Wiental-Terrassen. Auf die Meidlinger Hauptstraße, die zwar nicht fertig ist, aber wo es immerhin den ersten Bauabschnitt gibt. Auf den Südtiroler Platz, den wir umgestalten, und den Schwedenplatz. Und eine Frage, die die Koalition schon sehr lange beschäftigt, und die Stadt, glaub' ich, schon seit über zehn Jahren, nämlich der Umbau, die Neugestaltung der Mariahilfer Straße. Sehr zur Freude der Opposition zieht sich das schon etwas länger hin, als wir das alle gerne hätten. Ich gebe schon zu, das macht viele Diskussionen in der Stadt, nicht nur zwischen der Opposition und der Regierung, sondern auch innerhalb der Regierungsparteien. Nachdem das schlussendlich ein Kilometer oder ein bisschen weniger Verkehrsregeln sind und wir zwischendurch wirklich Kleinigkeiten besprechen wie ein paar Busstationen und eine kleine Linienände-

rung, et cetera, und das plötzlich das größte Problem wird, versuche ich, auch da das Positive zu sehen. Wenn tatsächlich in der Stadt die Linienführung eines Busses und ein paar Hundert Meter Radfahren die aller-, allergrößten Probleme sind und das etwas ist, das die Opposition ausschlichten muss, dann sind wir insgesamt auf einem sehr guten Weg. Als GRÜNE, sag' ich, sind wir bei der Nationalratswahl auch noch mit (*Heiterkeit bei GR Wolfgang Irschik.*) einer sehr kleinen Steigerung belohnt worden, die wir uns natürlich viel höher vorstellen. Aber insgesamt hat sich ja zwischen den vier Parteien, die in dem Haus sind, nicht wahnsinnig viel verschoben. Das muss man auch zugeben. Die WählerInnenwanderung zwischen uns allen hält sich nach allen Zahlen, die wir alle zur Verfügung haben, in Grenzen. Ich muss aber der Opposition in dem Fall leider mitteilen, dass ihnen das Thema abhandenkommen wird. Das Parkpickerl ist schon verloren gegangen. Wie Sie sehen, ist die Bevölkerung mit dem Parkpickerl sehr viel zufriedener, als Sie sich das gewünscht haben. Meine Mailbox ist zumindest, und jetzt mache ich nicht einen Aufruf, dass das wieder aufgeholt wird, leer von Beschwerden, was das Parkpickerl angeht. Dafür gibt es ganz viele, die sagen, sie haben das ursprünglich zwar wohl unterschrieben, sehen aber jetzt, warum wir dafür waren. Das freut uns natürlich besonders, weil ja wahrscheinlich ein paar geglaubt haben, das setzt sich alles in Stimmen um. Die Mariahilfer Straße wird nächstes Jahr auch so gelöst, dass am Ende alle in der Stadt zufrieden sind und Ihnen auch das Thema abhandenkommt. Deswegen würde ich vor allem der Volkspartei raten: Ändern Sie Ihre Strategie. Nein, falsch, ich bleibe bei dem, was ich am Anfang gesagt habe: Bleiben Sie bei Ihrer Strategie, wir bleiben bei unserer. Danke schön. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Gudenus. Ich erteile ihm das Wort und weise auf seine gewünschte Redezeit von 20 Minuten hin.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Danke sehr. - Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Finanzstadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Überhaupt keine Frage, jährlich diskutieren wir den Budgetvoranschlag für das nächste Jahr und natürlich lebt so eine Diskussion auch von Wiederholungen, was auch die Frau Finanzstadträtin feststellen musste, weil es ja oftmals eine Fortschreibung des Gehabten ist. Trotzdem möchte ich mich auch jetzt in meiner Rede öfter wiederholen.

Erstens einmal, es ist schade und traurig, dass, wenn wir ein Budget für das nächste Jahr diskutieren, nicht einmal die Regierungsparteien im Stande sind, den Argumenten oder der Kritik der Opposition zuzuhören oder Folge zu leisten. Das sieht man hier an den leeren Bänken der Gemeinderäte von Rot und Grün. (*Beifall bei der FPÖ.*) Das ist wirklich schade, weil ... Natürlich, der Kollege Ekkamp ist da, ich lobe ihn, ganz toll. Es sind einige da, aber der Großteil ist nicht da. Umso tragischer ist es,

wenn der Herr Kollege Ellensohn spricht und sein eigener Klub fast überhaupt nicht vorhanden ist. Auch das lässt sehr, sehr tief blicken. (*Beifall bei der FPÖ.*) Aber bitte, das ist ja wohl das Problem der GRÜNEN.

Was die Frau Finanzstadträtin zu Recht gesagt hat, ist: Natürlich sind wir alle stolz auf Wien. Wir lieben unsere Heimatstadt und viele Wienerinnen und Wiener sind stolz auf Wien. Wir sind stolz auf diese Stadt. Aber auch das möchte ich wiederholen: Wien ist eine wunderschöne Stadt, noch immer, aber nicht wegen der SPÖ und nicht wegen der GRÜNEN, sondern trotz der SPÖ und trotz der GRÜNEN. (*Beifall bei der FPÖ.*) Trotzdem ist Wien noch immer eine wunderschöne Stadt. Wenn wir den Aussagen von der Frau Finanzstadträtin gelauscht haben, so kann man auch eines feststellen: Sie befinden sich eben wiederholt, auch heuer, in der Euphemismus-Tretmühle, in der Tretmühle, alles wunderschön mit schönen Worten auszukleiden und zu umschreiben. Ich meine, es freut mich ja wirklich, dass Sie motiviert sind. Es freut mich ja wirklich persönlich, dass Sie optimistisch sind. Das sollten wir alle sein, wenn wir Politik für die Zukunft unserer Heimatstadt machen, überhaupt keine Frage.

Aber man darf ja doch auch die Kehrseite der Medaille nicht vergessen, die heute völlig ausgeklammert wurde. Völlig ausgeklammert wurde zum Beispiel: Freuen sich die Wienerinnen und Wiener, die vor einem Jahr den Heizkostenzuschuss so gut wie ersatzlos verloren haben? Freuen sich diese Wienerinnen und Wiener darüber, dass sie in den Wohnungen frieren müssen? Ja, auch das ist ein großer Punkt, den es zu beleuchten gibt. Freut sich eine Familie, die ihre Kinder in eine öffentliche Schule schickt und im Endeffekt feststellen muss, dass ihre Kinder die einzig deutschsprachigen Kinder in einer Schulklasse oder in der Schule sind?

Freut sich so eine Familie, wenn sie dann tief in den Geldsack greifen muss und sich eine Privatschule finanzieren muss, wenn es überhaupt möglich ist, weil die Gebühren ja laufend erhöht und die Menschen in die Armut getrieben werden?

Freut sich eine Wiener Familie, wenn sie mit der Wohnsituation in Wien jährlich, Jahr für Jahr, immer unzufriedener wird und sich im Endeffekt die Miete nicht mehr leisten kann? Freut sich da eine Wiener Familie? Gibt es da Grund für Optimismus, gibt es da Grund für Motivation?

Freut sich eine Wiener Familie oder freut sich eine Wienerin oder ein Wiener, wenn sie ihren Arbeitsplatz verliert und wir seit der Ostöffnung am 1. Mai 2011 feststellen mussten und müssen, dass 6 000 Wiener von billigen Zuwanderern und Ausländern vom Arbeitsmarkt verdrängt wurden? Das ist Ihre Politik, meine sehr geehrte Damen und Herren, und alles andere als ein Grund zur Freude! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wenn hier die Frau Finanzstadträtin davon gesprochen hat, Wien ist wirtschaftlich gesund, so mögen das vielleicht die Zahlen im Vergleich zu den Maastricht-Vorgaben noch sagen. Aber wenn man genau diese paar Punkte, und das sind ja nur Beispiele gewesen, aus der

Wiener Bevölkerung herausnimmt, dann frage ich mich wirklich: Ist Wien wirtschaftlich noch gesund oder hat sich da in den letzten Jahren und Jahrzehnten nicht auch einiges zum Schlechteren bewegt?

Sie haben gesagt, wirtschaftlich ist Wien gesund. Das ist ungefähr genauso ernst zu nehmen wie die Aussage vom Herrn Bürgermeister, der unlängst gesagt hat: Österreich hat kein Budgetloch. Ungefähr genauso ernst zu nehmen ist diese Aussage. Sie haben gesagt, es wird investiert. Aber in Wirklichkeit, das sagen doch die nackten Zahlen, werden doch alle arbeitsmarktwirksamen Investitionen zurückgefahren. Zum Beispiel wurden beim U-Bahn-Bau 2010 noch 302 Millionen EUR investiert, aber in Wirklichkeit werden das im nächsten Jahr nur noch 186 Millionen EUR sein. Also da sagen Sie, es wird investiert? Nein, die Investitionen werden zurückgefahren. Man sieht insgesamt, dass seit dem Amtsantritt von Rot und Grün allein beim U-Bahn-Bau die Investitionen um 116 Millionen EUR gekürzt wurden. Das sind die nackten Zahlen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Und Sie sagen hier in Ihrer Rede: Sparen statt Investieren. Da, wo Sie wirklich sparen, das sind die Investitionen. Sie sparen eben beim Investieren, nicht Sparen statt Investieren. Da haben Sie sich anscheinend in Ihren Unterlagen ein bisschen verlesen, sehr geehrte Frau Finanzstadträtin!

Dann haben Sie gesagt: Die Eigentumsverteilung in Wien driftet auseinander. Ja warum driftet denn die Eigentums- und die Vermögensverteilung auseinander? Weil im Endeffekt sich die Leute dieses Leben kaum mehr leisten können und immer mehr in die Armut getrieben werden durch Ihre Gebührensteigerungen, durch Ihre Politik, wo es im Endeffekt darum geht, die Einnahmen zu maximieren, aber gleichzeitig einen Schuldenberg aufzubauen, was in Wirklichkeit ja schon rekordverdächtig an sich ist: Sie maximieren die Einnahmen und fahren den Schuldenberg weiter in die Höhe. Das ist Ihre Politik, meine sehr geehrten Damen und Herren! Und da können Sie nicht hergehen und sich hier herausstellen und sagen, die Welt ist in Ordnung. *(Beifall bei der FPÖ.)* Nein, hier in Wien läuft einiges falsch.

Sie haben zu Recht davon gesprochen: Wien wächst. Ja, Wien wächst, keine Frage. Ob jetzt Wachstum an sich, nämlich auf Grund der Zahlen, erfreulich ist, das ist die andere Frage. Die Frage ist ja nur, worauf sich dieses Wachstum auch begründet. Was in Wien natürlich mit dem Wachstum der Bevölkerungszahl einhergeht, ist auch ein Wachstum an Schulden, wie schon erwähnt, ist ein Wachstum an Arbeitslosigkeit und ist ein Wachstum an Armut. Man hat hier leider das Gefühl, das auch ganz, ganz klar mit Zahlen unterlegbar ist, dass man hier in Wien versucht, noch mehr Armut zu importieren. Das ist eigentlich traurig, weil das, was in Wien verloren geht, sind im Endeffekt hochqualifizierte oder qualifizierte Menschen, die durch das Klima in der Bildung, der Infrastruktur und der Investitionen in Forschung in Wien nicht angezogen werden, sondern im Gegenteil eher abgestoßen werden. Bitte, man kann nicht alles über einen Kamm scheren, überhaupt keine Frage. Es gibt auch gute Leute,

die zu uns kommen. Aber ich traue mich eines zu sagen: Die meisten Leute kommen zu uns, weil sie genau wissen, dass die SPÖ und die GRÜNEN ihnen ein schönes weiches Bett bereitgestellt haben, eine soziale Hängematte, und sagen, kommt alle zu uns, wir sind das Weltsozialamt. Und die Leistungsträger in Wien können dafür zahlen! Damit muss Schluss sein, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und damit geht ja auch einher, und das ist ja keine Verschwörungstheorie oder so, das ist ein ganz klarer und gezielter Bevölkerungs- und Wähleraustausch, weil Ihnen in Wirklichkeit die Wienerinnen und Wiener, die Österreicherinnen und Österreicher als Wähler in Scharen davonlaufen und Sie genau diese verlorenen Wählerstimmen durch Zuwanderer ersetzen müssen, denen sie sobald wie möglich die Staatsbürgerschaft umhängen, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)* Das ist genau Ihr Ziel!

Aber wie auch immer, Ihr Motto ist ja: Verspekulieren statt Investieren. Das ist genau das wahre Motto, unter dem der Budgetvoranschlag 2014 steht: Verspekulieren statt Investieren. Darauf darf ich später auch genauer eingehen. In Wirklichkeit muss man auch eines noch abschließend zu Ihren Ausführungen, sehr geehrte Frau Finanzstadträtin, sagen: Ihre Budgetrede und auch die Budgetreden dieser Verliererkoalition, sind ja nichts anderes als reine Grabreden. Was wird zu Grabe getragen? Es ist der Wohlstand in Wien. Es ist die Sicherheit in Wien. Es sind die Zukunftsperspektiven in Wien. Es ist die Stabilität, auf die wir Wienerinnen und Wiener zu Recht immer stolz sein konnten. Und es ist auch die Lebensqualität in Wien. All das wird durch Ihr Budget in fortgeführter Weise jedes Jahr zu Grabe getragen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sie haben heute das Wort Mercer meines Wissens nicht in den Mund genommen. Sie haben zwar kryptisch von Studien gesprochen, wo Wien - ich meine, ich freue mich ja drüber, wenn Wien den 1. Platz einnimmt, überhaupt keine Frage - den 1. Platz einnimmt. Aber wir wissen ja alle, was die Mercer-Studie ist: Eine Studie, wo Leute mit hohem Einkommen befragt werden, UNO-Diplomaten, Topmanager, die Gott sei Dank noch in Wien sind, überhaupt keine Frage. Da sind wir natürlich froh darüber. Aber es gibt eine ganz, ganz aktuelle Studie der EU-Kommission vom Oktober 2013, und die hat nämlich im Gegensatz zur Mercer-Studie nicht nur Topmanager und UNO-Diplomaten oder auch Diplomaten befragt, sondern insgesamt stichprobenartig die Bürger in der jeweiligen Stadt, wo hier eben auch getestet und gefragt wurde. Da wurden über 70 oder 80 Städte in Europa und, typisch für die EU-Kommission, auch der Türkei miteinander verglichen. Was aber sehr interessant ist, es gibt hier auch einen großen Aufschluss, wie das Ganze gelagert ist. Da liegt zum Beispiel Wien bei der Zufriedenheit der eigenen Bürger nur mehr auf Platz 17 unter den europäischen Metropolen. Vor uns liegen zum Beispiel Klausenburg in Rumänien, Reykjavík, gut, Oulu, München, Malaga, Leipzig, Graz. All diese Städte liegen vor uns, was die

Zufriedenheit der eigenen Bürger betrifft. Oder auch die Stadtverwaltung. Die rot-grüne Stadtverwaltung wird von den Bürgern so bewertet, dass Wien beim Vertrauen in die Stadtverwaltung bereits auf den Rang 22 zurückgefallen ist. Auf den Rang 22! Oder bei der Zufriedenheit mit der Hilfestellung für die Bürger fällt diese Stadtverwaltung hier in Wien zum Beispiel auch auf den Rang 34 zurück, wo zum Beispiel Graz den fünftbesten Platz einnimmt. Aber auch selbst die Bürger in Istanbul, Brüssel, Diyarbakir, Burgas, Ankara, Antalya, also großteils türkische Städte, oder hier Klausenburg in Rumänien sind mit der Stadtverwaltung wesentlich zufriedener als die Wienerinnen und Wiener.

Das ist schon sehr interessant, meine sehr geehrten Damen und Herren. Auch solche Studien gibt es, nicht nur die Mercer-Studie, die natürlich belegt, dass Wien für ein Topsegment lebenswert ist. Schauen Sie einmal auf die Menschen, die von der Mindestsicherung leben müssen, und es werden jährlich Tausende mehr. Schauen Sie auf die Menschen, die einen Arbeitsplatz verloren haben. Es werden jährlich Tausende mehr. Und schauen Sie auf die vielen, vielen Schüler, die die Pflichtschule mit 14 Jahren verlassen und wo ein Drittel oder ein Viertel bis ein Drittel davon kaum lesen, schreiben und rechnen kann. Und das soll die Zukunft sein? Das ist Ihre Verantwortung, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)* Das haben Sie zu verantworten! Da helfen keine Lobreden.

Und da sind wir schon bei der Qualität der Schulen. Da ist Wien, hinter Graz wiederum, auf Rang 35 zurückgefallen, auf Rang 35 im europäischen Vergleich! Oder zum Beispiel auch bei der Zufriedenheit mit Sportplätzen und Sporthallen. Da liegt Wien auf Platz 44. Ja, was für eine Überraschung! Was für eine Überraschung, wenn man das Stadthallenbad-Desaster und das Desaster bei anderen Sportplätzen hier auch betrachtet. Oder die Wohnbaupolitik der Stadt Wien, wo im Endeffekt die Wiener mit der Leistbarkeit der Mieten in ihrer Stadt sehr unzufrieden sind. Da fällt Wien bereits auf den 62. Platz von 83 EU-Metropolen zurück.

Sehr geehrte Frau Stadträtin, Ihre schönen Worte sind zwar motivierend, aber bitte nennen wir das Kind beim Namen: Sie haben auf allen Linien versagt, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)* Sie fahren diese Stadt gegen die Wand.

Und ein letzter Punkt: Wie sehr sind die Wienerinnen und Wiener mit der Integration der in unserer Stadt lebenden Ausländer zufrieden?

Sie sind naturgemäß – und das wissen nämlich all jene, die mit Menschen reden und die sich mit Menschen auseinandersetzen und auf die Menschen zugehen. Wir Freiheitliche wissen, dass zum Beispiel die Menschen mit der Integration der Ausländer in Wien natürlich sehr unzufrieden sind. Da fällt Wien auf Rang 72 zurück und belegt auch damit eine klare Schlusslichtposition. Eine Sache, die wir schon wussten, eine Sache, die Sie ausklammern, eine Sache, die Sie nicht hören wollen, aber eine Sache, die Realität ist, wird hier von der EU-Kommission - und

Sie als EU-hörige Partei müssen das ja besonders ernst nehmen - unterstrichen, bewiesen und noch einmal klargelegt, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber ganz kurz noch einmal zur Rolle der Frau Finanzstadträtin Brauner, die ja das große Kunststück vollbracht hat, die Verschuldung der Stadt Wien seit ihrem Amtsantritt im Jahre 2007 zu vervierfachen. Also innerhalb von sechs bis sieben Jahren hat die Frau Finanzstadträtin Brauner die Verschuldung der Stadt Wien vervierfoldet. Sie hat den Schuldenstand mit 1,4 Milliarden EUR übernommen und wir sind jetzt mittlerweile fast bei 5 Milliarden EUR, und da zählen wir die ganzen ausgelagerten Betriebe nicht dazu, was ja auch nichts anderes bedeutet als ausgelagerte Schulden, weil wenn der KAV ausgelagert ist, dann bedeutet das, dass hier im Endeffekt noch einmal über 300 Millionen EUR Schulden dazuzählen wären. Da sind wir schon bei 5 Milliarden angelangt. Wenn wir Wiener Wohnen mit den geschätzten 3 Milliarden Schulden dazuzählen, dann sind wir schon bei 8 Milliarden Schulden. Und wenn wir im Endeffekt die Wiener Stadtwerke Holding und die Wien Holding mit den vielen Unterfirmen - bis zu 365 Firmen nur in der ersten Ebene - dazurechnen, dann haben wir wahrscheinlich die 10 Milliarden Schulden schon längst geknackt. So schaut es in Wirklichkeit aus und nicht so, wie Sie es hier betreiben, nur zu rechnen, was der Schuldenstand der Gemeinde Wien als solcher ist. Deswegen sage ich auch eines: Wir müssen von der Kameralistik weggehen, weil die Wienerinnen und Wiener es verdient haben, eine ernsthafte, ehrliche und transparente Übersicht über den Schuldenstand und über die Finanzlage der Stadt Wien zu bekommen. Wir brauchen eine doppische Buchhaltung, damit gewährleistet ist, dass wir alle einen ehrlichen Überblick bekommen und hier nicht getrickst werden kann, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber lassen Sie mich abschließend noch ein Thema besprechen, das auch sehr wichtig ist, wo sich mittlerweile schon englische Buchautoren und amerikanische Filmproduzenten damit beschäftigen. Leider sehr spät, sehr spät ein Thema, wo die Staatsanwaltschaft in Wien schon seit mindestens vier Jahren - ermittelt ist das falsche Wort, also sie sind zumindest dran. Der Akt liegt vor, ermittelt wird eher nicht. Es ist der gesamte Themenbereich Madoff, Kohn, Medici, Bank Austria AVZ Häupl-Stiftung. Da haben Sie 1,7 Milliarden EUR an Volkvermögen, nämlich den Erlös der Zentralsparkasse, privatisiert - die Partei, die ja so gegen Privatisierungen auftritt! - , in eine Privatstiftung gepackt und im Endeffekt verspekuliert. Diese 1,7 Milliarden EUR sind mittlerweile auf schätzungsweise nicht einmal 60 bis 80 Millionen EUR geschrumpft. Da kann man auch nur eines sagen: Hier in Wien sitzen die Spekulanten auf der Regierungsbank, während die Spekulanten in New York oder London in den Hedgefonds oder in den Investmentbanken sitzen. Hier sitzen die Spekulanten, meine sehr geehrten Damen und Herren *(Beifall bei der FPÖ.)*, hier im Saal sitzen die

Spekulanten!

Auch als kleiner Nebensatz: Der Herr Van der Bellen, der damals interessanterweise gegen die Möglichkeit oder auch die Umsetzung dieser Privatisierung von Volksvermögen noch groß aufgetreten ist, bekommt seine 210 000 EUR jährlich fürs Nichtstun über den Wissenschafts- und Technologiefonds, der wiederum über die AVZ gespeist wird. Das ist auch sehr interessant. Seitdem hört man überhaupt nichts mehr vom Herrn Van der Bellen, was die AVZ betrifft. So einfach geht das zum Thema „Legale Korruption“ bei den GRÜNEN: Immer mit dem Finger auf andere zeigen, aber dann in Wirklichkeit, wenn man eine Fahrradagentur finanziert bekommt, wenn man schwindlige Beauftragte finanziert bekommt, wenn man diverse Projekte wie die Mariahilfer Straße finanziert bekommt, die schon bis zu 50 Millionen EUR verschlungen hat, ja, dann ist alles in Ordnung bei den GRÜNEN. Aber immer mit dem Finger auf andere zeigen. Der Peter Pilz sollte einmal bei Ihnen, bei den Wiener GRÜNEN, genauer reinschauen, was da Sache ist, und nicht immer bei den anderen herumwühlen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und ganz klar: Es ist die enge Verbindung dieser Häupl-Stiftung AVZ Bank Austria, der von den Roten hofierten Bank Medici der Frau Kohn, der Milliardenbetrüger Madoff. Diese Verbindung ist belegt, daran gibt es auch nichts zu rütteln. Und auch dieser Milliardenbetrüger Madoff hat ja nicht zu Unrecht 150 Jahre Strafe in New York ausgefasst. Es gibt eine Beschuldigtenliste der Staatsanwaltschaft in den USA, wo 12 österreichische Banker aufgeführt, aufgelistet werden und hier in Österreich die Staatsanwaltschaft anscheinend nicht willens ist zu ermitteln. Ich schicke voraus, natürlich gilt die Unschuldsvermutung, überhaupt keine Frage, aber eines wissen wir auch: Das Ganze ist nicht nur ein Finanzbetrugsskandal, es weitet sich zu einem Justizskandal aus und es ist im Endeffekt auch ein Medienskandal, weil es ein Armutszeugnis für manche österreichischen Medien ist, sich im Endeffekt von Rot und Grün, oder von Rot vor allem, niederinscribieren zu lassen und man solche Skandale nicht aufführt, beschreibt, recherchiert und die journalistische Sorgfaltspflicht nicht ernst nimmt. Das ist auch ein Skandal, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Abschließend darf ich zu diesem Thema sagen: Wir werden nicht locker lassen, wir werden nicht locker lassen. Wir werden auch prüfen, das Kontrollamt oder den zukünftigen Stadtrechnungshof, der seinen Namen ja nicht verdient, einzuschalten. Wir werden auch prüfen, hier eine Gemeinderätliche EU-Kommission einzuschalten, um genau diese Machenschaften rund um die AVZ, die ja zu 20 Prozent am Madoff-Fonds beteiligt wurde, aufzuklären. Wir werden nicht ruhen, meine sehr geehrten Damen und Herren, darauf können Sie getrost Gift nehmen! Und ich sage Ihnen eines: Wir lehnen das Budget hier und heute ab. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr Aigner. Seine Redezeit ist mit 6 Minuten maximal begrenzt.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (*Klubungebundener Mandatar*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

Frau Vizebürgermeisterin, wir lassen Sie in der Budgetdebatte nicht alleine. Wir setzen uns mit Ihren Ausführungen auseinander. Wir wertschätzen Sie dadurch, dass wir da sind. Ich glaube, auch das sollten Sie goutieren, wenn Sie hier sehen, wie wenige Ihrer Amtskollegen aus der Stadtregierung da sind. Ich glaube auch, das ist eine Missachtung nicht nur dieses Hohen Hauses, sondern auch Ihrer Arbeit und Ihrer Ausführungen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn Sie sagen, dass Wien wirtschaftlich gesund ist, so kann man das in dieser Allgemeinheit und in dieser Apodiktik natürlich nicht stehen lassen. Wir haben natürlich eine Krise, die sehr viele Teile der Weltwirtschaft betrifft, aber wir haben auch innerhalb Österreichs keine allzu guten Wiener Zahlen vorliegen. Wenn wir auch über eine Budgetlücke auf Bundesebene gesprochen haben, die jetzt doch keine Lücke ist - wir werden dann mit dem eigenartigen Phänomen konfrontiert werden, dass eine nicht vorhandene fiktive Lücke zu einem realen, drastischen Sparpaket führen wird -, so kann das in Wien gar nicht passieren, weil es in Wien gar keine vorausschauende Budgetvorschau gibt. Also das heißt, wir haben es mit realen Zahlen zu tun. Es ist natürlich ein reales Defizit, es sind reale Schulden. Es ist auch Realität, dass der Wiener Voranschlag nur mehr einen Teil der wirtschaftlichen und finanziellen Wirklichkeit widerspiegelt, weil Sie, so wie viele andere Gebietskörperschaften auch, teilweise aus dem Budget herausgegangen sind. Wir sehen das ja auch in den Tagesordnungen der Ausschüsse, in den Tagesordnungen der Gemeinderatsdebatten. Die werden immer kürzer, weil sich immer mehr Entscheidungen und auch finanzielle Gestionen außerhalb des Stadt- und Gemeindebudgets finden.

Aber nichtsdestotrotz, die vorliegenden Zahlen sind nicht erfreulich. Das reale Defizit steigt, der Schuldenstand steigt. Und wenn Sie vorhin gesagt haben, irgendwann werden wir die Schulden auch zurückzahlen müssen - na ja, das haben Schulden so an sich, dass man nicht nur Zinsen zahlt, sondern dass man sie auch zurückzahlen muss. Ich hoffe dennoch, dass man der Bestrebung anheimgeht, dass diese Schulden auch aus dem Budget gezahlt werden und nicht, dass wir vielleicht eine Sparbuchabgabe von 10, 20 oder 30 Prozent zahlen müssen.

Es ist ohnehin schon genug damit getan. Es wird ohnehin genug Vermögen durch eine auch künstlich herbeigeführte Niedrigzinspolitik vernichtet. Die vielzitierte Vermögenssteuer, die zahlen ja schon die kleinen Sparer tagtäglich. Das zahlen auch diejenigen, die Lebensversicherungen haben, die für das Alter vorsorgen, dass sie eben nicht einmal die Teuerung ausgeglichen bekommen. Also da brauchen wir dann von zusätzlichen Vermögenssteuern nicht zu reden. Die Vermögenssteuer findet hier und heute auf eine sehr subtile, aber nichtsdestoweniger brutale Weise statt, meine Damen und Herren.

Und das, was schon auch zu bemängeln ist, ist: Wo sind denn da die Sparvorschläge? Es wird immer gesagt, wir fahren nicht mit dem Rasenmäher drüber. Aber wo sind die Sparvorschläge bei den ausufernden Subventionen, beim Wildwuchs an Vereinen, wo überhaupt nicht evaluiert wird? Was geschieht denn dort? Wo sind die Sparvorschläge bei der Eigenwerbung der Stadt Wien? Da könnte man in der Sekunde Millionen einsparen, die man anderweitig sehr wohl sinnvoll einsetzen könnte. Da ist überhaupt nichts davon zu sehen! Das Werbebudget geht in die Höhe, die Vereinssubventionen an nahestehende Vereine werden nicht gekürzt, und so weiter. Also hier muss man schon sagen, da lassen Sie sehr viel Fantasie vermissen.

Die mehrjährige Budgetvorschau hätte auch den Vorteil, dass wir uns hier Gedanken machen müssten: Wie landen wir denn bei einer Nullneuerschuldung, die ja eigentlich innerösterreichisch versprochen worden ist? Auch dafür gibt es keinerlei Perspektiven. Dafür wird immer nur von irgendeiner Vermögenssteuer gesprochen. Auf der anderen Seite wird ausgeblendet, dass die kleinen Gebührenden von Ihnen über Gebühr belastet worden sind und dass Sie trotz eines Einnahmenrekordes zusätzliche Schulden machen müssen. Ausgeblendet wird auch, dass die obersten 10 Prozent der Lohnsteuerbezahler für 50 Prozent des Lohnsteueraufkommens verantwortlich sind, während über 2 Millionen Lohnsteuerpflichtige gar keine Lohnsteuer zahlen müssen. Also auch das haben Sie natürlich geflissentlich unter den Tisch kehren lassen.

Die Bildungsmisere ist angesprochen worden. Sie haben es ja selber gesagt, dass so viele, die nur Pflichtschulabschluss oder nicht einmal diesen Abschluss haben, es am Arbeitsmarkt schwer haben. Jetzt frage ich mich: Wer ist denn in Wien für die Pflichtschulen und für die Ergebnisse verantwortlich? Die Pflichtschulen sind Landesschulen. Die schlechten Ergebnisse werden in Ihrem eigenen Bereich letztendlich verursacht, und die Reparaturkosten am Arbeitsmarkt sind dementsprechend drastisch. Warum flüchten Sie immer in allgemein gehaltene, ideologische Debatten, während die Wiener Pflichtschulen teilweise ihre Hausaufgaben nicht machen können, weil die strukturellen Rahmenbedingungen so schlecht sind?

Meine Damen und Herren, dass Wien wächst, ist einerseits erfreulich, aber es wäre auch einmal an der Zeit, die Grenzen dieses Wachstums aufzuzeigen. Wollen wir wirklich zwei, zweieinhalb Millionen Menschen in der Stadt haben? Können wir uns das leisten? Ist das sinnvoll, und so weiter? Diese Debatte wird völlig ausgeblendet. Es wäre eigentlich auch ein guter Anlass, gerade bei einer Budgetdebatte sich auch darüber Gedanken zu machen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing Schicker. Ich erteile es ihm und weise auf seine selbstgewählte Redezeit von 15 Minuten hin.

GR Dipl.-Ing Rudi **Schicker** *(Sozialdemokratische*

Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Vizebürgermeisterin! Herr Vorsitzender!

Es vergeht keine Budgetdebatte in diesem Haus, wo die Opposition nicht den ganz großen Skandal apostrophiert, wo immer alles schlechtgeredet wird. Darf ich Ihnen nur ein paar Beispiele sagen? Es wird zum Beispiel gesagt: Wien ist eh gut und schön, aber das ist alles nur Schönfärberei. Nehmen Sie einmal zur Kenntnis: Es ist in Wien tatsächlich so, wie es die Frau Vizebürgermeisterin in ihrer Budgetrede dargestellt hat. Nehmen Sie einmal zur Kenntnis, dass in Wien nicht alles schlecht ist und vor allem auch Dinge, die Sie immer ansprechen, Herr Gudenus, in Wien nicht schlecht sind. Wenn ich zum Beispiel daran denke, dass Sie immer wieder den Heizkostenzuschuss anführen. Sie wissen ganz genau, aber Sie wollen es nur nicht wissen und Sie sagen es auch nicht groß hinaus, weil das nicht in Ihre Strategie passt: Der Heizkostenzuschuss wurde auf Zuschüsse für jene, die es auch tatsächlich benötigen und dringend benötigen, geändert, und zwar bis zu 500 EUR pro Fall. Und das nehmen Sie als Schlechtmacherei her und sagen, der Heizkostenzuschuss ist gestrichen und die Leute kriegen nichts mehr! *(GR Mag Wolfgang Jung: Die Zahlen! Die Zahlen!)* Das ist genau die Strategie: Kaputt schießen, kaputtmachen, Herr Brigadier, kaputtschießen! Das ist das, was Sie können und nichts anders wollen Sie auch! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung.)*

Wenn man dann hergeht und sagt, es gibt Klassen, wo es kein einziges deutschsprachiges Kind gibt oder nur eines - sehr geehrte Damen und Herren, diese Zeiten und diese Klassen gibt es in Wien nicht! Zeigen Sie das! *(Aufregung bei der FPÖ.)* Sie gehen hinein in die Klasse und schauen sich dort drinnen in der Klasse die Physiognomie der Kinder an und glauben, aus der Physiognomie heraus schließen zu können, ob sie Deutsch können oder nicht. Genau das ist die Miesmacherei, die Sie immer wieder betreiben und die wir wahrscheinlich die nächsten eineinhalb Jahre bis zur nächsten Wahl hin voll wieder erleben werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, auch dann zu behaupten, dass die Ostöffnung Wien Arbeitsplätze gekostet hat und dass wir ein Billigarbeitsplätzesegment der Kräfte aus dem Osten haben - na Gott sei Dank kommen die auch her, denn ein Billigarbeitsplätzesegment ist nicht die Ebene, wo die bestausgebildeten Wienerinnen und Wiener arbeiten sollen. Wenn wir uns jetzt anschauen, was Sie da behaupten, nämlich dass die Armut importiert wird, dass wir das Weltsozialamt Wien machen, nämlich diese Koalition, dann liegen Sie genau dort, was ich vorhin schon gesagt habe: In der Wortwahl einfach so tief eingreifen, dass es schon peinlich ist, und auf der anderen Seite alles, aber auch alles diskreditieren. Wenn ich mir dann anschau, was Sie damit konnotieren, was Sie damit ansprechen wollen, dann geht es Ihnen dabei darum, dass wir für Menschen, die in Not sind, die in schwierigen, wirtschaftlichen Situationen sind, in Wien

auch tatsächlich die Unterstützung haben. Sie sprechen dann genau jene Bereiche an, wo es darum geht, dass die Sozialdemokratie, dass die rot-grüne Wiener Stadtregierung nämlich dort, wo es um die Bedarfsorientierte Mindestsicherung geht, die Stadt ist, wo wir nicht herumfackeln, ob sich jetzt jemand traut, zum Arbeitsamt hinzugehen, um diese Mindestsicherung einzukommen oder ob er in irgendeiner Landgemeinde eben schon beim Bürgermeister abgewimmelt wird, weil man es ihm nicht zugestehen will. Sie rechnen immer die Gesamtsumme und Sie schauen nicht an, woraus das entsteht. Es entsteht nämlich daraus, dass 91 Prozent der Bezieher der Bedarfsorientierten Mindestsicherung sowieso Arbeit haben, sowieso Beschäftigung haben, aber dort so schlecht bezahlt werden (*Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung.*), dass sie diese Mindestsicherung benötigen, damit sie überhaupt Geld genug haben und leben können. Und das ist der Skandal! Diese niedrigen Löhne sind der Skandal und nicht, dass die Stadt Wien mit der Bedarfsorientierten Mindestsicherung hilft! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin auch zutiefst davon überzeugt, dass dieses Budget 2014, wie es vom Magistrat und von der Frau Vizebürgermeisterin vorgelegt wurde, genauso wie die Budgets davor genauso im Plan sein werden, und uns der Vergleich zwischen Voranschlag und Rechnungsabschluss im Jahr 2015 dann beweisen wird, dass wir in der Vorgangsweise bei der Gestaltung des Voranschlages sehr konservativ sind. Wenn Sie sich den Rechnungsabschluss anschauen, den wir vor nicht einmal einem halben Jahr diskutiert haben, dann werden Sie festgestellt haben, dass wir damals wesentlich mehr an Einnahmen und weniger an Ausgaben hatten und im Saldo deutlich unter dem gelegen sind, was im Voranschlag war. Das ist ordentliche und bestandssichernde, zukunftssichernde Budgetpolitik!

Und wenn Sie jetzt herkommen, Herr Gudenus, und behaupten, es gehen die Investitionen zurück und nehmen sich ein Beispiel heraus – gut, ja, wenn man mit Investitionen wie mit dem U-Bahn-Ausbau der U2 Richtung Seestadt Aspern fertig ist, dann wird man natürlich im nächsten Jahr, wenn man nur mehr eine U-Bahn-Verlängerung baut, nämlich die nach Süden, wahrscheinlich weniger Geld einsetzen müssen.

Der Berg war davor. Wenn man dann nicht in Rechnung stellt, so wie Sie das tun, dass wir gleichzeitig im 22. Bezirk die Straßenbahnen und Buslinien ausgebaut haben, dass wir dort wesentliche Verbesserungen für den öffentlichen Verkehr herbeigeführt haben, in einem Gebiet, wo der Modal-Split noch nicht so in Ordnung war, dann machen Sie genau das, was Sie immer tun, mit Halbwahrheiten, mit Verdrehungen erreichen zu wollen, dass nämlich alle glauben, in der Stadt ist alles durcheinander! Das Gegenteil ist wahr! Wir haben mit dem Budget 2014 das Wachstum der Stadt. Wir unterstützen die notwendigen Investitionen in unserer Stadt. Wir haben die Sozialleistungen, die erforderlich sind. Wir schaffen mit diesem Budget, mit Hilfe auch der Wirtschaft, die Beschäftigung. Und wir unterstützen das Zusammenleben

in dieser Stadt, zum Unterschied von Ihnen. Sie wollen das Zusammenleben nicht! Sie wollen Zwietracht! Sie wollen Konflikt! Sie wollen Auseinandersetzung! Wir wollen das Zusammenleben. Das ist das, wofür wir stehen und das ist in diesem Budget auch sichtbar.

Was macht mich so sicher, dass das so funktionieren wird? Unsere Beamten. Damit auch ein herzliches Dankeschön vor allem an den neuen Finanzdirektor Griebler und seine Mitarbeiter. Er hat das Budget zu gestalten übernommen, zu einem Zeitpunkt, wo es nicht ganz so einfach ist, nichtsdestotrotz in der rechten Zeit und ordentlich hergestellt. Herzlichen Dank dafür! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Genau in dieser Situation kommt die ÖVP mit ihrem Bundesparteivorsitzenden und betreibt Wiener-Beamten-Bashing. Das ist immer ideal, gerade in einer Situation, wo man auf anderen Feldern Schwierigkeiten hat. Dann nimmt man die Wiener Beamenschaft her und haut auf sie hin. Sie wissen ganz genau, dass wir die Veränderungen, die Anpassungen im Pensionssystem soweit vorangetrieben haben, dass sie sozial verträglich sind. Wir haben in Wien wesentlich mehr an wenig verdienenden Mitarbeitern, die nämlich handwerklich unterwegs sind, die als Fahrer unterwegs sind und nicht die akademischen Eggheads wie in den Ministerien. Daher schaut bei uns der Bedarf an Pensionsmöglichkeiten ganz anders aus, als das beim Bund der Fall ist. (*GR Mag Wolfgang Jung: Die Bures in der Regierung hat nichts gemacht!*) Diesen Unterschied berücksichtigen Sie nie. Daher gibt es bei uns eine längere, sozial auch verträglichere Einschleifregelung, als das beim Bund geschaffen wurde, nebstbei in schwarz-blauer Zeit, wenn ich mich recht erinnere.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir sind auch weit davon entfernt, Herr Gudenus, dass wir eine Stadt sind, wo die Pleite einfach vor der Tür steht. Das können Sie ja selbst nicht glauben, wenn wir einen Schuldenstand von knapp über 5 Prozent des Bruttoregionalproduktes haben. 60 Prozent sind die Voraussetzung. Schauen wir doch einmal, was in den USA ist. Schauen wir, was dort an Budgetproblemen vorliegt. Schauen wir doch, was in Kalifornien ist. Dort sind sie seit Langem, wenn man so will, pleite. Und bei uns? Bei uns eine minimale Steigerung in Absolutzahlen. Da kann ich dann natürlich sagen, es ist eine Vervierfachung, weil wir so einen niedrigen Schuldenstand hatten und zur rechten Zeit durchgestartet sind, damit eben die schwierige weltweite Wirtschafts- und Finanzsituation auch wirklich geschafft werden konnte.

Ein Thema haben wir natürlich schon, wenn die ÖVP-Politiker auf Bundesebene, Fekter und Spindelegger, Spindelegger erst am Samstag im „Mittagsjournal“, kundgetan haben, dass sie sich bei den Ländern bedanken, dass diese auf Punkt und Beistrich den Stabilitätspakt für Österreich einhalten, bin ich mir ganz sicher, dass er sich nicht bedankt hat bei Kärnten, dass er sich wohl auch nicht bedankt hat bei Niederösterreich und bei anderen Bundesländern, wo das nicht der Fall ist. Aber in Wien ist

es so. Wir halten das auf Punkt und Beistrich ein und investieren trotzdem. Denn das ist der entscheidende Punkt. Wir sparen uns nicht kaputt, sondern wir investieren genau dort, wo wir die meiste Beschäftigung schaffen und wo wir den höchsten Vorteil für unsere Wienerinnen und Wiener herausholen können, im Wohnbau, im Schulbau, im Kindergartenbau. Wir haben auch leistbare Wohnungen im Programm. Wir werden leistungsfähige Straßen bauen. Wir werden mehr Kapazität im öffentlichen Verkehr brauchen und werden das auch errichten. Wir werden bei der Energieversorgung die neuesten Wege gehen. Wir sparen uns nicht kaputt. Wir sparen und investieren uns aus der Krise heraus. Das ist der Weg, wie wir auch bei wachsender Bevölkerung Lebensqualität und Sicherheit für alle erhalten können.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn Sie immer darauf hinweisen, Herr Gudenus, dass alles Schlechte von der Zuwanderung kommt, kann das nicht ganz stimmen. Wir haben in Wien seit vielen Jahren eine positive Geburtenrate. Wien ist eine der ganz wenigen Städte, wo wir mehr Geburten als Sterbefälle haben, und das seit Jahren. Daher generieren wir aus unserer Bevölkerung allein schon einen Zuwachs an Bevölkerung. Wenn wir für all diese den Wohlstand, die Sicherheit erhalten wollen, dann müssen wir investieren. Wir tun das. Wir machen Schulen. Wir machen Kindergärten. Wir bauen das Nordspital. Wir bauen um im Wilhelminenspital, im Kaiser-Franz-Josef-Spital. Wir erweitern die Rudolfstiftung. Wir bauen die U1 bis zum Kurpark Oberlaa. Wir haben für neue Wohnungen Förderungen, ob diese gebaut werden am Hauptbahnhof, im Sonnendviertel, in der Seestadt, am Nordbahnhof-Areal. Wien unterstützt die Sanierung von Wohnungen und Wohnhäusern. Denn dort ist das meiste an Beschäftigung herauszuholen. Dort ist Detailarbeit, Kleinarbeit notwendig. Das tun wir.

Wir unterstützen auch den notwendigen Strukturwandel in dieser Stadt. Die wissensbasierte Ökonomie braucht die Vernetzung der Unis, der Fachhochschulen, der Industrie untereinander. Wir haben die Programme bei departure. Wir haben das ZIT. Wir haben den Technologiefonds. Dort geht das Geld aus der seinerzeitigen Zentralsparkassenstiftung nicht verloren, sondern dort wird es eingesetzt. Dort wird es eingesetzt für die Zukunft dieser Stadt und bleibt nicht auf irgendeiner hohen Kante liegen, damit Sie immer nachschauen können, Herr Gudenus! Wir arbeiten mit dem Geld. Dieses Geld arbeitet positiv für diese Stadt.

Die wissensbasierte Ökonomie in unserer Stadt braucht auch hervorragend ausgebildete Fachkräfte, und das auf allen Ebenen. Ich denke nur an den Qualifikationsplan 2020. Wir brauchen diese Qualifikationsoffensive. Wo diese Ausbildung nicht ausreicht, haben wir den WAFF, dort gibt es die Ausbildungsgarantie für die Jugendlichen. Es ist die beste Waffe gegen die Arbeitslosigkeit. Auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten lässt Wien die Beschäftigten nicht allein, auch wenn die Firma in Konkurs geht. Denken Sie zum Beispiel an den Daily-Konkurs. Denken Sie an den Alpine-Konkurs. In Wien

sind all jene, die in den anderen Bundesländern auf der Straße gestanden sind, in die permanente Arbeitsstiftung gekommen und haben die Umschulungsprogramme durchlaufen können.

Die Sozialdemokratie, und das schreibe ich Ihnen ins Stammbuch, schaut auf die arbeitenden Menschen in Wien und hilft jenen, die aus dem Arbeitsprozess hinausgedrängt wurden, denn, und das auch der ÖVP ins Stammbuch, geht es dem Menschen gut, geht es der Wirtschaft gut, und nicht umgekehrt. Wenn es dem Menschen nicht gut geht, dann helfen wir als Sozialdemokratie mit Mindestsicherung - habe ich schon erwähnt -, aber auch mit der gesundheitlichen und der sozialen Unterstützung in bester Qualität für alle. Da können wir nicht 680 Millionen EUR sparen, Herr Juraczka! Das geht sich da nicht aus! Dann gibt es keine Almosen bar aufs Handl, liebe FPÖ, so wie Sie das immer gemacht haben, sondern da gibt es konsequente Programme!

Sehr geehrte Damen und Herren, ich lade die Opposition ein, dass Sie diesem Budget ausnahmsweise zustimmen. Seien Sie einmal ehrlich! Das ist das Richtige für Wien. Gehen Sie mit uns den richtigen Weg! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist GR Dr Aichinger. Selbstgewählte Redezeit 15 Minuten.

GR Dkfm Dr Fritz **Aichinger** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wie jedes Jahr stehen wir hier bei dieser Budgetdebatte.

Gestatten Sie mir zwei Vorbemerkungen zum Kollegen Schicker. Herr Kollege Schicker, erstens würde ich nicht pauschal sagen, dass die Opposition sozusagen alles skandalisiert und immer Nein sagt. Aber es muss schon möglich sein, dass die Opposition auch konstruktiv über dieses Budget diskutiert und dort Vorschläge macht, wo sie glaubt, dass man es anders machen kann, damit es den Menschen in dieser Stadt gut geht, wie du gesagt hast, aber auch der Wirtschaft. Ich glaube schon an den Satz: „Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es den Menschen sehr gut.“

Warum? Weil wir dann eben diese Arbeitsplätze haben und nicht von vornherein sozusagen alles ablehnen, was die Opposition sagt: „Das kommt ganz einfach nicht in Frage und können wir nicht tun, weil nur wir, die Sozialdemokraten, die Weisheit sozusagen gepachtet haben.“ Meine Damen und Herren, das, glaube ich, ist eine unfaire Diskussionsgrundlage. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren, Zitat: „Es reicht nicht aus, sich auf dem Status quo auszuruhen. Um auch in Zukunft wettbewerbsfähig zu bleiben, haben wir gemeinsam noch viel vor.“ Ein Zitat von Frau VBgmin Renate Brauner in der Zeitschrift der Industriellenvereinigung vom November 2013. Dieser Meinung sind wir auch. Wir sind aber auch der Meinung, dass dieses Budget nicht all das, diese Taten widerspiegelt, dass dieser Status quo erhalten

beziehungsweise verbessert werden kann.

Diese rot-grüne Stadtregierung, meine Damen und Herren, hat ein Budget vorgelegt, wo es kein Einnahmenproblem gibt. Aber es gibt anscheinend doch Ausgabenprobleme. Die Einnahmen, meine Damen und Herren, sind gestiegen. Auch das hat die Frau Vizebürgermeisterin selbst bestätigt. Bei den eigenen Steuern zum Beispiel um 12 Prozent, bei den Ertragsanteilen um 14 Prozent innerhalb von 2 Jahren, sogar bei den Ertragsanteilen von einem zum anderen Budget um 5 Prozent. Wir wissen, wie es mit den Gebühren und mit den Einnahmen der Leistungen ist. Parkgebühr, U-Bahn-Steuer, all das, meine Damen und Herren, wird erhöht. Gerade an der U-Bahn-Steuer beziehungsweise der Parkgebühr kann man sehr genau sehen, wie eigentlich auch mit den Rücklagen umgegangen wird, meine Damen und Herren. Die Einnahmen der Parkgebühr stiegen von 2011 auf 2014 um das Doppelte, von 69 Millionen EUR auf 110 Millionen EUR. Wenn man noch die Verwaltungsstrafen dazurechnet, meine Damen und Herren, explodieren auch diese derzeit auf Grund der Parkraumbewirtschaftung von 34 Millionen EUR auf 63 Millionen EUR. Hier gibt es Einnahmen, die ganz einfach sprudeln. Und wofür werden sie verwendet?

Wir wissen, wir hatten eine Parkometerrücklage, die dazu dienen sollte, dem Verkehr sozusagen zweckgewidmet zur Verfügung gestellt zu werden. Was ist passiert? Die Parkometerrücklage, meine Damen und Herren, wird Ende 2013 leer sein. Was ist damit passiert? 2005 war es noch so, dass 76 Prozent dieser Rücklage beziehungsweise dieser Ausgaben in den Autoverkehr - das haben auch die Autofahrer bezahlt - und nur 24 Prozent in andere Maßnahmen gegangen sind. 2012 schaut das schon ganz anders aus. Nur mehr 12 Prozent wurden für diesen Sektor „PKW und Autokraftfahrzeuge“ verwendet und 88 Prozent sind für andere Maßnahmen eingesetzt worden. Auch das, meine Damen und Herren, zeigt ein Bild, dass die Ausgaben nicht dort eingesetzt worden sind, wofür sie unter Umständen eingenommen werden.

Über den Modal-Split können wir noch reden. Der Modal-Split hat sich gar nicht so verändert. Der Radverkehr ist laut Wiener Linien, auf der Homepage heute noch nachzulesen, nach wie vor bei 6 Prozent. Also, viel bewegt habt ihr bis jetzt nicht. Das steht wunderschön auf „wienerlinien.at“.

Das hat uns bewegt, meine Damen und Herren, eine Studie von EcoAustria machen zu lassen. Es ist schon ein bisschen verwunderlich, Frau Vizebürgermeisterin, dass Sie diese Studie sofort wegwischen und sagen, das ist unseriös. Hier sind Vergleiche mit anderen Bundesländern, mit anderen Städten angestellt worden. Die Studie hat nicht immer den Besten herausgenommen, sondern es wurde mit dem Medianwert verglichen, sprich, mit jenen, wie im Durchschnitt einige Ausgaben getätigt werden. Worum geht es in dieser Studie? Es geht darum, dass die finanziellen Mittel, meine Damen und Herren, ohne Qualitätsverlust eingesetzt werden können, und das ist ganz wichtig, um finanzielle Mittel freizubekommen und

woanders einsetzen zu können.

Das Budget, meine Damen und Herren, soll daher nur fitgespart werden, um wirklich noch neue Akzente für wichtige Dinge, wenn ich so sagen darf, die uns in Zukunft sehr wesentlich sind, wie Bildung, Arbeitsmarkt, Wohnung und Gesundheit, finanzieren zu können. Wir haben das bis jetzt in fünf Bereichen gemacht. Das ist, glaube ich, ein sehr entscheidendes Bild gewesen, dass schon viel Einsparungspotenzial vorhanden ist. Ich darf mich ganz kurz nur für zwei noch einmal näher interessieren:

Das eine ist das Thema der allgemeinen Verwaltung. Die allgemeine Verwaltung, mein Kollege Juraczka hat es bereits gesagt, ist in Wien ganz einfach gegenüber ganz Österreich extrem oder um 120 EUR pro Kopf, pro Einwohner teurer als woanders. Es ist aber noch gar nicht gesagt, dass alle anderen Bundesländer, alle anderen Städte die Weltmeister in der Verwaltung sind. Da ist schon noch ein großer Spielraum, meine Damen und Herren, wie wir effizienter mit diesen finanziellen Mitteln umgehen können.

Als zweites Beispiel möchte ich Ihnen noch eines bringen, das ganz einfach die Wiener Linien sind. Meine Damen und Herren, hier wurde der Versuch gestartet oder analysiert, wie sich die Kosten und die Leistungen der Wiener Linien mit denen der Münchner Verkehrsbetriebe verhalten. München ist eine Stadt, ungefähr so groß wie Wien, gar keine Frage, hat aber auch andere Voraussetzungen. Die Wiener Linien - das stimmt - haben ein gutes Netz, bieten 18 000 Platzkilometer an, die Münchner Verkehrsbetriebe nur 13 000 Platzkilometer. Das heißt, hier ist schon ein Unterschied gegeben. Das ist richtig. Aber die Wiener Linien haben 8 400 Mitarbeiter und die Münchner Linien machen das Ganze mit 2 897 Mitarbeitern. Was kommt dann im Wesentlichen als Sukkus heraus? Pro Platzkilometer, meine Damen und Herren, werden in Wien sozusagen 0,46 Mitarbeiter geschaffen und in München 0,22. München, meine Damen und Herren, fährt kostendeckend, bekommt keinen Betriebskostenzuschuss, sondern dort werden nur Zuschüsse für Investitionen gegeben. Was macht Wien? Wir haben bis jetzt einen Betriebskostenzuschuss von 280 Millionen EUR gehabt und haben im Jahr 2014 sogar einen Zuschuss von 335 Millionen EUR prognostiziert, ohne dass da noch investiert wird. Die Investitionen, meine Damen und Herren, kommen noch dazu. Wir zahlen für nächstes Jahr Investitionskosten von 399 Millionen EUR an die Wiener Linien. Worum geht es mir hier? Das Verhältnis zwischen Betriebskostenzuschuss und Investitionen verschiebt sich immer mehr zum Betriebskostenzuschuss und die Investitionen gehen zurück.

Wenn ich vorhin vom Kollegen Schicker gehört habe, dass, wenn wir mit der U2 fertig sind und nur mehr eine, nehmen wir an, Verlängerung der U1 in den Süden haben, dann sehe ich das als nicht sehr gutes Signal an, weil ich glaube, wir müssen überlegen, wo dieses Netz weiter auszubauen ist. Wir wissen ganz genau, dass wir länger planen müssen, um hier eintreten zu können. Ich

glaube nicht, dass es sinnvoll ist, die Investitionsmittel für die Wiener Linien oder für die U-Bahnen zurückzunehmen, sondern eher nachzudenken, wo wir in dieser Stadt weitere Verstärkungen oder Verlängerungen der U-Bahn-Linien machen können, um ganz einfach den Modal-Split besser hineinzubekommen, meine Damen und Herren.

Hier zeigt sich, und dabei bleibe ich, weniger Betriebskostenzuschüsse in München, ganz einfach 0 Betriebskostenzuschüsse in München und in Wien 335 Millionen EUR. Hier ist sicher Sparpotenzial drinnen beziehungsweise sollte sich auf jeden Fall etwas ändern.

Abschließend, meine Damen und Herren, vielleicht noch ein Thema, das auch schon, und jetzt hätte ich fast gesagt, zum 27. Mal von der Opposition angeschnitten wurde, transparentes Budget und mittelfristige Budgetplanung. Zwei Dinge, ganz kurz: Es gibt eine erfreuliche Nachricht, meine Damen und Herren, ein transparentes Budget gibt es, und zwar hat dies das Kommunalwissenschaftliche Dokumentationszentrum, kurz KDZ, genannt und stellt von allen Städten und Gemeinden ein transparentes und offengelegtes Budget auf die Homepage. Aber nur wenige Städte, Graz und Salzburg von den großen, geben das frei. Wien gibt das nicht frei. Das heißt, Wien will nicht verraten, wie das aussieht. Das KDZ hat alle Unterlagen und Wien will es nicht verraten. Frau Vizebürgermeisterin, ich darf Sie auffordern, geben Sie Ihr Einverständnis, dass dieses bekannt gegeben wird. In dem Moment haben wir ein transparentes Budget und können das alles nachvollziehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das Zweite, meine Damen und Herren, die mittelfristige Budgetplanung, ist auch immer wieder eine Forderung von uns, wo wir glauben, besser und effektiver planen zu können. Sie haben es heuer versucht und es ist beim KAV gelungen. Das gibt es dort bereits. Es gibt eine mittelfristige dreijährige Planung für den KAV. Natürlich ist es klar, dass das rollierend ist und dass man eine Vorschau immer wieder verändern kann, aber es ist ein Anfang gesetzt. Machen Sie das auch mit Ihren Budgetzahlen, meine Damen und Herren! Es ist sicher möglich! Geben Sie nicht immer die Ausrede, wir sind abhängig von den Zahlungen des Bundes! Auch der Bund macht eine langfristige Vorschau. Daher könnte man sich auch dort ganz einfach an diese Dinge anlehnen. Dass es Korrekturen gibt, ist natürlich selbstverständlich. In diesem Sinne, meine Damen und Herren, darf ich auch einen Beschluss- und Resolutionsantrag einbringen, mit meinen Kollegen Alexander Neuhuber, Isabella Leeb und Norbert Walter:

„Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass die Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Stadt Wien im Sinne der Anregung des Rechnungshofes transparenter, informativer und bürgerfreundlicher gestaltet werden. Insbesondere und vorrangig mögen folgende Punkte bei der Budgetdarstellung berücksichtigt werden: eine öffentlich dokumentierte mittelfristige Budgetplanung der Stadt Wien, ein Katalog aller Unternehmensbeteiligungen, Fonds, Stiftungen und Veranlagungstitel der Stadt Wien inklusive einer Kurzdarstellung von deren betriebswirtschaftlichen Kerndaten und finanzielle Geba-

rung sowie einer separaten und transparenten Darstellung der Finanzströme betreffend der Gemeinde Wien.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ - Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet hat sich Herr GR Dipl.-Ing Margulies. Selbstgewählte Redezeit 15 Minuten.

GR Dipl.-Ing Martin **Margulies** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Eigentlich wollte ich meine Rede mit Europa beginnen, aber, Kollege Aichinger *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Ich fordere dich heraus!)*, im Sinne einer lebendigen Diskussion erlaube ich mir, zunächst ein bisschen auf Sie einzugehen, insbesondere auf die Studie von EcoAustria, auf eine Studie, die selbst auf Nachfragen weder bei der EcoAustria noch bei der ÖVP erhältlich ist. *(GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: Hört! Hört!)* Die interessante Frage ist, Sie wollen von uns, dass wir uns mit einer Studie auseinandersetzen, und ich mache so etwas liebend gern, aber dann würde ich zumindest die Studie gern kennen und nicht das Pressepapier. Nur als ein klitzekleines Beispiel vorweg, ich glaube tatsächlich, und daran arbeiten wir auch, dass man in Wien immer wieder etwas verbessern kann. Denn selbst wenn alles gleich bleibt, wäre es gescheit, das auch irgendwann einmal zu hinterfragen. Aber dazu ist es notwendig, die Unterlagen für die Auseinandersetzung zu erhalten, insbesondere wenn man, so wie Sie, darauf stolz ist. Etwas anderes ist, und das glaube ich viel eher, dass es eine ideologisch geprägte Studie ist, wo Sie gar nicht wollen, dass SPÖ und GRÜNE sich mit dieser Studie ernsthaft auseinandersetzen.

Eine Frage an Sie, weil Sie das gesagt haben, zur allgemeinen Verwaltung: Können Sie das ad hoc beantworten? Sind in der Verwendungsgruppe 0 die Personallasten Wiener Stadtwerke drinnen? Ja oder Nein? *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Nein!)* Das macht 500 Millionen EUR einnahmen- und ausgabenseitig aus und würde sofort die Pro-Kopf-Geschichte dramatisch verändern. Ich würde es gerne lesen, Kollege Aichinger. Lassen Sie mir diese Studie zukommen? Das wäre wirklich total nett. Dann führen wir gerne, auch hier im nächsten Gemeinderat, eine Debatte darüber. Aber es ist schwierig, über ungelegte Eier zu diskutieren. Diese Studie von EcoAustria ist tatsächlich so etwas. Man kann es nicht länger versteckt halten. Ich würde mich gerne mit Ihnen darüber auseinandersetzen. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. - GRin Ing Isabella Leeb: Wir auch mit Ihnen!)*

Der nächste Punkt, den Sie angesprochen haben, ist der Bereich der mittelfristigen Finanzplanung. Ich war mir unsicher, der Kollege Aigner hat es kurz angeredet, ob Sie sich das trauen angesichts der Fehlleistung, sage ich jetzt einmal dazu, im Konglomerat, von mir aus, Forschungsinstitute, Finanzministerium. Aber wer sich um zig Milliarden Euro in der Vorschau verrechnet, kann doch nicht von anderen eine mittelfristige Finanzplanung verlangen, wenn diese davon abhängig sind. Eine Frage an Sie, auch ad hoc, oder vielleicht weiß es jemand aus der

ÖVP: 1 Milliarde Steuern weniger Einnahmen, wie sehr trifft das Wien? *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Ein Viertel! Zirka 250 Millionen EUR!)* Sie finden es in der Größenordnung von 70 Millionen EUR. Es sind ungefähr 7 Prozent von jeder Milliarde. Das heißt, Mindereinnahmen von 6 Milliarden EUR Steuern würden Wien ungefähr 400 Millionen EUR kosten.

Dann beginnt das ÖVP-geführte Finanzministerium, Pühringer macht es, Fekter ist eh schon verräumt, plötzlich etwas gänzlich Neues, etwas Faszinierendes in die Diskussion einzubringen, nämlich beliebige Zeiträume, über die man spricht. Früher haben wir über ein Jahresbudget geredet, haben im Zweifelsfall, was auch immer das ist, das strukturelle Defizit, das jeder ein bisschen anders interpretiert, über Jahreszeiträume gerechnet. Jetzt werden Zahlen in den Raum geworfen, 20 Milliarden EUR, 40 Milliarden EUR, 24 Milliarden EUR. Nie kommt irgendwo dazu, welcher Zeitraum. Jetzt hüpfte ich wieder zurück zur EcoAustria-Studie. 650 Millionen EUR wären im Gesundheitsbereich einsparbar. In einem Jahr? Das meinen Sie aber nicht im Ernst! In fünf Jahren? Das meinen Sie aber auch noch nicht im Ernst! In zehn Jahren vielleicht? Vielleicht ist es möglich! Lassen Sie uns die Studie lesen. Aber 650 Millionen EUR im Gesundheitsbereich in einem Jahr einzusparen, das ist tatsächlich unseriös! Auf dieser Basis wird es immer schwieriger zu diskutieren.

Dennoch hat es meines Erachtens nach nicht viele Politiker und Politikerinnen gegeben, die das durchschaut haben. Bei allem, wo die ÖVP in Wirklichkeit mit dieser Debatte nicht so gut öffentlich davongekommen ist, haben Sie, glaube ich, damit eines fast schon erreicht, Sie haben den politischen Diskurs so gedreht, dass ich befürchte, dass Sie die Regierungsverhandlungen gewonnen haben, bevor sie wirklich beendet sind. Das ist die eigentliche Dramatik dahinter. Wir sind in einen Diskurs gekommen, der uns in diese Situation hineingebracht hat, wo auch auf europäischer Ebene, und jetzt erlaube ich mir den Schwenk, es viele Jahre gedauert hat, bis endlich klar geworden ist, Kaputtsparen macht uns alle noch viel mehr kaputt. In diesem Diskurs sind wir jetzt plötzlich in Österreich, weil 20 Milliarden EUR fehlen, 40 Milliarden EUR fehlen. Ich bin eh nicht derjenige, der an die ganzen Versprechungen von vor der Wahl glaubt. *(GR Mag Wolfgang Jung: Sparen, Herr Kollege!)* - Der Experte für alles meldet sich auch zu Wort! *(GR Mag Wolfgang Jung: Sparen heißt, Geld zurücklegen, wenn Sie es nicht wissen sollten!)* - Sind Sie fertig, Herr Jung? *(GR Mag Wolfgang Jung: Es tut Ihnen weh, wenn man Ihnen die Wahrheit sagt!)* Sind Sie fertig? Sie können auch herauskommen! Sind Sie fertig? Dann rede ich weiter. *(GR Mag Wolfgang Jung: Sie brauchen nicht unbedingt weiterzureden!)*

Um sozusagen dort weiterzumachen, wir sind jetzt in dem Diskurs über die Wahlversprechungen, wo ich nicht alle für gut halte und nicht alle vorher geglaubt habe. *(GR Mag Wolfgang Jung: Sagen Sie das einmal der SPÖ!)* Aber auch wenn wir unterschiedliche Vorstellungen haben, Steuersenkungen sind vom Tisch, Familienbeihil-

feerhöhung ist vom Tisch, so wie vieles andere, was den Menschen geholfen hätte. *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Wir diskutieren hier nicht das Bundesbudget!)* Wir sind wieder in der Diskussion der Belastung und des Sparens, vor allem deshalb, weil wir uns nicht trauen, eine Wahrheit auf Bundesebene auszusprechen. *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Das ist nicht das Bundesbudget!)* - Ich komme sofort dazu. Ein Budgetdefizit oder eine Budgetlücke ist nichts anderes, als die Feigheit einer Bundesregierung, die Ausgaben den Einnahmen anzupassen, oder eben umgekehrt, die Einnahmen den Ausgaben anzupassen. *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Ihr Koalitionspartner sitzt auch in der Bundesregierung!)*

Jetzt spanne ich den Bogen zu Wien. *(GR Mag Wolfgang Jung: Sagen Sie das dort hinüber!)* Wenn man die Steuerhoheit besitzt, und mein Kollege Ellensohn hat klargestellt, wer, glaube ich, seit 1987 durchgehend in der Regierung gesessen ist und dort den Schuldenberg vervierfacht hat, nicht von 1 Milliarde EUR auf 5 Milliarden EUR, sondern um 170 Milliarden EUR mehr, wo auf Bundesebene eigentlich eine absolute Steuerhoheit besteht. Haben Sie sich das Budget für Wien, und jetzt mache ich den Sprung, angesehen? Das macht es natürlich vielfach schwieriger.

Wien ist stolz darauf, dass wir Menschen in Armut unterstützen. Ja, Wien ist stolz darauf! Wir versuchen eine gute Gesundheitsversorgung, eine gute Bildungsversorgung und auch alle Menschen, die notwendige spezielle Bedürfnisse haben *(GR Mag Wolfgang Jung: Der Cap!)*, sei es im Bereich Hilfe, Pflege, bis hin zur Behindertenhilfe, et cetera, zu unterstützen. Wir sehen alle, was im Bereich FSW an zusätzlichen Mitteln notwendig ist, um tatsächlich eine Vorreiterrolle auch für Österreich einzunehmen.

Wien hat aber nicht wie der Bund die Möglichkeit der Steuerhoheit. Wir haben einen eigentlich sehr kleinen Bereich. Zu knapp 75 Prozent bestimmt der Bund, selbst bei den eigenen Steuern und Abgaben, die Höhe, die Wien zufließt, und über den Finanzausgleich sowieso. Das wissen wir. Deshalb stellt sich die Situation in Wien anders dar als auf Bundesebene. Und dennoch schafft es Wien, in der Krise den Gebarungsabgang und das Defizit langsam, aber sicher zu reduzieren. Ich finde, darauf können wir stolz sein!

Es gibt noch einen Punkt, den ich mir erlaube zu erwähnen, gerade weil das von Ihnen immer wieder ins Treffen geführt wird. Noch einmal, auch ich glaube, dass man in Wien etwas verbessern kann. Auch ich glaube, dass es Gründe gibt, aus Wien wegzuziehen, aber es gibt viel mehr Gründe, nach Wien zu ziehen. Es gibt diese Abstimmung mit den Füßen in Österreich, wo die Menschen zumindest hohe Erwartungshaltungen an Wien haben und anscheinend auch nicht enttäuscht werden, sonst würde Wien nicht jedes Jahr um 25 000 Einwohner und Einwohnerinnen wachsen! Das müssen Sie doch irgendwann einmal sehen! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Warum ziehen denn Menschen wohin? Manche aus

Liebe. Das ist schön. Das ist romantisch. Viele, weil sie sich dort Chancen erhoffen, Chancen auf einen Arbeitsplatz, Chancen auf bessere Bildung für ihre Kinder, Chancen auf günstigeren Wohnraum, Chancen auf bessere Gesundheitsvorsorge. (GR Dominik Nepp: *Chancen auf Sozialleistungen!*) - Chancen auf Sozialleistungen. Ja, ich bin stolz darauf! Und dann ziehen sie nach Wien. Dort freuen sie sich im Großen und Ganzen. Statt dass Sie sich mitfreuen, machen Sie tatsächlich alles schlecht und wollen von Wien dasselbe, was innerhalb der letzten fünf Jahre auf europäischer Ebene nicht funktioniert hat, sparen, belasten, kürzen, Wachstumsgrenzen definieren, et cetera. Wenn man Ihre Anträge liest, muss man sich sowieso fragen, ob Sie Ihre Anträge zusammengerechnet haben, wie viel Geld Ihre Anträge, die Sie im Laufe dieser Budgetdebatte stellen werden, brauchen, welche Kosten damit tatsächlich auf Wien und die Wiener und Wienerinnen zukommen würden. Oder haben Sie sich diese knappe, kleine Aufgabe erspart? Was würde passieren, wenn wir uns einfach einmal hinsetzen und sagen würden, wir nehmen alle Anträge der Opposition an? Das Budget würde nicht nur aus dem Ruder laufen, es wäre nicht mehr finanzierbar, nicht einmal ein halbes Jahr! Das ist die Art und Weise, wie Sie Politik machen!

Wie gesagt, auf europäischer Ebene werden Städte und Gemeinden immer wichtiger, wo Städte und Gemeinden de facto der Garant dafür sind, dass nicht das passiert, was Sie beide auf Bundesebene vorgemacht haben, nämlich alles zu privatisieren, was es irgendwo gibt. Gott sei Dank werden Städte und Gemeinden auf europäischer Ebene immer wichtiger. (GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: *Wie heißt der Bundeskanzler derzeit?*) - Werner Faymann, gemeinsam in einer Regierung mit der ÖVP, mit derselben ÖVP, die seit mehr als einem Vierteljahrhundert durchgehend mit unterschiedlichen Koalitionspartnern regiert. (GR Mag Wolfgang Jung: *Sie sind auch mit der SPÖ in einer Koalition!*) Das wird es tatsächlich bei den Wahlergebnissen nicht spielen, aber ich würde mir so sehnlichst wünschen, dass diese Seilschaft aus Raiffeisen und sonstigen Menschen, die alle bei der ÖVP dabei sind, endlich einmal fünf Jahre in Opposition ist. Ich will gar nicht, dass die ÖVP immer in Opposition ist. Das will ich gar nicht. Aber einmal fünf Jahre weg von den Futtertrögen, damit sich die ÖVP erholen kann, damit sie zurückfinden kann zu ihren Wurzeln, die sie irgendwann einmal gehabt hat. (GR Dr Wolfgang Ulm: *Wie lange ist denn die SPÖ in Wien in der Regierung?*) Wir haben immer Unterschiede gehabt. Das stimmt einfach. Aber dass aus Ihren Kreisen, und das hat mich dann tatsächlich empört, eine der wenigen wirklich sinnvollen Entscheidungen auf europäischer Ebene, nämlich der Europäischen Zentralbank, den Leitzinssatz auf 0,25 Prozent zu senken, schärfstens kritisiert wurde, dass gerade die ÖVP dann von der Enteignung der Reichen spricht, wo es darum geht, 90 Prozent der Menschen zu helfen, das hat mich wirklich irritiert! Das hat mich schockiert! Da war ich dann echt der Meinung, Sie haben nicht nur in Wien abgedankt, Sie haben in Österreich abgedankt, Sie haben

auch auf europäischer Ebene abgedankt! - Ich danke sehr. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. - GR Mag Wolfgang Jung: *So weit zu Europa!*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr StR DDr Schock. Selbstgewählte Redezeit 13 Minuten.

StR DDr Eduard **Schock**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Herr Margulies, es haben in den letzten 2 Jahren 6 000 Menschen in Wien ihren Arbeitsplatz verloren. 6 000 Menschen in Wien! Warum? Weil sie von billigeren ausländischen Arbeitskräften verdrängt worden sind, weil es im gleichen Zeitraum 13 000 neue Arbeitsplätze für Zuwanderer gegeben hat. Herr Margulies, jetzt frage ich Sie: Wem nützt das? Es nützt der Industrie. Es nützt der Industriellenvereinigung, die all diese billigeren Arbeitsplätze braucht. Dann kommt der Herr Margulies hier heraus und spricht, warum diese Menschen kommen. Aus Liebe vielleicht, oder, und da kommt er der Sache schon näher, weil sie die Chance auf einen Arbeitsplatz in Wien sehen. Herr Margulies, Sie machen der Industriellenvereinigung mit dieser Politik die Mauer. Dass die SPÖ keine Arbeiterpartei ist, wissen wir längst. Aber, Herr Margulies, Sie sind ein österreichischer Politiker, ein Wiener Politiker. Sie sollten Politik für die Menschen in diesem Land und in dieser Stadt machen, Herr Margulies! (Beifall bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren, wenn man sich die Frau Brauner heute Morgen angehört hat, diese Selbstüberschätzung, Arbeitsplätze, Infrastruktur, wie Wien die Krise gut bewältigt hat, und wenn man sich dann die Realität anschaut, 13 Prozent Arbeitslosigkeit in Wien. 13 Prozent Arbeitslosigkeit! Herr Margulies, wer hätte sich das vor wenigen Jahren noch träumen lassen? Wer hätte das je befürchtet, in Wien 13 Prozent Arbeitslosigkeit jetzt, aktuell, im Herbst? 115 000 Menschen sind das!

Meine Damen und Herren, Frau StRin Brauner, es hat Bruno Kreisky vor vielen Jahren einmal gesagt: „Mir ist eine Milliarde mehr Schulden lieber als mehr Arbeitslose.“ Aber, Frau Stadträtin, Sie haben beides nicht geschafft. Wenn man sich die Zahlen anschaut, und das Budgetloch ist ja in aller Munde, haben Sie den höchsten Schuldenstand in Wien angehäuft. Sie haben das heute Vormittag, und das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, genannt: „Ich bekenne mich zu einer maßvollen Aufnahme von Fremdmitteln.“ Wenn man das Budget mit einer Milliarde Schuldenstand übernimmt, Frau Stadträtin, und dann in sechs Jahren, wo Sie jetzt im Amt sind, das von einer Milliarde auf fünf Milliarden verfünffacht, soll das eine maßvolle Aufnahme sein? Gleichzeitig weisen Sie noch die höchste Arbeitslosigkeit aus! Sie haben also mit diesen Schulden nicht etwa die Arbeitslosigkeit bekämpft, sondern Sie weisen gleichzeitig diese höchste Arbeitslosigkeit aus!

Frau Stadträtin, wenn diese vier Milliarden wirklich maßvoll sind, dann frage ich mich, was denn dann auf uns bei dieser Anschauung noch zukommt. Hören Sie

endlich auf mit Ihrer Märchenstunde! Haben Sie einmal den Mut, wirklich der Realität in die Augen zu schauen, Frau Stadträtin! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber schauen wir uns einmal dieses Budget an, etwa das Gesundheitsbudget, weil das Budgetloch in den letzten Tagen in aller Munde ist, meine Damen und Herren. Da legt die Stadträtin ein Gesundheitsbudget vor, da legt auch der Krankenanstaltenverbund einen Wirtschaftsplan vor, und dann geht sich das beim Krankenhaus Nord überhaupt nicht aus. Dann ist da ein riesiges Budgetloch. Da sinken die Investitionen des KAV plötzlich 2014, in einem Jahr, wo eine Großbaustelle in Wien ist, nämlich das Krankenhaus Nord, und die Lösung des Geheimnisses ist. Die Frau Stadträtin hat in ihrem Budget das Geld budgetiert, vielleicht bis März 2014, allerhöchstens bis Mai/Juni 2014. Aber dann hängt das ganze Spital in der Luft. Dann ist nichts mehr vorhanden.

Meine Damen und Herren, was hier geplant ist und was auf uns zukommt, ist eine gigantische Flucht aus dem Budget, eine Flucht, mit der Sie Ihre Verschuldung hier in Zukunft vertuschen wollen, verleugnen wollen, Bauträgermodelle, Public Private Partnership, schöne Bemäntelungen. Da gibt es dann vielleicht die Vamed, die die Kredite aufnehmen wird, oder eine große Baufirma, die Porr zum Beispiel, als Bauträger. Aber offiziell steht Rot-Grün super da. Die Budgetwahrheit, die Budgetvollständigkeit, alle Grundsätze der Budgetpolitik gelten dann nicht mehr. Aber, Frau Stadträtin, eines vor allem, es wird teurer. Es wird für uns alle dadurch teurer, weil ein privater Kreditnehmer einen Risikoaufschlag zahlen muss. Egal, ob das ein Betreiber wie die Vamed oder eine Baufirma sein wird, es müssen hier höhere Zinsen bezahlt werden und wir müssen dann über ein Bauträgerentgelt diese höheren Zinsen aus unserem Budget zurückzahlen. Frau Stadträtin, das nehmen Sie hier bewusst in Kauf, nur um das Budget zu frisieren, um offiziell im Jahr 2016 ein Nulldefizit darstellen zu können. Da nehmen Sie diese höheren Zinsen in Kauf, um diesen Gemeinderat zu täuschen, um Ihr Budget zu frisieren und Ihr Budgetloch in den Spitälern zu verheimlichen, Frau Stadträtin! Wenn der Bürgermeister von diesem Budgetloch plötzlich nichts mehr weiß, dann hat er sein Budgetloch im eigenen Wiener Budget übersehen! Frau Stadträtin, ich sage Ihnen daher, dieses Budget 2014, Ihr Budget, ist im Spitalsbereich jedenfalls nicht einmal das Papier wert, auf dem es geschrieben ist! Das ist Ihr Budgetloch 2014! Ich meine daher, Frau Stadträtin, nehmen Sie dieses Rumpfbudget zurück, legen Sie die tatsächlichen Zahlen auf den Tisch und sorgen Sie im Budget ordentlich auch für das Krankenhaus Nord vor, so wie sich das gehört, und hören Sie vor allem auf, Frau Stadträtin, hier Budget zu schönen und dem Steuerzahler zu schaden, nur um Budgetkosmetik zu betreiben und Ihr Budget zu frisieren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren, es werden am 1. Jänner die Grenzen aufgemacht für Bulgarien, für Rumänien, bei 13 Prozent Arbeitslosigkeit in Wien. Da sollte man meinen, dass eine österreichische Politikerin, eine Stadträtin,

das im Auge hat und auch ihre Maßnahmen in einer Budgetdebatte im Hinblick auf diesen 1. Jänner ausbreitet. Es ist genau das der Grund, meine Damen und Herren, warum die SPÖ die Europadiskussion so scheut, warum Sie das wie der Teufel das Weihwasser scheuen, weil bei dem Thema es klarer wird, es einem dann wie Schuppen von den Augen fällt, wer hier recht behalten hat, Herr Kollege Woller. Ich darf zurückerinnern an den Mai 2011, als diese Auftragsstudien der Industriellenvereinigung, aber auch der SPÖ ergeben haben, überhaupt keine Gefahr für den Arbeitsmarkt für die Inländer, die FPÖ schürt die Angst unbegründet, alles nicht wahr, sie hat überhaupt keine Ahnung.

Und jetzt sehen wir die Zahlen, meine Damen und Herren! Schauen wir uns den Wiener Arbeitsmarkt an! Nur in diesen beiden Jahren seit der Ostöffnung hat es 19 000 neue ausländische Arbeitskräfte gegeben. 19 000 neue ausländische Arbeitskräfte! Aber 6 000 Wiener haben ihren Arbeitsplatz in dieser Stadt verloren. Es sagen jetzt auch die Experten, Frau StRin Brauner, und genau das bestätigt auch das WIFO jetzt, und ich darf Ihnen das zitieren: „Es zeigt sich, dass hinsichtlich des Niveaus der Zuwanderung die Sondereffekte aus der Gewährung der Freizügigkeit länger nachwirken, als erwartet.“ - Das sagt das Wirtschaftsforschungsinstitut, „länger nachwirken, als erwartet“. Das WIFO sagt auch, dass am 1. Jänner neue Probleme auf uns zukommen. Wieder ein wörtliches Zitat: „Mit dem 1. Jänner 2014 ist auf Grund der Freizügigkeit gegenüber Rumänien und Bulgarien wieder mit einem Anstieg der Zuwanderung zu rechnen.“ - Jetzt wird natürlich völlig klar, meine Damen und Herren, warum Sie die Diskussion so scheuen, warum Sie Angst haben, dass die Menschen daran erinnert werden, wer damals recht behalten hat, Sie, die Schönredner, Ihre Auftragsstudien *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Wer hat das gesagt?)*, die Industriellenvereinigung, der es nur um die billigen Arbeitskräfte geht, der Herr Margulies, die Frau Brauner, die das alles noch befürworten, die Beschwichtiger. Jetzt liegen die Zahlen schwarz auf weiß auf dem Tisch. 3. Quartal 2011, 3. Quartal 2013, 6 000 Wiener haben ihren Arbeitsplatz verloren, sind verdrängt worden von billigeren Arbeitskräften aus dem Ausland, die Sie ins Land geholt haben, die die SPÖ ins Land geholt hat, die die GRÜNEN ins Land geholt haben, zum Wohle der Industriellenvereinigung, die diese billigen Arbeitskräfte natürlich braucht! *(GRin Mag Barbara Feldmann: Das waren Fachkräfte!)*

Was sagt die zuständige Stadträtin dazu? Wenn wir heute Morgen hier zugehört haben, freut sie sich noch über diese Zuwanderung. Das hat sie heute ganz deutlich zum Ausdruck gebracht. Der Kollege Schicker sagt wörtlich in seinem Beitrag: „Na, Gott sei Dank kommen die zu uns.“ Und der Herr Margulies ist stolz auf diese Abstimmung mit den Füßen, dass noch mehr billige Arbeitskräfte zu uns kommen. Herr Kollege Schicker, es spüren die Menschen in Wien ganz genau, dass Sie längst keine Arbeiterpartei mehr sind. Das haben auch die Wählerinnen und Wähler bei dieser Nationalratswahl erkannt und durch ihr Wahlverhalten zum Ausdruck gebracht. *(GRin*

Martina Ludwig-Faymann: Sie sind Dritter geworden!) - Frau Faymann, Sie sind seit dieser Nationalratswahl nicht mehr die Arbeiterpartei! Es gibt eine neue Arbeiterpartei, Frau Faymann! Diese neue Arbeiterpartei ist die Freiheitliche Partei! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Frau Faymann, wir sind bei dieser Wahl zur stärksten Partei bei den Arbeitern geworden. (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Das stimmt aber nicht!*) Wenn der Bürgermeister gestern im ORF gemeint hat, er kennt seinen Nachfolger bereits, so hat er es gesagt, aber er will ihn noch nicht sagen, meine Damen und Herren, dann sage ich Ihnen das, meine Damen und Herren von der SPÖ, es wird 2015 nämlich einen freiheitlichen Bürgermeister geben und er wird Heinz-Christian Strache heißen, Frau Faymann! (*Beifall bei der FPÖ.* - *GRin Martina Ludwig-Faymann: Will er gar nicht Bundeskanzler werden? Ein Scherz!* - *GR Mag Wolfgang Jung: Der nächste Bundeskanzler wird sicher nicht Faymann heißen!*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin zum Wort gemeldet hat sich Frau Mag Tanja Wehsely. Redezeit 15 Minuten. Ich erteile es ihr.

GRin Mag (FH) Tanja **Wehsely** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie, im Internet vor den Bildschirmen und vor den Lautsprechern, schön, dass Sie zuhören!

Man hätte fast sagen können, diese Debatte plätschert bis auf die Beiträge unserer Vizebürgermeisterin und von Rudi Schicker, auch von Martin Margulies, von Ellensohn heute nicht dahin, aber Gott sei Dank ist der Herr Schock ein Garant dafür, dass Leben in die Debatte kommt.

Wenn die Frau Vizebürgermeisterin heute gesagt hat, sie sagt, weil wir wissen, dass Wiederholung den Lernertrag sichert, viele Sachen, die sie sagt, schon zum 27. Mal, dann ist das bei Herrn DDr Schock sicher ungefähr das 150. Mal. Aber auch das ist natürlich wichtig in einer Demokratie und in einer demokratischen Debatte und Auseinandersetzung, dass man sich das alles immer wieder und geduldig anhört und dabei auch versucht, nicht zu verzweifeln.

Lassen Sie mich ganz kurz gleich auf die ÖVP, und da auf den Kollegen Juraczka, eingehen, weil wir uns aus der Bankreihe und von vorne auseinandergesetzt haben, und auch auf die FPÖ, insbesondere was den Kollegen Gudenus betrifft, mit seinem unsachlichen Einwurf, was den Heizkostenzuschuss betrifft, und die Doppelmoral, die bei der FPÖ sozusagen zum Vorschein kommt.

Lieber Kollege Juraczka, ich habe mich deswegen, wie Sie sicherlich wissen, kurz echauffiert, weil ich gar nicht glauben mag, dass Sie, wie ich das auch sonst miterlebe in der Debatte und in der Auseinandersetzung mit dem Kollegen Aichinger und mit dem Vertreter der Wirtschaftskammer, unter anderem im WAFF mit dem Mag Toifl, die Arbeit des WAFF geringschätzen. Das glaube ich nicht. (*StR Mag Manfred Juraczka: Das habe*

ich ja nicht gesagt!) Ich möchte Ihnen sozusagen erläutern, warum ich mich echauffiert habe, Ihnen aber dabei keinesfalls unterstelle, dass Sie die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen im WAFF geringschätzen würden, dass ich aber in dem Zusammenhang Ihren Einwurf, den wahrscheinlich eh ich als Einzige verstanden habe, nicht angebracht finde. Es ist ganz klar, dass Ihr Sidestep, der WAFF hätte, und das hat jemand eidesstaatlich erklärt, Gelder für Wien unrechtmäßig an Land ziehen wollen, vollkommen an den Haaren herbeigezogen ist. Es ist sehr komisch, das in der Debatte zu einer eigentlich wirklich hervorragenden Einrichtung der Stadt so einzuwerfen. Wir können das gern zusammen dann noch einmal diskutieren. Es verwundert mich aber wirklich sehr, was es da in der Debatte zu suchen hat. Denn Sie wissen genauso gut wie ich, was der WAFF für diese Stadt leistet, welches Herzstück und welches Kernstück er auch in unserer ergänzenden Arbeitsmarktpolitik ist. Der Arbeitsmarktpolitik haben Sie ja einiges an Zeit eingeräumt, auch die FPÖ, aber dazu komme ich noch. Aber hätten wir den WAFF nicht, hätten wir 23 000 Beratungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weniger, 23 000 Beratungen, die in Bildung und in den persönlichen Aufstieg gerichtet sind. Die Förderungen würden dafür nicht ausgeschüttet werden und die vielen Millionen, die wir zu Recht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über den WAFF zusätzlich zum Arbeitsmarktservice mit einer hohen Dotation pro Jahr ausschütten und auch die Förderung für Unternehmerinnen und Unternehmer hätten wir damit nicht. Ich glaube, es gebührt der Frau Vizebürgermeisterin für die große Unterstützung, die Sie uns im WAFF zuteil werden lässt, und allen Kolleginnen und Kollegen, die sich dort sehr um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bemühen, ein großes Danke! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Ganz kurz zu dem Einwand zum Heizkostenzuschuss und dass wir sozusagen die Armen in dieser Stadt nicht unterstützen würden: Ich meine, jeder, der lesen kann, jeder, der sich die Budgetzahlen einigermaßen angeschaut hat, jeder, der unsere Politik, selbst wenn er sie nicht gutheißen mag, verfolgt, kann sozusagen nicht bei Trost sein, wenn er uns unterstellt, sich nicht um ganz besonders jene Menschen zu kümmern, die es im Leben schwer haben und die es auch in unserer Stadt schwer haben. Das ist einfach unlauter. Es ist unsachlich. Sie wissen zum Beispiel auch bei der Umwandlung des Heizkostenzuschusses in eine Unterstützung, die aus Sachleistungen gespeist ist, mit sehr hohen Zahlen - Rudi Schicker hat es schon gesagt -, und nicht nur mit diesen hohen Zahlen, was die Sachleistungen betrifft, sondern definitiv auch der Energieberatung, dass wir damit nachhaltiger, effizienter und viel effektiver diesen Menschen helfen können, die nämlich pro futuro, und da kann man das sofort machen lassen, mit viel weniger an Zahlungen zu tun haben werden, was Energiekosten betrifft, als wenn wir ihnen den Heizkostenzuschuss einfach weiterhin zahlen und nicht mit ihnen gemeinsam planen, wie sie dauerhaft und sinnvoll ihre Kosten senken können. Sie wissen, dass selbst der Vorstand der E-Control, Walter

Boltz, in einer Studie der Energieregulierungsbehörde E-Control uns attestiert hat, österreichweit einen sinnvollen Schritt gegangen zu sein und dass man es wiederholen sollte, sich so dafür einzusetzen, dass nachhaltig den Menschen geholfen ist, die von Energiearmut bedroht sind und darunter leiden. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Was erscheint mir aber in diesem Budgetvoranschlag und diesem Budget für 2014 wirklich wichtig? Wie können Menschen von dem Budget und dem Voranschlag und dessen Einteilung, wie wir sie vorgesehen haben, wie wir sie gemeinsam auch mit dem Koalitionspartner geplant haben, profitieren? Wer wird profitieren und was werden und wollen wir damit bewirken? Das ist die eigentliche Frage, die man sich bei dieser Debatte stellen soll und stellen muss.

Es ist richtig, es gibt eine Europäisierung des Arbeitsmarkts. Das ist wahr. Es ist auch richtig, dass Migration und Zuwanderung aber weiterhin für diese Stadt ganz wichtig sind und bleiben werden, und zwar für viele Wirtschaftszweige in unserer Stadt, die es sonst so nicht mehr geben würde und die auch nicht mehr die Lebensqualität für alle Wienerinnen und Wiener in dieser Stadt sichern würden. *(GR Armin Blind: Warum?)* Es ist aber auch eine Tatsache, und das müsste jedenfalls die ÖVP wissen, bei der FPÖ weiß ich es nicht, dass jeder vierte Arbeitsplatz in Österreich am Export hängt und dass zwei Drittel der österreichischen Exporte in die Europäische Union gehen, dass das also quasi unser Heimatmarkt ist.

Das bringt mich jetzt wieder zur aufgeregten Debatte, die der Herr Schock immer zu entfesseln versucht. Was würde Ihre europäische Austrittspolitik denn für Österreich und für Wien bedeuten? *(GR Mag Wolfgang Jung: Haben wir so erfolgreich nach Deutschland oder Frankreich exportiert, Frau Kollegin?)* Das würde für uns einen großen Verlust bedeuten. Das würde für diese Stadt einen großen Verlust bedeuten. Es würde definitiv nicht die Arbeitsplätze, von denen Sie reden, zurückbringen. Das ist nicht der Punkt. Was müssen wir anstatt dessen machen? Das wiederum ist auch in Zahlen gegossen, und zwar mit unseren Offensiven und unserer Unterstützung im Bereich der Bildung, der Ausbildung und der Qualifizierung. Das, was wir den Wienerinnen und Wienern mitgeben und garantieren können, ist ein weiterer Ausbau an Kindergartenplätzen und Krippenplätzen, um die Bildung von Anfang an, von Beginn des Lebens an, gut, sinnvoll und adäquat zu unterstützen. Es führt weiter über noch mehr Anstrengungen als bisher in der Schule und der Bildung, im Ausbau der Schulen, in der Aufwertung der Schulen, in der Bemühung, auch mit Ganztageschulen eine adäquate Ausbildung und Bildung für Kinder im 21. Jahrhundert herzustellen, und das ist nur in Ganztageschulen mit ordentlicher verschränkter Freizeit und Unterrichtsgestaltung möglich, bis hin zu einem Qualifikationsplan 2020 und einer Wiener Ausbildungsgarantie, mit Bildung und Investitionen in Qualifikation und Investitionen, natürlich auch in Arbeitsplätze. Weil was glauben Sie denn, ist es anderes, als zum Beispiel Bildung und Kindergärten auszubauen? Glauben Sie, die Kinder unterrichten sich dort

selbst? Oder glauben Sie, dass vielleicht Pädagoginnen und Pädagogen dafür zuständig sind? Es ist ein massiver Ausbau an Arbeitsplätzen, wenn man Schule und Kindergarten erweitert. All das können wir den Wienerinnen und Wienern zur Verfügung stellen und garantieren. Das ist auch die Versicherung, Arbeitsplätze und seinen eigenen Arbeitsplatz behalten zu können. Das wissen Sie genauso gut wie ich. Wenn bei Ihnen, so wie bei uns, die Wienerinnen und Wiener im Mittelpunkt stehen würden, mit der großen Herausforderung einer rasant wachsenden Stadt, dann könnten Sie das alles nicht so skandalisieren und schlechtreden. Sie behaupten immer von sich, Sie sind die Patrioten. Ich kann wirklich nur sagen, ich kann es einfach nicht erkennen!

Wir sind der Meinung - ich wiederhole es noch einmal und fasse es kurz zusammen -, die Wirtschaft muss den Menschen dienen! Das ist die oberste Prämisse. Wir wissen auch, dass wir noch immer unter den Folgen einer wild gewordenen abstrakten Finanzwirtschaft leiden, die uns in eine tiefe Finanz- und Wirtschaftskrise gestürzt hat, die jetzt die Staaten und die Budgets der Staaten ausbaden müssen.

Wir wissen aber auch, dass die europäische Integration - das wird natürlich auch von der Bundesregierung vorgelebt, und da zu Beginn, weil Sie ja so gemeint haben, Sie müssen da ... na gut, wurscht, ich lasse das jetzt, egal - vorgelebt wird, und zwar von dem Herrn Faymann, von unserem Bundeskanzler, der dafür zuständig ist, wie eine europäische Solidarität und Integration auszusehen hat. Da werden wir nicht müde zu sagen - und das wird wahrscheinlich die nachfolgende Debatte zu Europa auch zeigen -, dass natürlich neben der Wirtschafts- und Finanzunion die Europäische Union jedenfalls eine Sozialunion werden muss!

Ich glaube, Österreich ist ein gutes Beispiel dafür, und auch die Stadt Wien ist ein gutes Beispiel dafür, wie solidarische Wirtschaft und wie Wirtschaft im Sinne der Bürgerinnen und Bürger aussieht, und kann durchaus als Vorbild in der Europäischen Union gelten. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Frau VBgmin Renate Brauner hat auch schon gesagt, was ein großes, großes Herzstück dieser Stadt, dieses Budgets ist: Das ist natürlich, wie schon gesagt, auch eine Ausbildungsgarantie als Herzstück des Qualifikationsplans 2020. Es ist tatsächlich so, wenn Sie mit den Jugendlichen reden würden, wenn Sie mit den Menschen reden würden, die unsere Unterstützung bekommen, die Förderungen bekommen, die Hilfe beim Weiterkommen im Beruf erhalten, die einen Lehrplatz bekommen, sei es jetzt im Betrieb oder auch in der Überbetrieblichen, weil sich sonst niemand um sie kümmert.

Die sind sehr dankbar, die sind sehr froh darüber, und die erkennen den Sinn dieser Maßnahmen! Die erkennen den Sinn eines Qualifikationsplans, der die Anzahl der Geringfügigen in den nächsten Jahren drastisch senken soll. Die erkennen einen Sinn in der Ausbildungsgarantie, die ihnen einen Platz in einer Lehrwerkstätte, einen Platz in einer Maßnahme zur Begleitung des Übergangs von

der Schule in den Beruf sichert.

Die sind nicht höhnisch darüber, was hier verprasst, verschleudert oder sonst was wird - das sind alles nur Ihre Worte, und Sie schützen vor, dass Sie für die Bürgerinnen und Bürger sprechen. Ich kann Ihnen sagen: Wir wissen, dass wir für die Bürgerinnen und Bürger sprechen! Denn wir sind auch dort, und wir reden auch mit ihnen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Die Bürger wissen ...)*

Ich weiß nicht, wann Sie in einer Lehrwerkstätte waren. *(GR Armin Blind: Sie reden nicht mit den Bürgern!)* Ich kann Ihnen sagen, ich war sehr oft dort. Renate Brauner war sehr oft dort, Christoph Peschek war sehr oft dort, Rudi Hundstorfer war sehr oft dort. Ich kann Ihnen sagen, wir reden mit den Jugendlichen dort, wir interessieren uns für sie, und das ist der Punkt, der wichtig ist. *(GR Armin Blind: Sie reden dort, aber Sie hören nicht zu!)* Natürlich werden für sie die Maßnahmen umgesetzt. *(GR Armin Blind: Sie sollten ihnen zuhören!)*

Nein, ich habe nicht gesagt, wir reden dort, sondern ich habe gesagt: Wir reden dort mit den Menschen, und mit Menschen Reden impliziert natürlich auch, dass man zuhört. Den guten Tipp hätte ich von Ihnen nicht gebraucht. *(GR Mag Wolfgang Jung: Aber was wollen Sie mit dem erreichen ... wenn der Minister in zehn Minuten durch ist? - Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Den hätte ich nicht gebraucht.

Also sage ich einmal mehr, ich glaube, wir investieren in die richtigen Bereiche. Es ist Soziales, es ist Gesundheit, es ist Wohnen, und es ist das wichtige, wichtige Kapitel der Bildung, der Aus- und Weiterbildung. Ich finde es gut und richtig, dass wir auf diesem Weg drauf bleiben, dass wir nicht nachlassen und nicht nachgeben und dass wir auf einem Konsolidierungspfad drauf bleiben, aber trotzdem in die wichtigen Punkte investieren, in die Menschen investieren und das Sparen über kluges Ausräumen von Doppelgleisigkeiten, über kluge Reformen, die den Menschen noch mehr bringen, abführen.

Wir werden unsere Ziele erreichen, und ich bin mir ganz sicher: Der Herr Bürgermeister hat eine gute Nachfolgerin oder einen guten Nachfolger im Kopf. *(GR Mag Wolfgang Jung: Nachfolger? Ist es schon so weit?)* Was ich Ihnen aber wirklich garantieren kann: Es wird nicht der Herr Strache sein! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Feldmann. Restredezeit der ÖVP 10 Minuten. - Bitte.

GRin Mag Barbara **Feldmann** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich möchte hier ein bisschen ein anderes Thema besprechen. Wir haben ja bald EU-Parlamentswahlen, und ich möchte einen Antrag einbringen, der schon länger im Raum steht. Europa kommt nämlich in keinerlei Hinsicht in der Ressortbenennung der Stadt Wien vor. Jedoch zumindest langsam, in dem den Wienern eigenen Tempo, 18 Jahre nach Beitritt – 16 Jahre danach haben wir immerhin einen Ausschuss gehabt, und 18 Jahre danach

wäre es passend, dass der Name sichtbar wird, um Europa auch einen sichtbaren Stellenwert zu geben. Ich schlage also vor, im Ressort Finanzen den Namen Europa sichtbar aufzunehmen.

Ideal wäre natürlich ein eigener Ausschuss. *(Demonstrativer Beifall von GR Mag Wolfgang Jung.)* Danke. Ein eigener Ausschuss - hier muss es allerdings zu einer Änderung der Stadtverfassung kommen - wäre das Ziel, den würde ich mir auch wünschen. Er ist allerdings nicht in einem einzigen Schritt umsetzbar. Wir haben uns aber vorgenommen und unter den Fraktionen besprochen, dass wir uns zusammensetzen und die Möglichkeiten ausloten, was man hier machen kann. In einem ersten Schritt eben bringe ich diesen Antrag ein.

Der Ausschuss sollte sich mit den Agenden geballt und übersichtlich beschäftigen und auch eigene pro-europäische Projekte durchführen. Die MA 27 verwaltet zwar hervorragend die Europaförderungen, aber erstens einmal ist es nicht allen Menschen bekannt. Es ist überhaupt zu wenig bekannt, dass es eine eigene Agentur von Wien gibt, die hier Hilfestellungen bei Projektanträgen leistet. Und zweitens: Rein politisch gesehen hätte Wien viel mehr Möglichkeiten, sich als zentralpolitische Stadt zu positionieren. Also sagen wir so: Nur Tourismus und der Twin City Liner reichen jetzt noch nicht aus, um Wien als zentralen Wirtschaftsstandort in Zentral- und Mitteleuropa darzustellen.

Die Neubenennung der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke in Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik, Europa und Wiener Stadtwerke wäre einmal ein erster Schritt. Ich bringe den Antrag ein, mit einer Zuweisung an den Bürgermeister. - Ich muss Ihnen den Antrag leider nachher geben, weil ich ihn hier nicht vorliegen habe.

Ein paar Worte noch zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Wien in Europa. Wien steht im internationalen Wettbewerb um die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes und ist ein wichtiger Wirtschaftsraum. Jedoch holen andere Standorte zusehends auf. *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger bringt ein Dokument zum Rednerpult, welches die Rednerin an den Vorsitz weiterreicht.)* Das ist ganz reizend, vielen Dank.

Um ein weiteres Abwandern von Betrieben zu verhindern und die Ansiedlung neuer Betriebe zu fördern, braucht es in Wien einfach neue Konzepte zur Standortattraktivierung. Es ist eben so, dass sich die wirtschaftspolitischen Indikatoren in Wien seit Jahrzehnten nicht verbessert haben. Ja, wir sind auch in einer Situation der Krise, das wissen wir alle und können wir nicht leugnen. Dennoch haben wir eine strukturell sehr hohe Arbeitslosigkeit, wie wir heute schon mehrfach gehört haben, und auch im Wirtschaftswachstum muss hier einfach mehr gemacht werden, weil Wien auch den anderen Bundesländern nachhinkt. Das heißt, die Wirtschaftspolitik Wiens muss neu ausgerichtet werden.

Und jetzt: Wie kann man so eine Wachstumspolitik fördern? Auf europäischer Ebene brauchen wir sicher eine europäische Rating-Agentur, damit wir einmal die

besseren Daten bekommen und den Zustand der Haushalte erhalten. Wir brauchen vor allem aber auch Investitionen in Forschung und Entwicklung, um in der globalen Wirtschaft eine Spitzenrolle einnehmen zu können. Die österreichischen Unternehmen haben das ja schon erkannt und investieren auch sehr viel in Forschung und Entwicklung, um eben im Wettbewerb bestehen zu können.

Wenn man eine Kosten-Nutzen-Rechnung über die EU-Mitgliedschaft macht, dann muss man die Entwicklung der Wirtschaft mit einschließen. Es zeigt sich klar, wie stark Österreich jetzt von dem EU-Programm zur Förderung von Wachstum und Arbeitsplätzen profitiert. Wie haben von Frau Wehsely schon die Zahl gehört, dass jeder vierte Arbeitsplatz indirekt oder direkt mit dem Export zusammenhängt und dass wir, wenn wir vom Wachstum des Exportes reden, eine Vervierfachung seit 1995 haben, was wirklich beachtlich ist.

Das sagt eigentlich einiges aus, und die Frage ist: Was brauchen wir noch, um unsere Wirtschaft zu stabilisieren? Auch zur Stabilisierung der Währung, des Euro, brauchen wir eben einen Fonds für Wachstum und Innovation, einen Österreich-Fonds, der insbesondere Innovation zur Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen unterstützt.

Aber der Fokus muss auch in Wien auf Forschung und Entwicklung liegen. Und es müssen Betriebe aus Zukunftsbereichen wie Mobilität, Energie, Internet, Kommunikationstechnologien hier verstärkt angesiedelt werden, um diesen Standort für die Zukunft fit zu machen. Wir brauchen vor allem Fachkräfte und qualifizierte Arbeitskräfte. *(VBgmin Mag Renate Brauner: Das haben wir ja!)*

Wir haben das nicht ausreichend - weil ich gerade „Das haben wir ja.“ gehört habe -, wir haben das nicht ausreichend, und die Betriebe beklagen sich immer wieder, dass ihnen die richtigen Fachkräfte fehlen, dass es ihnen daran mangelt. Wie Sie sich erinnern können, hat es ja sogar bereits die Initiative gegeben, sich Fachkräfte aus Spanien zu holen - oder von wo auch immer -, weil wir sie einfach nicht ausreichend oder zumindest nicht den Bedürfnissen entsprechend haben.

Da kann man noch Arbeit in diese Richtung tun, und das ist auch notwendig, um die Rahmenbedingungen passen zu lassen. Genauso, wie die Genehmigungen verkürzt gehören, die Betriebsansiedlungsgenehmigungen, die Behördenwege, und die Verwaltung auch effizienter werden muss, damit hier einfach der Standort europäisch, intereuropäisch gesehen attraktiver wird.

Wir brauchen Strategien für eine nachhaltige Entwicklung des Wirtschafts- und Arbeitsmarktstandortes. Ich habe schon einmal gesagt, dass wir in weiterer Folge ein budgetäres Maßnahmenpaket brauchen, das aus mehreren Dingen besteht, zur Sicherung für diesen Wirtschaftsstandort.

Was ich sehr interessant finde - das möchte ich noch bringen -, ist die jährlich vom Außenministerium in Auftrag gegebene GfK-Studie, wo sich die Menschen - die Leute erkennen eben die Wichtigkeit der EU -, wo sich 59 Pro-

zent von 1 000 Befragten - also 2013 war die Befragung - gegen einen EU-Austritt, und 62 Prozent gegen einen Euroaustritt aussprechen. Das heißt, eine klare Mehrheit hier im Land sieht auch die Zukunft in der EU und im Euro. Eine besonders starke Zahl ist, dass 88 Prozent der Befragten meinen, Europa ist in der Krise gemeinsam stärker und muss auch stärker zusammenarbeiten.

Auch die Zahl von der jüngsten IHS-Studie, dass 188 000 Arbeitsplätze bei einem Zerfall der Eurozone bis 2016 in Österreich verloren gehen würden - ich meine, das ist eine hohe Zahl, 188 000! Wir haben also Vorteile und sollten uns dieser Vorteile bewusst sein.

Noch ganz interessant habe ich gefunden, welche Vorteile die Befragten geschätzt haben. Das war: Vergünstigung bei Roaming-Gebühren, Frieden und Sicherheit, gemeinsame Währung, der Binnenmarkt und die Vereinfachung für Arbeit und Studium im Ausland. Also die Menschen sehen die Vorteile der EU ganz deutlich!

Ich halte hiermit noch einmal fest, wir brauchen eine Europastrategie für Wien. Es geht nicht nur darum, dass es ein Friedensprojekt ist, sondern auch um das Einkommen der Menschen, die Reisefreiheit, die Sicherheitspolitik. Aber auch die Stimme Europas gegenüber den anderen Weltmächten USA, China, Indien, den anderen Weltmächten wie Korea oder arabischer Raum ist sehr wichtig.

Auch wenn wir jetzt in manchen Sachfragen mit den Initiativen der EU nicht immer einverstanden sind, so haben wir in der EU die Möglichkeit, unsere Meinung zu sagen, Partner zu finden und in der EU eine Position in unserem Sinn zu finden. Das ist gelebte Demokratie, das ist übrigens auch die Stärke der Europäischen Union. Das ist aber auch als Stadt Wien unsere Chance, auf europäischer Ebene eine gewichtige Rolle zu spielen.

Daher appelliere ich an alle Parteien dieses Hauses und auch an den Bürgermeister, dass wir unser ganzes Gewicht in die Waagschale legen, unsere Wien- und Österreich-Position in der EU stärken und somit auch zeigen, dass wir es mit einer EU-Politik ernst meinen. - Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist GR Mag Jung. Restredezeit der Freiheitlichen 9 Minuten. - Bitte.

GR Mag Wolfgang **Jung** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich kann gleich an die Vorrednerin anknüpfen und zu diesem Antrag feststellen, dass wir dem natürlich beitreten werden. Wir sehen das allerdings auch nur als einen ersten Schritt. Hier müsste eine große Änderung - die Verfassung wurde angesprochen - erfolgen, damit die EU den Platz erhält, der ihr zwangsweise schon allein durch den Ausschuss der Regionen zukommt.

Weil ich schon dabei bin, spreche ich auch gleich zur Vorrednerin, nämlich zur Kollegin Wehsely, die da anscheinend Probleme hat, zwischen der EU und dem Euro zu unterscheiden. Frau Kollegin, wenn wir die Situation beim Euro kritisieren und Verbesserungen bei der EU verlangen, dann heißt das noch lange nicht, dass wir aus

der EU austreten wollen! Das wäre eine aller-aller-allerletzte Konsequenz, wenn alles schiefgeht in dem ganzen Bereich. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich darf auch gleich einen weiteren Punkt korrigieren, Frau Kollegin. Sie glauben doch nicht, dass wir erst mit dem Beitritt zur EU nach Deutschland, Frankreich und so weiter zu exportieren angefangen haben? Wir haben vorher auch schon exportiert, Frau Kollegin! Also so ist es nicht, dass Österreich vor der EU nicht existiert hat. Wir waren auch damals schon ein recht erfolgreicher Staat.

Nun zurück zum Antrag der Frau Kollegin: Der ist sehr wohl begründet! Denn wenn wir die Geschichte des Ausschusses verfolgen, so kam es 2010 auf Drängen vor allem der GRÜNEN, der Freiheitlichen und dann auch der ÖVP dazu, dass die Kommission zu einem Ausschuss umgewandelt wurde. Die erste Sitzung war mit viel Pomp in einem bedeutungsschweren Raum dieses Rathauses, in dem auch die Spitzen der Republik zum ersten Mal in der Zweiten Republik zusammengetreten sind, und es gab viele schöne Worte, vor allem vom Herrn Bürgermeister.

Mittlerweile ist er uns weitgehend abhandengekommen. Auch die Frau Stadträtin ist nur noch sporadisch anwesend, ebenso reduziert sich die Tagesordnung dieses Ausschusses. Da mache ich dem Vorsitz keinen Vorwurf. Im Gegenteil, der Vorsitz bemüht sich, hier etwas zusammenzubringen. Aber wenn man nicht darf - und da habe ich sehr stark im Verdacht den Kollegen Schicker, dass er dagegen arbeitet -, dann kann man eben aus dem Ganzen nichts machen.

Es gibt durchaus viele Punkte, die zu behandeln wären. Ich erinnere daran, dass wir einmal eine Rüge zu behandeln hatten, die damals an die EU gegangen ist. Das war, glaube ich, die erste oder zweite Subsidiaritätsrüge, die Österreich ausgesprochen hat. Das kam in den Ausschuss.

Mittlerweile ist es so – siehe die letzte Subsidiaritätsrüge -: Wir erfahren überhaupt nur noch im Nachhinein, dass diese Geschichte beim Bundesrat behandelt und eine solche ausgesprochen wurde. Das kann es ja nicht sein! Der Bundesrat, meine Damen und Herren, ist die Länderkammer. Der Bundesrat und unsere Bundesräte sollten eigentlich von uns die Aufträge erhalten, wie sie sich verhalten sollen und wie sie abstimmen werden. Genau das ist hier nicht der Fall.

Das Gleiche: Wir bekommen manchmal Tagesordnungen mit einem oder zwei Punkten, die sich im Wesentlichen mit der Ablehnung oder Annahme von unwichtigen Berichten befassen. Also dafür brauche ich wirklich keinen Ausschuss! Und ich appelliere dringend an die Führung der SPÖ, sich hier einen Schubs zu geben und den Ausschuss in dieser Form ernster zu nehmen. Denn so, in dieser Form, hat er wenig Sinn. Nur das Abnicken ist nicht ausreichend.

Das nächste Problem ist: Man könnte hier wesentlich mehr Information in den Ausschuss hineinbringen. Ich sage Ihnen ehrlich, wenn ich heute Information über die EU und über die laufenden Themen haben will, dann

gehe ich in den VöWG. Denn dort bekomme ich Informationen, dort bekomme ich sogar sehr, sehr gute Informationen. Für den EU-Ausschuss der Stadt Wien reicht es nicht.

Wir sind, wie gesagt - das haben wir betont und auch, glaube ich, gezeigt - zu konstruktiver Mitarbeit bereit, wenn es darum geht, die Interessen der Stadt nach außen zu vertreten. Auch das gute Klima habe ich angesprochen. Aber es kann nicht sein, dass wir nur gemütlich beisammensitzen. Das wäre zu wenig.

Ich verstehe natürlich, dass die SPÖ zur Zeit keine besondere Freude hat, Eurothemen zu behandeln. Die Wahl steht bevor, und die Stimmung in der Bevölkerung ist bekannt. Da will man nicht gern darüber reden. Da will man nicht gern über die Verschuldungen und Ähnliches sprechen, über die Haftungen, die wir übernommen haben, und über die Probleme, die zum Beispiel heute schon vom Kollegen Schock angesprochen worden sind.

Die Öffnung des Arbeitsmarkts für Bulgaren und Rumänen bringt die Städte in Deutschland schon in katastrophale Situationen, wie zum Beispiel die Stadt Köln. Ich werde heute noch einmal auf dieses Thema zu sprechen kommen. Das ist die Realität, meine Damen und Herren, und das ist es, wo wir mit Änderungen ansetzen sollten.

Die GRÜNEN haben zum Thema Europa, nachdem die Kollegin Vana nicht da ist, anscheinend überhaupt niemand, der etwas sagen kann. Der Herr Kollege hat ein Wort gesagt, Europa, dann ist ihm das Temperament durchgegangen und er hat sich in, na ja, freundlichen oder weniger freundlichen Bemerkungen über die ÖVP ergangen. Das war ihm anscheinend wichtiger als das Thema Europa, das eben ein ganz bedeutendes im nächsten Jahr sein wird.

Ich appelliere deswegen auch, nicht die Zeit vorübergehen zu lassen und womöglich mit einem faulen Trick zu verhindern, dass wir im nächsten Frühjahr die Europaabgeordneten wieder hier bei uns im Haus haben werden. Das wäre ein fatales Signal in die falsche Richtung, meine Damen und Herren!

Sie haben zustimmend oder nicht zustimmend genickt, Herr Kollege Ellensohn. Ist es wirklich so, haben Sie nichts zu Europa zu sagen? *(GR David Ellensohn: O ja ...)* Nur, wenn die Kollegin Vana da ist, sonst ist es aus mit der Weisheit über Europa? Und da reden Sie davon, eine Europapartei zu sein? Ich verstehe ja, dass Sie den Kollegen Van der Bellen nicht rausschicken mit seiner dezidierten Aussage, dass man in Europa, wenn der Hut brennt, lügen muss. Das verstehe ich ja. Aber es wird doch irgendwen geben, der noch etwas dazu sagen kann, sollte man glauben. Das Faktum ist offenbar ein anderes.

Meine Damen und Herren! Wir sehen vor uns in sechs Monaten die Wahl in Europa, die doch eine nicht unwichtige sein wird, weil in ganz Europa eine Stimmung herrscht, die sehr, sehr kritisch gegenüber der EU ist. Diese Stimmung wird nicht ohne Auswirkungen auf die nationalen Regierungen sein.

Sie wird das auch bei uns in Wien nicht sein, wobei in

Wien natürlich noch eine Überlagerung dadurch geschehen kann, dass zur Zeit ein ziemlicher Zorn auf die bestehenden Regierungsparteien vorhanden ist und für Sie zugegebenermaßen die Gefahr besteht, dass sich das noch schärfer ausdrückt, als es ohnehin geworden wäre. Deswegen können wir aber trotzdem nicht einfach Europa absagen, nicht mehr darüber reden und es möglichst verschwinden lassen.

Das wird sich in der Praxis nicht machen lassen, und ich kann Ihnen auch eines sagen: Wir Freiheitliche werden das auch nicht so hinnehmen. Wir werden diese Thematik und die Probleme, die entstanden sind, auch hier zur Sprache bringen, und wir werden einen ganz, ganz intensiven Wahlkampf machen. Denn es bleibt uns gar nichts anderes übrig, als dort energischer als bisher aufzutreten - aber aufzutreten für österreichische Interessen! Das ist unser Ziel und unsere Absicht. - Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin zum Wort gemeldet ist Frau GRin Dr Vitouch. Restredezeit der SPÖ insgesamt 15 Minuten. - Bitte.

GRin Prof Dr Elisabeth **Vitouch** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Herr Vorsitzender!

Die zukünftige Entwicklung unserer Stadt ist mit der Zukunft Europas untrennbar verbunden. Das haben wir heute alle schon gehört. Der Erfolg Europas hängt vom Engagement und der Einbindung der Städte und Kommunen ab.

2014 beginnt eine neue Förderperiode für die Kohäsions- und Strukturpolitik als einen der zentralen Bereiche der EU. Sie wird abgestimmt auf die Wachstumsstrategie „Europa 2020“ und deren Kernziele, die dann eben bis 2020 laufen. Die Partnerschaftsvereinbarung STRAT.AT 2020 zwischen Österreich und der EU wird das Bindeglied zwischen dem EU-Rahmen und den einzelnen operationellen Programmen der verschiedenen Fonds darstellen.

Wo wird die Herausforderung für Wien liegen? - Darin, die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger auch mit Hilfe der EU-Gelder in dieser neuen Periode abzusichern und zur Stärkung des europäischen Einigungswerks beizutragen.

Dass es sich dabei aber keinesfalls nur um wirtschaftliche Belange handeln kann - Kollegin Wehsely hat bereits darüber gesprochen -, beweist allein schon die „Smart City Wien Rahmenstrategie“, die auf internationaler Ebene beispielgebend ist. Hier geht es neben der Stärkung des Wirtschaftsstandorts Wien auch um technische und soziale Innovationen, um konkrete Ziele und Maßnahmen, zum Beispiel zur CO₂-Reduktion, um mehr als hundert Maßnahmen für Energiesparen und Energieeffizienz und um die Weiterentwicklung des Forschungsstandortes Wien, Stichwort Aspern IQ, um E-Mobilität, um Open Data, um Stadtentwicklung. Die Seestadt Aspern wird ja Heimat und Arbeitsplatz für 20 000 Menschen sein.

Neben der heute schon fast bis zum Überdruß zitierten Mercer-Studie - wir waren vier Mal in Folge die lebenswerteste Stadt der Welt! Aber man kann sagen, das ist eine Bonzenstudie. Gut, dann nehmen wir: Wien im ersten globalen Smart City Ranking: als Nummer 1 platziert! Wir führen in den Bereichen Lebensqualität, Innovation, Digital Governance, Regional Green City, vor allem aber auf Grund eines offenen, ganz breit angelegten, kontinuierlichen Stadtentwicklungsprozesses.

Die starke Positionierung unserer Stadt im globalen Wettbewerb bestätigt auch Platz 1 unter 70 Metropolen weltweit in der UN-Studie „State of the World's Cities 2012/2013“. Wir sind die innovativste Stadt Europas, vor Paris, München, London, Kopenhagen und Amsterdam. Und wir haben das Prädikat „Nexus City“ sowie den „Hermès de l'Innovation“ bekommen.

Die Weiterentwicklung der FTI-Strategie, wie ja auch im Regierungsabkommen festgeschrieben, und hier insbesondere die Verbesserung der internationalen Vernetzung leistet einen sehr wichtigen Beitrag zu einer erfolgreichen und weltoffenen Stadt. Als aktuelles Beispiel möchte ich hier das Kooperationsabkommen mit Brasilia zwischen dem Herrn Bürgermeister, der Frau Vizebürgermeisterin und dem Gouverneur Agnelo Queiroz und 40 jungen Beamten aus Brasilien anführen, wo Wien sein Know-how in den Bereichen IKT, Life Sciences und Creative Industries einbringen kann.

„Weg von den rauchenden Schornsteinen, hin zu den rauchenden Köpfen!“, hat es der Herr Bürgermeister auf den Nenner gebracht, und deshalb wird Wien auch weiterhin die weltbeste Stadt für junge Menschen sein. Das ist nämlich eine Plattform, die zwei Studenten gegründet haben, sie nennt sich list25.com. Der Herr Gudenus ist schon ein bisschen zu alt dafür, aber hier führen wir im Ranking der Studentinnen und Studenten vor New York, Malta, Melbourne, Salvador, Dubai, Vancouver, Prag, Edinburgh und Paris auf den Gebieten Kunst, Politik, Geschichte, Wissenschaft und Umwelt. Also auch für Kinder und Jugendliche ist Wien ein guter Platz zum Leben!

Hier möchte ich noch auf ein paar beispielhafte Projekte des Europabüros des Stadtschulrats hinweisen. i.e. SMART, das sind Jugendliche aus 6 Mitgliedsstaaten von Central Europe, konkret Slowakei, Ungarn, Tschechien, Italien und Deutschland, zwischen 14 und 19 Jahren. Das Projekt ist ausgezeichnet im Rahmen der EU-Strategie für den Donauraum.

Weiters: das Comenius-Regio-Projekt „Bildung und Erziehung nach dem Holocaust - Erinnern und Gedenken“. Hier geht es um Demokratieerziehung, um Menschenrechte, um Bekämpfung von Rechtsextremismus in der Unterrichts- und Erziehungspraxis. Das ist ein österreichisch-deutsches Projekt.

Und damit die Wirtschaft nicht zu kurz kommt: E-struct, eine unmittelbare Vernetzung des Ausbildungs- und Bildungssektors mit Einrichtungen des Arbeitsmarkts, die in ein Übereinkommen über die Zusammenarbeit zwischen dem Dachverband der Wiener sozialen Einrich-

tungen und dem Stadtschulrat für Wien gemündet ist, ab heuer.

Auch dieses Beispiel beweist als eines von vielen, dass Europa nicht nur ein erfolgreiches Friedensprojekt und eine Wirtschaftsmacht im Wettbewerb der Kontinente, sondern vor allem ein einzigartiges Lebens- und Sozialmodell ist. Denn Europa ist mehr als ein Finanzplatz in Nöten: Über 50 Prozent der weltweiten Sozialleistungen werden innerhalb der EU erbracht! Dieses Modell wollen wir erhalten und nicht gegen „Obamacare“ eintauschen.

Städte sind dabei wichtige Akteure und Knotenpunkte für die Gestaltung unserer europäischen Zukunft. Vor diesem Hintergrund möchte ich Sie alle aufmerksam machen auf eine Konferenz zum Thema Donauraum am 9. und 10. Dezember im Wiener Rathaus, bei der auch eine Vereinbarung zur „Urban Platform of the Danube Region“ unterzeichnet werden soll. Auch im Donauraum, wo immerhin 115 Millionen Menschen aus 14 Ländern leben, geht es nicht nur ums Wasser, sondern um Wissenschaft und Forschung, um Bildung und Kultur, um Nachhaltigkeit und Internationalität im Rahmen von derzeit mehr als 400 abrufbaren Kooperationen.

In dem Zusammenhang sollte man anstelle von Migration eher von „brain circulation“ sprechen. Das verdeutlicht auch, dass das Thema Europa eine geradezu klassische Querschnittsmaterie ist, die man nicht auf die rein wirtschaftliche Dimension einengen kann. Deshalb werden wir diesem an sich gut gemeinten ÖVP-Antrag von Kollegin Feldmann nicht zustimmen, weil wir uns zwar ebenfalls für eine Aufwertung des Gemeinderatsausschusses für europäische und internationale Angelegenheiten starkmachen, aber das ressortüberschreitende Moment unserer Meinung nach dabei verloren gehen.

Wir sind als Ausschuss des Herrn Bürgermeisters zwar der Geschäftsgruppe der Frau Vizebürgermeisterin zugeteilt - und in diesem Zusammenhang bedanke ich mich ganz herzlich für die wirklich gute Zusammenarbeit -, aber wir sehen uns dennoch gewissermaßen als roten Faden quer durch den Magistrat. Deshalb geht heute mein Dank auch nicht nur an alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der MA 27 - Martin Pospischill, Andrea Van Oers, Reinhard Troper, an Andreas Launer und Andrea Leitner, an Ossi Wawra, Silvia Friedrich und Regina Wiala-Zimm -, sondern an alle Magistratsabteilungen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die unseren Ausschuss mit wertvoller Information zum Thema Europa versorgen. - Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zur allgemeinen Beratung des Voranschlagsentwurfes für das Jahr 2014 und des Gebührenprüfungsantrages liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke. Zuerst zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Neuhuber. Die Uhr steht auf 15 Minuten, und ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Alexander **Neuhuber** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Vorsitzender! Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Ein Thriller von John Grisham wäre zugegebenermaßen spannender, aber der würde das, was wir hier tagelang immer machen, wahrscheinlich als „Das Ritual“ betiteln. Das ist ja auch schon bei meinen Vorrednern öfter gekommen. Wir haben in Wirklichkeit jedes Jahr hier dasselbe Ritual. Die Frau StRin Brauner sagt, es ist eh alles paletti, und wir, die Opposition, versuchen dann oder weisen dann nach, dass dem nicht so ist.

Wien ist tatsächlich eine Stadt der Rekorde, meine Damen und Herren, bei den Einnahmen, aber auch leider beim Defizit! Der Rekordverschuldung von 4,57 Milliarden Ende 2013 - notabene, immer wieder daran erinnern: nur 6 Jahre zuvor, nämlich 2007, waren wir bei 1,39 Milliarden - wird heuer noch einmal, wie die Deutschen sagen würden, ein Sahnehäubchen in Form eines Abgangs von weiteren 289 Millionen, prognostiziert für 2014, draufgesetzt. Das ist das Gegenteil von einem Zukunftsbudget, würde ich sagen.

Sie haben, Frau StRin Brauner, die Schulden von 2007 auf 2014 quasi verdreieinhalbfacht. Das ist ebenso rekordverdächtig, im negativen Sinne, auch wenn - und das hat StR Juraczka ja als wirklich positiven Aspekt des Budgets gesehen - das Anwachsen der Verschuldung etwas nachgelassen hat.

Wenn es aber Rekordeinnahmen und Rekordausgaben gibt, was sagt uns das nun? - Das hat Kollege Aichinger schon erläutert: Einnahmenseitig kann es nicht am Budget liegen, also liegt es bei den Ausgaben. Und nun rächt es sich, meine Damen und Herren, dass Sie seit Jahren, um nicht zu sagen, seit Jahrzehnten, nicht bereit sind, strukturelle Reformen in Wien einzugehen oder anzugehen und tatsächlich auch zu sparen. Ihre fortgeschriebene Klientelpolitik, siehe etwa Pensionen der Stadt Wien, verengt - und das ist das Tragische daran - die Handlungsspielräume für die Zukunft.

Die Zinseszinsrechnung ist es nämlich, die Schuldnern die großen Probleme bereitet. Das ist jetzt egal, ob es ein Privater ist, ob eine Kommune oder der Bund. Der Bund wird heuer zum Beispiel seinen Gläubigern ungefähr 8 Milliarden EUR an Zinsen zu überweisen haben. Das sind schon fast 12 Prozent der budgetierten Einnahmen.

Es ist eine Milchmädchenrechnung, aber man muss es immer wieder einmal darstellen: Je mehr ich an Fremdkapital aufnehme, desto höher sind auch die Tilgungen. Und das momentan vor dem Hintergrund von historisch niedrigen Zinsen, einer Zinslandschaft, die fast japanische Verhältnisse hat: Wir sind jetzt bei Euribor 0,25! Ich will mir gar nicht vorstellen, was passiert, wenn die Zinsen in Europa wieder einmal steigen, was das dann für die Länder, für die Kommunen zu bedeuten hätte bei den Rückzahlungen der Schulden.

Sie haben heute, Frau VBgmin Brauner, den deutschen Finanzminister Schäuble zitiert, der etwas flapsig gemeint hat, na, Schuldenmachen wird es immer geben, und es wäre schlimm, wenn es keine mehr gäbe. - Nehmen wir uns, wenn wir schon bei Schäuble sind, doch gleich auch ein Beispiel an Deutschland. Die Bundesre-

publik Deutschland erzielt Überschüsse, Budgetüberschüsse!

Das Bundesland Bayern - um jetzt nicht mit dem Bund zu vergleichen, sondern mit einem Bundesland, meine Damen und Herren - hat übrigens ein Doppelbudget 2013/2014, und dort gilt: Investieren plus Schuldentilgung, nämlich über 500 Millionen in den Jahren 2013 und 2014. Die haben nämlich auch Überschüsse! Also sieht man am Beispiel Bayern: Es schließt sich nicht aus, zu investieren und gleichzeitig auch Schulden zurückzuzahlen, zu tilgen, wenn man es richtig macht. Es geht auch anders!

Vor zehn Jahren hat noch „Der Spiegel“ getitelt - vor zirka zehn Jahren -: „Sind die Österreicher die besseren Deutschen?“ Heute ist es leider, wie man an diesem Beispiel sieht, schon wieder umgekehrt.

Sie haben von drei Eckpfeilern der Wiener Politik gesprochen: Wien wächst, Bildung und Qualifikation, wirtschaftliches Bekenntnis - und da sage ich auch durchaus einmal: Danke! -, Bekenntnis zur Industrie. Das habe ich positiv gefunden, dass das heute so rübergekommen ist. Aber - bei diesen drei Zielen sind wir uns relativ rasch einig, das könnten wir als Ziele genauso unterschreiben, wahrscheinlich alle Parteien hier im Haus - der Weg ist eben verschieden.

Wenn Sie vom Bekenntnis zur Industrie sprechen und gleichzeitig die Dienstgeberabgabe quasi verdreifachen, dann ist das meiner Meinung nach ein sogenanntes Lippenbekenntnis und nicht mehr. Wenn Sie die Wirtschaft fördern wollen, so werden wir uns da auch alle einig sein. Aber siehe dann, in nackte Zahlen gegossen, meine Damen und Herren: Wir haben bei der Wirtschaftsförderung im engeren Sinn den zweitniedrigsten Wert innerhalb der letzten zehn Jahre! Wie gesagt: nur Lippenbekenntnisse, aber keine Taten.

Notenbankpräsident Claus Raidl hat - übrigens gar nicht unähnlich - in einem Zeitungsinterview auch einige Eckpfeiler, die wir in Österreich besonders in Augenschein nehmen oder besonders bearbeiten sollten, eingeschlagen: Bildung, Pensionen, Gesundheitssektor und öffentliche Verwaltung.

Kollege Aichinger hat ja schon Beispiele gebracht, wie man in der Verwaltung sparen könnte. Es gibt Untersuchungen, die besagen, dass wir in Österreich insgesamt, also Bund, Länder und Gemeinden, zirka 34 Milliarden EUR im Jahr für die Verwaltung ausgeben. Das sind 11 EUR pro Tag für jeden Österreicher, die Kleinkinder mit eingerechnet. Dort lässt sich wirklich noch einiges einsparen und Effizienz steigern, meine Damen und Herren.

Lhptm Pühringer hat gestern in der „Im Zentrum“-Diskussion mehrere Benchmarks in der Verwaltung angesprochen, die es gilt - eben im Median und nicht immer nur Best Case, oder man kann auch den Median hernehmen -, in der Verwaltung umzusetzen. Meine Damen und Herren, das wäre es, was wir uns auch einmal für Wien wünschen würden! Und das wäre es, Frau StRin Brauner, was wir von Ihnen eigentlich wollen: Vorschläge zur Effizienzsteigerung in der Wiener Verwaltung anhand von konkreten Zahlen und Beispielen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Pensionen: Ja, natürlich auch ein Thema, das uns wahrscheinlich fast ewig beschäftigen wird. Die Ausgaben fürs Pensionssystem sind deutlich stärker gestiegen als angenommen. IHS-Chef Christian Keuschnigg sagt, die Österreicher müssen pro Jahr zwei Monate länger arbeiten.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich finde es manchmal für mich als ASVG-Versicherter mit 49 Jahren fast unerträglich, wenn ich immer höre: Bei den Pensionen gibt es kein Problem. Mir ist völlig klar, ich werde einmal mit meiner ASVG-Pension schon ein Problem haben. Aber was ist mit der Generation der Endvierziger? Uns geht es ja noch allen blendend. Stellen Sie sich einmal vor, wenn wir das System nicht wirklich angehen, was da in Zukunft geschieht mit unseren Kindern und unseren Enkelkindern, meine Damen und Herren!

Wir leben, was das Pensionssystem betrifft, auf Kosten der nachkommenden Generationen. Das muss man ganz deutlich darstellen. Ein Umlagesystem, also ein Solidarsystem, geht nur so lange gut, so lange es ausreichend Einzahlende gibt! Und wir wissen ganz genau, dass diese Relation, diese Schere immer stärker auseinandergeht. Die staatlichen Zuschüsse zum Pensionssystem fressen unseren Handlungsspielraum auf und führen zu wachsender Verschuldung - siehe das, was ich vorhin gesagt habe über die Rückzahlung und den Zinseszinsseffekt.

Jeder Unternehmer wüsste eigentlich: Wenn ich etwas jahrelang verschleppe, dann muss ich es ja doch irgendwann einmal zurückzahlen, und dann wird es immer schlimmer. Aber die Pensionen, das Pensionsthema schleppen wir mit Nebelgranaten schon lange mit beziehungsweise schieben wir vor uns her.

Einsparungspotenzial gäbe es auch bei den Subventionen. Ein Rechnungshofbericht sagt sinngemäß, dass das Förderungssystem chaotischer sei, als vermutet. Es stellte sich heraus, zum Beispiel Familienförderung, dass es 117 Förderungsmaßnahmen gibt, 47 im Bund, 70 in den Ländern. Da mag vieles dabei sein, was wahnsinnig sinnvoll ist, was gut ist und was wir alle auch unterschreiben. Nur ist die Frage wieder, was ich vorhin gesagt habe: Effizienzsteigerung. Wer untersucht das? Wer nimmt sich dessen an?

Sie wissen alle, der Rechnungshof hat ja, über das hinausgehend, viele, viele Vorschläge, fast 600, gemacht. Nur wenig davon wurde bisher aufgegriffen.

Thema Sozialversicherungsträger: Da habe ich bisher aus dem Bund, jetzt bei den Koalitionsverhandlungen, auch noch nicht viel gehört. Wie schaut es bei den Einsparungsmaßnahmen im Föderalismus aus? Als gelernter Österreicher frage ich, da jetzt sehr viele Politiker aus den Ländern in den Verhandlungsteams auf Bundesebene sitzen, ob die bei sich selbst einsparen werden. Wer's glaubt, wird selig, meine Damen und Herren!

Also: Vorschläge gibt es en masse. Man muss nur endlich auch wagen, diese heißen Kartoffeln anzufassen. Mit einer „Mikado“-Politik, wie es der „Kurier“ gestern geschrieben hat, werden wir schön langsam nicht mehr

weiterkommen.

Ein Thema, das wir auch immer wieder haben und das heute ebenfalls schon mehrfach angesprochen wurde, ist die Frage moderner Bilanzierung und weg von der Kameralistik. Ich weiß schon, man kann eine Stadt wie Wien, die zweitgrößte deutschsprachige Stadt, nicht mit einer Gemeinde vergleichen. Ich tue es trotzdem einmal.

Beispiel: Gemeinde Fohnsdorf. Diese Gemeinde wies bei der Rechnungshofprüfung 2010 Schulden von 21,56 Millionen EUR auf. Als dann die Prüfer ein bisschen genauer in die Bücher schauten, fanden sie noch Leasingverbindlichkeiten über 4,14 Millionen, bereinigte Kassenkredite von 2,8 Millionen. Zusätzlich hat die Gemeinde Fohnsdorf noch einige Kostenfaktoren aus dem Budget ausgegliedert, für die dann letzten Endes ja auch die Gemeinde geradestehen muss. Somit schnellte die gesamte Schuld letzten Endes auf 57,8 Millionen hoch, mehr als doppelt so viel, wie offiziell ausgewiesen.

Eines zeigt dieses Fallbeispiel ganz sicher: Wir wissen nicht wirklich, welche Schulden Österreich, seine Gemeinden und seine Länder tatsächlich haben, meine Damen und Herren! Das bedeutet für mich, wir brauchen dringend einen österreichweiten Kassensturz, aber nicht nur beim Bund, sondern auch bei den Ländern und Gemeinden. Und zweitens, wir brauchen dringend, als ganz, ganz wichtiges Strategie- und Kontrollinstrument, eine vernünftige Bilanzierung, weg von der mittelalterlichen Kameralistik, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP und von GRin Mag Dr Barbara Kappel.*)

Erlauben Sie mir zum Schluss noch ein paar - vielleicht zum Teil sogar für den einen oder anderen hier überraschende - Worte zum sogenannten Budgetloch auf Bundesebene.

Meine Damen und Herren! Die Vertrauenskrise in der österreichischen Politik ist jetzt wirklich evident. Ich möchte sogar so weit gehen - ohne zu schwarz zu malen -, dass ich sage: Wir sind gar nicht so weit davon entfernt, dass fast das politische System implodieren könnte.

Ich habe einmal in meiner Rede zum Budget, vor ziemlich genau zwei Jahren, gesagt: Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar. Dazu stehe ich, davon bin ich überzeugt, dass das richtig ist. Der „Kurier“ hat gestern als Titelgeschichte am Sonntag aufgemacht mit einem Pinocchio, vor dem Parlament abgebildet, Überschrift: Alles nur Lügner. Das tut mir weh, das sollte jedem von uns hier herinnen weh tun, und natürlich auch unseren Politikern im Bund.

Ich sage das in aller Demut und Selbstkritik, meine Damen und Herren, und auch im Bewusstsein dessen, dass meine Partei seit Jahrzehnten in der Regierung ist: Das Bild, das die Bundespolitik in den letzten Tagen und Wochen nach der Wahl geboten hat, ist ein Trauerspiel, meine Damen und Herren! Dafür müssen wir uns alle genieren: einmal 20 Milliarden, einmal 30 Milliarden, einmal 40 Milliarden, nichts Genaues weiß man nicht. Meine Damen und Herren, wenn ich das als Unternehmer mache, wenn ich das als Unternehmer bei meiner Bank mache (*GRin Ing Isabella Leeb: ... wird eingesperrt!*),

stehe ich mit einem Bein in der Krida mit Bilanzfälschung, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Was dieses Land braucht, ist der Tatbestand der politischen Krida, meine Damen und Herren! So ein Desaster darf nicht noch einmal passieren. Die Glaubwürdigkeit der Politik hat in den letzten Wochen enorm gelitten. Dietmar Ecker, Ihnen bekannter PR-Berater, hat gesagt: „Die Debatte ums Budgetloch war ein kommunikatives Debakel.“

Alles, was in diesem Zusammenhang gesagt wurde über Budgetdaten, über Budgetloch, da ist, glaube ich, fast alles kommunikativ falsch gemacht worden, was nur irgendwie möglich ist. Ich finde es schon bezeichnend, dass Herr Bgm Häupl gestern in der „Pressestunde“ gesagt hat, es gibt eigentlich gar kein Budgetloch. Also ich weiß nicht, wo bei ihm das Loch oder das Debakel oder das Problem anfängt! Sind ja eh nur ein paar Milliarden, jetzt egal, über welchen Zeitraum, 20, 30, 40 Jahre. Jedes Jahr ein paar Milliarden - wir zahlen sie ja eh am Schluss. (*GRin Martina Ludwig-Faymann: In der Prognose, sagt er!*) Natürlich, Ihre Einstellung: Wir zahlen sie ja eh am Schluss!

Ich sage ja, ich habe das ohne Ansehen der Partei gesagt. Da kann ich genauso bei uns zu suchen anfangen. (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Aber verstehen haben Sie es nicht können!*) Es ist bei beiden so. (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Haben Sie nicht verstanden, was eine Prognose ist?*)

Meine Damen und Herren! Rechnungshofpräsident Moser hat gesagt: Wenn nichts passiert, fahren wir gegen die Wand. - Das ist vielleicht eine etwas kernige Aussage, aber sie ist im Prinzip richtig. Bremsen wir bei den Schulden, lenken wir dagegen, meine Damen und Herren! Und vor allem: Haben wir Mut zur Wahrheit! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr GR Margulies. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies begibt sich vom Schriftführerplatz zum Rednerpult.*) Ich bitte einen Schriftführer, kurz an seiner Stelle Platz zu nehmen. 20 Minuten werden eingestellt. - Bitte.

GR Dipl-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Damen und Herren!

Zwei Bemerkungen vorweg, eine zum Kollegen Schock, die mir bei seinem Redebeitrag als Zwischenruf auf der Zunge gelegen ist - dann habe ich mir gedacht: Er ist es nicht wert. Aber die Klarstellung ist mir wichtig: Ja, ich mache Politik für alle Wienerinnen und Wiener, und ich unterscheide nicht wie die FPÖ nach dem Reisepass. Das ist mir wichtig, und ich glaube, wir alle werden dafür gewählt, dass wir Politik für Wienerinnen und Wiener machen. (*Beifall bei den GRÜNEN.*) Was die FPÖ in ihrer Klientelpolitik macht, soll sie tun; das unterscheidet uns.

Zweiter Punkt, in aller Kürze, zum Kollegen Jung, der sich herausgestellt hat, die Europapolitik zum Vorwand genommen hat, um eigentlich über Europa zu schimpfen, und an deren Ende gestellt hat: Na, und wenn alles nichts nützt, dann muss man aus Europa austreten. Und die

FPÖ hat applaudiert. - Sorry, neun Minuten heiße Luft ist weitaus weniger, als wenn sich jemand von der ÖVP, jemand von der SPÖ oder jemand von den GRÜNEN kürzer mit der Europäischen Union auseinandersetzt.

Jetzt zurück zu den Finanzen der Stadt Wien, und ich möchte mit zwei Punkten beginnen, die Kollege Axel Neuhuber in seiner durchaus sachlichen Rede angesprochen hat. Das eine war der Satz: „Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar.“ Stimmt - aber: Gibt es eine Wahrheit? Das ist ja das Problem!

Der Tag, an dem es in der Politik nur mehr eine Wahrheit gibt, ist genau dasselbe wie der Tag, an dem es kein Einsparungspotenzial mehr gibt: Das ist das Ende der Demokratie. Davon lebt eine Demokratie, dass es unterschiedliche Ideen gibt, die auch eine unterschiedliche Mittelverwendung nach sich ziehen und wo die Regierung zumeist die Mittelausgabe verteidigt und die Opposition sie für falsch hält.

Wenn die FPÖ davon spricht, dass man in ganz vielen Bereichen Subventionen kürzen kann - immer dann, wenn es um Frauen geht, immer dann, wenn es um MigrantInnen geht, dann sagt die FPÖ jedes Mal: das kann man einsparen, das kann man kürzen. Das ist nicht so! Wir stehen dazu: Da ist dann eben weniger oder kein Einsparungspotenzial, ganz im Gegenteil. Und ich glaube, dass man sich das bewusst machen muss.

Ja, natürlich gibt es auch Ineffizienzen. Aber das ist zum Beispiel genau, wenn es ums Pensionssystem geht - denn ich kann mich erinnern, da waren wir in Opposition, und wir haben auch aus der Opposition heraus nicht mitgestimmt, dass die Stadt Wien sofort aufs Bundesmodell umsteigen soll, weil es uns wichtig ist, dass Niedrigverdiener und Kleinverdiener, die schon, selbst wenn sie bei der Gemeinde Wien arbeiten, zeit ihrer Arbeitszeit nicht allzu viel verdient haben und keine großen Sprünge haben machen können, eine anständige Pension bekommen.

Aus einem anderen Blickwinkel, den andere Parteien haben, stellt sich das anders dar. Aber es ist eine politische Entscheidung, und es gibt nicht eine Wahrheit. Und, wie gesagt, ich komme darauf zurück: Hüten wir uns davor, dass es nur mehr eine Wahrheit gibt bei der ganzen Budgetdebatte!

Dann kommen wir zu den Zinsen. Sie haben die Zinsen des Bundes angesprochen. Ich habe mir die Mühe gemacht, aus dem Voranschlag zusammenzurechnen, was eigentlich beim Schuldenstand von Wien in der jetzigen Situation die ausgewiesenen Zinsen der Stadt Wien sind.

Wir haben einnahmenseitig zwei Zinspositionen, das sind 820 und 823. Wenn man das zusammenrechnet, kommt man auf knapp 76 Millionen EUR fürs kommende Jahr einnahmenseitig. Wir haben ausgabenseitig die Finanzschulden Inland und Ausland. Wenn man die zusammenrechnet, kommt man auf 90 Millionen. Das heißt, der Nettozinsaufwand der Stadt Wien bei einem momentanen Schuldenstand von knapp 4 Milliarden, 4,1 Milliarden EUR beträgt 16 Millionen EUR. Dafür, denke ich,

kann man der Finanzverwaltung durchaus einmal gratulieren und Tribut zollen! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Man kann sich auch anschauen, wenn man die Zinsbelastung - gerade als Wirtschaftsexperte und als Wirtschaftspartei wird die Zinsbelastung, wie: welchen Zins müssen Unternehmen, genauso wie Städte und Gemeinden, für die Verschuldung zahlen?, liebend gern als Gradmesser herangezogen. Wie solvent ist ein Unternehmen, eine Gemeinde? Schauen wir uns doch an, wie alle auf das regelmäßige Rating von Ländern und Gemeinde schauen: Triple-A, Double-A+ und so weiter.

Nennen Sie mir eine Gemeinde in Österreich - bei den Gebühren ist es Ihnen bislang nicht gelungen -, aber eine Gemeinde in Österreich mit mehr als 10 000 EinwohnerInnen, die sich mit niedriger oder durchschnittlich nur mehr 1 Prozent verschuldet! Ich weiß nicht, ob es Ihnen so leicht fällt.

Wer bekommt denn in Österreich einen Kredit, jetzt vereinfacht gesagt, mit durchschnittlich 1 Prozent Zinssatz? - Die Gemeinde Wien!

Was sagt uns das? Dass Banken, Investoren et cetera alle der Meinung sind, die Gemeinde Wien steht vor dem Bankrott? (*GR Mag Alexander Neuhuber: Das haben wir ja nicht gesagt!*) Oder dass die Gemeinde Wien eine noch bessere Zinskondition hat als der Bund, wo seit unerdenklich vielen Jahren die ÖVP den Finanzminister oder die Finanzministerin stellt? Eine bessere Zinsbelastung hat als de facto alle anderen Bundesländer, und jedenfalls eine bessere Zinskondition hat als andere große Gemeinden! Na, so schlecht kann sich die Situation in Wien tatsächlich nicht darstellen. (*GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Hat ja keiner behauptet!*)

Na, hat ja keiner behauptet - Sie malen an die Wand, dass die Situation, insbesondere die Vermögenssituation von Wien so schlecht wäre, dass alles zusammenbricht, die Zukunft aufs Spiel gesetzt wird et cetera!

Dann erkennt man: Wien ist die Gemeinde, obwohl riesengroß im Vergleich zu allen anderen in Österreich, und obwohl mit enormen Herausforderungen zu kämpfen ob der wachsenden Stadt - das wird so lapidar abgetan, 25 000 bis 30 000 Menschen im Jahr mehr. Das ist in 2 Jahren St Pölten, in 10 Jahren Graz, was einfach in Wien einzugemeinden ist, zu finanzieren ist und wo wir wissen, selbst der Finanzausgleich hinkt nach! Gott sei Dank hat der Finanzausgleich mittlerweile tatsächlich abgestellt auf Meldedaten, aber er hinkt zwei Jahre hintennach. Das wird auch oft vergessen. (*GRin Ing Isabella Leeb: Aber bei allen!*)

Gerade deshalb, glaube ich, bleiben wir auf dem Niveau, wo Sie sagen: Ja, das ist tatsächlich ein objektiver Gradmesser. Und die Konditionen der Verschuldung sind in der Wiener Wirtschaft und im Unternehmensbereich genauso wie für Länder und Gemeinden ein Gradmesser für die Solvenz desjenigen, der einen Kredit beantragt. Also da steht Wien zweifelsfrei hervorragend da! Und das, obwohl es von Wien mittlerweile ein klares Bekenntnis gibt, nicht mehr in neue Fremdwährungskredite zu gehen, keine Risikospekulationen einzugehen et cetera. Nein, wir

refinanzieren uns auf einem Weg, der für jeden nachvollziehbar ist.

Da komme ich zum zweiten Punkt. Kollege Neuhuber! Haben Sie wirklich den Verdacht, dass im Wiener Budget irgendetwas fehlt wie in Fohnsdorf? Dann äußern Sie ihn bitte! (*GR Mag Alexander Neuhuber: Wenn ich das gemeint hätte, hätte ich es gesagt!*)

Nein, aber Sie stellen da im Wiener Budget - erinnern Sie sich zurück an meine Reden, auch als wir in Opposition waren! Wir haben ja so viel aus dem Wiener Budget, was durchaus schwer zum Lesen ist. Nur, wie soll man denn ein Milliardenbudget so vereinfacht darstellen, dass es wirklich jeder sofort auf den ersten Blick sieht? Das geht halt nicht! (*Ruf bei der FPÖ: Alles geht!*) „Alles geht!“ - nein, es geht nicht alles! Das ist halt oft das Problem.

Man kann es sich wünschen, man kann es einfacher machen. Wien hat mittlerweile die Daten an den Offenen Haushalt weitergeben und wird in Kooperation mit dem KDZ die Daten auch sozusagen freigeben. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Ja, lesen Sie das Regierungsprogramm! Es steht drin im Regierungsprogramm. Es müssen jetzt noch die Sachen abgeglichen werden, und dann wird es kommen.

Aber ich möchte zurückkommen zu den Finanzierungen. Da halten wir endgültig fest: Alles, was es für Wien gibt, ist auch im Wiener Budget abgebildet. Kollege Neuhuber hat das selber gesagt. (*GR Dr Wolfgang Ulm: Das stimmt für Wiener Wohnen nicht ...*) Und Wien hat auch die besten Konditionen.

Jetzt kommen wir zum nächsten Punkt. Wir verhandeln heute nicht allein die Grüne Mappe. Sie tun alle so - ich weiß, es ist mühsam! Ich quäle mich jedes Jahr, ich sage es ganz offen, durch die unterschiedlichen Wirtschaftsberichte, durch die Unternehmung. Ja, ich schaue es mir an. Aber es ist ja alles da! Sie können gerne, wenn Sie wollen, auch selbst eine Stadtbilanz erstellen. Und glauben Sie mir, es ist halt nicht so einfach.

Kollege Neuhuber, in einem Punkt gebe ich Ihnen recht. Ich glaube nicht an die Doppik für Wien, aber ich glaube an die Ausbaufähigkeit der Kameralistik. Was ich nicht glaube, ist, dass man eine Stadt und eine Gemeinde und auch ein Land so darstellen kann wie ein Unternehmen. Da wird es immer Unterschiede geben. Deshalb wird man nicht alles einfach zusammenführen können. Es ist ein Unterschied, ob ich mir die Wiener Stadtwerke ansehe, ob ich mir die Wien Holding ansehe - was echt Unternehmen sind, macht einen Unterschied zur Unternehmung Krankenanstaltenverbund, Wiener Wohnen, Wien Kanal und zur Stadt Wien.

Aber was man kann, wenn man sich bemüht - das wissen Sie, und Sie können es auch -, ist, diese Daten zusammenzuführen. Und dann macht es auch einen Sinn: In manchen Bereichen macht es Sinn, den Schulden das Vermögen gegenüberzustellen, in anderen Bereichen nicht. Das wissen Sie auch. Natürlich, eine Brücke, die gebaut wird, stellt in dem Moment, in dem sie aktiviert wird, ein Vermögen dar. Nur: Wer kauft denn eine Brücke?

Wir brauchen sie, die Brücke, wir nutzen sie, die Brücke. Aber hat die Brücke einen Wert an sich für einen Investor? - Nein!

Deshalb wird man manche Sachen darstellen können, manche Sachen nicht, und es ist notwendig, auf diese Sachen, damit man eine sachliche Diskussion führen kann, auch unterschiedlich einzugehen. Nichtsdestoweniger lässt sich in den heute vorliegenden Unterlagen bei einigem guten Willen und bei viel Arbeit auch einiges herauslesen, meines Erachtens so gut wie alles herauslesen. Wenn Sie diesbezüglich Fragen haben, auch sachliche: Ich stehe Ihnen sowieso gern zur Verfügung, aber ich nehme an, auch die Finanzverwaltung steht Ihnen gern zur Verfügung. Ich habe kein Problem damit.

Ich möchte zum nächsten Punkt, weil es ja auch der Bereich Finanzen und Wiener Stadtwerke ist, auch auf das Erfolgsmodell bei den öffentlichen Verkehrsmitteln noch einmal kurz zurückkommen im Rahmen der Wiener Stadtwerke. Sie nehmen die Eco-Studie her - Kollege Aichinger hat mir das noch einmal versprochen: Wir bekommen sie sogar in gebundener Fassung. (*GRin Ing Isabella Leeb: Wir haben sie aber auch noch nicht! - Weitere Zwischenrufe.*)

Ja, ja, es freut mich sehr - aber ich habe nur die Kurzfassung gelesen, und es steht der Kostendeckungsgrad drin. Und Sie sagen, Sie wollen irgendwie einen höheren Kostendeckungsgrad. Na, dann sprechen Sie es aus: Höherer Kostendeckungsgrad heißt im Großen und Ganzen bei einem weiteren Ausbau der Öffi-Leistungen höhere Tarife!

Sie schreiben, in der Studie, in dem, was öffentlich geworden ist, stehen die Tarife pro Platzkilometer. Da liegt München um ein Drittel darüber. Wollen Sie das? Sollen wir die Tarife der Wiener Linien erhöhen? - Nein! Wir sind stolz darauf, dass wir sie gesenkt haben. Wir sind stolz darauf, dass durch diese Senkung um 150 000 bis 170 000 Menschen mehr sich eine Jahreskarte gekauft haben und damit in einem erheblichen Maß auch Abdeckung für die Grundlasten der Verkehrsbetriebe zur Verfügung gestellt haben.

Und: Wir stehen jetzt für den weiteren Ausbau! Es wird selbstverständlich einen weiteren Ausbau geben, vor allem auch im Bereich der Straßenbahnen. Auch darauf sind wir stolz, bei aller Schwierigkeit, die noch auf uns zukommen wird. Weil mein Kollege Chorherr das immer als mittlerweile geflügeltes Wort sagt: Gäbe es in Wien kein öffentliches Verkehrsnetz, wäre es wahrscheinlich schwierig, eines zu bauen, weil überall Widerstände auftreten. Aber summa summarum sind wir doch froh darüber, dass wir so ein tolles öffentliches Verkehrsnetz haben und dass wir es weiter ausbauen müssen.

In einem Punkt erlaube ich mir dennoch eine leichte Kritik, nicht an den Wiener Stadtwerken in Summe, nicht an den Wiener Linien in Summe. Aber was es zukünftig meines Erachtens nicht mehr geben sollte - denn ich finde den politischen Diskurs über die Mariahilfer Straße durchaus interessant, man kann dafür sein, dagegen sein et cetera -, aber es bestimmen nicht die Busfahrer, wo eine

Linie fährt. Es planen wir, es plant die Wiener Stadtregierung, es planen die Wiener Stadtwerke, aber es bestimmen nicht die Busfahrer. (*Zwischenruf von GR Dominik Nepp.*) Es ist traurig, dass eine Handvoll Busfahrer - mehr als die Hälfte, denn nicht nur Sie haben Informationen aus den Wiener Stadtwerken und den Linien, sondern auch wir -, dass eine Handvoll Busfahrer all jene aufwiegelt und aufhetzt, nicht zu fahren, obwohl mehr als die Hälfte aller Busfahrer sagen, man könnte problemlos, egal, welche Route der Bus in der Mariahilfer Straße nimmt, fahren.

In diesem Sinne sage ich schon: Wir sind diejenigen - wir alle, die wir hier sitzen -, die die Verkehrsplanung machen. Und ich glaube, dass man das auch in aller Deutlichkeit und auch zukünftig durchsetzen muss und auch durchsetzen wird.

Ich komme daher zum Schluss. (*GR Mag Dr Alfred Wansch: ... nicht wir alle die Planung!*) Das war zu leise. (*GR Mag Dr Alfred Wansch: Nicht wir alle! Ihr diktiert!*) Wir diktieren? (*GR Mag Dr Alfred Wansch: Das ist eure Demokratie!*) Man merkt nur wieder - „diktiert“, Kollege Wansch: Diktieren Sie der Frau Meschar einen Vertrag, den sie nicht wollte! Und Sie haben ihr das Geld weggenommen. Das haben Sie diktiert!

Wir suchen die Auseinandersetzung mit der Bevölkerung, und zwar in vielerlei Hinsicht. (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Wir suchen diese in vielerlei Hinsicht, und wenn ein Projekt ... (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Entschuldigung! Manchmal denke ich mir schon: Was ist für Sie Bürgerbeteiligung? - Es wäre ein Leichtes gewesen, ein Projekt Mariahilfer Straße zu verordnen und umzusetzen! Das wäre ein Leichtes gewesen. (*Zwischenruf von GR Dominik Nepp.*) Was wir jedoch tun, ist, dass wir seit Anbeginn dieses Projektes die BürgerInnen mit einbeziehen. (*Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Noch einmal: Wir sind ja nicht, kein Mensch sagt ... (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Ich komme zurück zum Anfang: Es gibt viele verschiedene Wahrheiten, und Ihre Wahrheit sieht anders aus als unsere. Und es gibt auch unterschiedliche Entwicklungen. Und ich sage: Wir lernen auch dazu. Nicht alles, was aus der Opposition heraus ganz einfach war, wie etwa Bürgerinitiativen zu gründen und auch Menschen ein bisschen - ich verwende jetzt bewusst diesen Ausdruck - aufzuwiegeln, ist aus der Position der Opposition heraus relativ einfach. (*GR Mag Wolfgang Jung: Die Leute kommen ja von selbst und fragen, wie sie sich organisieren können!*)

Gemeinsam mit den Menschen, die andere Interessen verfolgen als wir, also mit Menschen, die die unterschiedlichsten Interessenslagen für sich verinnerlichen, zu einem Kompromiss zu kommen, ist nicht immer einfach, und es zeigt sich sogar, dass BürgerInnenbeteiligung eine der kompliziertesten Herausforderungen ist, aber eine Herausforderung, der sich eine Stadt stellen muss, und eine Herausforderung, der sich sowohl die Sozialdemokratie als auch die GRÜNEN Tag für Tag neu stellen. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Sie versuchen, aus der Causa Mariahilfer Straße poli-

tisches Kapital zu schlagen, möglicherweise auch in dem Glauben, das Richtige zu tun. Bleiben wir dabei: Das ist verständlich, das dürfen Sie, das können Sie, das sollen Sie, das ist Ihre Aufgabe! Wir haben schon ein paar Mal gesagt: Wir können nicht gleichzeitig Regierung und Opposition sein, und das wollen wir auch nicht. Machen Sie Oppositionspolitik, treten Sie wirklich ein in den Kampf um eine Neugestaltung der Mariahilfer Straße! Und Sie tun es ja. Und Sie werden sehen - wir wissen es mittlerweile alle, es ist kein Geheimnis -, es wird eine Abstimmung darüber geben. (*GR Dominik Nepp: Wann?*)

Ich nehme an, im Frühjahr. Ich kann jetzt keinen Termin sagen, aber es wird im Frühjahr eine Abstimmung geben, darüber muss man nicht lange reden. (*GR Mag Wolfgang Jung: Darüber wollen Sie nicht reden! - Weitere Zwischenruf bei der FPÖ.*)

Ich nehme an, dass Sie, wenn Sie von 2015 reden, auf die Wahlen anspielen. Wir haben nicht viel dazugewonnen in Wien bei der Nationalratswahl, aber wir haben mehr dazugewonnen als Sie bei der Nationalratswahl. Ich betone, um auch das sozusagen noch klarzustellen: Wir haben keine Angst - das sollte sich vielleicht auch die FPÖ einmal ins Stammbuch schreiben - vor Ausländern und keine Angst vor zu vielen Menschen. Bitte seid nicht so furchtsam! Aber wir haben jedenfalls keine Angst davor, im Jahr 2015 unsere Leistungen durch die Wiener Bevölkerung beurteilen zu lassen. - Ich danke sehr. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Stark. Ich erteile es ihm. Die selbstgewählte Redezeit beträgt 10 Minuten.

GR Rudolf **Stark** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Einige Anmerkungen zu den KMU, zunächst eine interessante Schlagzeile: „Billiges Geld für KMU als Wachstumstreiber.“ - In diesem Artikel wird berichtet, dass zur Finanzierung des Wachstums von KMU die Unterstützung von 2,5 Milliarden EUR bis Ende 2014 auf 9 Milliarden EUR aufgestockt wird und den KMU zu einem maximalen Zinssatz von 2,5 Prozent zur Verfügung gestellt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses großzügige und weise Programm wird leider nicht in Wien oder in Österreich verwirklicht, sondern in unserem Nachbarland Ungarn. Aber wie sieht die Förderung für die KMU in Wien tatsächlich aus? - Beim Vergleich der Voranschläge der letzten Jahre erkennt man Folgendes: Voranschlag 2010: 43 Millionen EUR für die KMU, Voranschlag 2011: 39 Millionen EUR, also um 4 Millionen EUR weniger, Voranschlag 2012: 37 Millionen EUR, also um weitere 2 Millionen EUR weniger, Voranschlag 2013: 37 Millionen EUR, also gleichbleibend gegenüber 2012. Und 2014 sind es 39 Millionen EUR, also um 2 Millionen EUR mehr.

Aber seit 2010, dem Beginn der rot-grünen Koalition, besteht noch immer ein Minus von 4 Millionen EUR bei der Förderung der KMU. Dabei müssen die KMU froh sein, dass ihre Förderung nicht gekürzt wurde, denn ins-

gesamt wurde die Wirtschaftsförderung sehr wohl gekürzt. Voranschlag 2010: 117 Millionen EUR, Voranschlag 2014: 74 Millionen EUR. – Vergleicht man diesen Voranschlag für 2014 mit jenem für 2010, also wiederum zu Beginn der rot-grünen Koalition, dann bedeutet dies eine Kürzung der Wirtschaftsförderung um 43 Millionen EUR! Und das ist doch bedauerlich, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, auch wenn Sie diese Kürzung als intelligentes Sparkonzept bezeichnet haben. Ein intelligentes Konzept gibt es in Ungarn, aber bei uns steigen die Schulden, und die Förderungen werden gekürzt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Ich darf erinnern: Auch der Herr Bürgermeister hat sich in seiner Regierungserklärung für die Wirtschaftsförderung starkgemacht. – Ich darf den Herrn Bürgermeister zitieren: „Die Wirtschaftsförderung wird weiter entwickelt, eine noch zielgenauere Unterstützung von Klein- und Kleinstunternehmen soll positive Effekte mit sich bringen. Und wir reden hier von jenen Unternehmen, die den überwiegenden Teil der Wiener Wirtschaft ausmachen.“ – So der Herr Bürgermeister in seiner Regierungserklärung.

Ich darf die Zahlen wiederholen: Voranschlag 2010: 117 Millionen EUR, Voranschlag 2014: 74 Millionen EUR, also um 43 Millionen EUR weniger.

Eine weitere interessante Schlagzeile: „KMU mit Kapital zu versorgen, ist eine Herausforderung.“ – In diesem Artikel werden Bankmanager unter anderem über Finanzierungen und auch über KMU-Finanzierungen befragt. Ich bringe jetzt einige Zitate der befragten Manager – RBI-Chef Dr Sevelda, Bank Austria-Vorstand Mag Bernkopf und Erste Bank-Vorstand Dr Bosek – aus diesem Artikel, ohne diese namentlich zuzuordnen. – Ich zitiere: „Für den KMU-Bereich werden die Banken der wesentliche Liquiditätsversorger bleiben. Es gibt keine Kreditklemme.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Banken verfügen also über ausreichendes Kreditvolumen.

Im Hinblick auf diese Feststellung hat der befragende Journalist darauf hingewiesen, dass es allerdings schwieriger geworden ist, Finanzierungen zu bekommen. – Darauf kam folgende Antwort eines Bankmanagers: „Als ordentlicher Kaufmann muss ich die Bonität des Kreditnehmers beurteilen. Bei kritischen Bonitäten sind Sicherheiten erforderlich. Da kann es vorkommen, dass man als Bank keinen Kredit vergeben kann.“

In diesem Artikel findet sich ein interessanter Vergleich des Kreditwachstums im 1. Quartal 2013 gegenüber dem 1. Quartal 2012 bei den Firmenkunden: Im 1. Quartal 2013 betrug das Kreditwachstum bei den Firmen 0,4 Prozent, im 1. Quartal 2012 waren es noch 3,6 Prozent, es gab also schon heuer einen deutlichen Rückgang des Kreditwachstums bei den Firmenkunden.

Dann stellte der Journalist eine weitere ganz wichtige Frage: „Wird Basel III die Firmenkredite im nächsten Jahr verteuern?“ – Die Antwort: „Das österreichische Zinsniveau liegt 1 Prozent unter dem der Deutschen, da wird es Anpassungen geben.“ – Diese Antwort versteh ich zwar nicht ganz, denn was hat das Deutsche Zinsniveau mit

Basel III und Österreich zu tun? – Die Antwort auf die Frage, ob Basel III im nächsten Jahr die Firmenkredite verteuern wird, war allerdings ganz klar: „Ja. Basel III wird die Firmenkredite im nächsten Jahr verteuern.“

Ich füge hinzu, meine sehr geehrten Damen und Herren: Basel III wird nicht nur die Firmenkredite verteuern, sondern durch Basel III werden bei der Kreditvergabe auch verstärkt die Bonität und die Eigenkapitalquote bewertet werden. Und ich erinnere an die Aussage des Bankers: „Als ordentlicher Kaufmann muss ich die Bonität des Kreditnehmers beurteilen. Bei kritischen Bonitäten sind Sicherheiten erforderlich. Da kann es vorkommen, dass man als Bank keinen Kredit vergeben kann.“

Jetzt ergänze ich meine Ausführungen noch mit einem am 31. Oktober dieses Jahres, also vor etwa 14 Tagen, erschienenen Artikel: „Kredite für KMU werden teurer.“ – Ich zitiere aus diesem Artikel: „Die Zinsen richten sich nach dem jeweiligen Rating, mit dem die Banken die jeweiligen Unternehmen bewerten. Anhand von sogenannten Hard Facts wie Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Eigenkapitalquote und Soft Facts wie der Person des Unternehmers errechnet die Bank ein internes Rating, das sich in der Regel zwischen eins und zehn bewegt. Je höher die Einstufung, desto teurer wird der Kredit.“

Ich zitiere jetzt noch einen wesentlichen Absatz dieses Artikels: „Wer sich bereits auf Stufe 8 befindet, wird es schwer haben, überhaupt einen Kredit zu bekommen.“ – Dies bedeutet, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass diese derzeitigen Kreditnehmer künftig keinen Kredit bekommen werden. Dies haben die Banker ja schon erklärt: „Bei kritischen Bonitäten sind Sicherheiten erforderlich. Da kann es vorkommen, dass man als Bank keinen Kredit vergeben kann.“

Wie sieht die Situation derzeit aus? – Eine Schlagzeile vom 24.10.2013: „Der große Kreditfrust unter dem KMU.“ – Bei KMU wird der Frust immer größer, und die Frau Präsidentin des Gewerbevereins stellt Folgendes fest – ich zitiere: „Ich höre täglich, dass Betriebe Projekte stoppen, weil sie keinen Kredit bekommen.“

Die Oesterreichische Nationalbank stellt seit geraumer Zeit fest – ich zitiere: „Oftmals werden die Kreditrahmen für Firmen von den Banken reduziert, gleichzeitig werden auch mehr Sicherheiten verlangt.“

Peter Voithofer von der KMU-Forschung Austria nimmt eine Verschärfung der Kriterien wahr – ich zitiere: „Es stimmt, dass sich bestimmte Betriebe mit der Fremdfinanzierung schwer tun, wenn die Bonität schwächer ist.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich diese diversen Feststellungen zusammenfasse, ergibt sich ein klares Bild: Von einer Kreditklemme kann nicht gesprochen werden, die Banken haben offensichtlich ausreichend Geld, Kredite gibt es aber nur noch bei entsprechender Bonität beziehungsweise entsprechenden Sicherheiten. Für die KMU bedeutet dies, vereinfacht ausgedrückt: Die Kredite werden teurer, man bekommt Kredite nur bei entsprechender Bonität, ansonsten bekommt das Unternehmen gar keinen Kredit.

Und was sollte dies für die politisch Verantwortlichen bedeuten, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister? – Das ist ganz einfach, es ist nämlich das, was ich schon seit vielen Jahren hier fordere: Übernehmen Sie für diese Betriebe Sicherheiten in Form von Bürgschaften und Haftungen, damit sie nicht insolvent und zahlungsunfähig werden.

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Die SPÖ behauptet immer, dass sie sich für die Anliegen der KMUs stark macht. Wir konnten das nicht feststellen! Bitte verabsäumen Sie nicht, dem größten Arbeitsgeber Wiens, den KMU, die überlebensnotwendigen Unterstützungen im Interesse aller Wiener zu geben, wie es auch von Herrn Bgm Häupl in seiner Regierungserklärung angekündigt wurde! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zur Geschäftsordnung hat sich Herr GR Mag Jung gemeldet. – Bitte schön.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Nachdem jetzt Herr Kollege Reindl den Vorsitz übernommen hat, darf ich ihn an Folgendes erinnern: In der Sitzung vom 26. September hat der Klubobmann der SPÖ unter anderem in seiner Ausführung über den Heizkostenzuschuss gesagt: „Sie wollen das nicht zur Kenntnis nehmen. Sie würden lieber jene, die das Geld kriegen, aber ihre Heiztherme nicht herrichten, dann im CO umkommen lassen.“

Es ist eine ungeheuerliche Unverschämtheit und Beschuldigung gegenüber den Freiheitlichen, dass wir bereit wären, andere Leute umkommen zu lassen! Ich habe daraufhin einen Ordnungsruf verlangt. Kollege Reindl hat gesagt: „Daher werde ich, wenn das Protokoll vorliegt, überprüfen, ob der geforderte Ordnungsruf notwendig ist oder nicht.“

Ich frage erstens den Herrn Vorsitzenden, ob er diese Überprüfung durchgeführt hat, und zweitens, ob er willens ist, diesen Ordnungsruf zu erteilen, obwohl jetzt angeblich ein Versäumnis vorliegt – ich habe das Protokoll ja erst vor zwei Wochen bekommen –, das entschuldigt, dass rote Abgeordnete alles sagen dürfen, bei den Freiheitlichen die Situation hingegen anders aussieht. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Herr Kollege Jung! Sie haben heute zu diesem Thema mit dem Herrn Ersten Vorsitzenden ein Gespräch geführt, soweit mir bekannt ist. Ich weiß nicht, weil ich noch nicht Gelegenheit hatte, mit dem Herrn Ersten Vorsitzenden zu besprechen, was Sie mit ihm ausgemacht haben, daher werde ich mit dem Herrn Ersten Vorsitzenden konferieren und dann mit Ihnen die Sache noch einmal besprechen.

Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr Aigner. Die Redezeit beträgt 5 Minuten und 30 Sekunden. – Bitte schön.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (*Klubungebundener Mandatar*): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Meine Damen und Herren!

Ich möchte noch einmal ein bisschen, weil ich nur ein

paar Minuten Redezeit zur Verfügung habe, auf die Debatte um das Wiener Beamtendienstrecht und Beamtenpensionsrecht zurückkommen. – Ich bin selbst öffentlich Bediensteter, und daher bin ich der Letzte, der da den öffentlichen Dienst noch unattraktiver macht. Aber etwas muss man natürlich schon sagen: Der durchschnittliche Bundesbedienstete ist nicht der Sektionschef oder der Ministerialrat, sondern im Bundesdienst arbeiten auch Polizisten und kleine Beamte auf allen Ebenen, etwa im Finanzamt und so weiter. Wenn man also so tut, als ob im Bundesdienst lauter wohlbestallte Sektionschefs wären, und das dann als Rechtfertigung heranzieht, dass die Senatsräte, Obersenatsräte und sonstige Top-Verdiener im Magistrat, die ja teilweise die politische Elite dieser Stadt einkommensmäßig mehr als hinter sich lassen, ungeschoren bleiben, dann ist das eine Art von Dialektik, die einen natürlich bei der SPÖ nicht wirklich verwundert.

Dabei zeigt sich: Sozialpartnerschaft ist dann ein hohes Gut, wenn die traditionelle Rollenaufteilung passt, nämlich: Arbeitnehmervertretung ist rot und Arbeitgebervertretung ist schwarz. Wenn es einmal anders ist – man sieht das bei der aktuellen Debatte ums Lehrendienstrecht – und wenn einmal eine Gewerkschaft sich erlaubt, nicht rot zu sein, dann geht man bei Weitem weniger zimperlich mit einer Gewerkschaft um.

Der gleiche Zustand herrscht natürlich auch auf Wiener Ebene. Sie haben hier natürlich mit den Magistratsbediensteten eine Hochburg, die Sie mit Zähnen und Klauen verteidigen, und Sie sind nicht bereit, entsprechende Reformmaßnahmen, die auch den Stadthaushalt entlasten könnten, auch nur anzudenken. – Im Hinblick darauf muss man sagen: Wenn man immer gegen eine Mehrklassengesellschaft ist, dann kann es wirklich nicht sein, dass das Beamtenpensionsrecht auf Bundesebene viel schneller angepasst wird als das auf Gemeindeebene! Diesbezüglich ist vielleicht auch ein bisschen mehr Phantasie auf Ihrer Seite gefragt!

Luxuspensionen gibt es in vielen Bereichen, und auch im Bereich der Stadt Wien. Wir haben auch bei den Pensionsrückstellungen für Unternehmungen der Stadt Wien gesehen, dass da hunderte Millionen zusätzlich nachgeschossen werden mussten, die letztlich auch von den Gebührenzählern aufgebracht werden müssen.

In diesem Zusammenhang taucht auch wieder die Frage der Gebührenpolitik der stadt eigenen Energieversorger auf: Es heißt immer, dass durch städtisches beziehungsweise kommunales Eigentum dafür gesorgt wird, dass die Menschen vor dem Markt und vor neoliberaler Ausbeutung geschützt werden. – Also, ganz ehrlich: Wenn man nicht ausgebeutet werden will, dann ist es ganz egal, wer einen ausbeutet. Ich möchte auch nicht von einem städtischen Fernwärme- oder Stromunternehmen ausgebeutet werden. Und wenn man sich Ihre Gebühren anschaut, dann muss man sagen, dass der Unterschied zu einem privaten Unternehmer kein wirklich großer ist! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Da hätten Sie mehr als genug zu tun. Und die gleiche Dialektik sieht man auch bei den GRÜNEN. Solange die

Bürgerbeteiligung dazu gedient hat, Projekte zu verhindern, war ihnen, solange sie in der Opposition waren, jedes Mittel recht. Und da muss man der SPÖ etwas zu Gute halten: Sie haben immer die parlamentarische Ebene hervorgehoben und gesagt, dass die Mandatare dazu da sind, Entscheidungen zu treffen. Und diese sollen auch getroffen werden. Die GRÜNEN sind ja diejenigen, die von Anfang an immer die Straße mobilisiert haben. Jetzt aber, da sie selber für Bürgerbeteiligung verantwortlich wären, wird das Ganze viel differenzierter gesehen. Das heißt, jene Bürgerbeteiligung, die Ihre Ideen, die ja teilweise wirklich Schnapsideen sind, verhindern soll, wird abgeblockt, und Ideen, die von Ihrer Seite kommen, die die Bürger unterstützen, gibt es ja überhaupt nicht!

Wir sollen ja nicht in erster Linie, damit er das merkt, beim Bürger sparen, sondern wir wollen bei den Strukturen sparen, und ich frage mich schon, wozu wir in Zeiten, in denen eingespart werden muss und auch an den Strukturen gespart werden soll – wenn man einen so exzellenten Verwaltungsapparat wie in Wien hat und auch keine Rede eines Regierungspolitikers vergeht, ohne dass er sich nicht auch zu Recht bei den Bediensteten dieser Stadt bedankt –, wirklich diese ganzen Agenturen und zusätzlichen Stellen brauchen. Das ist wirklich fraglich! – Wozu braucht man eine Fahrradagentur, die dann mit gefaketen Zahlen daherkommt? Das Einzige, was zugezogen hat, ist die Zahl der rücksichtslosen Fahrradfahrer, aber dazu brauchen wir keine Agentur, das weiß jeder, der zu Fuß durch die Stadt geht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Da könnte man sparen, ohne dass irgendjemand das merkt, da würden auch ein paar Green Jobs wegfallen, aber ich glaube, das sollte ja nicht das Problem sein!

Das Gleiche gilt für die Busfahrer. Sonst wird sozusagen der Sachverstand hochgelobt. Wenn aber ein paar Busfahrer sagen, ich fahre nicht durch eine Begegnungszone, ich möchte in keine Haftung geraten!, dann heißt es auf einmal, dass wir auch über die Busfahrer drüberfahren. – Ich wünsche Ihnen viel Spaß, wenn Sie sehen, wie das ist, wenn Sie über einen mehrtonnigen Autobus drüberfahren! Die Busfahrer haben jedenfalls unsere vollste Sympathie und Unterstützung.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr Stürzenbecher. Selbstgewählte Redezeit 15 Minuten.

GR Dr Kurt **Stürzenbecher** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Geschätzter Vorsitzender! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Die Budgetdebatte, wie wir sie abführen, ist natürlich – das wurde heute auch schon angesprochen – bis zu einem gewissen Grad ein Ritual. Es ist dies aber kein schlechtes Ritual in der Demokratie. In der parlamentarischen Demokratie gibt es Rituale, und diese kann man gut abführen oder schlecht abführen. Deshalb habe ich mir jetzt im Vorfeld einige Budgetdebatten der letzten Jahre noch einmal durchgelesen, nicht alles vom Ersten bis zum Letzten, das wäre ja doch zu viel, aber doch

einiges sozusagen kursorisch.

Ich habe mir die Reden des Kollegen Gudenus vorgenommen, um zu schauen, ob es eigentlich jeweils Unterschiede bei Ihrer Ablehnung des Budgets gibt. Dass Sie dieses ablehnen, ist klar. Da kann man natürlich sagen: Das ist wirklich durchritualisiert. Ich bin aber draufgekommen, dass Kollege Gudenus am 19. November 2012, also voriges Jahr, an die SPÖ gerichtet gesagt hat: „Die soziale Gerechtigkeit bei der SPÖ findet man höchstens in den Geschichtsbüchern. Zu Recht. Sie können auf Ihre Vergangenheit stolz sein!“ – Da habe ich mir gedacht: Es ist zwar irgendwie ein gewisser Masochismus, Gudenus-Reden, noch dazu Jahre alte, durchzulesen, aber in diesem Fall bin ich immerhin fündig geworden.

Dann habe ich mir gedacht: Warum sagt er das? – Und jetzt sage ich, warum er das sagt. Er weiß, dass natürlich die Stadt Wien insgesamt, aber insbesondere die Sozialdemokratie noch immer einen sehr hohen Sympathiewert bei der Bevölkerung hat. Deshalb sind wir ja immer die stärkste Kraft in diesem Land und in dieser Stadt. Und um das sozusagen zu unterlaufen, versucht er, den Leuten einzureden, dass die Sozialdemokraten früher eh gut waren, aber jetzt alles ganz fürchterlich ist. Und das heurige Budget ist natürlich ganz fürchterlich. Das ist etwas ... *(GR Mag Wolfgang Jung: Was sagen denn Ihre eigenen Leute?)*

Man kann aber auch weiter zurück nachlesen, das ist ja der Vorteil des Studiums von Materialien und Protokollen der vergangenen Jahre. Da kann man Jahrzehnte zurückgehen. Auch in den 80er Jahren haben Sie die Budgets abgelehnt, und auch in den 60er Jahren, und selbst der VdU, der Vorgänger, hat in den 50er Jahren die Budgets immer mit den gleichen Argumenten abgelehnt. Damals haben Sie also nicht gesagt: Jetzt ist es gut, jetzt sind wir in der Phase der Geschichte, in der die SPÖ gut ist, die später schlecht werden wird. Vielmehr seid ihr eigentlich immer und notorisch und mit schlechten Argumenten gegen die Regierung vorgegangen.

Ihr habt 0,13 Prozent bei den Nationalratswahlen dazugewonnen. Ihr habt schon einmal 29 Prozent gehabt, also ihr gewinnt nichts dazu! *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Ihr stagniert hier seit den 90er Jahren komplett, und ihr werdet bei der nächsten Wahl noch mehr verlieren, weil ihr einfach eine rein destruktive Kraft seid! Die FPÖ ist eine rein destruktive Kraft, das kann man aus allen Protokollen herauslesen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber immerhin sagt Herr Gudenus, dass die SPÖ auf ihre Vergangenheit stolz sein kann. Ich sage: Sie kann auf die Gegenwart und die Zukunft genauso stolz beziehungsweise noch viel mehr stolz sein!

Jetzt noch ein Wort zur Mercer-Studie. *(GR Mag Wolfgang Jung: Schon wieder!)* Diese wird nämlich immer total falsch dargestellt. Sie sagen – und das stimmt –, dass diese historisch für Manager ausgelegt war. Die Kriterien, die in der Mercer-Studie dargelegt werden, betreffen aber nicht nur Hard Facts wie Wirtschaft, Arbeitslosigkeit, Bruttoinlandsprodukt und so weiter, sondern auch Soft Skills wie Umwelt, Sicherheit, soziale

Ausgeglichenheit, Wohnsituation, Mieten und so weiter in einer Stadt. Und all das sind Kriterien, die für jeden Durchschnittswiener genauso relevant sind. Nach dieser Mercer-Studie sind wir nun vier Mal auf dem 1. Platz, und darauf können wir stolz sein. Dabei handelt es sich um für Durchschnittswiener genauso wichtige Skills. *(GR Mag Wolfgang Jung: Erzählen Sie mir nicht, dass in allen Bezirken die gleiche Situation herrscht!)* Nur dazwischenbrüllen, Herr Kollege Jung, ist das Einzige, was Sie können, aber das sind wir ja auch schon gewohnt!

Tatsache ist, dass gemäß der Studie, die jetzt von Herrn Klubobmann Gudenus gebracht worden ist, die Stadt Wien bei der Wohnsituation an 62. Stelle der Großstädte in Europa stehen würde. – Diese Studie würde ich mir gerne anschauen! *(GR Johann Herzog: Kollege Schock gibt sie Ihnen gerne!)* Ja. Ich glaube, das ist eine Gudenus-DDr Schock-Studie und sonst gar nichts! Wirklich wahr, all das kann man ja nicht ernst nehmen! *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Aber jetzt zum Budget 2014: Die Frau Vizebürgermeisterin hat am Vormittag zu Recht gesagt, dass dieses Budget die in Zahlen gegossene Politik der rot-grünen Stadtregierung ist und dass das ein gutes Budget ist. Es ist auch deutlich ausgedrückt worden, dass die Pro-Kopf-Verschuldung in Wien deutlich unter dem österreichischen Schnitt liegt, wobei der österreichische Schnitt sich wiederum in ganz Europa sehen lassen kann. Bei uns bleibt die Verschuldung eindeutig im Rahmen. Natürlich ist jedes Budget geprägt von der Weltwirtschaft und von der Weltfinanzkrise. Das blenden ÖVP und FPÖ aber natürlich erst recht vollkommen aus.

Wir erstellen dieses Budget selbstverständlich vor dem demographischen Hintergrund, und dazu möchte ich jetzt einige Ausführungen machen. Ich will nicht alles, was schon gesagt wurde, noch einmal sagen. Es wurde schon betont, dass wir als wachsende Stadt wirklich vor einer großen Herausforderung stehen und das Ganze nicht einfach ist. Die Frau Vizebürgermeisterin hat gesagt, dass quasi jedes zweite Jahr St Pölten dazukommt. Man könnte auch sagen, dass jedes Jahr Eisenstadt dazukommt. Daraus lernen wir, dass St Pölten doppelt so viele Einwohner wie Eisenstadt hat. Beides stimmt, und das ist wirklich bei jedem Budget zu berücksichtigen.

Zu den positiven Fakten: Wir haben bei den 0- bis 19-Jährigen nur im Großraum Wien eine wachsende Bevölkerung, bei den 20- bis 64-Jährigen wächst die Bevölkerung in Graz, Linz und Wien, und bei den über 65-Jährigen gibt es eine flächendeckende Zunahme, was natürlich auch die Argumentation widerlegt, dass wir im Gesundheits- und Pflegebereich keine vermehrten Kosten aufwenden müssen.

Natürlich müssen wir hier ganz besonders die Gewichtung richtig sehen. Aus den Unterlagen der MA 23 ist eindeutig ersichtlich, dass über viele Jahrzehnte – in den mir vorliegenden Unterlagen beginnt die Aufstellung mit den 60er Jahren – die Sterberate eindeutig weit über der Geburtenrate lag. Seit Anfang der 2000er Jahre – ab etwa 2002, wenn ich das da richtig sehe – ist jedoch die Gebur-

tenrate höher als die Sterberate, und sie steigt jetzt deutlich weiter an.

Das ist natürlich auch ein Erfolg der Politik in dieser Stadt, und mit dieser Tatsache müssen wir sorgsam umgehen, und diese Tendenz müssen wir natürlich fördern. Daraus ergeben sich aber auch entsprechende Notwendigkeiten. Daher müssen wir beispielsweise die Frage der Schaffung von entsprechendem Wohnraum sehr ernst nehmen, wir müssen der Tatsache Rechnung tragen, dass wir das stärkste Bevölkerungswachstum aller neun Bundesländer aufweisen, dass wir die jüngste Bevölkerung haben und dass wir gleichzeitig bunter und grauer werden. All das müssen wir natürlich infrastrukturell, wohnungspolitisch und in der Sozialpolitik berücksichtigen, und das tun wir auch. Das sind wirklich schwierige Herausforderungen, die wir aber alle lösen.

Ich habe jetzt an sich relativ viel zum Spezialressort vorbereitet, und die Uhr rennt, deshalb nur das Allerwichtigste: Tatsache ist, dass wir in der Bildungspolitik alles, was nur irgendwie möglich ist, über alle Phasen der Bildung einsetzen müssen. Man sieht in Statistiken der MA 23, dass bei Personen, die nur Pflichtschulabgänger sind, die Arbeitslosenrate bei über 25 Prozent liegt, bei Personen mit Lehre bei 9 Prozent, bei AHS-Absolventen bei etwa 6 Prozent, und bei Abgängern von Unis und Fachhochschulen liegt die Rate noch einmal weit darunter. Daraus ersehen wir, dass wir so viel wie nur möglich in ein gutes Bildungssystem stecken müssen.

Ebenso müssen wir natürlich den Wohnbau ausbauen, aber das wird morgen von unserer Seite von Georg Niedermühlbichler und Ilse Graf diskutiert. Dazu will ich jetzt gar nicht viel sagen. Ganz wichtig ist dabei, dass die föderalisierte Wohnbauförderung nicht nur beibehalten wird, sondern dass wir jetzt wirklich darangehen, dass das beim nächsten Finanzausgleich endlich auch valorisiert wird, was seit den 90er Jahren nicht der Fall ist, weil wir einfach noch mehr Geld für den sozialen Wohnbau brauchen, im Hinblick auf welchen wir nicht nur in der Mercer-Studie, sondern in allen Studien den 1. Platz für die Wohnsituation erhalten haben. Und auch darauf können wir stolz sein! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Worauf wir nicht stolz sein können – das sage ich jetzt auch, falls irgendjemand zuschaut, der im Bund tätig ist –, ist das Mietrechtsgesetz, das veraltet ist, was sich natürlich darauf auswirkt, dass die Wohnsituation nicht so toll ist. Das Mietrechtsgesetz ist veraltet und muss endlich reformiert werden. Das Allerwichtigste dabei ist die Deckelung der Zuschläge und die Zurückdrängung der befristeten Mieten, die immerhin schon 55 Prozent betragen. Beschlossen wird das im Nationalrat, und dort hat die SPÖ mit ihren Vorschlägen, dass man diese Maßnahmen einsetzt, bisher nicht die Mehrheit erhalten. Die GRÜNEN wären dafür, aber sie sind nicht Teil der Bundesregierung, beziehungsweise ist es so, dass sich die ÖVP bis jetzt spreizt. Vielleicht werden Sie jetzt aber bei einer Reform des Mietrechts mitgehen, das würde uns alle sehr freuen!

Ganz wichtig in der Spezialdebatte ist natürlich die Arbeitsmarktpolitik. 23 000 WienerInnen werden von den

Maßnahmen und Programmen des WAFF profitieren und bessere Jobchancen haben, insbesondere auch die Wiedereinsteigerinnen und -steiger. Die Stadt Wien unterstützt den WAFF mit über 39 Millionen EUR. Anwürfe gegen den WAFF, die ohne jegliches sachliches Substrat von der FPÖ gekommen sind, hat Kollegin Wehsely schon zurückgewiesen. Und auch der Ausbau der Wiener Ausbildungsgarantie ist von großer Bedeutung. Es sollen noch mehr Jugendliche zu einer fundierten Berufsausbildung kommen, und auch für Erwachsene soll es gezielte Weiterbildungsberatung und Förderungen geben. Es soll beim Nachholen von wichtigen Bildungsabschlüssen, vor allem des Lehrabschlusses, noch mehr Unterstützung geben, und für den Fall, dass ein Jugendlicher keine Lehrstelle in einem Betrieb bekommt, gibt es für 3 000 Jugendliche überbetriebliche Lehrausbildungsplätze, was ganz wichtig ist.

Darüber hinaus noch ein kurzer Punkt. Im Gegensatz zu dem, was Kollege Stark gesagt hat, lenken wir die Investitionen sehr wohl in die Zukunftsprojekte, und davon profitieren auch sehr viele Klein- und Mittelbetriebe. Die KMU liegen also in der Budgetpolitik und Investitionspolitik der Stadt Wien an einem hervorragenden Platz und werden voll mitberücksichtigt. In Anbetracht dessen ist es auch möglich, dass die Investitionen der Stadt Wien 1,72 Milliarden insgesamt betragen werden. Außerdem halte ich fest, dass wir nachfragewirksame Ausgaben von 4,68 Milliarden EUR im Nahverkehr, bei Gebäudesanierungen, bei Instandsetzungs- und Wartungsarbeiten für Straßen und Leitungen, beim Ankauf von Maschinen und Fahrzeugen und besonders auch bei den großen Bauprojekten der U-Bahn haben und dass überall dort auch KMU eine ganz besondere Rolle spielen.

In diesem Sinn kann ich sagen, dass das Budget wirklich ein gutes Budget ist. Der Einnahmenrahmen liegt zum ersten Mal über 12 Millionen, konkret sind es 12,05 Millionen, und auf das Administrative entfallen nur 288 Millionen EUR. Wie schon mehrfach gesagt wurde: Das sind sehr seriöse, gute Zahlen. Das Budget der rot-grünen Regierung ist verantwortungsbewusst, ambitioniert, seriös und zukunftsweisend.

Ich muss mich wirklich bedanken bei VBgmin Brauner und allen, die daran mitgewirkt haben, dass dieses Budget so vorliegt und von uns morgen so beschlossen werden kann. Die Zufriedenheit der Wienerinnen und Wiener, die immerhin 97 Prozent beträgt, wenn man „sehr gerne und gerne in Wien leben“ zusammenrechnet, ist ja schon fast nicht mehr überbietbar, aber das Budget, das wir morgen beschließen werden, wird mit dazu beitragen, dass die Wienerinnen und Wiener mit der rot-grünen Stadtregierung noch mehr zufrieden sein können. – Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr Ulm. Ich erteile es ihm. 10 Minuten beträgt seine selbstgewählte Redezeit.

GR Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr verehrte Frau Vizebürgermeisterin! Herr Kollege Margulies!

Ich komme nicht mit leeren Händen ans Rednerpult. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Das ist fein! Cool!)* Ich habe im Laufe meiner Rede etwas anzubieten. Ich muss nur vorher noch ein bisserl etwas aus der Studie zitieren. Es ist ja nicht so, dass Wortmeldungen in diesem Gemeinderat zu überhaupt nichts führen würden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es wird ja zumindest in gewisser Art und Weise darauf reagiert. Und ich musste mit Überraschung feststellen, wie angriffig man gegenüber der ÖVP-Wien bisher im Rahmen dieser Budgetdebatte war. Ich hatte den Eindruck, die ÖVP-Wien ist seit 1945 in dieser Stadtregierung, hat da einiges zu verantworten und holt sich jetzt die politischen Ohrfeigen dafür ab. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Die Hauptkritik an uns war, dass wir eine Studie bei der EcoAustria in Auftrag geben haben und die EcoAustria diese Studie offenbar nicht gleich unter einem an Rot und Grün übermittelt hat. Und der zweite Hauptkritikpunkt an uns ist, dass es eine Bundesregierung gibt und dass die Bundesregierung auch Schulden und Defizite macht. – Dazu sage ich Ihnen, wir ärgern uns auch über diese Defizite und über diese Schulden, die es auf Bundesebene gibt. Wir sind hier aber im Wiener Gemeinderat, wir sind Wiener Abgeordnete, und uns trifft die Verantwortung dafür, was hier in Wien geschieht. Deshalb würde ich vorschlagen, dass wir uns in erster Linie um das Wiener Budget kümmern. *(Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Das Wiener Budget weist ein Defizit von 288 Millionen und einen Schuldenstand von 4,57 Milliarden EUR aus, es ist ohne Ansätze für strukturelle Einsparungen, ohne Reform bei den kommunalen Betrieben, ohne Reform Ihrer kameralistischen Haushaltspolitik und ohne besondere Impulse für die Wiener Wirtschaft.

Ich möchte mich jetzt nur mit Ihren drei Hauptargumenten beschäftigen. Erstens: Wir investieren ganz hervorragend. Wir schauen, dass wir mit den Investitionen über die Krise hinwegkommen. Wir wollen uns sozusagen aus der Krise herausinvestieren. Zweitens: Wir sind total effizient, modern und sparsam. Drittens: Es gibt die vollste Transparenz in dieser Stadt. *(Ironische Heiterkeit bei der ÖVP. – GR Dr Kurt Stürzenbecher: Gut zusammengefasst!)*

Das wäre ja schön! Das Problem ist nur: Das stimmt nicht! Das stimmt leider Gottes überhaupt nicht! Und das zu widerlegen, ist relativ einfach.

Ich fange einmal mit dem antizyklischen Investieren an. – Ich brauche mich ja nur an Ihre Zahlen zu halten. Schauen wir uns doch an, wie die Bauinvestitionen ausschauen und wie die Wirtschaftsförderung aussieht. Bei den Bauinvestitionen sehe ich im Voranschlag 1,81 Milliarden. Das ist in etwa das, was es vor dem Krisenjahr 2009 auch gegeben hat. Vor 2009 hatten wir Bauinvestitionen in der Größenordnung von 1,79 Milliarden. Jetzt können die scharfen Rechner sagen, das ist aber jetzt mehr. – Das stimmt! Das ist um 1 Prozent nominell mehr, inflationsbereinigt aber natürlich um einiges weniger.

Noch deutlicher kann man die Verhältnisse zwischen jetzt und der Situation vor 2009 bei der Wirtschaftsförderung im engeren Sinn sehen, im sogenannten Ansatz 7822: Dort haben wir jetzt 73,9 Millionen vorgesehen, in den Jahren 2007 und 2008 waren es 95,5 Millionen und 93,5 Millionen.

Und es stimmt auch nicht, dass Sie über den Konjunkturzyklus hinaus ausgeglichen budgetieren werden. Leider Gottes bauen Sie auch in guten Jahren Schulden nicht ab, der Schuldenberg nimmt immer mehr zu. Nehmen wir also gute Jahre, etwa die Jahre 2005 bis 2007. Ich habe mir diese Zahlen herausgesucht. Damals hatten wir Konjunkturdaten von 2,5 Prozent, 3,6 Prozent und 3,7 Prozent. (*GR Dipl.-Ing Martin Margulies: Damals gab es einen Schuldenabbau!*) Der Schuldenabbau betrug, wenn Sie sich nur Wien ansehen, 1,55 auf 1,47 und dann auf 1,39 Milliarden. Wenn man sich das aber mit Wiener Wohnen und mit anderen Bereichen anschaut, dann schaut die ganze Situation schon wieder ganz anders aus, dann sind wir nämlich bei der Größenordnung von 3,07, 3,21 und 3,39 Milliarden. (*Zwischenruf von GR Dr Kurt Stürzenbecher*)

Aber lassen Sie mich jetzt im Hinblick auf das Argument „Wir drehen jeden Euro und jeden Cent mindestens drei Mal um, bevor wir ihn effizient einsetzen.“ zum möglichen Einsparpotenzial kommen. Ich habe hier den Forschungsbericht der EcoAustria, das ist, glaube ich, ein sehr renommiertes Institut. – Und es ist in der Tat so. Kollege Margulies! Sie haben sich das nicht vorstellen können: 678 Millionen EUR in einem Jahr, das sei völlig undenkbar. Nein! Leider Gottes stimmt es.

Sie werden sich das gleich im Detail anschauen können. Das theoretische Einsparpotenzial liegt, wenn man sich die Kosten anschaut und vergleicht, wie es in anderen Bundesländern und Gemeinden aussieht, im stationären Bereich tatsächlich bei 548 Millionen EUR pro Jahr und im ambulanten Bereich bei 130 Millionen EUR pro Jahr. Natürlich ist das nicht von einem Jahr auf das andere einsparbar, keine Frage, aber das ist das theoretische Einsparpotenzial, wenn man sich die Gesundheitskosten in anderen Bereichen ansieht. Und da haben wir uns gar nicht den billigsten Bereich angesehen, sondern wir gehen dabei von medianen Werten aus. Es wurde ein Vergleich auf Basis des bundeseinheitlichen Kernbereiches des LKF-Systems angestellt, und man hat selbstverständlich bei all diesen Überlegungen berücksichtigt, dass Wien Bundesland und Gemeinde ist, und man hat selbstverständlich das AKH berücksichtigt und selbstverständlich die Kosten für die Forschung herausgerechnet, aber in Wien kostet halt ganz einfach der Tag 265 EUR und im Bundesdurchschnitt 214 EUR. Und wenn man anderswo in der Größenordnung von 20 Prozent billiger ist, dann können sich natürlich solche ungeheuren Summen wie 130 Millionen oder in Summe 678 Millionen EUR errechnen.

Auch im Hinblick auf die Verwaltungskosten und die 200 Millionen EUR, die in der Debatte bisher so stark angezweifelt wurden, kann ich Ihnen sagen: Man hat

schon berücksichtigt, dass Wien Kosten als Bundesland und auch als Gemeinde hat. Wie ist man methodisch an die Sache herangegangen? Man hat sich die Kosten aller acht anderen Bundesländer angesehen und hat diese addiert, man hat sich die Kosten aller anderen Gemeinden angesehen und hat diese addiert, und man hat diese dann in Relation zu Wien als Land und Gemeinde gestellt. Und diese 200 Millionen sind das Einsparpotenzial in der Gruppe 0 - Allgemeine Verwaltung, sowie in der gesonderten Verwaltung 1 bis 9 insgesamt, womit ich auch darauf eine Antwort gegeben habe.

Im Pflegebereich sind theoretisch 223 Millionen EUR einsparbar. Das ist ganz einfach deshalb das Einsparpotenzial, weil der stationäre Pflegefall in Wien um so viel teurer ist als überall anders in Österreich. In Wien kostet der stationäre Pflegefall 6 000 EUR, in Salzburg bis Vorarlberg kostet er 1 500 bis 4 000 EUR.

Nicht viel anders sieht es bei einem Beispiel aus, das man sich ebenfalls angesehen hat, nämlich bei den Wiener Linien. Man sieht dabei natürlich genau, dass es Unterschiede gibt, und weist auch darauf hin. Die Unterschiede sind aber nicht so groß, dass es in Wien drei Mal so viel Personal geben müsste als etwa in München. In München kommen die Verkehrsbetriebe ohne Betriebskostenzuschuss aus, hier beträgt dieser 335 Millionen EUR.

Der Rechnungshof hat uns errechnet, dass das System der Frühpensionierungen und die mangelnde Harmonisierung, die vom Bund sehr wohl vorgenommen wird, 350 Millionen EUR ausmacht, allerdings auf einen langen Zeitraum gerechnet. Aber sehr kurzfristig können wir sehen, dass allein die Frühpensionen pro Jahr 200 Millionen EUR kosten.

Dazu kommen Kosten wie etwa für den Bohmann-Verlag mit 130 Millionen oder für die Fahrradagentur mit 9 Millionen, und zwar dafür, dass man uns sagt, dass 270 000 Wiener im Winter täglich mit dem Fahrrad ins Büro fahren. Das ist ja völlig absurd, kein Mensch glaubt, dass das der Fall sein könnte! Schließlich nenne ich noch das Stadthallenbad und, und, und.

Ich könnte jetzt hier noch sehr viel sagen, ich kann es aber nicht mehr, weil meine Zeit abgelaufen ist. Ich sage Ihnen nur: Nehmen Sie sich diesen Bericht der EcoAustria zu Herzen! Lesen Sie ihn, oder lesen Sie ihn nicht, aber machen Sie uns nicht den Vorwurf, dass wir nicht transparenter arbeiten würden! (*GR Dipl.-Ing Martin Margulies: Ich möchte ihn lesen!*) Sie wollen ihn lesen! Dem Manne kann geholfen werden! Sie bekommen ihn! Vielleicht leiten Sie auch etwas Positives daraus für die Stadt Wien ab. – Danke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: 4 Minuten Restredezeit hat die ÖVP bei dieser Debatte.

Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, möchte ich kurz etwas zur Geschäftsordnung sagen, denn Herr Kollege Jung hat bezüglich der Diskussion am 26.9. etwas eingefordert. Ich möchte zunächst festhalten, was in der Geschäftsordnung steht: In der Geschäftsordnung steht, dass Ordnungsrufe während der Sitzung oder

auch am Ende der Sitzung gefordert werden können, dass aber die Vergabe eines Ordnungsrufes spätestens am Beginn der nächsten Sitzung erfolgen muss. Das heißt also: Aus formalen Gründen sehe ich mich nicht in der Lage, nachdem das heute nicht die nächste, sondern die übernächste Sitzung ist, einen Ordnungsruf zu erteilen. (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*)

Meine objektive Beurteilung wäre: Sie haben einen Ordnungsruf gefordert, Herr Kollege Jung, und zwar haben Sie wortwörtlich gesagt: „Der Klubobmann der SPÖ ist vom Zeitunglesen aufgewacht und hat sich ermannt, doch anscheinend hat er wahrscheinlich eh hinten zugehört, hier etwas von sich zu geben, was ich, gelinde gesagt, als Unverschämtheit zurückweisen muss. Er hat gesagt, wir ...“ dann folgt ein Zwischenruf von GR Prof Harry Kopietz: „Ah, da schau her!“ – und dann haben Sie gesagt: „Herr Präsident, Ihren Drei-Finger-Gruß kann ich Ihnen übrigens auch zeigen, fotografiert, weil Sie immer so groß mit den Verdächtigungen bei den anderen dabei sind. Ja, es gibt alles dokumentiert.“

So. Und jetzt kommt das, was Herr Klubobmann Schicker laut GR Mag Jung gesagt hat – ich zitiere: „Sie haben gesagt, wir wären bereit und würden die Wiener umkommen lassen, ersticken lassen. Das ist eine derart ungeheuerliche Unverschämtheit, eine ungeheuerliche Unverschämtheit und Präpotenz ihresgleichen.“

Ich habe mir nun angesehen, was Kollege Schicker wirklich gesagt hat. – Er hat gesagt: „Ich finde es schlicht lächerlich, ich finde es lächerlich, wenn man in dieser Partei“ – also in der FPÖ – „noch immer nicht zur Kenntnis nehmen möchte, dass innerhalb Österreichs Wien das einzige Bundesland ist, wo wir die Bedarfsorientierte Mindestsicherung so umsetzen, wie sie immer gedacht war, nämlich dass jeder, der es braucht, in den Genuss der Unterstützung kommen kann und nicht nur eine Lösung für jene gefunden wird, wo der Bürgermeister, der kleine Landbürgermeister, auch einen freiheitlichen soll es dort geben, gar nicht anders kann, als den armen Teufel zu unterstützen. In Wien wird jeder, der Anspruch darauf hat, auch unterstützt. Auch jene, die früher den Heizkostenzuschuss bekommen haben, bekommen das in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung inkludiert.“ (*GR Mag Wolfgang Jung: Und jetzt kommt's!*)

Jetzt kommt die Aussage, die Sie bekritteln: „Sie wollen das nicht zur Kenntnis nehmen. Sie würden lieber jene, die das Geld kriegen, aber ihre Heiztherme nicht herrichten, dann im CO“ – also im Kohlenmonoxid – „umkommen lassen. Das ist die Politik, die Sie machen würden!“ – Auch hier hat es dann eine Aufregung bei Herzog und Mahdalik – das steht im Klammerausdruck – gegeben.

Erstens einmal haben Sie, Herr Jung, gesagt, dass Herr Kollege Schicker gesagt hätte, dass Sie bereit wären, die Menschen ersticken zu lassen. (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Kollege Schicker hat gesagt: „umkommen lassen“, aber er hat nicht gesagt: „ersticken lassen“. Also Sie haben ihm da etwas in ... (*GR Mag Wolfgang Jung: Das ist wirklich das Jämmerlichste, was*

ich je von einem Vorsitzenden gehört habe! Sie unterbieten Ihre eigene Vorsitzführung!) Es mag schon sein, dass Sie damit nicht einverstanden sind, aber Sie unterstellen hier eine Aussage, die so nicht gefallen ist, und daher kann ich da auch keine Notwendigkeit für einen Ordnungsruf erkennen und hätte auch keinen gegeben. (*GR Johann Herzog: Das ist wirklich peinlich! – Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*)

Wie ich auch anmerken möchte, dass die ganze Debatte zu diesem Thema ... (*Weiterer Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Herr Mag Jung! Sie können sich ja zu Wort melden, wenn Sie wollen, und mir das so sagen, dass auch protokolliert wird, was Sie sagen, anstatt jetzt nur Zwischenrufe zu machen!

Es ist in dieser Debatte – und es hat zahlreiche Wortmeldungen dazu gegeben – um die Förderung von Gesundheitsprojekten im Ausland gegangen, und wenn Sie sich im Protokoll die ganze Debatte ansehen, würden Sie wahrscheinlich einige Aussagen und auch einige Zwischenrufe bemerken. Es war dies die Sitzung, in der ich den Herrn Klubobmann der ÖVP aufgefordert habe, zum Inhalt des Aktes zu sprechen, in der ich Frau Frank gebeten habe, zum Inhalt zu sprechen, in der ich auch Ihnen, Herr Jung, gesagt habe: „Der Einzige, der dauernd Zwischenrufe macht, sodass man nicht einmal die Redner versteht, sind Sie.“

Es war also eine sehr hitzige Debatte, und man könnte durchaus bei der einen oder anderen Wortmeldung vielleicht darüber urteilen, ob eine Bemerkung ordnungsrufwürdig ist oder nicht. (*GR Mag Wolfgang Jung: Wieso haben Sie das nicht selbst aufgegriffen, wie Sie zugesagt haben?*) Ich habe in dieser Debatte aber auch gesagt, dass ich einen relativ lockeren Vorsitz geführt habe, auch Frau Frank gegenüber, und daher würde ich auch diese Aussage dieser Klasse zuordnen.

Wir kommen nun zur nächsten Rednerin, Frau GRin Mag Dr ... Entschuldigung! Ich habe noch eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung von Kollegen Schuster übersehen. – Bitte.

GR Godwin **Schuster** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich bin vorige Woche bei einem an und für sich sehr schönen Ereignis von Kollegen Jung bezüglich dieses Wunsches nach Ordnungsruf angesprochen worden. Und ich habe mir das heute auch sehr genau angeschaut und habe im Anschluss daran mit Kollegen Jung gesprochen.

Es geht darum, dass die Geschäftsordnung vorsieht, dass man einen Ordnungsruf erteilen kann, dass man aber den Ordnungsruf nur bis zum Beginn der nächstfolgenden Sitzung erteilen kann. Man kann ihn also während des gleichen Sitzungstages oder am Beginn der nächstfolgenden Sitzung erteilen.

Ich habe mir nun Folgendes vorgenommen – und das weiß Kollege Jung auch –: Ich habe Frau Kriz gebeten, dass ich immer dann, wenn derartige Wünsche nach Ordnungsrufen kommen, auch direkt davon informiert werden möchte, damit nicht im Anschluss irgendwelche

Unterstellungen gemacht werden. Ich glaube, dass diese Praxis auch dazu beiträgt, dass das Ganze vielleicht etwas entkrampfter gesehen wird. Das hoffe ich zumindest. Ich will nämlich nicht, dass eine Person – egal welche –, die hier Vorsitz führt, in Misskredit kommt. Das soll und darf nicht geschehen, und genau aus diesem Grunde haben wir diese Schiene eingezogen: Das gilt für alle Vorsitzenden gleichermaßen.

Das wollte ich hier sagen, und ich würde bitten, dass wir die wichtige Budgetdebatte nicht so stark mit diesem Thema belasten.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zur Geschäftsordnung hat sich Herr GR Mag Jung gemeldet. – Bitte schön.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Zur Klarstellung: Ich bin zu Ihnen gegangen und habe gesagt: Herr Kollege! Wir können das auf niedrigem Niveau bereinigen. Sprechen Sie mit dem Vorsitzenden ... (*Zwischenruf von GR Dipl.-Ing. Martin Margulies*.) Ja, auf niedrigem Niveau bereinigen. Sprechen Sie mit dem Vorsitzenden, dass das beim Beginn der Sitzung geklärt werden kann. Und es wäre für den Vorsitzenden kein Problem gewesen, etwa zu sagen: Ich habe es übersehen. – Und das ist nicht in Ordnung, denn ich glaube nicht, dass Sie der Meinung sind, dass es in Ordnung ist, uns vorzuwerfen, wir würden Leute ersticken lassen. (*GR Godwin Schuster: Das hat er nicht gesagt!*) Das hat er gesagt, wortwörtlich! (*GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Er hat „umkommen“ gesagt!*) Umkommen ist doch das Gleiche! Jetzt hören Sie aber auf, bitte! Sie würden sich ganz schön aufregen, wenn man in unserer Geschichte „umkommen“ statt „ersticken“ lassen würde, in manchen Punkten, Herr Kollege. „Umkommen im CO“, das ist wörtlich die Aussage.

Und jetzt komme ich noch einmal zurück: Ich wollte die Debatte hier nicht. Diese wurde dadurch provoziert, dass Herr Kollege Reindl erstens nicht getan hat, was er gesagt hat, und zweitens anscheinend geglaubt hat, man kann das wieder unter den Tisch reden, genauso wie damals Ihre Geschichte, Herr Kollege, mit dem „Papp'n halten“. Auch das wurde hinausgezögert, und es ist nicht zum ersten Mal beim Vorsitz des Kollegen Reindl, dass er hier so agiert, und das kann so nicht hingenommen werden! Das sage ich. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Dr Kappel. 10 Minuten haben Sie selbst gewählt. – Bitte schön.

GRin Mag Dr Barbara **Kappel** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Vizebürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

Die Länge der Geschäftsordnungsdebatte hat jetzt sicherlich dazu geführt, dass der Kollege Margulies die EcoAustria-Studie schon durchgelesen hat. Und ich möchte mich gern bei ihm anmelden, ich würde diese nämlich auch gern lesen oder zumindest kopieren. (*VBgmin Mag Renate Brauner: Das ist offenbar ein Geheimpapier*) Dieses Geheimpapier wird gelesen. Ich habe ... (*GR Mag Alexander Neuhuber: Sie können diese*

auch auf dem Amtsweg haben!)

Auf dem Amtsweg? Vielen Dank! – Ich habe es sehr positiv und konstruktiv gefunden, dass die ÖVP diese Studie in Auftrag gegeben hat. Das zeigt wiederum, dass die Opposition wirklich konstruktiv und nicht destruktiv ist. Ich möchte somit auch gleich den Vorwurf von Kollegen Stürzenbecher abweisen, der nämlich heute sagte, dass die Freiheitliche Partei destruktiv wäre. Das stimmt nicht! (*Zwischenruf von GR Dr Kurt Stürzenbecher*.) Destruktiv ist es, wenn man eine Studie, die man gar nicht kennt, im Vorhinein als unseriös bezeichnet. Das ist, würde ich sagen, destruktiv! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Als unseriös haben, glaube ich, Sie, Frau Vizebürgermeisterin, diese Studie in Ihrem Eingangsstatement bezeichnet, die sie noch nicht gekannt haben. (*Zwischenruf von VBgmin Mag Renate Brauner*.)

Ich finde es auf jeden Fall positiv, wenn es eine Studie gibt, die uns ein Benchmark aufzeigt, die zum Beispiel aufzeigt, dass in Wien ein Pflegefall 6 000 EUR und in Tirol im Vergleich dazu 2 000 EUR kostet oder dass die Verwaltungskosten pro Kopf in Wien um 117 EUR höher sind als im Durchschnitt zu den anderen Bundesländern. – Ich finde das interessant! Ich habe auch nur den Vorabtext gelesen, aber mich hat es erfreut, dass so etwas gemacht wird. Ich finde das interessant. Das ist auch konstruktiv, und vielleicht kommen wir, wenn jetzt alle von den Regierungsparteien diese Studie lesen, zu einem guten Ergebnis. Ich halte EcoAustria für ein hervorragendes Institut. Hoffentlich gibt es in Zukunft bald mehr solcher Studien!

Der zweite Punkt, dem ich herzlich widersprechen möchte, kommt auch von Dr Stürzenbecher, der heute sagte, dass eine Studie zum Thema Arbeitsmarktpolitik, in der Wien nicht als Nummer 1 abschneidet, welche von Herrn StR Schock sei. (*GR Dr Kurt Stürzenbecher: Ich habe festgestellt, dass wir in dieser Studie an 62. Stelle liegen!*)

Genau! Ich sage gleich etwas dazu. Diese Studie ist nicht von unserer Fraktion erstellt worden, sondern von der EU-Kommission, und sie ist sogar noch ziemlich aktuell, sie ist aus dem Oktober dieses Jahres. Diese Studie besagt, dass Wien im Bereich der Lebensqualität nicht Nummer 1 ist wie bei Mercer, sondern an Stelle 17, und dass Wien in anderen Politikbereichen wie zum Beispiel in der Wohnbaupolitik auf Platz 62 von 83 untersuchten Metropolen und im Bereich der Integration von Ausländern auf Rang 72 von 83 untersuchten Städten liegt.

Es gibt aber mehrere Studien, die solche Ergebnisse bringen, nämlich immer die Studien, die einen regionalen Fokus wählen wie zum Beispiel eine Eurostat-Studie zum Thema Wirtschaftswachstum in den Regionen, in welcher Wien regelmäßig zurückfällt, und auch eine andere Eurostat-Studie zum Thema Arbeitsmarktpolitik, in der Wien auf die 117. Stelle zurückgefallen ist und das Schlusslicht von allen österreichischen Bundesländern bildet.

Also bei näherer Betrachtung ist es nicht so, wie Sie sagen, dass Wien so super in allen Rankings dasteht. Bedauerlicherweise ist dies nicht der Fall, und ich denke,

wir alle sollten daran arbeiten, dass sich das ändert und besser wird. Sie sind in der Regierung, Sie können natürlich mehr tun, aber wir in der Opposition wollen konstruktiv sein, denn auch wir haben ein Interesse daran, dass unsere Heimatstadt gut dasteht - in allen internationalen Rankings, denn auch wir leben hier, auch wir sind Wienerinnen und Wiener und fühlen uns genauso wohl in dieser Stadt wie Sie, sehr geehrte Damen und Herren von der Landesregierung.

Gestern ist – um dem auch Genüge zu tun – eines richtig gesagt worden von Herrn Bgm Häupl. Er sagte in der „Pressestunde“, dass beim Budget auf der Bundesebene getrickst wird und dass mit diesen Tricks aufgehört werden müsse. Dies hat er sinngemäß gemeint. Ich würde das gerne zum Anlass nehmen und sagen, das ist ein sehr guter Ansatz, den ich unterstützte, nehmen wir uns das aber bitte auch auf Landesebene zu Herzen, indem wir nämlich transparenter agieren und indem das Budget transparenter wird und indem Sie endlich dazu übergehen, auch eine Haushaltsrechnung zu machen, wie uns dies der Bund mit Ende letzten Jahres vorgemacht hat, nämlich eine Haushaltsrechnung, wo die Finanzströme und die Vermögensstruktur aufgezeigt werden, sodass diese nachvollziehbar und transparent sind, um einem Milliardenhaushalt – wir haben heute gehört, es gibt 12,5 Milliarden EUR an Einnahmen und 12,34 Milliarden EUR an Ausgaben – gerecht zu werden. Das kann nicht eine Kameralistik sein, eine einfache Einnahmen- und Ausgabenrechnung, sondern das muss eine Haushaltsrechnung mit Hand und Fuß sein, eine Einnahmenrechnung, die Vermögens- und Finanzströme klar darstellt. Eine Einnahmen- und Ausgabenrechnung erfüllt das einfach nicht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Lassen Sie mich jetzt noch kurz die Finanzdaten, nämlich die Kerndebatte im engeren Sinn, beleuchten. Es ist heute vieles gesagt worden, aber vieles ist eben im Sinne dieser Transparenz nicht entsprechend aufgezeigt worden. Die Finanzschuld der Gemeinde 2013 beträgt – wir haben das jetzt schon öfter gehört – 4,5 Milliarden EUR, da haben wir aber nicht die 366 Millionen EUR aus dem KAV dazugerechnet, was zu einer Finanzschuld von 4,93 Milliarden EUR führt und insgesamt zu einem Zuwachs von 32 Prozent seit Beginn der Legislaturperiode. Nicht gesagt wurde auch, dass von diesen Schulden 1,625 Milliarden in Schweizer Franken sind. Das wurde schon öfter diskutiert. Da gibt es ein Wertberichtigungspotenzial von 275 Millionen EUR, doch Sie haben auf Grund der fehlenden Haushaltsrechnung nicht wertberichtigt. Sie werden es aber in den nächsten zwei Jahren wertberichtigen – Sie haben dafür im letzten Jahr auch schnell eine Rückstellung gebildet –, weil es dieses Gesetz für die risikoaverse Finanzgebarung gibt, und das zwingt Sie, bis 2016 diese 275 Millionen EUR zu berücksichtigen.

Budget 2014 – auch wiederum Zahlen, die man als Gesamtes betrachten sollte. 4,83 Milliarden EUR sind in ihrem Budgetvorentwurf enthalten, 368 Millionen vom Krankenanstaltenverbund erlauben wir uns dazuzuzählen. Da kommt man zu einer Summe von knapp 5 Milliarden

EUR. Erstmals haben wir uns somit der 5-Milliarden-Grenze bei den Schulden im kommenden Jahr angenähert, was einer Zunahme von 35 Prozent gegenüber dem Beginn der Legislaturperiode entspricht. Wenn wir das bis Ende der Legislaturperiode rechnen, nämlich bis Ende der Periode 2015, werden wir sehen, dass der Schuldenstand auf 5,3 Milliarden EUR hochgeschwungen ist. Ein Plus von 36,4 Prozent in einer Periode!

Dazu kommen aber noch die Schulden der ausgegliederten Betriebe und jener Bereiche, die heute alle nicht angeführt wurden. Das sind die Finanzschulden von Unternehmen im Sinne der Stadtverfassung – Wiener Wohnen: 3 Milliarden EUR, Wien Kanal: 7 Milliarden EUR –, dann die Finanzschulden der Kapitalgesellschaften, also die Wiener Stadtwerke Holding mit über 9 Milliarden EUR, die Wien Holding, die die Schulden zwar nicht konsolidiert ausweist, aber wo auch ein Betrag anzunehmen ist. Ich würde einmal sagen, alles in allem kommen 25 Milliarden EUR an Schulden zusammen, plus die 5 Milliarden EUR, die wir als Finanzschuld haben. Somit sind wir bei einem geschätzten Schuldenstand von 30 Milliarden EUR.

Sie, Frau Finanzstadträtin, haben vorhin gesagt, das regionale BIP beträgt 78 Milliarden EUR und mit dem Betrag von 4,57 Milliarden EUR haben wir eine Verschuldung von 5,4 Prozent. Wenn wir jetzt diesen gesamten Bereich dazunehmen, nämlich diese ungefähr 30 Milliarden EUR an Verschuldung, also die Finanzschuld der Gemeinde Wien plus ausgegliederte Schulden, dann sind wir bei einem Schuldenstand von 40 Prozent und nicht bei einem Schuldenstand von 5 Prozent. Sie wissen ganz genau, so wie es der Bund jetzt machen muss, nämlich dass er diese ausgegliederten Schulden in die Haushaltsrechnung dazurechnen muss, so wird es auch für Wien kommen. Sie werden mittelfristig diese Finanzschulden der ausgegliederten Unternehmen und der ausgegliederten hoheitlichen Bereiche dazunehmen müssen, und dann schaut die Finanzrechnung auf der Wiener Ebene ganz anders aus, als wir sie hier heute sehen.

Was heißt das jetzt für den Stadthaushalt der Gemeinde Wien? Der Schuldenstand steigt. Wir haben gehört, 36 Prozent oder ein Drittel im Rahmen einer Periode – da ist die Neuverschuldung noch gar nicht dazugerechnet –, insgesamt gibt es in der Periode der Frau StRin Brauner fast vervierfachte Schulden, nämlich 3,9 Milliarden EUR. Das wurde heute schon gesagt. Die Schulden der ausgegliederten Einheiten, ich sagte es, sind dazuzurechnen. Wir sind knapp bei 30 Milliarden EUR Schulden oder 40 Prozent Schulden gemessen am regionalen BIP. Da sind wir zwar immer noch unter 60 Prozent, aber das ist trotz allem ziemlich hoch, nicht?

Die Schulden steigen, das heißt, auch die Zinszahlungen steigen. Die einnahmenseitigen Zinszahlungen, wir haben es heute schon gehört, betragen in etwa 76 oder knapp 77 Millionen EUR. Auch das ist eine Vervielfachung seit 2010.

Zum Erreichen des Nulldefizits wird es notwendig sein, eine große Anstrengung bis 2016 aufzubringen. Es werden noch weitere Kreditaufnahmen notwendig sein,

weil sich das sonst nie im Leben ausgehen kann. Und weil wir heute gesagt haben, eine vorsichtige Finanzrechnung ist aufzustellen: Die Investitionen sinken, wir können also nicht über eine antizyklische Budgetpolitik reden. Die Investitionen sind um 1,2 Prozentpunkte seit 2010 gesunken, real sind sie um über 10 Prozent gesunken. Das Einzige, was gestiegen ist, sind die nichtinvestiven Ausgaben. Die sind gestiegen, aber die bringen nicht die Arbeitsplätze. Sie wissen jedoch ganz genau, dass 100 Millionen EUR an kommunalen Investitionen 2 200 Arbeitsplätze schaffen. Das sagt das WIFO. Das heißt, wir haben hier eigentlich über 10 000 Arbeitsplätze verloren.

Das können wir nicht mittragen, das wollen wir nicht mittragen, deswegen fordern wir, dass man verstärkt in die Förderung und die Ankurbelung des Arbeitsmarktes und in die Schaffung neuer Arbeitsplätze geht. 115 000 Arbeitslose in Wien sind 115 000 Arbeitslose zu viel!

Wir fordern Maßnahmen für mehr Wirtschaftswachstum zur Ankurbelung der Betriebe. Die Wirtschaftsförderung, haben wir heute schon gehört, ist auch reduziert worden.

Wir fordern eine Entlastung der Steuerzahler. Österreich hat eine viel zu hohe Steuer- und Abgabenquote mit 43 Prozent. Die Gemeinde tut das Ihre dazu, um im kommunalen Bereich auch noch zuzulegen. Steuern und Abgaben sind enorm gestiegen in den letzten Jahren. Das zeigt auch unser Budgetentwurf 2014 wieder auf.

Wir fordern, dass mittelfristig ein einheitliches und transparentes Haushaltsrecht eingeführt wird, damit ein Vergleich mit dem Bund vollzogen werden kann, und wir fordern weiters eine mittelfristige Finanzplanung analog zum Bund.

Nachdem das alles nicht gegeben ist, werden wir auch diesem Budget nicht zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Strobl. Ich erteile es ihm. 15 Minuten selbstgewählte Redezeit.

GR Friedrich **Strobl** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Vizebürgermeisterin!

Lassen Sie mich ganz kurz zu Beginn auf etwas eingehen, was mir sehr wichtig ist, denn das zieht sich seit Beginn der Debatte durch, nämlich der Schuldenstand der Stadt Wien mit 4,57 Milliarden EUR. Ich weiß jetzt nicht, war es der Herr DDr Schock, war es der Herr Gudenus oder war es der Herr Axel Neuhuber, der als Ausgangspunkt die 1,39 Milliarden EUR von 2007 genannt hat, wobei das Ganze dann immer wieder mit Kritik an der Frau Vizebürgermeisterin verbunden wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da war doch was dazwischen, oder? Da hat es doch eine Kleinigkeit gegeben, nämlich so etwas wie eine Finanz- und Weltwirtschaftskrise. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Und trotzdem sind wir in Wien in einer Situation, um die uns so manche andere europäische Städte, Länder, Gemeinden beneiden. Und trotzdem befinden wir uns auf einem Pfad der Konsolidierung. Und trotzdem werden wir – das kön-

nen Sie aus dem Budget herauslesen – die Verschuldung in diesem Jahr 2014 zurückfahren. Und trotzdem gibt es beispielsweise bei der Wirtschaftsförderung – das hat der Kollege Stark von der FPÖ gesagt – ein Plus von 2 Millionen EUR, bei den Investitionen ein Plus von 21,7 Millionen EUR, ein Plus bei den nachfragewirksamen Ausgaben von 62,11 Millionen EUR und ein Plus bei den Ausgaben, wo es um das Bau- und Baunebengewerbe geht, von 24,64 Millionen EUR.

Also Sie sehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht sehr wohl, dass man investiert und gleichzeitig auch spart, und das ist der Kurs, den wir seit Jahren gehen, und wir stehen auch dazu. Denn das Kaputtsparen, das andere gerne machen würden, führt dann, wie schon die Bezeichnung sagt, letztendlich zum Kaputtwerden, und das ist nicht der Weg, den wir hier in Wien gehen wollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nur in aller Kürze auch zu den Ausführungen des Kollegen Stark, der immer wieder darauf hingewiesen hat, dass die Kredite für die KMU teurer werden, der darauf hingewiesen hat, dass Basel III die Kredite verteuert. Das ist alles richtig. Er hat auch gesagt, es gibt keine Kreditklemme. Da muss man sich schon überlegen, von welcher Seite aus man das betrachtet. *(Zwischenruf von GR Rudolf Stark.)* Die Banken mögen sagen, dass es keine Kreditklemme gibt. Wenn man sich die Unternehmen diesbezüglich anhört, dann gibt es hier eine ganz andere Meinung dazu. Aber das Entscheidende ist, was ist sozusagen die Aussage. Du hast das dann am Schluss deiner Ausführungen gesagt, und das kann doch nicht wirklich der Ernst der FPÖ sein, dass sozusagen, weil die Banken hier restriktiver vorgehen mit den Betrieben, mit den Unternehmungen, das gefällt die Stadt Wien zu übernehmen hat. Na ja, das würden sich die Banken wünschen, dass wir so eine Vorgangsweise an den Tag legen würden, aber dafür stehen wir ganz sicher nicht zur Verfügung. Im Übrigen gibt es auch in Österreich, beispielsweise über das AWS, doch die eine oder andere Förderung, auch mit einem sehr hohen Betrag für die Klein- und Mittelbetriebe, wo Bürgschaften übernommen werden und so weiter.

Ich wollte aber heute bei meinen Ausführungen ganz bewusst ein Thema ansprechen, das mir sehr wichtig ist und das in den Diskussionen sehr oft, speziell auch bei der Budgetdebatte oder bei der Rechnungsabschlussdebatte zu kurz kommt. Das ist jetzt umso wichtiger, wenn ich mir nämlich angehört habe, was manche Vorrednerinnen und Vorredner hier gesagt haben. Denn wenn man die Beschreibung der Opposition heranzieht, dann wundert es mich eigentlich, dass überhaupt noch jemand nach Wien kommt. Sie sagen ja, es ist alles schlecht. Hin und wieder kommt dann zwar eine Meldung, na ja, wir leben ja eigentlich auch gern in Wien, wir sind ja auch stolz auf Wien, aber trotzdem ist alles schlecht.

Wozu ich heute ganz besonders sprechen möchte, ist der Tourismusstandort in Wien, denn dieser Tourismusstandort ist eine einzige Erfolgsgeschichte. Wenn Sie sich das ansehen, und wenn Sie mir kurz folgen – begin-

nen wir in etwa beim Jahr 2000; ich fange jetzt nicht mit 1980 an, denn da wären die Zahlen dann noch beeindruckender, aber nehmen wir 2000 –, haben wir im Tourismusbereich ein Wachstum von durchschnittlich 4 Prozent pro Jahr. Im Jahr 2011 hatten wir ein Wachstum von 5 Prozent, im Jahr 2012 von 7,5 Prozent, prognostiziert für 2013 ist ein Wachstum von – unter Anführungszeichen – nur 2,5 Prozent. Letztendlich reden wir heute über das Budget 2014, und wenn ich mir hier die Prognose anschau, dann sind wir in etwa schon wieder bei den 4 Prozent plus.

Wenn Sie sich die Situation in Wien ansehen, zum Beispiel in der Hotellerie, dann werden Sie feststellen, dass hier in den letzten Jahren sehr, sehr viele Investitionen vorgenommen wurden. Wir haben derzeit einen Bettenstand von in etwa 61 000, von 2012 auf 2013 hat es einen Zuwachs von nahezu 5 000 Betten gegeben, und bis 2015 wird es einen Zuwachs von noch einmal zirka 5 500 Betten in Wien geben. Jetzt weiß ich auch aus den Diskussionen zum Beispiel mit Hotelbetreibern, dass die sagen, na ja, das ist für uns ein bisschen problematisch, weil das Wachstum nicht mithält in diesem Bereich. Aber letztendlich – und das muss man schon auch sagen – ist das ein Vertrauensvorschuss oder eine Bestätigung des Vertrauens der Investoren in die Attraktivität, in unseren Tourismus, in unsere Stadt, und es bringt auch – und das ist etwas, was wir sehr dringend notwendig haben – einen Qualitätsschub im Tourismusbereich.

Ich brauche nicht extra zu erwähnen, Sie werden das wissen, dass im Tourismusbereich eine sehr hohe Anzahl von Arbeitsplätzen und Ausbildungsplätzen in Wien gesichert wird. In etwa sind es 50 000 direkt in diesem Bereich Beschäftigte, wenn man dann noch weitergeht in andere Bereiche, nämlich außerhalb der Hotellerie, der Gastronomie, der Reisebüros, der Event- und Freizeitwirtschaft, sondern auch indirekt in den Handel, in die Verkehrswirtschaft, in die Kunst- und Kulturbetriebe, dann ist das natürlich noch eine wesentlich beeindruckendere Zahl.

Wie kommt es jetzt dazu? Dieser Erfolg des Tourismusstandortes Wien, der fällt auch nicht einfach vom Himmel, sondern dieser Erfolg wird ermöglicht durch die Politik, durch die Rahmenbedingungen, die wir zur Verfügung stellen, er wird ermöglicht durch Investitionen, die wir unterstützen, er wird ermöglicht durch Förderungen, die es gibt, er wird ermöglicht durch Werbung, er wird ermöglicht durch Marketing, und, last but not least, er wird ermöglicht durch den Einsatz der vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter der Führung unseres Tourismusdirektors Norbert Kettner, bei denen ich mich von dieser Stelle ganz, ganz herzlich bedanken möchte. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gerade das Tourismuskonzept ist ein Beispiel dafür – es sind ja auch einige Kolleginnen und Kollegen hier im Raum, die in der Tourismuskommission sitzen –, wie man plant, wie man strategisch vorgeht. Wir haben das Tourismuskonzept 2015, das die meisten hier im Saal wahrscheinlich kennen

werden, und wir haben uns bei diesem Tourismuskonzept 2015 folgendes Ziel gesetzt: 2015 wollen wir 11,4 Millionen Nächtigungen in Wien erreichen. Ich sage Ihnen, wo wir derzeit stehen: Das Soll für 2012 lag bei 10,4 Millionen, der Ist-Stand 2012 betrug 12,2 Millionen. Daher ist es auch vernünftig, dass man vom Tourismuskonzept 2015 nahtlos übergeht in ein Strategiepapier, nämlich in das Strategiekonzept 2020, wo es unter den Schlagworten Global.Smart.Premium in die richtige Richtung geht, wo natürlich wieder jedes Jahr auch eine Tourismuskonferenz in Wien stattfinden wird, wie auch in den letzten Jahren. Im Jahr 2012 haben wir beispielsweise das Thema „Global“ gehabt, 2013 das Thema „Smart“, und 2014 wird eben das „Premium“-Segment der Schwerpunkt dort sein.

Lassen Sie mich noch einen Punkt erwähnen, denn auch das wird etwas unterschätzt, nämlich das Thema Kongresstourismus. Wir sind im Kongresstourismus weltweit die Nummer 1, und zwar zum achten Mal in Folge. Ich fange jetzt nicht wieder irgendwie den Wettbewerb der Studien an, aber das ist trotzdem eine Auszeichnung. Das wird ja nicht von uns festgestellt, sondern das wird von den internationalen Tourismus-Boards und -Konferenzen festgestellt, und das kann sich sehen lassen. Wenn wir uns das Jahr 2014 ansehen, dann sehen wir, dass alleine bei den 7 Kongress-Highlights im Jahr 2014 in etwa 70 000 Gäste nach Wien gebracht werden. Und warum ist das so wichtig? Erstens weil diese Gäste – und das wissen wir – im Kongresstourismus mehr Geld ausgeben, als es die üblichen Städtereisenden tun, und zweitens weil es auch dazu führt, dass viele Kongressteilnehmerinnen und -teilnehmer wiederkommen und dann ihre ganze Familie mitnehmen. Und das ist dann sozusagen wiederum die Fortsetzung der Erfolgsgeschichte.

Auch das, meine sehr geehrten Damen und Herren, passiert nicht von alleine, sondern auch hier steht harte Arbeit dahinter. Das Vienna Convention Bureau besucht unzählige Fachmessen – genau 40 an der Zahl –, mehr als 350 Entscheidungsträger werden hier betreut, und man sieht, diese Investitionen zahlen sich aus.

Ich darf jetzt zum Schluss kommen, meine sehr geehrten Damen und Herren, und frage: Warum kommen Millionen von Gästen aus dem Ausland zu Besuch nach Wien? Warum wollen sich immer mehr Menschen – wir haben heute schon darüber gesprochen – in Wien niederlassen? Wenn Sie einmal kurz darüber nachdenken, dann werden Sie doch auch zu dem Schluss kommen, dass das nicht deshalb der Fall ist, weil hier alles so schlecht ist, wie Sie es immer darstellen, sondern aus ganz anderen Gründen kommen die Menschen: weil wir in einer sicheren Stadt leben, weil wir in einer sauberen Stadt leben, weil wir in einer weltoffenen Stadt leben, weil wir in einer internationalen Stadt leben, weil wir in einer Stadt der Bildung leben – da fällt mir zum Beispiel der Gratis-kindergarten ein, denn das ist die erste Bildungseinrichtung *(GR Mag Wolfgang Jung: Also bitte! Deswegen kommen wirklich keine Touristen!)* und weil wir in einer Stadt leben, wo die Infrastruktur funktioniert, wo der öf-

fentliche Verkehr funktioniert, wo wir ein soziales Miteinander haben und wo es auch eine sehr gute Gesundheitsversorgung gibt. (*Weiterer Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Ich könnte diese Liste fortsetzen, ich mache mir nicht die Illusion, Herr Jung, dass ich Sie überzeuge. Ich sage es Ihnen ganz ehrlich, ich will Sie gar nicht überzeugen. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das können Sie auch nicht!*) Ich will Sie gar nicht überzeugen, ganz sicher nicht Sie, aber es ist mir wichtig, dass das einmal gesagt wird. Ich weiß ja, dass Ihre Parteifreunde in der FPÖ auch nicht immer so begeistert sind von Ihren Äußerungen und vor allem von Ihren Zwischenrufen, denn Sie disqualifizieren damit ja eine ganze Partei, und das ist sicher nicht im Sinn Ihrer Parteikolleginnen und Parteikollegen.

Wir sind in Wien auch deshalb so erfolgreich, weil wir in Wien nicht die Menschen gegeneinander aufhetzen, sondern hier werden die Menschen ganz einfach nicht allein gelassen. Und das ist deshalb so, weil in Wien Rot-Grün regiert und nicht Blau-Schwarz. Und das wird auch so bleiben! – Danke schön. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Herzog. Bitte schön. 10 Minuten.

GR Johann **Herzog** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Frau Finanzstadträtin und Vizebürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr GR Strobl, vieles von dem, was Sie heute gesagt haben, unterstreiche ich, nur der Schluss passt mir ein bisschen weniger. Ich bin auch durchaus der Meinung, dass die Touristen gerne nach Wien kommen, wir wissen das, es ist auch jeder Grund dafür gegeben. Für die anderen, die zu uns kommen, gibt es wirklich die verschiedensten Gründe – es wurde heute schon in diversen Reden angesprochen –, unter anderem eben auch den Grund, dass sie kommen, um eine gewisse Einwanderung ins Sozialsystem zu vollziehen. Das sollte man nicht ganz übersehen, dass das ein nicht unwesentlicher Punkt ist. In der „Frankfurter Allgemeine“ ist einmal in einem großen Artikel geschrieben worden, dass für einen, der nach Deutschland einwandert, acht mitziehen. Was machen die da? Wie machen die das? Da gibt es halt dann die Unterstützungen, die in Deutschland ja auch recht üppig sind.

Ansonsten würde ich meinen, der Tourismus, gar keine Frage, ist eine Erfolgsgeschichte in Wien. Ich weiß allerdings nicht, ob der massive Zuwachs an Hotelbauten wirklich auf die Dauer aufrechtzuerhalten sein wird, wie die Auslastung sein wird und dergleichen mehr. Aber ich glaube, man kann natürlich schon sagen, dass die großen Hotelketten sich allfällige schlechte Belegungen leisten können.

Zum GR Stürzenbecher, was den demographischen Hintergrund betrifft. Er freut sich über die Geburtenrate, alles in Ordnung, keine Frage, das stimmt, wir haben das stärkste Bevölkerungswachstum in Österreich, wir haben Hamburg überholt. Allerdings muss es auch einen Grund dafür geben, warum die Studie der Akademie der Wis-

senschaften für das Jahr 2051 feststellt, dass die Veränderung in der Bevölkerung – anhand der Religionszugehörigkeit haben sie das untersucht – eben eine Verfünfachung der moslemischen Bevölkerung bedeuten wird. Das ist die mildeste Entwicklung von sieben Studien, die angestellt werden. Das heißt, wir haben dann im Jahr 2051 19 bis 20 Prozent Moslems hier, statt 4 Prozent bis jetzt, und das heißt, dass die Zunahme der Bevölkerung nicht unbedingt aus der eigenen einheimischen Bevölkerung heraus erfolgt. Und wenn man sagt, dass Wien in etwa 10 Prozent hat, dann kann man sich ausrechnen, dass 2051 in Wien eine moslemische Mehrheit herrschen wird und vorhanden sein wird. (*Zwischenruf von GR Heinz Hufnagl.*) Ich meine, wir werden es vielleicht nicht mehr so brauchen, Herr Kollege, aber die anderen werden das durchaus brauchen und verwenden müssen, das glaube ich auch, und sie werden sich an andere Dinge auch gewöhnen müssen, die heute der Bevölkerung nicht ganz bewusst sind.

Ich darf noch auf die GRin Wehsely eingehen in Bezug auf Eurozone und EU. Also noch einmal: Die Freiheitliche Partei will nicht den Austritt aus der EU. Wir glauben nicht an die Zukunft der Eurozone, aber wir glauben sehr wohl, dass ein Umbau und eine Reform der Europäischen Union dringend nötig sind, dass der Brüsseler Zentralismus auf die Dauer keine Lösung sein kann, dass die EU als Staatenbund eine Zukunft hat und dass ganz, ganz wesentlich, was Brüssel und die Organe dort betrifft, eine Demokratisierung der Europäischen Union einfach dringendst notwendig ist. Das Parlament ist das einzige Gremium, das direkt gewählt wird, alle anderen sind entsandt oder nur bestimmte Gremien.

Das heißt also, die EU ist eine nichtdemokratische Organisation, und hier herrschen, würde ich meinen, ganz deutliche Defizite, die abzudecken sind, denn heute decken sich die Interessen und die Wünsche der Bevölkerung sicherlich nicht mit den Wünschen und der Politik der Europäischen Union, die in erster Linie auf Banken und Finanzwesen abstellt, aber nicht auf die Zukunft der Bevölkerung in unseren Staaten.

Weiters die Sache mit der Sozialunion, die ein dringender Wunsch der Sozialdemokraten ist, wie die Frau Wehsely uns verraten hat. Das heißt also, es wird die Belastung der Bevölkerung mit neuen Kosten durchaus angestrebt, denn nicht nur Bankenrettung steht im Mittelpunkt, sondern es ist selbstverständlich so, dass in den Südländern die Sozialsysteme natürlich völlig überfordert sind. Spanien hat 25 Prozent Arbeitslose, 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit, Griechenland ist in ähnlicher Lage. Eine Sozialunion bedeutet eine Mitfinanzierung all dieser für Spanien und Griechenland notwendigen Leistungen, die also dann von Österreich und von Deutschland, also von den wohlhabenden Ländern, geleistet werden muss. In anderen Worten: Die Sozialdemokratische Partei und die GRin Wehsely sind der Meinung, dass wir einem Abbau des noch vorhandenen Wohlstandsniveaus in Österreich mit Freude entgegenblicken müssen.

Es ist eh schon so. Das private Geldvermögen,

schreibt am 25. September „Die Welt“, ist weltweit massiv gestiegen, doch hierzulande hat der Niedrigzins als Bremse gewirkt. Spanien, Italien und Frankreich haben erheblich gewonnen, und die Mittelschicht in den Schwellenländern wächst. Unser Vermögen, auch in Österreich, hat eindeutig abgenommen. Das heißt also, wir sind, was das private Vermögen betrifft, offensichtlich, wenn die Statistiken und die Mitteilungen stimmen, unter Umständen schlechter dran als eine gewisse durchschnittlich wohlhabende Schicht der dortigen Bevölkerung unter den Verhältnissen in Griechenland.

Die Frau Vizebürgermeisterin hat über die europäische Ebene gesprochen und hat Maßnahmen gegen die Krise als erfolgreich bezeichnet. Kollege Schock hat ja bereits geantwortet, ich brauche das nicht näher zu formulieren, aber ich möchte damit etwas anderes zum Ausdruck bringen. Wenn man sich nämlich diverse bundesdeutsche Zeitungen, „Handelsblatt“ und so weiter, anschaut, so war zum Beispiel im August dieses Jahres zu lesen, dass Jörg Krämer, der Chefvolkswirt der Commerzbank, meint, dass das Ende der Rezession nicht das Ende der Krise der Eurozone bedeutet. Das heißt also, eine allfällige wirtschaftliche Erholung bedeutet noch lange nicht, dass der Euro sich stabilisiert und dass der Euro erhalten bleibt und weiterhin als Währung zur Verfügung stehen wird.

Dazu kommt noch, dass ja sowieso festzustellen ist: Heute, im November – und das scheint sich noch zu verstärken –, steht die Rezession wieder im Raum, und wir haben mit Garantie im nächsten Jahr – die Frau Vizebürgermeisterin hat es ja auch gesagt – mit allen möglichen Problemen in verstärktem Ausmaß zu kämpfen. Es wird auch im „WirtschaftsBlatt“ vom Wochenende gesagt: Rückschlag für Europas Konjunktur, die deutsche Wirtschaft wächst weniger, damit wahrscheinlich auch unsere, und die französische schrumpft.

Aber ich möchte noch etwas ansprechen, was damit zusammenhängt. Wenn man sagt, die wirtschaftliche Entwicklung ist das eine, die Entwicklung des Euro das andere, dann möchte ich ein paar Stimmen nennen, die, so wie wir, nicht der Meinung sind, dass die Eurozone als solche überleben wird. Im gestrigen „Standard“ hat Erich Sixt, der Autovermieter, in einem großen Interview zu allem Möglichen Stellung genommen, aber auf die Frage: „Weil Sie Europa ansprechen: Warum geben Sie dem Euro keine Zukunft?“, sagt er: „Wir können Gesetze der Schwerkraft nicht ändern: Wirtschaftliche Unterschiede im Euroraum sind dramatisch. Alle südlichen Länder haben immer durch Abwertungen der Währung überlebt und blieben damit wettbewerbsfähig. Dieser Rettungsweg ist jetzt versperrt.“

Noch etwas: In „Die Welt“ vom 18. August – aber das ist natürlich noch immer gültig – hat der Chefvolkswirt des Max-Planck-Instituts und Schäuble-Chefberater Konrad gesagt, er erwartet ein Auseinanderbrechen der Eurozone. Das ist ja nicht irgendwer, das ist immerhin der Chefberater von Schäuble, und er sagt, dass sich das Gefälle in der wirtschaftlichen Dynamik innerhalb Europas erheb-

lich verstärken wird, und im Krisenfall solle Deutschland aussteigen. Die Furcht vor einer Katastrophe für die deutsche Wirtschaft hält er für übertrieben.

Des Weiteren: Auf die Frage, sollte Griechenland aus dem Euro aussteigen, sagt er: „Nein, denn die dann wegen der Währungsabwertung höheren Auslandsverbindlichkeiten würden das Land erdrücken. Wenn man die Währungsunion aufbrechen will, sollte man dies an der Nordgrenze tun. Wenn, dann muss Deutschland aus dem Euro raus.“

Da wird dann, wenn so etwas passierte, natürlich Österreich nicht so viel anders agieren können. Wir wären alle gut beraten – die Republik, aber auch das Land Wien –, sich mit diesen Szenarien auseinanderzusetzen und dafür eine Alternative aufzubauen, um sich mit diesen Dingen zu beschäftigen und damit fertig zu werden.

Weiter: „Deutschland soll zum dritten Mal Europa in die Luft sprengen? Das wird keine Bundesregierung tun.“ Er sagt darauf: „Der Euro ist nicht Europa. Europa sollen wir retten, nicht den Euro.“

Ich glaube daher, dass das interessante Feststellungen sind, die zum Beispiel in unserer ganzen Budgetdebatte der kommenden Bundesregierung der SPÖ und der ÖVP auf Bundesebene, die wir jetzt gehabt haben, nicht angesprochen wurden, ebenso wenig, wie in Wien hier bei der heutigen Debatte durch die Frau Vizebürgermeister dieses Thema auch nur irgendwo erwähnt wurde. Dieser Zweckoptimismus, der sowieso gedämpft ist dadurch, dass sich die Entwicklungen in Richtung Rezession anscheinend doch wieder weiterbewegen, bedeutet eben, dass wir hier eigentlich sozusagen ein bisschen einäugig durch die Gegend gehen und nicht bereit sind, uns mit wirklich konkreten Auseinandersetzungen anderer Art auch zu beschäftigen, vor allem in irgendeiner Form eine zweite Alternative zu den jetzigen Gegebenheiten zu erwägen und nicht zu glauben, dass die Dinge alternativlos sind.

Dem Budget werden wir – nachdem ich heute nicht dazugekommen bin, zu Heizkostenzuschuss und Mariahilfer Straße zu sprechen, wird das noch beim nächsten Mal erfolgen – natürlich nicht zustimmen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu den Beratungen der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke erfolgt kein Debattenbeitrag mehr, daher hat Frau VBgmin Mag Brauner sozusagen zu diesem Teil das Schlusswort. 15 Minuten.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich werde mich bemühen, die Zeit einzuhalten, obwohl Sie sich vorstellen können, dass es nicht einfach ist, hier zu sitzen und sich viele Dinge anzuhören und dann nicht die Gelegenheit zu haben, auf alles einzugehen, aber vieles ist schon diskutiert worden. Und bei manchem ist es gar nicht so leicht, darauf einzugehen, denn wenn ich hier in meinen Notizen zusammenzufassen versuche, was seitens der FPÖ von ihrem Klubobmann gesagt wurde, so ist das das übliche Sammelsurium an Unwahrhei-

ten, Ungenauigkeiten, diesmal ergänzt noch um einige unverschämte Behauptungen.

Zum Beispiel wird behauptet, dass die Stadt Wien so viele Mehreinnahmen durch die Gebühren hätte, und das ist ja ein Vorwurf, den wir schon seit Langem kennen. Es gibt hier auch Berechnungen, wie viel die Stadt Wien an Mehreinnahmen durch die Mehrbelastungen hat, und da kommen dann 3 Milliarden heraus. Da würde unser Budget wohl ganz anders ausschauen. Das Mindeste, was man wohl auch von einem Oppositionspolitiker erwarten kann, ist, dass er sich das Budget anschaut. Die Wahrheit über die 3 Milliarden ist, dass in diesem Budget Mehreinnahmen aus den Gebührenerhöhungen von 15 Millionen sind. Und mehr, denke ich, ist zu dem Wahrheitsgehalt der Behauptungen der Freiheitlichen im Allgemeinen, ihres Herrn Klubobmann im Besonderen, nicht zu sagen. 3 Milliarden werden behauptet, 15 Millionen, wenn man sich die Zahlen anschaut, sind es wirklich.

Manche Dinge traut sich ja nicht einmal die FPÖ hier zu sagen. Das schreiben Sie dann nur in Ihre Presseausendung, wie zum Beispiel die schon wiederholt aufgestellte und durch nichts auch nur ansatzweise zu belegende Behauptung, dass die Wien Energie verkauft werden soll. Das ist so absurd, dass Sie sich nicht einmal getraut haben, es hier zu sagen. In Ihrer Presseausendung – ich habe sie mittlerweile überflogen – wird es wieder behauptet. Das ist natürlich fundamental falsch und hat nur eines zum Ziel, was Ihnen von einigen Rednern ohnehin schon, leider zu Recht, vorgeworfen wurde: Menschen zu verunsichern, zu spalten und den Menschen einfach ein schlechtes Gefühl zu geben. Glücklicherweise werden die Menschen Ihnen das nicht glauben.

Das einzig Überraschende an diesem Beitrag war, dass Sie ungefähr 5 Minuten gebraucht haben, bis Sie zu Ihrer Hauptthese gekommen sind: Die Ausländer sind an allem schuld. Das ist ja das, was immer von Ihnen zu hören ist. Primitiv, primitiv, primitiv! Und mehr ist dazu nicht zu sagen.

Nein, stimmt nicht! Noch etwas überrascht mich. Dass eine Partei, die die Verantwortung für das größte Problem, das wir im Moment in Österreich haben, nämlich das Damoklesschwert des Hypo-Desasters, das über unserem Bundesbudget liegt (*Lebhafte Zwischenrufe bei der FPÖ.*), dass eine Partei, die für dieses Hypo-Desaster die politische Verantwortung trägt, hier das Wort Wirtschaftskompetenz in den Mund nimmt, ja, das überrascht mich, sehr geehrte Damen und Herren. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – Anhaltende Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Ja, Sie haben hier in dieser Stadt in der Wirtschaftspolitik glücklicherweise nicht viel mitzureden – Sie hätten es, wenn Sie einmal einen konstruktiven Vorschlag machen würden, da bin ich ja sehr offen; leider habe ich keinen gehört –, sonst würde Wien so ausschauen wie Kärnten, wo jetzt alle anderen Parteien gemeinsam dieses arme Land retten müssen vor dem, was Sie hinterlassen haben. Glücklicherweise ist das in Wien nicht der Fall. (*Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Ich bin nicht gläubig, aber wenn, dann wüsste ich, wem ich dafür zu danken

hätte, sehr geehrte Damen und Herren. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Zu den anderen Themen, die angesprochen wurden. Es wurde – ich weiß nicht mehr genau, wer es war – gesagt, wir müssen uns mit dem Thema Wachstum auseinandersetzen und sollen diesem Wachstum unter Umständen (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung*) – ich glaube, Sie waren es, ich weiß es nicht mehr genau – auch eine Grenze setzen. Nun, sehr geehrte Damen und Herren, ich bin sehr der Meinung, dass wir dieses Wachstum gestalten müssen, ja, dem stimme ich zu. Nur, das Wachstum begrenzen? Wie sollen wir das machen? Ich nehme nicht an, dass irgendjemand in diesem Haus der Ein-Kind-Politik Chinas das Wort reden wird, und die Grenzen wollen wir auch nicht schließen. Das heißt, die Menschen kommen nach Wien, sie kommen gerne, weil sie sich hier wohl fühlen. Wir müssen gestalten, damit diese Stadt dieses Wachstum auch entsprechend gut bewältigen kann.

Und es wurde über die Gebühren diskutiert, sehr geehrte Damen und Herren. Über die Zahl habe ich schon gesprochen, es sind 15 Millionen mehr an Gebühren. Es wurde auch über die Parkgebühren geredet – ich glaube, es war der Kollege Aichinger – und darüber, dass diese zweckgewidmet sind. Das sind sie bitte nach wie vor – diese Feststellung ist mir sehr wichtig –, und, jawohl, ein großer Teil der Gebühren ist für die öffentlichen Verkehrsmittel ausgegeben worden. Aber da wird doch um Himmels Willen keiner was dagegen haben. Ich möchte mich sehr dagegen verwehren, dass wir hier ein Gegenüber zwischen öffentlichem Verkehr und Individualverkehr konstruieren. Wir wollen miteinander ein gutes vernünftiges Netzwerk. Und insofern kann ich überhaupt kein Problem erkennen, eigentlich aus Ihrer Sicht auch nicht, dass wir hier diese Gebühren unter anderem – natürlich auch für Garagen und vieles andere mehr – auch für den öffentlichen Verkehr verwenden.

Und zum transparenten Budget. Ich sagte schon gleich zu Beginn, jawohl, unser Budget ist transparent. Es steht im Internet. Sie sagen, es müssen die Schulden ausgewiesen werden. Bitte, schlagen Sie doch die entsprechende Seite im Grünen Buch auf. Da sind die Schulden und unsere einzelnen Kreditlinien ganz genau verzeichnet. Bei wem wir sie haben, ob es noch die Schweizer Franken sind, ob es Euro-Kredite sind, ob sie von der OeBFA sind, ob sie nicht von der OeBFA sind. Das ist alles ganz genau aufgeschrieben, das ist selbstverständlich alles da.

Und, jawohl, wir müssen die Kameralistik weiterentwickeln. Das haben wir auch schon getan. Wir warten noch darauf, dass die Frau Bundesministerin das umsetzt. Nun werden wir sehen, ob sie noch dazukommt, jedenfalls wünsche ich mir, dass es das Finanzministerium umsetzt. Aber, sehr geehrter Herr Kollege, mit Ausgliederungen hat das überhaupt nichts zu tun. Das ist doch keine Frage der Doppik oder der Kameralistik, das ist eine Frage der Darstellung. (*Zwischenruf von GR Mag Johann Gudenus, MAIS.*) Und ausgegliederte Unternehmungen in Wien –

das hat Ihnen Kollege Margulies ja auch schon entsprechend bewiesen – haben ihre Rechnungsabschlüsse. Das liegt alles vor Ihnen, im wahrsten Sinn des Wortes wie ein offenes Buch.

Diese Selbstgeißelung der ÖVP – entschuldigen Sie, wenn ich das so sage –, dass man alles schlechtredet, den eigenen Wirtschaftsstandort und jetzt auch noch das Land, das kann ich wirklich nicht verstehen. Und wenn Sie zum Beispiel sagen, es gibt diese neue Untersuchung und diese neue Darstellung des KDZ. Ja, was glauben Sie denn, wer daran beteiligt ist und wer das mitfinanziert? Das KDZ wird unter anderem von der Stadt Wien mitfinanziert, um genau solche Dinge zu machen. Nur, man muss schon genau hinschauen, weil wir halt das Problem haben, dass alle anderen Kommunen, die in dieser Statistik drinnen sind, Kommunen sind, aber wir sind Land und Kommune gemeinsam, und Sie wissen alle, Sie sind lange genug hier in diesem Haus, dass das nicht trennbar ist. Wie wir diese Darstellung so machen, dass sie auch aussagekräftig ist, daran müssen wir noch arbeiten, denn keiner hat ein Interesse daran, dass falsche Zahlen veröffentlicht werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Schock hat hier eine Behauptung aufgestellt, nämlich dass das Wiener Budget frisiert ist. Und jetzt rege ich mich nicht wegen mir auf – als Politikerin muss man sich solche Sachen offensichtlich in Zeiten wie diesen gefallen lassen –, aber ich weise das im Namen und in Stellvertretung für die, die sich hier nicht wehren können, nämlich die Beamten der Wiener Finanzabteilung, auf das Allerschärfste zurück. Ich kann mir diese Behauptung nur dadurch erklären, dass das hier eine wirre Wortmeldung war. Und ich kann das auch belegen. Es wurde hier gesagt, 6 000 Arbeitsplätze von Wienern und Wienerinnen sind verloren gegangen. Das muss man ernst nehmen, man kämpft um jeden Arbeitsplatz, aber ich darf schon in Erinnerung rufen, was die FPÖ hier noch vor Kurzem von sich gegeben hat. Hunderttausende – ich weiß es noch ganz genau – von Ausländern, haben Sie behauptet, werden kommen und werden die Wiener und Wienerinnen vom Arbeitsplatz verdrängen. Jetzt sind die Hunderttausenden auf 6 000 geschrumpft. Die Seriosität dieser Zahlen wage ich auch in Frage zu stellen.

Und, jawohl es stimmt – auch wenn Sie PPP-Modelle, Budgetlöcher und alles durcheinander gebracht haben –, dass es Menschen in dieser Stadt gibt, die die Arbeitsplätze nicht annehmen können, und andere, die dann nach Wien kommen – und das sind überwiegend Menschen aus den Bundesländern; ich darf in Erinnerung rufen, 280 000 Menschen fahren jeden Tag nach Wien, um hier Beschäftigung zu finden –, die hier diese Arbeitsplätze annehmen können und manche Wiener und Wienerinnen eben nicht. Genau deswegen machen wir den Qualifikationsplan, damit wir sie dazu in die Lage versetzen. Genau das ist der Hintergrund, warum wir das machen.

Ich sage daher noch einmal: Diese ungeheuerliche Behauptung meinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen

gegenüber, dass sie ein Budget frisieren würden, kann ich nur durch „aoE“ erklären, durch außerordentlichen oppositionellen Erregungszustand. Wenn das nämlich nicht so wäre, dann müsste man jetzt den Klagsweg beschreiten. Das tun wir nicht, ich erkläre es durch diese von mir soeben festgehaltene Verwirrung, die es hier offensichtlich gibt. Zurückweisen möchte ich es aber aufs Allerschärfste, und zwar im Namen der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Zum Thema Europa – ich habe leider nicht mehr so viel Zeit – hat die Kollegin Vitouch schon erklärt, warum ich diese Namensänderung auch nicht für klug halte, obwohl es mir gefallen würde, wenn Europa hier deutlich hervorkommen würde. Aber es ist ja nun wirklich nicht ausschließlich ein wirtschaftliches Thema, und wir wollen auch gar nicht, dass es nur ein wirtschaftliches Thema wäre, das wäre ja falsch.

Die Kollegin von der ÖVP hat über Verbesserungen in der Wirtschaftsförderung gesprochen. Ich sehe sie im Moment leider nicht. *(Aus den Reihen der ÖVP wird auf den Schriftführerplatz verwiesen.)* Ah, wunderbar! – Bei vielen von den Dingen kann ich Ihnen hundertprozentig zustimmen. IKT, Life Science, genau das sind die Schwerpunkte, die wir setzen müssen. Es war ja vor Kurzem die Bio Europe in Wien, womit wir genau diese Schwerpunkte verfolgen.

Und, jawohl, die Unternehmen brauchen Fachkräfte. Genau deswegen gibt es ja auch vom WAFF jetzt eine Unternehmensförderung, damit wir eben auch Unternehmen fördern, um sie entsprechend unterstützen zu können.

Zum Kollegen Ulm: Wenn Sie die antizyklischen Investments in Frage stellen und in Frage stellen, dass wir Schulden zurückbezahlt haben, und das dann mit der Wohnbauförderung begründen, nicht böse sein, aber das ist wirklich keine seriöse Zugangsweise. Sie können ja nicht ernsthaft erwarten, dass wir in wirtschaftlich guten Zeiten keine Wohnbauförderung mehr machen und die Wohnbauförderung einstellen. Die hier in denselben Topf zu werfen, ist nicht richtig. Wenn Sie die Wohnbauförderung extra rechnen, wie es sich anständigerweise oder korrekterweise gehört, dann hat Wien selbstverständlich vor Ausbruch der Krise 600 Millionen zurückbezahlt, genauso wie wir es nach der Krise auch wieder vor haben.

Zum Abschluss – ich muss mich beeilen, weil ich nur noch drei Minuten habe, und es fiel mir noch so viel ein – zu dem Grundvorwurf, der sich durch viele Dinge hindurchgezogen hat, wir würden keine Reformen machen, es wäre so viel einzusparen. Ich bleibe dabei, sehr geehrte Damen und Herren, eine Studie – auch wenn ich sie noch nicht im Detail lesen konnte, ich werde es jetzt sehr gerne machen, wir haben auch versucht, sie zu kriegen, vorher war es leider nicht möglich –, die behauptet, in einem Jahr wären bei einem Budget von 1,9 Milliarden für Gesundheit und Pflege 680 Millionen einzusparen und noch 233 Millionen in der Pflege dazu – also wenn man es zusammenzählt, eigentlich noch sehr viel mehr –, ist unseriös. Das würde bedeuten, dass man die Hälfte oder

ein Drittel des Geldes streicht. Wo soll man das machen? Es sind Reformen im Gange, es sind Verbesserungen im Gange, aber 680 Millionen bei 1,9 Milliarden, sehr geehrte Damen und Herren, ich glaube, diese Zahl richtet sich selbst.

Und wenn Sie sagen, schauen wir uns die Ordensspitäler an: Ja, sehr gerne. Sie sind ein wichtiger, von uns hochgeschätzter Partner, aber Sie wissen schon, dass nicht alle Ordensspitäler zum Beispiel Intensivstationen haben und dass das die öffentlichen Spitäler nicht machen können, und Sie wissen schon auch, dass bei den Ordensspitälern in der Nacht die Rettung nicht anfahren kann, weil es die Rettung eben dort über Nacht nicht gibt, sondern nur in den öffentlichen Spitälern. Und Sie meinen wohl nicht ernsthaft, dass wir die 680 Millionen einsparen, indem wir bei uns in der Nacht auch keine Rettungen mehr annehmen, weil nämlich dann die Wiener und Wienerinnen in der Nacht nicht versorgt wären. Also das kann ja wohl nicht Ihr Ernst sein, und das meine ich mit „unseriös“.

Zum Abschluss zu meinen Wiener Linien, denn da kenne ich die Zahlen natürlich besser. Wenn hier mit München verglichen und gesagt wird, die Münchner Öffis wären so viel günstiger, dann werden Sie schon, hoffe ich, wissen, dass in Wien die Jahreskarte 365 EUR kostet und in München bis zu 600. Ist es das, was Sie wollen, dass die Wiener und Wienerinnen jetzt für ihre Jahreskarte auch 600 EUR zahlen müssen? Und Sie wissen schon, dass bei uns bei den Wiener Linien in der Früh das durchschnittliche Intervall 2,5 Minuten ist, hingegen ist es in München 10 Minuten. Und wenn bei uns am Abend 7,5 bis maximal 10 Minuten Wartezeit ist, ist diese in München 20 Minuten. Als Konsequenz daraus hat München logischerweise beim Modal-Split einen Öffi-Anteil von unter 25 Prozent und Wien 39. Jawohl, das ist der Unterschied, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Und das meine ich mit unseriös, denn wenn Sie das wollen, dann sagen Sie es. Dann stellen Sie sich hierher und sagen, die U-Bahn soll seltener fahren, die Qualität soll schlechter werden – dass die in München nur halb so viel Wagenmaterial haben wie wir, ergibt sich logischerweise aus der Konsequenz – und die Wiener und Wienerinnen sollen für schlechtere Qualität doppelt so viel zahlen. Aber dann sagen Sie das bitte.

Wir wollen das nicht, wir werden das auch nicht tun, wir werden Wien trotz der großen Herausforderungen weiterhin finanziell so gut ausstatten, wie es möglich ist und wie es notwendig ist. Und dieses Budget ist der Garant dafür. – Herzlichen Dank, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zur Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport. Herr Stadtrat, herzlich willkommen. Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Leeb. Ich erteile es ihr. Die selbstgewählte Redezeit ist 15

Minuten.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Danke, Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben heute am Vormittag von der Frau StRin Brauner gehört, dass das Budget eine in Zahlen gegossene politische Vorstellung sei, und wenn man sich jetzt das Budget im Bereich Bildung, Jugend, Information und Sport ansieht und auch das, was bereits darüber gesagt wurde, überlegt, dann frage ich mich halt schon: Was ist die politische Vorstellung der Stadtregierung zum Bildungsbereich? Ist es wirklich so, dass wir uns darauf zurückziehen können, als Hausverwalter oder Immobilienentwickler aufzutreten, oder sollten wir nicht doch alle auch ein wenig bildungspolitische Akzente ins Auge fassen?

Ja, die Stadt Wien – ich möchte das gar nicht schmälern – investiert sehr viel in die Sanierung von Schulen, das ist gut so, ich denke das ist auch das Mindeste. Aber wenn wir uns dieses Schulsanierungspaket, das jetzt dann schön langsam ausläuft, einmal ganz genau anschauen, ist denn da alles wirklich so optimal gelaufen, ist da alles erfasst? Da braucht man gar nicht sehr weit zu gehen. Wir haben kürzlich erst Wahlen gehabt, und viele Wahllokale sind in Schulen oder Kindergärten angesiedelt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe Glück, mein Wahllokal ist am Wiedner Gürtel, das ist eine Bundesschule, das Gymnasium – viele werden es kennen –, das ist super saniert. Es gibt aber sehr viele Schulen und Kindergärten in Wien, wo man sagen muss, es ist halt doch nicht von einer optimalen Infrastruktur zu sprechen. Würden Sie zum Beispiel von einer optimalen Sanierung oder Infrastruktur sprechen, wenn Sie eine Schule sanieren, dort auch einen Physiksaal sanieren, dann aber nicht mehr das Geld da ist, um diesen auch einzurichten? Würden Sie davon sprechen, dass Sie eine optimale Infrastruktur haben, wenn auf dem Sportplatz der Schule plötzlich Container aufgestellt sind? Ja, denn die Containerklassen gibt es noch immer. An 42 öffentlichen Wiener Pflichtschulstandorten sind es insgesamt 215, und allein 2010 bis 2013 sind 51 zusätzliche Klassen dazugekommen.

Wir haben erst unlängst eine Anfrage diesbezüglich eingebracht, die beantwortet wurde. Da ist dann die Rede davon, dass diese Container ja den modernsten Ansprüchen in Schall-, Wärme- und Brandschutz entsprechen. *(GR Heinz Vettermann: Genau!)* Ja, na na net! Ich meine, das wäre ja schlimm, wenn sie nicht einmal das hätten. Herr Vettermann, weil Sie mich jetzt gerade so freundlich anschauen, Sie haben hier einmal an dieser Stelle gemeint: Fragen Sie doch die Eltern, die sind glücklich mit den Containerklassen. Ja, Herr Vettermann, gibt Ihnen das nicht zu denken, dass die Wiener Eltern schon so müde sind, dass sie zufrieden sind mit der Containerhaltung ihrer Kinder? Also mir würde das eher im negativen Sinne zu denken geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Oder weil ich gerade den Kollegen Peschek sehe. Schauen wir uns auch die Wiener Berufsschulen einmal

an, schauen wir uns die Infrastruktur in den Wiener Berufsschulen an. Die gehören auch zu den Wiener Schulen, die gehören genauso dazu wie die Volksschulen, wie die anderen Pflichtschulen. Und gerade der Herr Peschek wird ja nicht müde, die Wirtschaft und die Unternehmen zu geißeln, wenn es Probleme in der Lehrlingsausbildung gibt, aber es gibt auch eine Verantwortung in der Infrastruktur für die Berufsschulen. Und da wird teilweise gearbeitet, so wie man gearbeitet hat, als ich in die Schule gegangen bin, und das ist ja doch schon einige Jahrzehnte her. Da gibt es Berufsschulen, da muss man direkt froh sein, dass man schon einen Kopierer hat und nicht auf Matrizen vervielfältigt. Herr Peschek, es gibt Berufsschulen, da gibt es nicht einmal einen Beamer, da müssen Schüler ihre Projektarbeiten auf Overheadfolien projizieren. Im Jahr 2013! Und wenn sie sich eines moderneren Mittels bedienen wollen, können sie sich den Beamer von zu Hause oder von der Firma mitnehmen.

Jetzt weiß ich schon, jetzt wird die Embelgasse kommen. Das ist auch so ein schönes Thema, das ist so dieses Leuchtturmprojekt. Also wir nehmen uns dann immer ein sehr schön medienwirksames Projekt heraus, die Embelgasse wird super, denn das wird die neue Berufsschule für Verwaltungsberufe, da werden also dann die der Stadt Wien zuordenbaren Lehrlinge ausgebildet. Das finde ich gut, aber was ist mit den anderen?

Ein kleines Bonmot zu der Embelgasse am Rande. Die Pläne für die Schule Embelgasse hat das Architekturbüro mit dem Namen „AllesWirdGut, Architektur Ziviltechnik GmbH“ erstellt. Ich habe ein bisschen schmunzeln müssen, denn das scheint so das Motto in Wien zu sein: Alles wird gut. Hier und da ein medientauglicher Auftritt, hier und da ein Leuchtturmprojekt, ein Inserat, alles wird gut.

Aber zurück zum Budget. Lobend streicht Frau Brauner natürlich die alljährliche Schaffung weiterer Kindergarten- und Kinderkrippenplätze heraus. 2 000 sollen es im nächsten Jahr sein. Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese rasante Steigerung macht mir aber auch ein bisschen Angst, denn wer wird die Qualität dort kontrollieren? Das ist schon richtig, wir brauchen die Plätze, aber ich möchte – und ich bin froh, dass ich es nicht muss – die Verantwortung für all diese Kindergartengruppen, die da jetzt kreuz und quer in Wien herausschießen, nicht übernehmen. Können Sie gewährleisten, dass dort die Qualitätsstandards eingehalten sind? Können Sie gewährleisten, dass überall dort, wo mittlerweile Kindergarten draufsteht, auch Kindergarten drinnen ist, oder geht es Ihnen nur darum, alljährlich einen noch höheren Deckungsgrad zu verlautbaren, der im Grunde genommen auch gar nicht stimmen kann? Denn wenn das Kontrollamt erst vor Kurzem kritisiert, dass es keine einheitliche Anmeldeplattform gibt, sprich – und das steht wortwörtlich so drinnen –, Sie durch Doppelmeldungen, Mehrfachmeldungen gar nicht wissen, wie viel Bedarf da ist, wie können Sie sich dann da herstellen und eine Übererfüllung der Quoten verlautbaren? Wen wollen Sie mit der Aussage eigentlich auf den Arm nehmen? Denn das ist eigent-

lich nicht das, was sich in den Realitäten der Menschen widerspiegelt. Irren sich die, die verzweifelt einen Platz suchen – und das sind Hunderte! –, oder irren Sie sich mit dem voreiligen Ausrufen der Übererfüllung des Deckungsgrades?

Jetzt weiß ich schon, Sie werden dann mit den anderen Bundesländern kommen, aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, Wien hat als Großstadt schon andere Herausforderungen als andere Bundesländern, und wir sind angetreten, um hier Politik zu machen, nicht im Vergleich und nicht in einem anderen Bundesland.

Ich habe erst vergangene Woche mit einer Dame gesprochen, die bei einer Langzeitarbeitsloseninitiative des AMS als Coach tätig ist, und die hat mir auch bestätigt, die allergrößten Probleme bei langzeitarbeitslosen Frauen bestehen im Finden eines Platzes zur Kinderbetreuung, und damit halten Sie auch sehr viele Frauen vom Arbeitsmarkt fern.

Aber wie gesagt, das Kontrollamt hat es kritisiert. Sie waren nicht im Stande, innerhalb von drei Jahren eine einheitliche Anmeldeplattform zu errichten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es bedarf im Bildungsbereich wirklich mehr, als sich auf den Hausbetreuer- oder Immobilienentwicklerposten zurückzuziehen, es bedarf vor allem des Willens, auch qualitativ etwas weiterzubringen. Denn was wollen wir alle? Wir wollen, dass unsere Kinder eine anständige Bildung erhalten, dass sie Lesen, Schreiben und Rechnen können und ausbildungsfähig aus dem Bildungsbereich herauskommen, weiter eine Schullaufbahn beschreiten können oder eben im dualen Ausbildungssystem ausgebildet werden. Und es geht neben der Qualität der Lehrer- und Kindergartenpädagogenausbildung, die wir auf Landesebene zugegebenermaßen nur eingeschränkt beeinflussen können, aber auch darum, die Arbeitsbedingungen an den Schulen für Lehrer bestmöglich zu gestalten. Deswegen bringen wir heute zum wiederholten Mal einen Antrag auf Ausbau und Verbesserung der Schulsozialarbeit ein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vielleicht braucht es bei manchen Dingen einfach auch nur ein bisschen guten Willen, im Sinne der Betroffenen etwas zu ändern. Es hat gestern einen recht interessanten Artikel im „Kurier“ zu dem Thema schulautonome Tage gegeben. Ich weiß nicht, wer den Artikel gelesen hat, es ist ein Artikel von Doris Knecht, die darauf hinweist, dass die schulautonomen Tage zu einem immer wiederkehrenden Problem für viele Eltern verkommen, erstens, weil es keine arbeitsautonomen Tage sind, und zweitens, weil sie vielfach Familien treffen, die Kinder in verschiedenen Schulen haben. Da stehen sie dann schon vor einem Problem, denn so viele Urlaubstage haben sie gar nicht, um die Kinder betreuen zu können. Ein Desaster vor allem für alleinerziehende Mütter.

Eine Leserin hat sich dann an den Stadtschulrat gewandt und hat gebeten, man möge sich dieses Themas doch einmal annehmen und da eine einheitliche Lösung für Wien herbeiführen. Ein paar Tage später hat diese Leserin einen Anruf aus dem Stadtschulrat bekommen mit

der Einleitung: Na gut, Sie hätten sich halt nicht scheiden lassen sollen, reich heiraten oder keine Kinder bekommen. Ich meine, das ist eine Unverfrorenheit, die ihresgleichen sucht. Da brauche ich auch kein neues Informationszentrum im Stadtschulrat, wenn dann solche Antworten kommen. Das ist auch nichts, wofür man viel Geld braucht, da braucht es einfach nur guten Willen, sich hinzusetzen und an einer Lösung zu erarbeiten.

Oder weil wir gerade den Antrag zur Schulsozialarbeit eingebracht haben. Es ist ja so, dass wir in Wien sehr viele Schulstandorte haben, aber nur zirka 30 Schulsozialarbeiter. Auch Gymnasien gehören zur den Wiener Schulen, und da gibt es einen Fall in der Maroltingergasse, wo sich die Eltern auch hilfeschend an den Stadtschulrat gewandt haben, weil es halt zu Problemen am Schulstandort kommt, und man bittet den Stadtschulrat, einen Mediator zur Verfügung zu stellen. Daraufhin kam vom Stadtschulrat die Antwort, in der man meinte, für einen Mediator habe man weder Zeit noch Geld. Das ist traurig, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist wirklich traurig, ich denke aber, mit ein bisschen gutem Willen kann man das durchaus lösen.

Und weil Sie heute davon gesprochen haben – im Speziellen die Frau StRin Brauner und ein Kollege von der SPÖ hat es auch noch mal angesprochen –, dass 27 Prozent der Arbeitslosen nur einen Pflichtschulabschluss haben. Das heißt, je höher der Bildungsgrad ist, desto geringer ist das Risiko, arbeitslos zu sein. Da muss ich Ihnen sagen, im Lichte dieser Aussagen, die ja richtig sind, finde ich den Plan, die BAKIP 21 in der Langform mit Maturaabschluss zu schließen, eigentlich ziemlich unverfroren. Es müsste uns ein Anliegen sein, dass wir so viele Hochqualifizierte wie möglich in Wien ausbilden. Wir werden am Mittwoch über dieses Thema noch eingehender sprechen.

Ich muss jetzt noch auf mein Lieblingsthema kommen, ich kann Ihnen das Stadthallenbad nicht ersparen. Wir feiern diese Woche ein sehr unrühmliches Jubiläum, am Donnerstag ist das Stadthallenbad dann schlussendlich seit 1 300 Tagen geschlossen. Das ist beachtlich. Und obwohl im September ein Trainingsbecken eröffnet wurde, ist das für die Spitzensportler natürlich ein schwacher Trost, denn die Tatsache, dass man da eine Sanierung so verpatzt hat, hat den Schwimmsport in Österreich um Jahre, wenn nicht Jahrzehnte zurückgeworfen. Dem Breitensport und dem Schulsport steht das Bad also 1 300 Tage nach Schließung nach wie vor nicht zur Verfügung. Herr Stadtrat, auch wenn Ihre Auskunftsfreudigkeit in der letzten Zeit diesbezüglich ein wenig nachgelassen hat, wir werden weiter dran bleiben und Sie sehr genau über die Vorgänge bei der und um die Sanierung befragen.

Interessant wird in Zukunft die Kostenfrage sein. Obwohl Sie bis dato behaupten, mit den vom Gemeinderat bewilligten Kosten auszukommen, muss ich Ihnen sagen: Das kann ich mir nicht vorstellen. Denn seit dem Tag der Baueinstellung wird jeder einzelne Schritt, jedes Schriftstück, das mit dieser Causa zu tun hatte, über ein Anwaltsbüro abgewickelt. Und wer das im privaten Bereich

schon einmal gemacht hat, wird wissen, was das finanziell bedeutet. Es gibt keine Ergebnisse der gerichtlichen Beweissicherung, es gibt keinen nachvollziehbaren Überblick über die Kosten. Das Einzige, was im vergangenen Jahr passiert ist, war, dass die Wien Holding ein Subunternehmen gegründet hat. Ich habe mich da juristisch auch beraten lassen, es mag rechtlich in Ordnung sein. Aber eines bleibt schon: Wir als Eigentümer, die Wienerinnen und Wiener wurden nicht darüber informiert, dass die Betreibergesellschaft die Leistungen einfach in eine Subgesellschaft verschoben hat. Und es kann nur mehr als Ironie bezeichnet werden, dass da die glücklos agierende Ex-Mitarbeiterin der MA 51, Sandra Hofmann, wieder Geschäftsführerin ist und ihr segensreiches Wirken weiterhin fortsetzen kann. Ebenso die Begründung des Wien Holding-Geschäftsführers, der meinte, man setze diesen strukturellen organisatorischen Schritt ganz bewusst, um die Fertigstellung des Bades zügig und effizient voranzutreiben. Herr Stadtrat, ich meine, Sie setzen diesen Schritt, um Aktivität vorzutäuschen, und Sie setzen diesen Schritt, um das Desaster weitgehend der Kontrolle des Gemeinderates zu entziehen.

Zum Abschluss möchte ich noch einen Antrag einbringen, der die öffentliche Entschuldigung der Stadt Wien bei den Opfern des Wiener Heimskandals betrifft. Letzte Woche wurde dazu ein Buch von Georg Hönigsberger und Irmtraut Karlsson veröffentlicht. Ich kann es nur jedem ans Herz legen. Und ich denke, es ist an der Zeit, dass wir den Opfern auch eine würdige Entschuldigungszeremonie ermöglichen. Die Opfer sind keine geldgierigen Bittsteller, die man irgendwohin zu einer gemeinsamen Aussprache einlädt, um sie abzuwimmeln, sondern Menschen, denen Unrecht geschehen ist. Die ehemaligen Heimkinder haben diesen Respekt verdient, Menschenwürde und damit auch einen menschenwürdigen Umgang.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es hätte noch viel zu sagen gegeben, ich werde es am Mittwoch fortsetzen. Wir können dem Budget nicht zustimmen, es ist für mich ein Budget des Wollens und des Nicht-Könnens, ein Budget der Ideenlosigkeit und Mutlosigkeit, ein Budget, das Sie gegenüber der Bevölkerung nur mehr mit massivem Mitteleinsatz in der Öffentlichkeitsarbeit rechtfertigen können. – Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Wurzer. Ich erteile es ihr und weise auf die von ihr gewählte Redezeit von 12 Minuten hin.

GRin Mag Martina **Wurzer** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Danke für Ihre Rede, Frau Kollegin Leeb. Ich kann einigen Punkten, die Sie im Bildungsbereich genannt haben, einiges abgewinnen. Trotzdem bin ich anderer Meinung. Ich bin nicht wie Sie darüber erleichtert, dass mir die Verantwortung, in der Bildungspolitik dieser Stadt tätig zu werden, nicht zufällt, sondern wir sind sehr froh, hier

mitgestalten zu können, und auch stolz, gerade über das Bildungsbudget sprechen zu können. Das kann sich nämlich in Relation zu anderen Budgets und angesichts der budgetären Rahmenbedingungen sehen lassen.

Gerade bei den ganz Kleinen hat das rot-grüne Wien seine Aufgaben nämlich wirklich gemacht und erledigt. Schwerpunkt beim Bildungsbudget der Stadt Wien ist weiterhin der Gratiskindergarten. Wien hält derzeit 53 500 Kindergartenplätze und 20 000 Krippenplätze im privaten und im städtischen Bereich, und der Ausbau geht weiter voran. Im kommenden Jahr haben wir ein Budget vorgesehen, um weitere 2 000 Plätze für Kinderbetreuung zu schaffen. Das bedeutet für 2014 Investitionen von insgesamt 677 Millionen EUR für elementare Bildung und Kinderbetreuung. Das kann sich sehen lassen, hier müssen wir uns sozusagen vor unserer Verantwortung überhaupt nicht verstecken. Wiener Eltern können sich – und hier kommt das Bundesländerargument – im Vergleich zu anderen Bundesländern über den doch hohen Anteil an Betreuungsplätzen freuen.

Es wurde mehrmals wiederholt, dass wir in Wien die Barcelona-Ziele, also die Vorgaben der EU erreicht haben: bei den 1- bis 3-Jährigen haben wir 50 Prozent. Trotzdem will ich nicht verhehlen, dass es bei den 0- bis 3-Jährigen weiterhin Ausbaubedarf gibt, das werden wir auch wahrnehmen. Bei den Kindern im Alter von drei bis sechs Jahren ist die Versorgungsquote tatsächlich überfüllt. Der Ausbau von Betreuungseinrichtungen geht aber weiter, und er ist wichtig, weil er es Eltern ermöglicht, ihr Leben ihren Bedürfnissen entsprechend zu organisieren und ihr Berufs- und Familienleben unter einen Hut zu kriegen. Das betrifft, wie wir wissen, vor allem Frauen. Sie sind häufiger als Männer gezwungen, sich aus dem Arbeitsmarkt zurückzuziehen oder Arbeitsformen in Anspruch zu nehmen, die es ihnen nicht erlauben, ihre Talente voll zu entfalten.

Es bleibt weiterhin viel zu tun, denn, ja, Wien wächst. Das ist gut so, und natürlich gehen mit diesem Wachstum enorme Herausforderungen einher. Neben den schon erwähnten 2 000 Kinderbetreuungsplätzen, die wir im nächsten Jahr schaffen werden, muss natürlich auch die Ausbildung neuer PädagogInnen im selben Ausmaß und im raschen Tempo vorangetrieben werden. Dabei darf auch die Qualität nicht auf der Strecke bleiben. Die akademische Ausbildung wäre freilich für die elementarpädagogische Erziehung die beste Idee gewesen, da hat die Bundesebene leider eine Chance verpasst und nichts weitergebracht. Wir können es uns nicht leisten, hier untätig zu sein. Deshalb sind wir in Wien in die Offensive gegangen und schaffen eine neue, und zwar gezielte Erwachsenenbildung für die Elementarpädagogik.

Wien hat in der Vergangenheit auf mehrere Ausbildungsschienen gesetzt, einerseits die Ausbildung ab 14 Jahren, andererseits die Ausbildung mit Matura, aber eben auch schon die Erwachsenenbildung im Kolleg. Die Erfahrung hat gezeigt, dass diese Kollegausbildung ab 18 Jahren sehr, sehr effizient ist. Die AbsolventInnen des Kollegs gehen zu annähernd 100 Prozent tatsächlich

auch an diesen vorgesehenen Arbeitsplatz, bleiben also im Kindergarten, während MaturantInnen – auch aus verständlichen und nachvollziehbaren Gründen – nur bis zu ungefähr einem Drittel dann auch tatsächlich in den Kindergärten bleiben oder dort erhalten werden können. Deshalb haben wir jetzt in der BAKIP 21 die stadt-eigene Ausbildungsinstitution ganz auf Erwachsenenbildung umgestellt und die 5-jährige Ausbildung für Jugendliche ab 14 Jahren in eine Erwachsenenbildung umgewandelt. Wir halten das für einen wichtigen und richtigen Schritt. Es ist ja für alle 14-Jährigen weiterhin möglich, ihre Ausbildung an anderen Wiener BAKIPs zu machen. Gleichzeitig können alle SchülerInnen, die bereits an der BAKIP 21 unterrichtet werden, dort selbstverständlich ihren Abschluss machen. Im Übrigen müssen auch keine LehrerInnen um ihren Job zittern, wir brauchen sie dringend für die Erweiterung zur Erwachsenenbildung.

Darüber hinaus gibt es aber auch eine Neuausbildung zur pädagogischen Assistenz. Das ist eine Ausbildungsschiene, die jetzt quasi eine BAKIP-Fachschule sein soll, an der sich Erwachsene im zweiten Bildungsweg zu pädagogischen Assistenten ausbilden lassen, eine fundierte Ausbildung mit Qualität, die Bildungsarbeit in Wiener Kindergärten garantiert und auch die Qualität steigert. Sie bietet interessierten Männern und Frauen mit Pflichtschulabschluss eine Möglichkeit zum beruflichen Aufstieg, die auch gerne genutzt wird und zu der wir sehr gerne einladen möchten.

Wir wollen besonders Menschen mit mehrsprachigem Hintergrund einladen, diesen Ausbildungsweg zu suchen, natürlich nicht nur diesen, sondern auch den der Kindergartenpädagogik. Ich muss zugeben, ich habe erst durch Gespräche mit KindergartenleiterInnen den Wert dieser AssistentInnen zu schätzen gelernt. Wir haben sie als GRÜNE in früheren Jahren gerne als SchmalspurpädagogInnen bezeichnet. Daher bin ich jetzt froh, dass wir tatsächlich eine Ausbildung schaffen, die die Qualität sicherstellt. Andererseits habe ich durch Gespräche und Beobachtungen in Kindergärten gelernt, dass diese AssistentInnen gerade für die Förderung von Mehrsprachigkeit so wertvoll sind, weil sie häufig Sprachkompetenzen mitbringen, weil das vielfach PädagogInnen sind, die die vielen Kinder in ihren Familiensprachen, in ihren Muttersprachen fördern und unterstützen können. Das schätzen wir besonders und hoffen, hier viele weitere begeisterte Männer und Frauen zu finden, die an den Kindergärten arbeiten wollen. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Wir sind also dabei, in Wien den Sprachschatz bereits im Kindergarten zu heben. Mehr als die Hälfte der Kinder in Wien ist mehrsprachig, das ist grundsätzlich sehr erfreulich. Unser Ziel ist es, langfristig ein möglichst hochentwickeltes Sprachniveau in allen gesprochenen Sprachen zu erreichen, auch in den Familiensprachen wie Türkisch, Serbisch, Bosnisch oder Kroatisch. Davon werden alle Kinder profitieren. Sinnvolle Sprachförderung besteht darin, sowohl die Familiensprachen als auch die im Kindergarten gesprochenen Sprachen aktiv zu unterstützen. Wertet man die Familiensprache eines Kindes

ab, wirkt sich das nicht nur auf seine kognitive, sondern auch auf die emotionale Entwicklung negativ aus, es hemmt sprachliche Entwicklung insgesamt. Zwingen wir mehrsprachige Kinder, sich auf nur eine Sprache zu beschränken, schneiden wir sie von ihrem Potenzial ab, behindern wir sie in ihrer Entwicklung und vermindern ihre Chancen für ihren gesamten weiteren Lebensweg.

Sinnvolle Sprachförderung besteht also darin, sowohl die Mehrheitsprache als auch die Erstsprache aktiv zu unterstützen. Um Mehrsprachigkeit im Kindergarten sichtbar zu machen, sollen die von den Kindern gesprochenen Sprachen auf vielfältige Weise einbezogen werden. Wir haben ein tolles Forschungskindergartenprojekt gestartet und im letzten Jahr bereits zum Abschluss gebracht, das solche Erkenntnisse für ganz Wien verwertbar macht. Es ist eben wesentlich, dass Kinder die Erfahrung machen, dass über Sprache Relevantes vermittelt wird, dass bedeutsame Erfahrungen und Gefühle ausgedrückt werden und dass Interessantes und Herausforderndes berichtet wird. Kinder und Jugendliche, die erst im schulpflichtigen Alter nach Österreich kommen und die Unterrichtssprache noch nicht ausreichend beherrschen, sollen natürlich mit persönlich zugeschnittenen Programmen unterstützt werden und in der Einstiegsphase auch einen muttersprachlichen Unterricht erhalten, um sie in ihrer Entwicklung bestmöglich zu unterstützen.

Ziel ist es also, vom Kindergarten bis in die Hochschule die Sprachkompetenz aller Kinder auf möglichst hohes Niveau zu bringen und vorhandene Mehrsprachigkeit zu nutzen und davon zu profitieren.

Für all das und die gesamte Bildungspolitik heißt das Zauberwort individuelle Förderung. Jedes Kind soll so unterrichtet werden, dass es sein Potenzial ausschöpfen und seine persönliche Bestleistung erbringen kann. Das gilt für die speziellen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung natürlich genauso wie für jene von Hochbegabten. Kinder haben unterschiedliche Begabungen, Interessen und Temperamente. Was dem einen entgegenkommt, schreckt die anderen ab, und deshalb ist es natürlich nicht so leicht, jedes Kind auch tatsächlich maßgeschneidert zu fördern. Trotzdem muss der Grundgedanke sein, dass es gilt, Kinder individuell wahrzunehmen und dass in jedem Kind die Fähigkeiten stecken, deren Entwicklung möglich und lohnend ist. Entgegen – und wir führen diese Debatten leider ständig und auch aktuell wieder – anders lautenden Behauptungen ist frühes Auseinanderdividieren in höhere und weniger hohe SchülerInnen keine probate Methode der individuellen Wahrnehmung. Und entgegen anders lautenden Behauptungen ist das Konzept der gemeinsamen Schule der 6- bis 14-Jährigen kein nivellierendes, sondern eines, das Kinder mit Rücksicht auf ihre individuellen Stärken und Schwächen fördern und fordern will. Wir müssen unser differenziertes Schulsystem nicht erhalten, wir müssen überhaupt erst zu einem differenzierten Schulsystem kommen, das sich nicht mit einer groben Sortierung der Kinder begnügt. Wir stehen für eine Schule für alle ein, für wirklich alle Kinder ohne Ausnahme. Wir wol-

len die inklusive Schule.

Ich möchte, weil ich nur noch wenig Zeit habe, noch ein paar wichtige Budgetpunkte nennen. Der Schwerpunkt liegt auf dem Ausbau, auf dem Schulneubau, bei der Schulsanierung. Wir stecken bis 2017 insgesamt 570 Millionen EUR in die Schulsanierung. Die Schulsanierungsoffensive läuft auf Hochtouren, allein im nächsten Jahr werden wir 60 Millionen EUR in die Sanierung von 142 Schulen investieren. Der Schulneubau geht voran.

Ein letzter, sehr wichtiger Budgetpunkt, den ich noch nennen will, sind die 6,6 Millionen EUR zur Ermöglichung des kostenfreien Nachholens des Pflichtschulabschlusses. Das ist ein wichtiger Punkt für die Gestaltung unserer Zukunft.

Meine Redezeit ist zu Ende. Damit Senol Akkic auch noch über etwas reden kann, belasse ich es an diesem Punkt. Wir haben in den nächsten Tagen noch die Gelegenheit, ein paar Punkte zu diskutieren. – Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist GR Nepp. Seine Redezeit ist auf 13 Minuten eingestellt.

GR Dominik **Nepp** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Frau Kollegin Wurzer, wenn man sich Ihre Rede angehört hat und auch die Reden der Vorgänger von der SPÖ oder den GRÜNEN, muss man ja wirklich sagen, dass ich jetzt langsam schon annehme, dass Sie ernsthaft glauben, dass das, was Sie hier machen, richtig ist und gut für die Bevölkerung. *(Heiterkeit bei den GRÜNEN.)* Man muss auch wirklich sagen, dass Sie anscheinend die Realität da draußen nicht kennen. Denn viele Menschen – und das kann ich Ihnen versichern – kämpfen ums nackte Überleben. Das ist die beinharte Realität, und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist durch Ihr politisches Versagen und durch Ihre rot-grüne Belastungspolitik hervorgerufen worden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber schauen wir uns einmal an, wie Sie die Menschen seit dem Jahre 2006 belastet haben. Wenn man sich hier die Belastungsbilanz von Bgm Häupl anschaut, muss man sagen, Sie haben die Strompreise um 20 Prozent erhöht, Sie haben die Fernwärmetarife um 25 Prozent erhöht, den Gaspreis um 20 Prozent, die Wasser- und Müllgebühren um 39 beziehungsweise 40 Prozent erhöht.

Wenn man das alles zusammenrechnet und hier eine Durchschnittsfamilie heranzieht, muss man wirklich sagen, dass Sie die Wiener mit einer Summe von 1 787 EUR im Jahr belasten. Das sind im Monat 149 EUR, stellen Sie sich das einmal vor. Die Menschen verdienen eh immer weniger, jeder klagt darüber, dass die Löhne so nieder sind, und Sie belasten die Menschen weiterhin, diese müssen wegen Ihrer Belastungspolitik 149 EUR mehr zahlen. Gerade Jungfamilien leben ja, wie wir wissen, in Wien an der Armutsgrenze, müssen schauen, dass sie am Ende des Monats ihre Miete bezahlen können, Strom und Gas sind zu bezahlen. Und dann reden

Sie sich bitte nicht dauernd aus, dass Sie das nur wegen der Wirtschaftskrise machen, nennen Sie es beim Namen. In Wien ist die Armutsfalle die rot-grüne Stadtregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn es darum geht, die Belastungsschraube festzuziehen, versagen Sie nie, wenn es um wichtige Bereiche geht, vor allem im Ressort Bildung, Jugend, Information und Sport, versagen Sie eigentlich ständig. Wenn man sich allein in Wien die Lehrstellenproblematik anschaut, muss man sagen, dass das ja seit dem letzten Jahr eklatant geworden ist. In anderen Bundesländern funktioniert die Lehrlingsförderung stark, bei uns nicht, wir sind ständig am absteigenden Ast, sind Schlusslicht. In Wien gibt es 1 760 fehlende Lehrstellen. Letztes Jahr kamen noch auf eine offene Lehrstelle zwei Suchende, nun hat sich das drastisch verschlechtert, derzeit kommen auf eine offene Lehrstelle fünf Lehrstellensuchende.

Man sieht, auch im Bereich der Lehrlingspolitik, den Sie sich ja ständig auf die Fahnen heften, scheitern Sie eklatant. Aber nicht nur im Bereich der Lehrlinge, sondern generell im Bereich der Schulpolitik: Wir haben ständig einen Personalmangel, es gibt Stundenkürzungen, die Ergebnisse des PISA-Tests, der Wiener Lesestudie et cetera lassen auch nicht hoffen, dass das besser wird. Und das haben wir eigentlich seit Jahrzehnten alleine Ihrer roten Bildungspolitik in Wien zu verdanken. Der Wiener Lesetest besagt ja, dass in Wien jeder 5. Schüler in der 4. Klasse Volksschule kaum lesen kann. Das ist ja kein Versagen der Kinder, das ist eindeutig ein Versagen der SPÖ-Bildungspolitik.

Das führt soweit, dass österreichweit 16 000 Menschen – aber ein Großteil entfällt auf Wien – in die Bildungsunfähigkeit abrutschen. So eine Zahl ist schon eklatant, denn Bildungsunfähigkeit bedeutet, dass diese Menschen nicht lesen und schreiben können, nicht sinnfassend lesen können, und das bedeutet auch, dass sie sich eigentlich ein Leben lang nicht mehr weiterbilden können.

Daher ist man in Wien natürlich verpflichtet, besser darauf zu schauen, dass auch wirklich Deutsch gesprochen wird. Der Kollege Schicker ist jetzt nicht da, er hat vorher unserem Klubobmann vorgeworfen, dass diese Zahl, dass nur noch zwei, drei deutschsprachige Kinder in den Klassen sitzen, nicht stimmt. Ich weiß, er wird hier Pflichtverteidiger für die Wiener Stadtschulratspräsidentin spielen müssen. Aber die Statistik Austria – und die ist ja ein unabhängiges Institut – belegt, dass in Wien in manchen Klassen bis zu 86 Prozent der Schüler Deutsch nicht mehr als Umgangssprache wählen – bis zu 86 Prozent vor allem im 5. Wiener Gemeindebezirk. Jetzt kann man sagen, na gut, vielleicht sind unsere österreichischen Schüler so toll und lernen so viele Fremdsprachen, dass sie dann in der Pause und im Schulhof die ganze Zeit in irgendwelchen Fremdsprachen sprechen. Aber das wird ja nicht der Fall sein. Es ist umgekehrt: 86 Prozent im 5. Wiener Gemeindebezirk sprechen deswegen nicht Deutsch als Umgangssprache, weil es ersten nicht ihre

Muttersprache ist und zweitens auch nur marginal beherrscht wird. Und wenn man diese 86 Prozent, Herr Schicker, runterbricht auf eine Klasse mit 25 Schülern, bleiben eben nur 3 Schüler über, die noch Muttersprache Deutsch haben beziehungsweise die deutsche Sprache gut beherrschen.

Kollegin Wurzer, Sie haben vorhin davon gesprochen, dass jeder Mensch unterschiedlich ist, jeder verschiedene Bedürfnisse hat. Darauf sage ich: Ja, selbstverständlich! Deshalb fordern wir ja auch ein differenziertes Schulsystem, weil man nur so differenzieren und jeden Schüler in den Stärken bestärken und auch seine Schwächen ausmerzen kann. Daher braucht es hier ein breitgefächertes Angebot, vor allem in einer Weltstadt wie Wien. Deshalb nehme ich Ihren Denkansatz auf, fasse diese Vielfältigkeit auch in einen Beschlussantrag und stelle folgenden Antrag: Der zuständige Stadtrat für Bildung, Jugend, Information und Sport wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für die Beibehaltung der allgemein bildenden höheren Schulen in Form von Unter- und Oberstufe einzusetzen. – Es wird die sofortige Abstimmung verlangt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zusammenfassend: Diese gesamte Bildungsmisere hat oder trägt in Wien zwei Namen, nämlich Oxonitsch und Präsidentin Brandsteidl. Sie ist ja das letzte Mal nur aufgefallen, weil sie gefordert hat, oder angeblich nicht gefordert hat – aber dennoch haben es die Medien geschrieben –, die Kindergartenpflicht ab dem 1. Lebensjahr einzuführen. Und da sage ich: Wenn man in einer Zeitung falsch zitiert oder falsch gebracht wird, gibt es immer noch die Möglichkeit einer Gegendarstellung. Daher können Sie das, wenn Sie es wirklich nicht gesagt haben, gerne machen. Ich gebe aber der SPÖ-Fraktion auch noch die Chance, sich von diesem Vorschlag zu distanzieren, oder von diesem falsch verwendeten Zeitungsbericht, und stelle auch folgenden Antrag: Der Gemeinderat spricht sich gegen die Einführung einer Kindergartenpflicht ab dem 1. Lebensjahr aus. – Wenn Sie das wirklich so ernst meinen, wie Sie immer sagen, werden Sie diesem Antrag auch sicher zustimmen.

Ein weiteres Thema, bei dem man in diesem Ressort wieder versagt hat – die Frau Kollegin Leeb hat es ja schon gesagt – betrifft die Wiener Kinderheime und diese Missbrauchstaten, die dort über Jahrzehnte hinweg geführt wurden. Sie haben es als Stadtrat nicht geschafft, eine öffentliche Entschuldigung auszusprechen, im Rahmen eines öffentlichen Akts, so wie wir das immer wieder gewünscht und auch mit Anträgen beschlossen haben, die Sie immer wieder abgewiesen haben. Kein öffentlicher Akt des Bedauerns. Sie schaffen es nicht einmal – obwohl ich den Bürgermeister schon mehrmals gefragt habe, ob er sich das vorstellen kann, und er immer wieder mit „ja, ja, das wird schon kommen“ geantwortet hat – beim Schloss Wilhelminenberg einen Gedenkstein aufzustellen. Man muss sagen, dass diese Menschen ja nicht nur diesen Anerkennungsakt benötigen, sondern viele Menschen sind auch auf Grund dieser jahrelangen schweren Missbräuche für ihr ganzes Leben geschädigt, konnten keiner

Erwerbstätigkeit nachgehen und stehen jetzt eigentlich vor dem finanziellen Ruin. Auch hier fordern wir wiederum, dass Sie eine Opferrente einführen, und ich darf das nur in Form eines Beschlussantrages einbringen:

Der Bürgermeister der Stadt Wien wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass allen Opfern in städtischen Kinder- und Jugendheimen, die auf Grund der Vorfälle erwerbsbeeinträchtigt waren oder sind, eine Opferrente zuerkannt wird. – Es wird auch die sofortige Abstimmung verlangt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Eine weitere Opfergruppe, der leider viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird, sind jene, die ursprünglich eigentlich unter der Obsorge der Eltern standen und in weiterer Folge aber dann vom Jugendamt betreut werden mussten. Auch da gab es viele, viele Vorfälle – und die Bürger haben sich ja nicht nur an uns gewandt, sondern auch an den Bürgermeister und an den Herrn Stadtrat – bei denen das Jugendamt in der Obsorge bei der Familie versagt hat, wo durch Anzeigen bekannt war, dass die Kinder dort schwer vernachlässigt wurden, dass sie über mehrere Tage eingesperrt wurden – einige dieser Opfer waren auch bei uns –, weil die Mutter weg war und sich keiner um die Kinder gekümmert hat. Die Kinder haben es immer dem Jugendamt gesagt, aber trotz dieser Anzeigen und Anzeigen von Nachbarn haben sie das nicht registriert und haben nicht reagiert. Diese Opfer fallen bei den Entschädigungen durch den Weissen Ring jetzt durch den Rost, weil ihnen nicht so ein Leid wie in den Kinderheimen widerfahren ist. Und da sage ich, es darf keine Opfer zweiter Klasse geben, es muss gleiches Recht für alle gelten. Daher stelle ich auch den Antrag:

Der Bürgermeister der Stadt Wien wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass beide Opfergruppen, nämlich jene, die in den Heimen der Stadt Wien missbraucht wurden, und jene, die unter der Betreuung des Jugendamtes das gleiche Schicksal erlitten haben, gleichgestellt und gleichbehandelt werden, und allen Opfern, auch jene, die unter der Untätigkeit des Jugendamtes litten, eine Opferrente zuerkannt wird. – Auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn man dieses Ressort und das Budget beurteilen soll, muss man wirklich zusammenfassend sagen, dass die SPÖ-Fraktion leider beratungsresistent ist, dass der Herr Stadtrat beratungsresistent ist, dass Sie auch konstruktive Vorschläge, die von uns kommen, wie zum Beispiel Opferrenten oder Gedenksteine, aus Parteiräson ablehnen. Auf Grund dieser Uneinsichtigkeit und des nicht einlenken Wollens, kann man eigentlich sagen, Herr Stadtrat, dass Sie für diese Position eine Fehlbesetzung sind. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Dr Aigner. Ich erteile es ihm und weise auf die 5 Minuten und 30 Sekunden Redezeit hin.

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Ich möchte gleich bei den Kindergartenplätzen begin-

nen, die natürlich Wien vor eine sehr große Herausforderung stellen. Aber so wie die der Frau Kollegin Leeb ist es auch meine Sorge, ob die Stadt Wien, die zuständige Behörde, in der Lage ist, die entsprechende Qualität auch bei vielen privaten, neu gegründeten Kindergruppen sicherzustellen. Es ist ein Unterschied, ob eingeführte Träger wie die KIWIs, die Kinderfreunde oder kirchliche Einrichtungen institutionalisiert seit vielen Jahren und Jahrzehnten Kinderbetreuung anbieten, oder sich auf der anderen Seite private Vereine bilden. Das überfordert ja auch uns im Gemeinderat. Wir können uns nur die pädagogischen Konzepte, die Statuten ansehen, und die schauen alle irgendwie gleich aus. Das ist alles ein „Wünsch Dir was“, alles wirkt ganz toll und ideal, aber wie dann die Realität ist, muss auch von den zuständigen Behörden entsprechend kontrolliert werden. Denn nur der Hinweis alleine, dass wieder Millionen Anschubfinanzierungen gegeben worden sind, dass wieder hunderte, tausende Plätze geschaffen sind, wäre zu wenig. Ich bitte Sie da wirklich, die zuständigen Behörden personell entsprechend so auszustatten, damit auch unangekündigte Kontrollen möglich sind, damit man sich wirklich auch ein Bild darüber verschaffen kann, was sich da tut.

Frau Kollegin Wurzer, bei Ihnen kommt schon immer sehr viel Ideologie daher, zum Beispiel bei Ihrer Mehrsprachigkeit. Es ist schon gut, wenn man mehrere Sprachen kann. Aber wir haben ja eher ein Manko in der Richtung, dass unsere Hauptsprache, unsere Unterrichtssprache, unsere Staatssprache eigentlich zu wenig gekonnt wird. Ich glaube, es ist für jemanden, der aus dem nicht-deutschsprachigen Ausland kommt, keine Zumutung, wenn der Fokus in den öffentlichen und öffentlich finanzierten Einrichtungen dahin gelenkt wird, dass man Deutsch kann, sondern das sollte eine Selbstverständlichkeit sein. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)* Das trifft einen ja nicht überraschend. Denn wenn ich nach Amerika gehe, ist auch klar, dass ich Englisch können muss. Dass ich dann vielleicht noch Italienisch oder was anderes auch noch sprechen kann *(GR Dr Kurt Stürzenbecher: Spanisch!)*, oder Spanisch, ist überhaupt keine Frage, aber die Sprache in Amerika ist Englisch und bei uns ist es Deutsch.

Es ist auch ganz wesentlich, dass die deutsche Sprache als Kriterium der Schulreife festgezurrert wird. Ich bin daher sehr dafür, so wie das auch in Wien gemacht wird, dass es Vorschulklassen gibt. Es ist besser, ein Jahr konzentriert eine Sprache zu lernen, um dann dem Unterricht folgen zu können, als jahrelang herumzuhängen und das Halbe nicht zu verstehen. Das hat überhaupt keinen Sinn, da müssen wir hinterher wieder viel Geld hineinstecken, damit Schulabschlüsse nachgeholt und Sprachbarrieren überwunden werden. Das ist einfach wesentlich, das ist auch eine Frage unseres Selbstverständnisses. Das ist nun einmal unsere Staatssprache, dafür brauchen wir uns nicht zu genieren, das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Ansonsten zum Thema Schule: Ich verstehe nicht, warum man einen erfolgreichen Schultyp wie das achtjährige

Gymnasium, der ja historisch gesehen große Verdienste hat, zu einem Auslaufmodell machen muss – gerade wo in Wien der Zustrom zum Gymnasium sehr stark ist, ja auch aus Ihren Reihen vom Herrn Bundespräsidenten abwärts niemand das Gymnasium missen will – und stattdessen eine Einheitsschule will und so tut, als ob man individualisieren könnte. Ich glaube, diese Vorstellung, dass man mit 25 oder 30 Schülern auf individuelle Bedürfnisse allzu sehr eingehen kann, ist ein bisschen eine Illusion. Da muss man Gruppenteilungen machen. Es geschieht ja auch derzeit schon, dass man Gruppen teilt, und da ist einer einmal in der besseren und einmal in der schlechteren Gruppe, um auf ein ordentliches Level zu kommen. Aber zu meinen, mit der Beseitigung des Gymnasiums leisten wir einen Beitrag dazu, dass unsere Bildungsqualität steigt, also, meine Damen und Herren, das glauben Sie doch selber nicht! Und dann erklären Sie uns, warum Sie Ihre eigenen Kinder sehr wohl auch in die Gymnasien schicken und warum gerade in Wien das Gymnasium so nachgefragt wird! In den Bundesländern, wo es gute Hauptschulen gibt – wie immer sich die gerade nennen –, ist das überhaupt kein Thema. Wenn die Hauptschule gut ist, dann ist das keine Sackgasse, sondern dann geht man weiter ins Oberstufenrealgymnasium und geht in die Lehre und kann dort etwas weiterbringen.

Das ist auch ganz wesentlich – es bleibt mir nur mehr wenig Zeit: Wenn hier die akademische Ausbildung für Kindergartenpädagogen gefordert wird, hört sich das alles sehr gut an. Aber dann muss man auch budgetär Vorsorge treffen, damit man akademische Gehälter zahlen kann. Und da schaue ich mir an, wie es in Zeiten wie diesen möglich ist, gehaltsmäßig etwas daraufzulegen. Das wird es einfach nicht spielen. Und ansonsten die Kriterien hinaufzuheben und den Gehalt nicht mitwachsen zu lassen, führt nur zu einer Frustration der Beschäftigten. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Vettermann. Seine Zeit ist auf 15 Minuten eingestellt.

GR Heinz **Vettermann** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Vielleicht zuerst einmal kurz zu den Vorrednern und dann kurz, knapp, knackig auch zu ein, zwei, drei Schwerpunkten, die ich für bemerkenswert halte.

Zum Kollegen Aigner: Ja, klar, die Qualität wird überprüft, auch in den Kindergruppen. Es ist ja gut, dass der Gemeinderat das nicht überprüft, denn ich habe zwar eine hohe Meinung von uns allen, aber es ist ja ganz klar, dass wir eine mehr gesetzgeberische Funktion haben und nicht selbst versuchen, durch überraschende Besuche irgendwas festzustellen. Und ich habe da das Vertrauen, weil ich auch weiß, dass es die Kontrollen gibt.

Das mit der Unterrichtssprache werde ich beim Kollegen Nepp noch kurz ansprechen, daher sage ich das jetzt nicht doppelt, sondern komme darauf zurück.

Bei den Gymnasien möchte ich jetzt nicht wieder die

Endlosdebatte beginnen, aber es ist ja ganz klar, dass es eine frühe Trennung ist, wenn man im Alter von zehn Jahren trennt. Gerade in Wien ist das deshalb fulminant, weil es Halbe-Halbe ist, ungefähr die Hälfte geht in die Neue Mittelschule, vulgo Hauptschule, die andere in die AHS. Es ist auch ganz klar, dass das einen Klassenverband auseinanderreißt. Es ist evident, dass es da Schwierigkeiten gibt, gerade in Wien, denn in der AHS haben viele der Lehrer keine pädagogische Ausbildung. Sie können auch keine drei Leistungsgruppen und so weiter bilden. Das alles ist nicht möglich. Teilweise haben sie 80, 90 Prozent, es sind faktisch Kreti und Plethi in der Klasse und sie stehen mit dem Rücken zur Wand. Das ist schlecht. Und man hätte alle Möglichkeiten bei der anderen Hälfte, in der dann die – sagen wir – eher zu Fördernden sind. Hier kann man drei Leistungsgruppen bilden, die erste ist aber schon abgehauen. Daher wäre es für Wien sehr günstig, wenn man das zusammenführt, was ja nicht bedeutet, dass es keine Oberstufenformen gibt, die wir dann sozusagen weiter in der Schule halten. Das ist die ewige Diskussion. Wieso Sie, bei den Schwierigkeiten in Wien, so auf diese Form setzen, ist mir auch pädagogisch nicht erklärbar.

Zu einigen politischen Visionen, die die Kollegin Leeb eingefordert hat, werde ich auch noch kommen, auch dazu, wie ich teilweise unser Budget lese und verstehe, und was ich glaube, wo es insgesamt hingehet. Natürlich gibt es da einen Plan.

Zur Frage, ob die Schulgebäude schon so abgehaust sind, dass sie sich mit dem Container anfreunden können, gibt es zwei Dinge zu sagen: Dort, wo schon Container stehen, kommen sie nicht weg, weil alle Schulen gerne, selbst wenn sie wieder alle Klassen im Haupthaus unterbringen können, Räume haben, die dann für andere Dinge verwendet werden. Das Schwierige ist also, sie den Schulen wieder wegzunehmen und woanders hinzustellen. Und zum Zweiten gibt es tatsächlich LehrerInnen, die dort gerne hingehen, weil sie eben modern sind, weil sie schön sind, weil es dort nett ist zu unterrichten. In einem Container ist es ja nicht viel kleiner oder anders als in einer Klasse. Das kommt natürlich auch auf die Schule und auf die Klasse an. Aber im Prinzip ist das immer schlecht. Machen echt nicht in Ordnung.

Bei den Kindergartenplätzen habe ich nicht ganz verstanden, wie Sie das genau gemeint haben. Aber eines ist klar: Man ist immer auf einer Warteliste. Wenn man sich vorher anmelden muss, braucht es Listen. Wir haben bei den 3- bis 6-Jährigen eine Überfüllung, wir haben 103 Prozent an Plätzen, das ist rein statistisch nachweisbar. Was ja nicht bedeutet, dass es keine Druckpunkte gibt, denn das ist nicht immer und überall, vielleicht nicht gerade da, wo man arbeitet oder wenn man ihn direkt bei sich zu Hause haben will. Es gibt auch in Wien Gegenden, wo es nicht so dicht ist und wir keine 103 Prozent haben. Da gibt es dann Schwierigkeiten beim Anmelden. Aber wir haben hier von den Plätzen her eine Vollversorgung geschafft. Dass es mit AMS und Arbeit hie und da manchmal schwierig war, gebe ich zu. Aber ich glaube, das ist

nun eigentlich auch ganz gut gelöst, indem auch schriftlich die Möglichkeit gegeben wird, wenn man als Arbeitssuchende eine Arbeit beginnt, dann auch einen Kindergartenplatz zu bekommen. Bei der Krippe haben wir ja das Barcelona-Ziel bei Weitem überschritten, übrigens als einziges Bundesland. Aber ich gebe zu, das wollen wir noch weiter ausbauen, weil wir das Endziel noch nicht erreicht haben. Das aktuelle Budget zeigt ja, dass wir da dranbleiben wollen. Das heißt, wir geben ja nicht auf, nur weil wir das Barcelona-Ziel erreicht haben und machen andere Dinge, sondern wir wollen das ja weiter ausbauen. Aber das andere kann man uns nicht wegreden und passt daher.

Bei der Schulsozialarbeit haben wir ein eigenes Modell. Wir haben in den Schulen Stützlehrer, wir haben als eigene Hilfssysteme Begleitlehrer. Wir haben den SozialarbeiterInnen-Pool, der direkt im Stadtschulrat angesiedelt ist, aber auf Lehrerdienstposten sitzt. (*GRin Ing Isabella Leeb: Das ist ja noch schlimmer!*) Und das eine oder andere Mal kümmert sich auch die MA 11 darum, dass in der Familie interveniert wird, wenn es eine sehr schwierige Situation für Kinder gibt. Es ist übrigens auch gut, dass es dann im Einzelfall über die MA 11, über das Amt für Jugend und Familie geht, weil die sich natürlich auch Stützmaßnahmen gemeinsam mit den Familien ausmachen können, diese verordnen können, und dass dort angedockt wird. Das heißt, wir haben ein eigenes System, das nicht nur über die Ämter für Jugend und Familie geht, wir haben einen Pool, wir haben eine breite Palette an Stütz- und Beratungslehrern, die hier auch teilweise eine sehr gute pädagogische Ausbildung haben.

Bei der BAKIP wurde schon gesagt, dass natürlich evident ist, dass von denen, die das machen, sehr viele eine Matura haben und dann weiterstudieren. Bei denen, die Erwachsenenurse und Kollegs machen, geht die überwiegende Mehrzahl mit dem Berufswunsch dorthin und beginnt auch den Beruf. Und das ist ja etwas, was wir haben wollen. Wir wollen ja nicht nur Menschen ausbilden, die es dann nicht machen, denn wir brauchen ja KindergartenpädagogInnen.

Wir haben dies schon seit vielen Jahren beobachtet und in diesem Sinn – und das kann ja nicht strittig sein, weil das ist ja auch nachlesbar – eben den Schritt gesetzt und gesagt, wir möchten bei einer BAKIP – es gibt ja die Schulform trotzdem weiter, das Gute, wenn man auch diese Schule machen möchte – an einem Standort mehr auf die Kolleg- und Erwachsenenschiene eingehen. (*GRin Ing Isabella Leeb: Behalten wir doch beide!*) – Ich muss nun etwas schneller machen, weil ich sonst zu gar nichts anderem mehr komme. Das müssen wir dann morgen oder übermorgen weiterdiskutieren, „sorry about that“.

Der Kollege Nepp hat zuvor eine breite Abhandlung über die Armut- und Wohlstandsentwicklung gehalten. Da gibt es natürlich die eine oder andere Entwicklung, die tatsächlich auch aus meiner Sicht kritisch zu hinterfragen ist. Eine gute Möglichkeit ist eigentlich weniger in diesem Ressort angesiedelt, so etwas wie ein Mindestlohn, solche Dinge sind besser. Armut kann man zum Beispiel

auch durch gute Bezahlung sehr gut verhindern. Daher hat es mich gewundert, dass Sie das ganz ausgelassen haben.

Zur Ausbildungsgarantie bei Lehrlingen: Erstens machen wir da etwas. Wir haben die Ausbildungsgarantie, es gibt gute überbetriebliche Ausbildung, sie ressortiert nur nicht in dem Ressort. Gut, dass Sie es erwähnt haben, aber wir sind da ja nur über die Berufsschulen mit involviert. Sonst gibt es ja andere Systeme, die greifen und funktionieren.

Bei der Lesestudie – da hat es ja bisher zwei gegeben – zeigt sich eindeutig, dass es besser und nicht schlechter geworden ist. Und es ist deshalb besser geworden, weil nach der Testung mit den Jugendlichen, mit den Kindern etwas passiert ist. Sie bekommen Crash-Kurse, erhalten ein ganzes Jahr lang eine spezielle zusätzliche Förderung und teilweise wird mit LesepatInnen gelesen. Das ist etwas, was funktioniert, das können Sie auch nicht wegreden.

Dann möchte ich noch sagen, dass es, wenn man nicht Deutsch als Muttersprache hat, im Prinzip noch gar nichts bedeutet, ob man Deutsch kann oder nicht. Wenn Kinder, die nicht Deutsch als Muttersprache haben, in der Klasse sind, sagt das nicht aus, ob sie auch entsprechend gut Deutsch gut können, um dem Unterricht zu folgen. Da gibt es natürlich einige, bei denen das nicht der Fall ist. Aber wir haben das verpflichtende Kindergartenjahr, das greift, denn wir machen die Schuleingangstestungen. Und daher wissen wir, dass erstens einmal 20 Prozent der autochthonen – wenn man so will – Wienerinnen und Wiener, die Deutsch als Muttersprache haben, nicht Deutsch können. Die kommen dann auch in eine Vorschule oder in eine längere Eingangsphase. Die anderen haben einen Migrationshintergrund, aber das ist bei Weitem eine Minderheit, eine sogar ganz deutliche Minderheit von denen, die hier eingeschult werden. Das heißt, das eine ist mit dem anderen in keiner Weise gleichzusetzen und daher eigentlich nur eine nationalistische oder rassistische Form der Abwertung. Was soll das?

Beim Antrag zum Kindergartenjahr bin ich absolut dagegen, ihn diesmal wieder anzunehmen, schon deshalb, weil das wirklich schon 17 Mal beantwortet wurde. Es hat drei Aussendungen vom Stadtschulrat gegeben, wie es wirklich war, am ersten Tag danach dann noch einmal. Ich habe das schon drei Mal beantwortet: Sie hat es nicht gesagt. Sie hat von sich aus erzählt, dass sie ab einem gewissen Alter – gar nicht ab dem 1. Lebensjahr – eine Krippe in Anspruch genommen hat, individuell. Dass es die Möglichkeit geben soll, das Kind ab dem 1. Lebensjahr in die Krippe zu geben, wird ja hoffentlich von niemandem bestritten werden. Da ist es darum gegangen, dass das eine von vielen Möglichkeiten ist.

Die Opferrente ist ja an sich Zuständigkeit des Bundes. Aber es ist gerade jetzt von der Landeshauptleuterkonferenz auf Vorschlag Wiens zum Sozialministerium weitergeleitet worden, man möge die Möglichkeiten prüfen, wie das auch für Heimkinder verbessert werden kann. Über die finanziellen Entschädigungen kann man

endlos diskutieren. Aber da brauchen wir uns zumindest international auch nicht verstecken, denn Deutschland hat maximal 13 000 EUR, Schweden – viel gelobt – hat 28 000 EUR, wir haben bei den schwereren Fällen 35 000 EUR an Entschädigung geleistet, aber haben auch zum Beispiel die bei Weitem größte Anzahl an Therapiestunden und so weiter. Da könnte ich auch noch eine ganze Latte auflisten, was hier geleistet wurde.

Beim Budget geht es darum, das wachsende Wien auch als Chance zu begreifen oder beziehungsweise sicherzustellen – und das ist eine Herausforderung –, dass die Bildung vorankommt: Bildung voran beim wachsenden Wien, und auch einen neuen und modernen Familienbegriff, der natürlich auf das Kindeswohl abzielt, aber auch AlleinerzieherInnen ins Boot holt, gleichgeschlechtliche Paare, zum Beispiel auch gleichgeschlechtliche Paare mit Pflegekindern, und damit versuchen, dem Kind Leistungen zu geben. Das betrifft die Bäder, die hier spezielle Tarife haben, das ist natürlich auch eine Frage von Sport, das ist natürlich auch eine Frage von wienXtra, der Family-Card, der Schulen, in denen wir ja versuchen, Raum für Kreativität zu schaffen, zum Beispiel in den Campusschulen.

Bei den Kindergärten habe ich schon gesagt, dass wir das Barcelona-Ziel haben, dass wir hier ein verpflichtendes Jahr haben, das sich auch im pädagogischen Sinn schon bewährt hat. Aber das alles sind natürlich Herausforderungen, die auch budgetär bewältigt werden müssen. Die Frau Vizebürgermeisterin hat heute ja schon ausgeführt, dass der Kindergarten gratis bleibt. Das wäre eigentlich nicht so selbstverständlich, wenn man sieht, wie es in anderen Bundesländern gehandhabt wird. Und natürlich haben wir auch dann das eine oder andere Mal Schwierigkeiten, wenn wir das voranbringen wollen. Aber auch hier gilt: Wien wächst und Wien ist und bleibt jung. Das muss man auch sagen, denn das Gute an Wien ist – und das betrifft dann die Kindergärten –, dass wir in Wien mehr Geburten als Todesfälle haben, wir wachsen sozusagen aus uns heraus, wenn der Zuzug vor allem innerösterreichischer Zuzug ist. Das muss natürlich auch manches Mal kommuniziert werden, um den Presse- und Informationsdienst zu erwähnen. Aber das macht ja die Kollegin Novak dann noch genauer, denn wir haben ja alle einen Schnelldurchlauf, um noch entsprechend Dank aussprechen zu können.

Die Bürger brauchen Partner, manches Mal rasche Hilfe vom Bürgerdienst. Beim Sport geht es darum, dass wir nicht nur sehr viele Sportflächen zur Verfügung stellen, sondern minimale Tarife haben. Wir könnten eigentlich 530 Millionen EUR Erlösen, würden wir marktkonform vermieten, gestalten aber die Tarife so niedrig, um den Familien und der Jugend eine Chance zu geben. Nebenbei bemerkt sind ja auch die Bädertarife so, dass sie uns in diesem Sinn keinen Gewinn bringen, und das ist ja auch bekannt. Daneben gibt es natürlich auch beim Sport sehr viel an Aktivitäten, zum Beispiel die Frauenförderung, den Frauenlauf, das Schulsanierungspaket.

Das alles soll finanziert werden und wird auch finan-

ziert, wie auch zum Beispiel von der MA 56 die Essens- und Betreuungsbeiträge, die ja dann ebenfalls wieder sozial gestaffelt sind und man, wenn man weniger oder kein Geld hat, nichts zahlt. Auch das ist sozial. Oder die MA 11 mit den Eltern-Kind-Zentren, bei denen wir jetzt budgetär ganz verstärkt in die Prävention gehen, für die auch finanzielle Mittel vorgesehen sind – und das in dieser schwierigen Situation –, und der Jugenderholung. Das heißt, wenn man sich das zum Beispiel alleine unter einem modernen Familienbegriff anschaut, sieht man, dass eigentlich alle Abteilungen dieses Ressorts, das ja ein Service-, ein Menschenressort ist, versuchen, etwas direkt für die Wienerinnen und Wiener zu leisten und hier eine tolle Arbeit machen. Deshalb auch vielen Dank für diese gute und erfolgreiche Arbeit. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich habe nur mehr 45 Sekunden Redezeit und werde daher keine Einzelpunkte mehr anführen. Ich möchte nur noch sagen, das Budget schafft Möglichkeiten für Familien, für Bildung, Jugend, Information und Sport, wie es eben der Ressortname auch ist, und die Zustimmung zum Budget ist auch ein Zeichen für kreative Lösungen und Lösungen von Herausforderungen in diesem schwierigen Umfeld. Das sollte uns mit hoher Zuversicht erfüllen. – Vielen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Anger-Koch. Ihre Redezeit wurde auf 10 Minuten eingestellt.

GRin Mag Ines **Anger-Koch** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Bevor ich zu meiner eigentlichen Budgetrede komme, möchte ich, weil heute immer wieder kritisiert wurde, dass die Opposition Wien schlechtredet, das Budget schlechtredet, etwas sagen: Wir leben hier in einer Demokratie, und es ist auch das Recht und die Aufgabe der Opposition, Realitäten aufzuzeigen und zu hinterfragen. Ich glaube, darüber müssen wir uns einig sein und müssen uns nicht immer wieder Vorwürfe machen, was wir da sagen oder nicht sagen. Und dass wir dem Budget nicht zustimmen werden, darf ich Ihnen jetzt vorweg auch gleich einmal mitteilen. *(GRin Barbara Novak: Sagen Sie einmal etwas Nettes!)*

Ihr geht ja auf unsere Lösungsvorschläge und unsere Anregungen gar nicht ein. Unsere Ideen werden erst Jahre später umgesetzt. Das ist ja auch sehr erfreulich, aber bis dahin ist es harte Arbeit, euch davon zu überzeugen, dass es vielleicht doch funktionieren könnte. Aber danke für den Hinweis, wir werden uns hinsetzen und etwas arbeiten.

Man muss aber schon sagen, dieses Geld, das Sie hier verwalten, ist fremdes Geld. Es ist das Geld der Wiener und Wienerinnen, der Steuerzahler und Steuerzahlerinnen in dieser Stadt, und im Grunde genommen weiß jeder, wenn man irgendwo etwas einzahlt, bekommt man auch etwas heraus. Das ist ja auch passiert, die Wienerinnen und Wiener bekommen ja auch etwas zurück. Jedoch, viele Dinge brauchen die Wienerinnen und Wie-

ner gar nicht, wie zum Beispiel die Öffentlichkeitsarbeit, bei der Sie sich gerne medial in Hochglanzbroschüren selbst präsentieren, teure Events, die Sie gerne veranstalten, ein Wildwuchs an Vereinen, der hier auch sehr stark subventioniert wird. Und dann haben wir leider Gottes einen Schuldenstand von über 4,5 Milliarden EUR. Das will weder der Wiener noch die Wienerin, denn die möchten dort unterstützt werden, wofür sie auch einzahlen.

Es ganz richtig, gerade das Ressort des Herrn StR Oxonitsch ist ein großes und ein sehr wichtiges. Da haben wir die Bildung drinnen, da haben wir den Sport drinnen, da haben wir die Familien drinnen. Aber natürlich ist auch die Gesundheit wichtig und gehört subventioniert, dafür zahlt man ja auch ein. Und das darf man, glaube ich, nicht vergessen. Wie gesagt, auch in der Integration ist es ja auch mir ein Anliegen, dass man bei diesen vielen Vereinen, die immer wieder gefördert werden, die Subventionen zurücknimmt und genau dort investiert, wo zum Beispiel Integration stattfindet.

Wichtig ist aber, dass es eine Verzahnung zwischen den Ressorts und der Wirtschaft gibt. Ein Beispiel wäre dafür mein Steckenpferd Sport. Sport wird in Wien schon stiefmütterlich behandelt, und nicht so, wie Sie behaupten, Herr Vettermann. Sie sagen zwar immer wieder, dass Sie sehr viele Sportstätten zur Verfügung stellen und dass das alles gut und schön ist, aber wenn man mit den Sportlern selber redet, empfinden die das leider Gottes nicht so. Und auch die Vereine empfinden das nicht so. Wir hatten gerade das Thema des Mädchenvereins, die Fußball spielen wollen und nicht können, weil sie keine Flutlichtanlage haben. Das heißt also, so viel wird nicht getan. Vor allem Mädchenfußball wird ja auch gefördert, da muss man auch diese fördern, die es auch brauchen und die auch in der Liga spielen. Das sind ja viele Mädchen mit Migrationshintergrund und das kann man ja auch fördern. Hier wäre eine Verzahnung von Integration und Sport.

Sport ist schon wichtig, weil gerade auch der Sport ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor ist. Und jeder zehnte Arbeitsplatz in Österreich steht mit Sport in Verbindung.

Die nächste Verzahnung wäre auch in das Gesundheitsressort, denn 1 EUR für den Sport erspart 3 EUR für das Gesundheitswesen. Das heißt, investiere ich das vorher, habe ich nachher nicht so viel Arbeit, es wieder gutzumachen. Diese Problematik haben wir immer wieder: Wir investieren viel, ohne dass wirklich etwas herauskommt, und dann müssen wir noch einmal investieren und viel reparieren.

Ich habe es vorhin schon angesprochen: In Wien vermisse ich eine Infrastruktur, deshalb fordern wir jetzt schon seit fünf Jahren ein Sportstättenkonzept. Bis heute haben wir noch kein wirkliches Sportstättenkonzept. Man kann es zwar, das ist richtig, im Internet abrufen, dann bekommt man einen Übersichtsplan, wo sich Sportstätten befinden, aber keine Verfügbarkeit: Wann kann ich dort einbuchen? Welche Vereine sind dort? Welche Auslastungen sind überfrequentiert, welche sind unterfrequentiert? Wie gehen wir damit um, wenn wir mehr Ganztags-

schulen in Wien haben wollen? Wie kann die Nutzung der Turnsäle auf die Trainingszeiten der Vereine aufgeteilt werden? – Das sind alles Fragen, bei denen mir eine Vereinbarkeitslösung abgeht. Wir müssen hier auch in die Zukunft denken, wenn all diese Dinge, die Sie wollen, auch eintreten sollen. Deswegen habe ich hier zum wiederholten Mal einen Antrag betreffend die Sportinfrastruktur in Wien:

„Der Herr amtsführende Stadtrat für Bildung, Jugend, Information und Sport wird aufgefordert, ehestmöglich einen Sportentwicklungsplan für Wien zu erstellen, der die Sportinfrastruktur Wiens auf das Niveau einer Weltstadt bringt. Insbesondere wären eine Multifunktionshalle für den Sport sowie ein Wiener Schwimmsportzentrum in die Planungen mit einzubeziehen. Die Umsetzung des Planes wäre binnen fünf Jahren vorzusehen.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich bleibe noch ein bisschen beim Sport, weil auch mein zweiter Antrag darauf abzielt, und zwar auf die Kooperation zwischen den Schulen und den Vereinen, die sehr zukunftsweisend ist. Wir haben die Thematik, dass unsere Jugendlichen, unsere Kinder ein Bewegungsproblem haben, dass sie immer dicker werden, dass sie adipös sind. Auch in Richtung einer präventiven Gesundheitsvorsorge ist es wichtig, eine Forcierung ... Es ist wahnsinnig lustig, Frau Wurzer, dass Sie da so angeregt lachen und eigentlich überhaupt nicht zuhören, wo man ja immer wieder von uns Anregungen zu Ihrem Ressort hören möchte. Jetzt bringt man welche und Sie nehmen sie gar nicht wirklich ernst. Soll ich schreien? Man muss zuhören, ich spreche ja eh ins Mikrofon hinein. *(Beifall bei der ÖVP.)* Diesbezüglich bringe ich einen zweiten Antrag ein:

„Der amtsführende Stadtrat für Bildung, Jugend, Information und Sport wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit dem Bund, den Institutionen und den Vereinen für eine verstärkte Kooperation von Schulen und Vereinen Sorge zu tragen und somit einen Beitrag zur allgemeinen Gesundheit zu leisten. Die bisherigen Initiativen, die bereits gesetzt wurden, sollen dabei als Beispiel dienen.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Als letzten Punkt möchte ich jetzt noch auf Familien und Jugendwohlfahrt eingehen. Herr Vettermann, Sie haben es schon angeschnitten, dass hier sehr viel getan wird. Aber gerade in dem Bereich passiert noch zu wenig, wir haben immer noch personelle und finanzielle Ressourcen, die wir aufstocken müssen. Ich weiß, dass es forciert wird, dazu haben Sie auch eine Pressemeldung, dass ein Rückgang bei der „vollen Erziehung“ festzustellen ist. Aber es gibt ja immer noch Kinder, die als Akutfälle in Krisenzentren untergebracht werden. Gerade im Bereich Pflegeeltern könnte man die Aufenthaltsdauer der Kinder verlängern, weil die Pflegeeltern erst nach zwei Monaten, wenn sie das Kind in voller Pflege hatten, das Kindergeld zurückerstattet bekommen. Sie lassen die Kinder es aber nur acht Wochen bei Pflegeeltern, das

heißt, die Pflegefamilien fallen eigentlich um das Kindergeld um, machen aber sehr viel Werbung für Pflegeeltern, vice versa werden es wahrscheinlich nicht mehr werden, wenn sie die Kinderbetreuung nur für acht Wochen bekommen. Gerade bei Krisenangelegenheiten soll nicht so viel Geld für die Bewerbung der Pflegeelternschaft verwendet werden, sondern versucht werden, den Pflegeeltern, die sich dafür bereit erklären, diesen Job zu übernehmen, die Kinder nicht gleich nach sechs Wochen wegzunehmen, sondern ... (*Zwischenruf von Amtsf StR Christian Oxonitsch.*) – Ich höre gleich auf. – Jetzt habe ich den Faden verloren, was klar ist. (*GRin Barbara Novak: Pflegekinder, sechs Wochen!*) – Danke. – Bitte länger, damit auch die Pflegeeltern zu dem Geld kommen, das ihnen zusteht. Das ist eine weitere Anregung, die wir hier machen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich komme auch schon zum Ende meiner Rede, ich habe gerade noch 56 Sekunden. Ich möchte noch einen Antrag einbringen:

„Der zuständige Stadtrat für Bildung, Jugend, Information und Sport wird aufgefordert, für die nötige Anzahl der Fachkräfte, insbesondere an Schul- und Sozialarbeitern in der Wiener Jugendwohlfahrt und damit einhergehend für die Anpassung der Anzahl an Dienstposten zu sorgen sowie die dafür erforderlichen Mittel zur Umschichtung im eigenen Ressort zur Verfügung zu stellen.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuss für Bildung, Jugend, Information und Sport verlangt.“ – Danke schön. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich GR Akkilic. Seine Redezeit wurde auf 12 Minuten eingestellt. Ich erteile ihm das Wort.

GR Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Dass die Bevölkerung Wiens wächst und dass wir jährlich einen Nettozuwachs von 25 000 bis 30 000 haben, haben heute schon viele gesagt.

Aber was bedeutet das aus der Sicht der Jugend? Was bedeutet das Ganze aus der Sicht der Bildung der Jugendlichen und Kinder? Und wie ist das Budget in diesem Zusammenhang aufgestellt? – Ich bin davon überzeugt, dass wir mit diesem Budget die Weichen für die Zukunft gestellt haben, dass wir mit diesem Bevölkerungswachstum zurechtkommen werden. Es geht darum, dass wir samt unseren Jugendeinrichtungen, die wir in dieser Stadt haben, in die Phase des Wachstums eingebunden werden und dass die Jugendeinrichtungen so auf die Beine gestellt sind, dass sie mit der Perspektive hineingehen: Ja, die Stadt wächst, das heißt, es werden neue Siedlungen eingerichtet, es werden neue Bauten errichtet, und da ziehen Familien ein, die Kinder haben, die schulpflichtig sind beziehungsweise die jung sind. Die Jugendorganisationen der Stadt so aufzustellen, dass sie in dieser Entwicklung mitmachen, ist von essenzieller Bedeutung, und in diesem Punkt sind wichtige Schritte gesetzt worden.

Die Seestadt Aspern ist, wie Sie wissen, noch in der Bauphase, und selbst in dieser Bauphase hat sich die Wiener Jugendarbeit schon eingebracht und hat dort eine provisorische Jugendeinrichtung errichtet, damit wir in Zukunft, damit die Jugendlichen in Zukunft in dieser Stadt in dieser Entwicklungsphase mitgemacht und mitgeredet haben. Das ist für uns ein sehr, sehr wichtiger Punkt, weil wir wollen, dass die Kinder und Jugendlichen dieser Stadt die Entwicklungen von null auf mitbekommen beziehungsweise von ihrer Jugend auf mitbekommen und dass sie das Gefühl haben, dass sie in dieser Stadt etwas zu reden haben und etwas mitzubestimmen haben.

Insofern denke ich mir, dass auch die geplanten Schulen in den neuen Siedlungen sehr viel dazu beitragen werden, dass sich die Stadt auf dieses Wachstum einstellt beziehungsweise eingestellt hat.

Aber einer der wesentlichen Punkte in diesem Wachstumsbereich ist auch die Frage: Wie begegnen wir diesem Wachstum? Das ist eine sehr zentrale Frage, die mich beschäftigt und die auch die Aufnahmepolitik dieser Stadt bestimmt: Wie begegnen wir jenen Menschen, von denen wir sagen, dass 20 000 oder 25 000 jährlich nach Wien zuziehen werden, egal, ob aus Bundesländern oder aus den europäischen Staaten, EU-Mitgliedsstaaten?

Wenn wir hier beginnen, diese Menschen als Gefahr zu definieren, als jene Menschen zu definieren, die anderen Arbeitsplätze wegnehmen, dann sage ich Ihnen eines: Dann wird der Integrationsprozess von diesen Menschen möglicherweise genauso scheitern wie bei vielen anderen Dingen, wo wir seit Jahrzehnten versuchen, das Ganze klarzubekommen.

Daher, glaube ich, ist es ganz, ganz wichtig, dass wir so aufgestellt sind, dass wir diesem Wachstum mit einer freundlichen Stimmung entgegentreten, dass wir den Jugendlichen, die in diese Siedlungen einziehen, freundlich entgegentreten und dass wir die Jugendeinrichtungen der Stadt Wien, die gemeinnützigen Vereine und die von der Stadt geförderten Vereine auch dementsprechend aufstellen, dass sie nicht denselben Fehler machen, der vor Jahren begangen wurde, nämlich in den neuen Jugendlichen, den neuen Kindern, die nach Wien ziehen, ein Gefahrenpotenzial zu sehen.

Nein, wir sehen, diese Kinder kommen auf der Grundlage sehr, sehr wichtiger Übereinkommen – Übereinkommen, die auch Österreich unterschrieben hat. Die Mobilitätsfreiheit in Europa gewährleistet auch Niederlassungsbewilligung und Bewegungsfreiheit. Das heißt, es sind nicht Zuwanderer, die irgendwie herkommen, sondern es sind viele Zuwanderer vor allem Deutsche und solche aus den anderen EU-Mitgliedsstaaten, die nach Österreich kommen und sich hier gemäß dem EU-Recht niederlassen. Und es ermöglicht auch die Dienstleistungsrichtlinie der Europäischen Union eine Mobilität und Beschäftigung in den anderen Mitgliedsstaaten.

Daher müssen wir diesen Zuwachs, diesen Bevölkerungszuwachs in der Stadt unter dieser Perspektive betrachten und nicht irgendwie davon reden, dass die Ausländer kommen und uns die Arbeitsplätze wegnehmen.

Die Auseinandersetzung mit dem Zuwachs ist auch aus einer anderen Perspektive ganz, ganz wichtig. Wir haben eine sehr, sehr gefährliche Entwicklung innerhalb Europas - und es ist, sage ich jetzt einmal, schade, dass sich bis jetzt keiner diesbezüglich zu Wort gemeldet hat -, das ist der wachsende Rassismus. Der wachsende Rassismus in Europa birgt sehr große Gefahren in sich. Laut Verfassungsschutz sind im letzten Jahr - allein im Jahr 2012! - die rechtsradikalen Straftaten um 8,5 Prozent gestiegen. Das heißt, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen, die Themen Migration, Mobilität und Rassismus zu verknüpfen und miteinander zu diskutieren, ist auch die zukünftige Aufgabe der Jugendarbeit in Wien.

Und sich mit dieser Aufgabe auseinanderzusetzen, bedeutet auch, dass wir uns mit dem Thema Rassismus auseinandersetzen müssen. Ein Anstieg von 8,5 Prozent beim Rechtsradikalismus in Wien und in Österreich, das ist eine sehr große Gefahr, meine Damen und Herren. Sie wissen ganz genau, dass am 27.10. eine Gruppe von 40 Personen, Neonazis, einschlägige Neonazis, Rechtsradikale (*GR Mag Wolfgang Jung: Wieso hört man denn von dieser Geschichte nichts mehr? Warum ist das verschwunden? – Weil das nicht gewesen ist, was Sie sagen!*), bewaffnet mit Schlagstöcken, mit Bierflaschen, am helllichten Tag - am helllichten Tag, stellen Sie sich das einmal vor! (*GR Mag Wolfgang Jung: Das ist ganz still und leise aus den Medien verschwunden!*) - das Ernst-Kirchweger-Haus angegriffen haben und gezielt auf die Föderation der Arbeiter und Jugendlichen aus der Türkei zugegangen sind, wo sich Kinder und Frauen im Lokal befunden haben. (*StR Mag Manfred Juraczka: Herr Kollege, das ist tragisch, aber was ...*) – Ich komme noch darauf zu sprechen. - Wenn wir die fremdenfeindliche Stimmung anheizen und uns nicht dagegen positionieren, werden wir das Bevölkerungswachstum in unserer Stadt unter anderen Voraussetzungen diskutieren müssen. Wenn wir nicht entschieden gegen Rassismus und Rechtsradikalismus mitten unter uns auftreten und das nicht abwehren, werden wir eine hetzerische Debatte gegenüber den Neuzugängern, die nach Wien kommen, haben.

Und daher, denke ich mir, tun wir gut daran, in diesem Budget und in der politischen Einstellung unsere Jugendarbeit (*StR Mag Manfred Juraczka: Entschuldigen Sie, haben Sie das Gefühl, dass gegen Rassismus nicht vorgegangen wird?*), die ja schon jahrzehntelang stark gegen Rassismus auftritt, zu fördern. - Herr Juraczka, was ist das Problem daran? (*StR Mag Manfred Juraczka: Meine Frage war nur, ob Sie das Gefühl haben, dass man nicht gegen Rassismus hier in dieser Stadt eigentlich gemeinsam vorgeht!*) - Ich hätte mir von Ihrer Partei, von Ihrem Staatssekretär gewünscht, dass er, während 40 Leute bewaffnet auf das Ernst-Kirchweger-Haus zugehen, aufsteht und sagt, ich verurteile das! - Das ist nicht getan worden. Von der FPÖ erwarte ich mir so etwas sowieso nicht. (*GR Mag Wolfgang Jung: Ich könnte höchstens eine Richtigstellung zu dem bringen, was Sie daherreden!*) Ganz im Gegenteil, wenn der Herr Gudenus sagt:

Knüppel aus dem Sack!, dann sind die Leute ermutigt und gehen auf die armen Leute los. Sie von der FPÖ sind die politisch Verantwortlichen dafür!

Wir haben die Aufgabe, unsere Jugend davor zu schützen. Wir haben die Aufgabe, unsere Jugend vor Rechtsradikalismus zu schützen, und ich glaube, dass diese Debatte über den Zuzug und das Wachstum uns nochmals die Gelegenheit gibt, uns ernsthaft damit auseinanderzusetzen. Und ich erwarte mir eine ernsthafte Auseinandersetzung mit diesem Bereich auch von der ÖVP.

Ich glaube, wir haben auch im Arbeitsmarktbereich schon die Weichenstellungen vorgenommen. Spacelab ist ein zukunftsweisendes Projekt, das sich die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen zum Schwerpunkt gemacht hat und ihnen die Möglichkeit gibt, weiterhin in den Arbeitsmarkt eingegliedert zu werden. Es ist eine sehr, sehr wichtige Maßnahme, dass dies in Zukunft weiter gefördert wird. Die Arbeit der großen Trägervereine - Verein Wiener Jugendzentren, wienXtra -, die jährlich Hunderte, Tausende von Menschen kontaktieren und betreuen und mit ihnen gemeinsame Projekte gestalten, ist auch in diesem Budget wieder sichergestellt. Ich glaube, es gebührt ein ganz, ganz großer Dank auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich der Jugendarbeit in dieser Stadt, und das möchte ich hier unterstreichen. (*Beifall bei GRÜ-NEN und SPÖ.*)

Dass die Freiheitlichen jetzt einen Antrag stellen gegen eine Kindergartenpflicht ab dem 1. Jahr (*GR Mag Wolfgang Jung: Ja, gegen eine Pflicht!*), zeigt, dass sie nicht in dieser Welt leben. Wir haben keine Kindergartenpflicht ab dem 1. Jahr! Wogegen kämpfen Sie? Wogegen stellen Sie einen Antrag? Erklären Sie mir das! Das ist genauso wie Ihre Zuwanderungsdebatte, also dieser Antrag ist ein unnötiger Antrag. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das entscheiden Sie?!*)

Zum Abschluss möchte ich noch Folgendes sagen, weil Herr Aigner und die Freiheitlichen und Frau Angerkoch das auch thematisiert haben: Schauen Sie, wenn ich von der Mehrsprachigkeit der Kinder rede, rede ich von meinem Kind. Ich rede nicht über andere Kinder. Mein Kind und seine Mutter und ich zahlen genauso Steuern in diesem Land, und ich möchte, dass mein Kind in unserem Bildungssystem zum Zug kommt. Ich möchte, dass mein Kind mehrere Sprachen lernt, und ich möchte, dass mein Kind die Kultur, die wir leben (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) - das ist eine multikulturelle Familie - auch in der Schule zur Verfügung gestellt bekommt. Das ist ein Anspruch von mir! (*GR Mag Wolfgang Jung: ... in Österreich ist, Chinesisch reden?! Was soll das?*)

Das heißt aber nicht - weil Sie immer so engstirnig debattieren -, dass ich nicht will, dass die Kinder Deutsch lernen. (*GR Mag Wolfgang Jung: ... Chinesisch und Japanisch, oder was?*) Die Kinder sollen Deutsch lernen! Ich will, dass die Kinder Deutsch lernen, aber ich möchte auch, dass die Kinder jene Sprachen sprechen und erlernen können, die sie von zu Hause mitbekommen oder in

ihrem Umfeld erfahren, erlernen. (GR Mag Wolfgang Jung: ... in eine Privatschule! – Wer zahlt das?) Na, wer zahlt das? (GR Mag Wolfgang Jung: Ja, genau!) Na, wir zahlen das alle! Es gibt so viele mehrsprachige Familien in dieser Stadt, die auch Steuern zahlen. Also hören Sie auf!

Und, Frau Leeb, höflich gesagt: Ich möchte nicht, dass Sie einmal die Bank wechseln. Lesen Sie erst Sebastian Kurz, bevor Sie den Freiheitlichen recht geben! – Danke schön. (Beifall bei den GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Kasal. Seine Redezeit beträgt 8 Minuten. – Bitte.

GR Mag Günter **Kasal** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Erlauben Sie mir, dass ich zu Beginn noch kurz auf Vorredner eingehe, und zwar auf den Vorredner Margulies - denn ich mag nämlich dieses Reinschreien nicht, ich finde das sehr unhöflich. Trotzdem, er hat zwei entscheidende Denkfehler begangen, und auf diese möchte ich ihn hinweisen.

Und zwar hat er einerseits den StR Schock angegriffen und hat gemeint, der Herr Margulies macht Politik für alle Wienerinnen und Wiener, unabhängig vom Reisepass. - Das kann ich nicht nachvollziehen. Ich habe auch längere Zeit in Amerika gewohnt, ich habe auch längere Zeit in Bayern gelebt, ich wäre aber niemals auf die Schnapsidee gekommen, dass mich ein Lokalpolitiker dort zu vertreten hätte, nur weil ich dort eine gewisse Zeit verbringe. Das ist Unsinn. Als gewählter Mandatar in diesem Haus ist man den Wienerinnen und Wienern verbunden, und zwar jenen, die wahlberechtigt sind. (Beifall bei der FPÖ.)

Er hat noch einen entscheidenden Denkfehler – na ja, Denkfehler möchte ich gar nicht sagen, denn das war bei Weitem mehr – begangen. Ich bin begeisterter Wiener, ich bin leidenschaftlicher Österreicher, und ich bin überzeugter Europäer - das sage ich ganz deutlich von hier aus -, trotzdem halte ich fest: Es muss erlaubt sein, Kritik und Verbesserungsbedarf auch in diesem Haus zu diskutieren, wie es der Kollege Jung gemacht hat, und er hat es sich nicht verdient, deswegen in dieser Form angegriffen zu werden. Und, sehr geehrte Damen und Herren, Denkverbote dürfen in diesem Hause keinen Platz haben. Das muss möglich sein. (Beifall bei der FPÖ.)

Und jetzt zum Ausschuss Bildung, Jugend, Information und Sport. In der Budgetrede hat StRin Brauner bestätigt und festgestellt: Wien wächst kontinuierlich. Mit diesem Budget wird es auch möglich sein, zusätzlich zum Neubauprogramm 2012 bis 2023 und dem Schulsanierungspaket bestehende Pflichtschulen weiterhin und kontinuierlich zu erweitern. - In der Tagespolitik erleben wir im Ausschuss immer: Wien wächst plötzlich und unerwartet, deswegen müssen neue Containerklassen errichtet werden. Wien hat mittlerweile über 45 Standorte und über 220 Mobilklassen; monatlich nahezu werden es mehr. Und ich hoffe, dass die Aussagen der Stadträtin auch im

Ausschuss ein bisschen Berücksichtigung finden und eine längerfristige Planung erfolgt und keine Mobilklassen oder Containerklassen mehr errichtet werden.

Etwas Weiteres in den Budgetreden der StRin Brauner in den letzten Jahren hat mich sehr überrascht oder eigentlich traurig gestimmt. Am 21.11.2011, am 19.11.2012 und heute hat es eine Budgetrede von ihr gegeben. In keiner einzigen Budgetrede in den letzten drei Jahren wurde auch nur mit einem einzigen Wort der Sport erwähnt. Kein einziges Wort zum Thema Sport! Und das ist traurig, denn immerhin ist dieser ein Teil oder Hauptbestandteil dieses Ausschusses.

Wenn dann der Herr Bürgermeister auf die glorreiche Idee kommt, Anfang März 2013 eine Volksbefragung durchzuführen, ob sich die Stadt Wien um die Austragung der Olympischen Sommerspiele 2028 bewerben soll, und eine derartige Abfuhr erhält, wen kann es wundern? 72 Prozent haben es abgelehnt, und sie haben es aus gutem Grund abgelehnt, denn der Sport ist in Wien ein Stiefkind. Auch meine Vorredner von den Regierungsparteien im Ausschuss haben das gezeigt: Kollegin Wurzer hat mit keinem Wort das Thema Sport erwähnt. Kollege Akkilic hat sich über das Ernst-Kirchwegger-Haus verbreitet et cetera - ich will gar nicht darauf eingehen -, aber kein einziges Wort zum Sport. Kollege Vettermann war da schon besser: Er hat immerhin einmal als Randbemerkung erwähnt, dass es den Sport gibt, und am Ende seiner Rede hat er den Ausschuss benannt, und da ist wiederum „Sport“ vorgekommen. Ansonsten auch nichts.

Sehr geehrte Damen und Herren von den Regierungsparteien! Das ist ein Trauerspiel für den Sport und die Sportstadt Wien. Wir haben nach wie vor kein Leistungssportzentrum. Dem Leistungssport fehlen Trainingsstätten en masse - aktuell haben die Turmspringer erhebliche Probleme, ihre Trainings zu absolvieren. Es gibt kein Landessportzentrum, es wird auch im nächsten Budget keines vorgesehen. Das ist traurig.

Es gibt auch keine Sportstrategie in Wien, keine Strategie für den Sport. Ich habe in meiner letzten Rede erwähnt, es gibt ein Best-Practice-Beispiel in Hamburg. Wien braucht eine Zukunftsvision, eine Strategie, um den Schul-, Breiten- und Hochleistungssport zu verzahnen. Orientieren wir uns im Sinne eines Benchmarkings an den Besten und nehmen wir das in die Hand!

Was macht die Stadt Wien? - Gut, die tägliche Sportstunde wird seitens der Stadt Wien unterstützt, das ist positiv. Aber wie werden sich die Fehlentwicklungen zur Ganztagesesschule auf den Breitensport auswirken? - Jeder Verein, der in einem Schulturnsaal übt oder Sport betreibt, wird an den kommenden Ganztagesesschulen keinen Platz mehr finden, weil diese Schulen diese Turnsäle dann selber brauchen, und zwar zumindest bis 18 Uhr am Abend. Welches Schulkind, vor allem von den kleineren, kann dann nach 18 Uhr noch regelmäßig Sport betreiben? - Das ist ein Trauerspiel in Wien. Wien braucht dringend eine Vorbereitung auf diese Situation und einen Ausbau der Sportstätten. Der Herr Stadtrat hat aber leider Gottes im Budget keinen Ausbau von Sportstätten be-

rücksichtigt.

Summa summarum kann man festhalten: Landessportzentrum nächstes Jahr? - Leider wieder nicht. Leistungssportstrategie? - Gibt's nicht in Wien. Breitensportstrategie? - Nicht vorhanden. Sportstättenausbau? - Gibt's nicht. Aus sportpolitischer Sicht ist Wien leider Gottes ein Trauerspiel und dieses Budget ist abzulehnen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zum Wort gemeldet hat sich Frau GRin Novak. Ich erteile es ihr und weise auf ihre geplante Redezeit von 15 Minuten hin. – Bitte.

GRin Barbara **Novak** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Um Missverständnissen gleich vorweg entgegenzuwirken: Auch alle jetzt in meiner Rede nicht erwähnten Abteilungen und Themenbereiche seien von hier aus erstens wertgeschätzt, zweitens bedankt. Ich weiß um ihre besondere Arbeit und auch um die politische Wichtigkeit. - Dies nur, damit dann nicht wieder ein Kollege von der Opposition sagt, es sei ein Trauerspiel, dass bestimmte Bereiche nicht erwähnt wurden. Da müssten wir uns darauf einigen, dass wir wieder 40 Minuten Redezeit haben, dann könnte ich mich hier ein klein wenig mehr ausbreiten und vielleicht jeden einzelnen Bereich dieses sehr großen Ressorts auch ansprechen. Aber wir haben uns hier ja auf eine verkürzte und effizientere Vorgangsweise geeinigt. Darum werde ich meine Zeit einem ganz besonderen Bereich in unserer Geschäftsgruppe widmen.

Wenn ich auf die Tourismusdebatte des Vormittags kurz zurückblicke, dann hat hier ein Kollege von mir erwähnt, dass sehr viele Touristen gerne nach Wien kommen, und gesagt, das hat einen speziellen Grund. Es hat viele Gründe, die sicher auch im Nahebereich des Tourismus liegen, nämlich kulturell beziehungsweise auch architektonisch, historisch gesehen. Aber es hat vor allem auch einen Grund, nämlich dass diese Stadt eine sehr harmonische, eine sehr ausgewogene Gesellschaftsstruktur hat.

Und wenn man sich die Frage stellt - und die müssen wir uns in unserem Ressort ganz besonders stellen -: was macht denn die Qualität einer Gesellschaft aus?, dann kann man viele Antworten geben, aber eine ganz besonders, nämlich: Die Qualität einer Gesellschaft macht aus, wie sie auch mit jenen Menschen umgeht, die in dieser Gesellschaft Hilfe brauchen, die aus irgendwelchen Gründen besondere Bedürfnisse haben, die abseits vom Mainstream sind. Das können wir uns im Pflegebereich ganz besonders anschauen oder im Gesundheitsbereich oder im Bereich der Menschen mit besonderen Bedürfnissen, und das können wir uns in diesem Ressort ganz besonders bei jenen Kindern und Jugendlichen anschauen, die aus Gründen, die sehr vielschichtig sein können, nicht mehr in ihrer Familie, in ihrer Herkunftsfamilie leben können.

Das Pflegewesen und alles, was sich im Bereich der

MA 11 abspielt, ist ein ganz besonders wichtiger Bereich. Es ist ein Bereich, der zeigt, dass es der Stadt und dieser Stadtregierung wichtig ist, in Zukunft sehr viel Geld, für nächstes Jahr auch wieder um einiges mehr an Geld, auch mehr an Einrichtungen zur Verfügung zu stellen, weil wir wissen, dass es sich lohnt, wenn man diesen Kindern, diesen Jugendlichen und diesen Familien hilft und eine Chance für die Zukunft gibt.

Die Gründe, warum Kinder aus ihrer Familie herausgenommen werden und es zur sogenannten vollen Betreuung, vollen Erziehung innerhalb der Stadt oder einer Partnereinrichtung kommt, sind sehr vielschichtig. Oft ist es ein Drogenproblem in der Familie, oft ist es ein Drogenproblem der Mutter oder des Vaters, das dazu führt, dass die Erziehung nicht optimal funktionieren kann. Es kommt zu Verwahrlosungstendenzen und Verwahrlosungen in Familien. Oft ist Gewalt ein großes Problem: Gewalt an den Kindern, aber auch Gewalt der Jugendlichen an ihren Eltern spielt immer wieder eine Rolle. Oft sind es psychische Erkrankungen, die dazu führen, dass Eltern mit der Erziehung ihres Kindes überfordert sind und zu Hause auch nicht die optimalen Rahmenbedingungen haben. Und oft sind es auch unvorhergesehene Ereignisse in der Familie, die kurzfristig eine Betreuung außerhalb der Familie erfordern, sodass eine Kriseneinrichtung oder eine Pflegefamilie notwendig ist.

Wir haben im Pflegekindwesen ungefähr 1 790 Kinder, die betreut werden um 18 Millionen EUR, die für nächstes Jahr für diesen Bereich veranschlagt sind. Hier geht es vor allem darum, den Pflegefamilien volle Unterstützung zu geben, sie zu beraten, sie zu begleiten, sie auszubilden, aber ihnen natürlich auch die finanzielle Sicherheit zu geben, die es braucht, damit sie diese Aufgabe erfüllen können.

Der Kollegin Koch möchte ich sagen: Wenn es hier einen Bereich gibt, der finanziell mit einem Nachteil verbunden ist - Sie haben gesagt, die Pflegeeltern sollen das bekommen, was ihnen auch zusteht -, wenn es hier also etwas geben sollte, was sie nicht bekommen, bin ich dafür, dass wir uns das schnell anschauen, uns da austauschen und das auch reparieren. Ja, alle Pflegeeltern sollen das bekommen, was ihnen zusteht, denn sie machen eine ganz, ganz wichtige und wertvolle Aufgabe - und eine, die auch, wenn man es aus der betriebswirtschaftlichen Sicht heraus sieht, wesentlich günstiger ist, als wenn man diese Kinder in einer sozialpädagogischen Einrichtung unterbringen müsste. Also auch aus diesem Aspekt heraus zahlt sich das allemal aus, aber natürlich auch im Sinne der Kinder, die dort untergebracht sind.

Wir haben auch Jugendliche, die in sozialpädagogischen Wohngemeinschaften leben. Es gibt 932 Plätze, und es sind 850 Kinder im Durchschnitt. Ich nenne diese Zahlen deshalb, weil es in manchen Zeiten zu Spitzen kommen kann, wo es sehr eng wird mit den Plätzen, weil ganz besonders viele Jugendliche betreut werden müssen. Es gibt einen Durchschnittswert, der liegt weit unter dem Platzangebot. Hier treten auch saisonale Schwankungen auf. Das hat auch etwas damit zu tun, was sich

gerade in den Familien abspielt. Weihnachten, das jetzt vor der Tür steht, ist so eine Zeit, wo es sich manchmal ganz besonders abspielt. Das heißt, da kommt es immer zu einer Spitze, wobei Kinder auch von sich aus ihre Familie verlassen und Unterschlupf in einem Krisenzentrum suchen und damit auch in einer Wohngemeinschaft leben.

Aber ich glaube, das generelle Angebot zeigt, dass wir da jetzt sehr gut aufgestellt sind. Wir haben auch allen Kritiken des Kontrollamtes und des Rechnungshofes aus den letzten Jahren Rechnung getragen. Diese Debatte ist ja jetzt schon wieder gute drei Jahre, vier Jahre her. Ich erinnere mich sehr gut an den Kontrollamtsbericht, der hier auch im personellen Bereich Kritik übte. Das wurde alles in den letzten Jahren aufgestockt, und das Angebot ist hier auch im personellen Bereich, glaube ich, durchaus ausreichend.

Ganz im Gegenteil, wir haben uns auch bemüht, Einrichtungen zu schaffen, die auf die ganz speziellen Bedürfnisse mancher Jugendlicher Rücksicht nehmen. Auch aus der Debatte der Untersuchungskommission zur psychiatrischen Versorgung heraus haben wir jene Einrichtung zwischen der Geschäftsgruppe Jugend, also der MA 11, und der Geschäftsgruppe Gesundheit geschaffen, die es möglich macht, Kinder mit psychiatrischen Erkrankungen, die nicht mehr so stark erkrankt sind, dass sie im Spitalsbereich behandelt werden, aber doch noch so weit Betreuung brauchen, dass sie nicht in eine normale Wohngemeinschaft oder in ihre Familie zurückkehren können, in einer Spezialeinrichtung, die gemeinsam geführt wird, zu betreuen. Da handelt es sich nicht um sehr viele Kinder, aber doch um eine Handvoll. Also eine Einrichtung reicht hier aus. Diese ist aber eine sehr spezielle Sache, die sich sicher lohnt, weil man davon ausgehen kann, dass damit sowohl die SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen in den Wohngemeinschaften als auch die Eltern überfordert wären.

Wir setzen sehr, sehr viel an Maßnahmen im Bereich der Prävention. Wir versuchen natürlich - und das gilt grundsätzlich immer -, Kinder und Jugendliche so spät wie möglich aus der Familie herauszunehmen. Es muss das Credo sein, alles zu unternehmen durch ambulante Angebote, durch Beratung und Betreuung und Unterstützung der Familien, auch durch finanzielle Unterstützung der Familien - auch das gibt es von der MA 11 als Familienzuschuss -, damit die Kinder so lange wie möglich in der Familie bleiben können. Aber oftmals ist es dann eben leider der Fall, dass sie aus der Familie in unsere Betreuung kommen.

Dass die MA 11 hier auch eine ganz besondere Aufgabe hat, wenn es um Gewaltprävention und auch um den Umgang mit Gewalt bei dieser Zielgruppe geht, liegt eigentlich fast auf der Hand. Das ist sehr oft auch ein Problem bei den Jugendlichen; ich habe es vorher kurz angesprochen. Durch die Debatte, die es auch im Strafvollzug gegeben hat, insbesondere im Jugendstrafvollzug, kommt es dazu, dass sehr viele Jugendliche früher oder gar nicht in den Strafvollzug kommen, was grundsätzlich

durchaus erfreulich ist, angesichts der Rahmenbedingungen dort. Da wird mir auch die Kollegin Ramskogler, die viele Jahre Vorsitzende der Strafvollzugskommission war, recht geben. Trotzdem sind diese Jugendlichen nicht einfach zurück in die Familien zu schicken, die auch auf Grund des Aggressivitätspotenzials damit selbst gefährdet wären beziehungsweise auch überfordert wären. Und für diese haben wir natürlich auch eine Verantwortung zu übernehmen und eine Einrichtung zur Verfügung zu stellen beziehungsweise ein Angebot zu machen. Das passiert auch. Dass das eine große Herausforderung auch für die SozialpädagogInnen ist, sei nur kurz erwähnt, das ist selbstverständlich.

Dass hier die Zusammenarbeit vor allem auch mit der Jugendarbeit und der außerschulischen Jugendarbeit ganz wichtig ist und auch einen präventiven Charakter hat, ist logisch und selbstverständlich. Die außerschulische Jugendarbeit in Wien ist, glaube ich, international sehr, sehr anerkannt, und ich weiß um viele, viele Städte und Delegationen, die zu uns kommen, um sich genau anzuschauen, was wir hier für ein Angebot setzen. Die großen Vereine, Verein Wiener Jugendzentren und wienXtra, die hier tätig sind in einem ganz vielfältigen Angebot, aber auch Vereine wie Rettet das Kind, die in der Straßensozialarbeit auch mit sehr schwierigen Gruppen gemeinsam mit den Bezirken arbeiten, sind ein ganz, ganz wichtiger Faktor.

Auch hier, darf ich dem Kollegen Akkilic mitgeben, ist vor allem der Verein Wiener Jugendzentren einer, der immer in die Stadtentwicklung eingebunden ist, immer schon vor Ort als eine der ersten Einrichtungen entweder Projekte oder dann auch ganz konkrete Standorte hat, um die Jugendlichen, die dorthin ziehen, von Anfang an willkommen zu heißen und auch partizipativ einzubinden. Das ist gerade bei Stadtentwicklungsprojekten eine ganz besonders schöne Aufgabe, weil sich da noch viel an Möglichkeiten bietet, um mit den Jugendlichen Raum zu gestalten und auch ein bisschen Stadtentwicklung zu betreiben und zu erlernen.

In der Jugendarbeit geht es natürlich auch viel darum, Orientierung zu geben, dort, wo Orientierung nicht aus der Familie kommt oder im schulischen Bereich nicht gegeben werden kann. Das heißt auch, Möglichkeiten, Talente zu fördern und zu unterstützen. Deshalb gibt es in der Jugendarbeit immer sehr viele Angebote, die im kulturellen, im musischen, im kreativen Bereich angesiedelt sind, um hier die Möglichkeiten zu bieten, die vielleicht auch auf Grund der sozialen Verhältnisse in der Familie nicht geboten werden können.

Da sind natürlich auch - das ist auch einer der Hauptaspekte der Aufgaben von wienXtra - sehr viele Angebote an Familien zu richten. Sie werden an alle Familien gerichtet, aber da sie kostenlos sind, richten sie sich natürlich vor allem an jene, die sich aus finanziellen Gründen kulturelle oder musische oder sonstige kreative Freizeitgestaltungen nicht leisten können. Also der soziale Aspekt steht hier auch im Vordergrund.

Ich möchte mich ganz herzlich bei allen Abteilungen

noch einmal für die Arbeit bedanken. Ich möchte mich bedanken für die vielen Projekte, die im nächsten Jahr umgesetzt werden, die auch zusätzlich in diesem Ressort gemacht werden. Noch einmal: Keines ist weniger wert, nur weil es heute vielleicht in der Debatte nicht erwähnt wurde. Aber wir versuchen, hier auch Schwerpunkte zu setzen.

Ich möchte mich vor allem bei den MitarbeiterInnen aus der Jugendarbeit, aus der Sozialarbeit, aus der Sozialpädagogik ganz herzlich bedanken. Sie machen ihre Arbeit hochprofessionell mit einer sehr, sehr hohen Qualität, sehr empathisch, was in diesem Bereich ganz besonders wichtig ist, und versuchen, sehr behutsam täglich mit den Kindern und Jugendlichen und ihren Bedürfnissen umzugehen. Ich finde, das ist großartig, und das ist auch der Befund, den die Stadt abgeben kann, wenn es um die Frage geht, wie die Qualität der Gesellschaft in Wien ist. Ich würde sagen, die Qualität ist eine sehr, sehr hohe, und das zeigt sich auch im Umgang mit den Kindern und Jugendlichen. – Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Kops. Seine Redezeit ist auf 5 Minuten eingestellt. – Bitte.

GR Dietrich **Kops** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren, die noch im Saal verblieben sind! - Da sieht man ja, wie hoch der Stellenwert der Bildung innerhalb der SPÖ-Fraktion ist. Aber das ist Ihr Problem, Herr Stadtrat. Damit müssen wir uns nicht herumschlagen. *(Zwischenrufe von den GRinnen Kathrin Gaal und Mag (FH) Tanja Wehsely.)* – Na ja, man sieht ja - ich sehe es vor mir -, es sind viele SPÖ-Gemeinderäte nicht da, und daran sieht man den Stellenwert der Bildung innerhalb der Fraktion. Aber, wie gesagt, das ist ein Problem des Stadtrates und nicht mein Problem. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Meine Vorredner Nepp und Kasal haben ja schon einige Versäumnisse im Ressort Oxonitsch aufgezählt. Die wären zum Beispiel: das Stadthallenbad, das noch immer geschlossen ist; das Jugendheim Wilhelminenberg, wo die SPÖ noch immer nicht die politische Verantwortung übernimmt; Gratiskindergarten - das verpflichtende Kindergartenjahr ist ja auch nicht wirklich eine Erfolgsgeschichte. Ich könnte stundenlang noch weiter aufzählen, aber diese Zeit habe ich leider nicht.

Zwei Punkte möchte ich aber schon ansprechen: erstens die Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinde Wien und zweitens den Bildungsbereich - aber ganz kurz, denn mehr geht sich nicht aus.

Gerade im Bildungsbereich investiert die Stadtregierung, muss man sagen, noch viel zu wenig. Sie gibt aber auf der anderen Seite für die Öffentlichkeitsarbeit Unsummen aus, für sinnlose Inserate, die es leider noch immer gibt. Wobei ich dazusagen muss, Herr Stadtrat, Sie erscheinen nicht mehr in den Inseraten - aber trotzdem gibt es diese sinnlosen Inserate; die könnte man sich sparen. Der Presse- und Informationsdienst der Stadt

Wien verfügte 2010 über ein Budget in der Höhe von 47 Millionen EUR. Für 2014 sind 51 Millionen EUR veranschlagt, das ist eine Erhöhung um 4 Millionen EUR.

Das ist aber nur ein Teil des gesamten Werbebudgets, meine Damen und Herren. Dazu kommen noch die bei den einzelnen Magistratsabteilungen veranschlagten Werbebudgets von Wiener Wohnen zum Beispiel, den Wiener Stadtwerken, der Wien Holding oder des KAV. Insgesamt kann das Werbebudget der Stadt Wien auf mindestens 80 Millionen EUR pro Jahr geschätzt werden. Und, meine Damen und Herren, das lehnen wir ab.

Auf der anderen Seite, im Bildungsbereich, meine Damen und Herren, haben wir noch immer die Situation – auch wenn das seitens der SPÖ anders dargestellt worden ist -, dass Kinder in die Volksschule kommen und kaum Deutsch können. Wo greift hier das verpflichtende Kindergartenjahr? Die SPÖ behauptet zwar etwas anderes, doch wir behaupten das Gegenteil: Das verpflichtende Kindergartenjahr greift überhaupt nicht, meine Damen und Herren. Und die Gründe sind wie folgt:

Es gibt viel zu wenige Kindergartenplätze. Wir haben die Situation, dass wir teilweise 25 Kinder in einer Gruppe haben, die nicht betreut werden, sondern einfach nur aufbewahrt werden.

Der zweite Punkt ist, dass wir viel zu wenige gut ausgebildete KindergärtnerInnen haben. Hier besteht ein sehr großer Nachholbedarf, meine Damen und Herren. Was macht aber die Stadtregierung? - Sie lagert diese Dienstleistungen im Bildungsbereich aus und fördert wieder - wie kann es anders sein? - private Vereine. Anstatt dass sie ihre Verantwortung wahrnimmt, werden wieder private Vereine von Rot und Grün gefördert. Neue städtische Kindergärten gibt es kaum mehr. Stattdessen schießen private Kindergärten wie Schwammerl aus der Erde, meine Damen und Herren.

Wir haben ja am Mittwoch einige private Kindergärten, die gefördert werden, auf der Tagesordnung. Ich möchte hier nur zwei, drei herausgreifen. Da werden unter anderem türkische Vereine gefördert, wie zum Beispiel der Verein Kindergarten Kids Academy im 17. Bezirk; der bekommt 120 000 EUR. Wenn man den Antrag kurz durchliest und den Namen „Kids Academy“ liest, dann muss man zwar feststellen, mit Wien und mit Österreich hat es nichts zu tun, aber man denkt sich nichts dabei. Aber wenn man dann in die Vereinsstatuten hineinsieht, dann hat man da eine private türkische Familie, die diesen Kindergarten gründet.

Weiters haben wir da einen Kindergarten namens Däumeling im 15. Bezirk - der bekommt auch 120 000 EUR -, weiters einen Verein für Kinderbetreuung Pinguineninsel im 19. Bezirk. Da fragt man sich schon: Warum jetzt auf einmal diese Vehemenz an, sage ich einmal, türkischen Vereinen, die Kindergartengruppen eröffnen? - Da ist man ein Schelm, wenn man denkt, das könnte ein Dankeschön sein, ein Dankeschön für das brave Sammeln der Wahlkarten während der vergangenen Wien-Wahl und während der vergangenen Nationalratswahl.

Einen anderen Grund sehe ich hier nicht, denn, meine

Damen und Herren, hier werden nur Parallelgesellschaften gefördert. Kontrolle gibt es - das sage ich einmal salopp -, glaube ich, kaum für diese türkischen Kindergärtenvereine. Und, meine Damen und Herren, diesen Bereich lehnen wir auf das Entschiedenste ab.

Abschließend, meine Damen und Herren: Solange es im Bildungsbereich diese Probleme gibt - ich weiß, meine Redezeit ist schon vorbei, aber es ist eben so, ich bin ohnedies schon beim Schluss -, die Stadt Wien aber zig Millionen Steuergelder für Eigenwerbung ausgibt, lehnen wir natürlich das Budget ab. - Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zur Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport liegt keine Wortmeldung mehr vor. Der Herr Stadtrat hat sich zu Wort gemeldet. Ich weise auch bei ihm auf seine maximale Redezeit von 15 Minuten hin. - Bitte.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Zunächst einmal - es ist ja schon mehrmals gesagt worden -: Das Budget gibt einen Rahmen vor, es setzt Schwerpunkte; die Verwaltung ist dann mit der entsprechenden Umsetzung gefordert. Es geht natürlich um einen großen Bereich, und darum möchte ich mich gleich einleitend dem Dank, den die Kollegin Novak schon ausgesprochen hat, anschließen: dem Dank an alle Abteilungen, an die vielen, vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den einzelnen Abteilungen, sei es in der MA 10, 11, 13, 44, 51, 53, 55 oder 56. Sie alle leisten, glaube ich, hervorragende Arbeit und haben sich auch den Dank des Gemeinderates verdient. Ein herzliches Danke an euch, stellvertretend für die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich habe das nicht zuletzt auch deshalb erwähnt, weil es sich einfach gehört, dass man Mitarbeitern für ein großes Engagement dankt - und ich glaube, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten in diesem Bereich Großes und haben auch entsprechend großes Engagement -, aber auch, damit nicht wieder behauptet wird, wenn etwas hier nicht gesagt wird, dann habe es keinen Stellenwert. Wenn man übrigens dieser Logik des Kollegen Kasal ein bisschen folgt, dann muss ich sagen: Es waren mittlerweile, wenn ich es richtig mitbekommen habe, neun Rednerinnen und Redner der FPÖ hier am Rednerpult, und - ich rede jetzt nur über meinen Bereich - die außerschulische Jugendarbeit kam nicht vor, die Büchereien kamen nicht vor, die Musikschule kam nicht vor, die Bäder kamen nicht vor - weil die Wiener Bäder ja das Stadthallenbad bekanntermaßen nicht führen -, der Bürgerdienst kam nicht vor, die Auslandsbüros kamen nicht vor. Also viele Bereiche kamen nicht zur Sprache. Ich folge dieser Logik nicht, aber ich glaube, auch diese Bereiche haben sich natürlich die entsprechende Anerkennung verdient.

Aber ich bin sehr froh, dass in der entsprechenden Diskussion erfreulicherweise diesmal dem Bildungsschwerpunkt auch ein entsprechender Stellenwert gegeben wurde, denn - keine Frage - es ist natürlich ein zentraler Bereich dieses Ressorts, sei es im Bereich der Kin-

dergärten, sei es im Bereich der MA 56, sei es natürlich auch im Bereich des Stadtschulrates. Und wenn hier kritisiert wird, dass dieses Budget bildungspolitische Aspekte vermissen lässt, so sage ich im Gegensatz dazu - und das wird wenig überraschen -: Ich denke, dass dieses Budget einmal mehr wichtige bildungspolitische Schwerpunkte für die Stadt setzt, so etwa in Form der Fortführung der erfolgreichen Campusmodelle - und nicht nur der Fortführung, sondern eben auch der entsprechenden Schwerpunktsetzung auf einen weiteren Ausbau der Campusmodelle -, aber auch, indem im Bereich der Kinderbetreuung nicht nur auf Ausbau, sondern letztendlich auch auf die entsprechende Qualitätssicherung gesetzt wird. Weiters sind zu nennen: die Maßnahmen im Bereich der Sprachförderung, der Leseoffensive, der wichtige - und hier wahrscheinlich immer ein wenig zu kurz kommende - Bereich der Erwachsenenbildung, wo wir eben nicht zuletzt mit der Art 15a-Vereinbarung sicherstellen können, dass Menschen auch Bildungsabschlüsse nachholen können.

Das Budget setzt auch den Schwerpunkt insofern, dass die Stadt über ihren Bereich der Pflichtschulen hinaus Fachschulen in der Stadt führt, Fachschulen wie nicht zuletzt auch die Modeschule, aber auch dreijährige Fachschulen - obwohl das bekanntermaßen nicht die Aufgabe der Stadt wäre. Aber wir tun dies, und zwar genau deshalb, weil - und es ist ja auch in der Diskussion mehrfach angesprochen worden - natürlich für die Bewältigung der zukünftigen Herausforderungen Qualifizierung ein wesentlicher und wichtiger Bereich ist. Wir wollen jungen Menschen diese Perspektive in Form eines vielfältigen Angebotes bieten, und ich glaube, wir tun das auch mit diesem Budget, meine Damen und Herren.

Ein zweiter Punkt, der mir ganz wichtig ist und der letztendlich immer wieder zur Sprache kommt, ist natürlich: Ausbau, Investieren ist ein Bereich, aber Qualitätssicherung und Qualitätskontrolle ist ein weiterer. Und gerade auch in diesem Bereich ist in den letzten Jahren sehr viel getan worden. Ja, wir bauen aus, aber - und das ist durchaus sogar noch vor der Zeit, als ich Stadtrat wurde, geschehen - gerade Wien hat zum Beispiel in der Trennung von Führung und Betrieb von Kindergärten, Förderung von Kindergärten und der entsprechenden Kontrolle hier tatsächlich auch eine Trennung vollzogen. Die MA 11 als zuständige Behörde kontrolliert die Kindergärten sehr, sehr streng. Und ich erinnere da schon an Diskussionen, die es auch immer wieder gibt, wenn dann entsprechende Vorschriften oder auch Beanstandungen kommen, die möglicherweise auch zur Schließung von dem einen oder anderen Kindergarten führen, weil eben streng kontrolliert wird. Da habe ich dann durchaus immer wieder ein bisschen Kritik von der anderen Seite gehört: Na, warum ist man denn da so hart?

Ja, wir haben hohe Qualitätsstandards gemeinsam festgelegt, nicht zuletzt auf Grund der Tatsache, dass wir vor Kurzem erst das Kindergartengesetz beschlossen haben. Auf Basis dieser gesetzlichen Vorgaben, die wir hier im Landtag beschlossen haben, kontrolliert die Be-

hörte sehr aufmerksam. Und ich sage immer: Wenn es wo Probleme gibt, dann bitte die entsprechende Behörde informieren! Wir haben in dieser Stadt größtes Interesse daran, dass Kinderbetreuung weiterhin so gut funktioniert, wie sie es bisher getan hat und wie es sicherlich mit gemeinsamer Anstrengung auch in Zukunft gelingen wird. Wir stellen das Geld zur Verfügung, wir stellen einen Rahmen zur Verfügung, wir stellen die Kontrollinstrumentarien zur Verfügung. Ich glaube, in diesem Bereich ist Wien tatsächlich sehr, sehr großer Vorreiter, denn in vielen Bundesländern ist es nicht so, dass Betrieb und Kontrolle in der entsprechenden behördlichen Aufsicht getrennt sind. Wir in Wien haben es getrennt, und ich glaube, das ist auch gut und das ist auch sinnvoll so.

Ich habe die Fachschulen auch deshalb angesprochen, weil ich zeigen wollte, dass Wien hier in einem Bereich auch über seine bundesverfassungsrechtlichen, -gesetzlichen Verpflichtungen hinaus Aufgaben erfüllt. Und weil zuerst auch die Frage gekommen ist: Und wie passt das dann mit der BAKIP zusammen? - Man muss hier ganz klar sagen, die BAKIP ist keine Einrichtung in Form der Stadt Wien, sondern die BAKIP ist die Bildungsanstalt der MA 10, der Wiener Kindergärten. Und die BAKIP gibt es deshalb, damit die Wiener Kindergärten - und diese sind der weitaus größte Träger von Kindergärten in dieser Stadt - entsprechend die Möglichkeit haben, ihr Personal auch auszubilden. Und wenn die MA 10 - nicht nur auf Grund der Tatsache, dass wir überhaupt das einzige Bundesland sind, das so eine Einrichtung führt - letztendlich zu dem Schluss kommt - auf Grund der Nachfragesituation, aber auch der Überlegung: wer steigt denn in unseren Betrieb ein? -, wir wollen verstärkt auf Erwachsenenbildung setzen - wobei ja viele Parteien und durchaus auch Ihre Partei in erster Linie immer wieder sagen, wir müssen in Richtung der Tertiärisierung auch der Einrichtung bei den KindergartenpädagogInnen gehen -, wir wollen also einen wesentlichen Schritt in Richtung Tertiärisierung machen - wir können es noch nicht, denn noch gibt es das ja als solches nicht, aber wir tun es, indem wir die Ausbildung nach der Matura ansetzen, weil zu diesem Zeitpunkt der Berufswunsch wesentlich klarer und besser getroffen wird -, dann ist das, glaube ich, ein legitimes Mittel gerade vor dem Hintergrund, dass wir zusätzliche PädagogInnen in diesem Bereich wollen. Es treten viele ein, es entscheiden sich viele, viele Menschen in dem Bereich der Erwachsenenbildung, und deshalb wird es diese Hinorientierung, die ich im Übrigen auch schon zwei, drei Mal in Gemeinderatsdebatten angekündigt habe, geben.

Das ist ein wesentlicher Bereich, weil wir ja einerseits die BAKIP tatsächlich in Richtung einer tertiären Bildungseinrichtung entwickeln wollen, aber - und das sei auch gesagt; ich glaube, der Kollege Aigner hat die Frage gestellt: na, wer wird das alles zahlen, wenn überall Akademiker sind? - ich mich auch dazu bekenne, dass es im Bereich der Elementarpädagogik natürlich ein mehrgliedriges System geben wird. Also all jene erfolgreichen auch bildungspolitischen Modelle gehen natürlich davon aus,

dass es in Kindergärten eine pädagogische Leitung gibt, dass es qualifizierte PädagogInnen gibt - also das ist das, was die BAKIP, wurscht ob in der fünfjährigen oder in der Erwachsenenbildung, jetzt ausbildet -; es gibt akademisch Ausgebildete, es gibt KindergartenpädagogInnen, es gibt pädagogische AssistentInnen und es gibt Leute, die letztendlich Unterstützungsarbeit leisten.

Also es geht keiner davon aus, dass es nur Akademiker gibt - und das hat auch kein Land, auch die skandinavischen Länder könnten sich das nicht leisten. Aber die BAKIP in diese Richtung zu entwickeln, ist ein wichtiges Modell und hat nichts damit zu tun, dass man plötzlich Qualifizierung abschafft. Ganz im Gegenteil, wir setzen auf hohe Qualifizierung im Bereich der Kindergärten und werden das tun. Und die BAKIP, die sich die MA 10 in diesem Bereich letztendlich auch leistet - und aus gutem Grund leistet, denn wir brauchen mehr PädagogInnen, alle mitsammen -, werden wir daher dort, was die Ausbildungsquantität betrifft - und dies nicht zu Lasten der Qualität, denn die Matura ist ja dann schon vorhanden -, mehr als verdoppeln können. Daher ist das ein wichtiger und richtiger Schritt aus meiner Richtung. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ein Punkt nur ganz kurz: die Containerdebatte - zum 100. Mal geführt. Ich möchte jetzt nicht noch einmal betonen, welche Qualitätsstandards wir in diesem Bereich haben, dass wir darauf reagieren, dass wir letztendlich natürlich auch auf ein steigendes Bevölkerungswachstum reagieren, dass für uns aber der Zubau im Bereich der Schulen eine Notwendigkeit nicht nur auf Grund des Bevölkerungswachstums darstellt, sondern - ich betone es einmal mehr - weil es schlicht und ergreifend immer auch Schulstandorte gibt, die zusätzlichen Schulraum benötigen, sei es für die ganztägige Betreuung, sei es für die Umstellung auf die Ganztagschule.

Ich nenne, nur damit man ein Beispiel hat, einen wunderschönen Kindergarten in Niederösterreich - er heißt interessanterweise ausnahmsweise nicht Erwin-Pröll-Kindergarten, ist aber ein Landeskindergarten, den Niederösterreich errichtet; da wird die ÖVP wahrscheinlich auch nichts damit zu tun haben -: Auch ein Container! - Man braucht sich da also nicht zu verstecken, denn die bauen in dieser Form einen ganzen Landeskindergarten. - Wie gesagt, dieser heißt ausnahmsweise nicht Erwin-Pröll-Kindergarten, wie das bei vielen anderen Einrichtungen der Fall ist, wie wir seit wenigen Tagen wissen. *(GR Mag Christoph Chorherr: In der Stadt Haag: Erwin-Pröll-Kindergarten!)* - Aber die Erweiterung beziehungsweise der Zubau in dieser Form ist etwas, wofür wir uns - weil wir Gott sei Dank hier mittlerweile hohe Qualität haben - auch bei den Schulen nicht zu verstecken brauchen und auch in der Zukunft tatsächlich nicht verstecken werden.

Ein Punkt allerdings wurde hier angesprochen, zu dem ich auch ganz klar Stellung beziehen möchte, nämlich die Frage des Artikels, der, glaube ich, gestern oder vorgestern im „Kurier“ erschienen ist, und der entsprechenden Stellungnahme, die, wenn sie so getätigt wurde, weder für mich noch für die Frau Präsidentin eine akzep-

table Stellungnahme ist. Denn unsere politische Stellungnahme zu dieser - die einem gefallen kann oder nicht - ist relativ klar. Unsere inhaltliche Aussage zu diesen schulautonomen Tagen ist: Sie sind eine Herausforderung für jeden berufstätigen Elternteil, und daher bin ich durchaus dafür, das System völlig zu überdenken. Ich glaube, man braucht sie letztendlich auch nicht, es gibt genügend Möglichkeiten. *(Beifall bei der SPÖ und von GRin Ing Isabella Leeb.)*

Und alles andere, was da irgendwer irgendwo an Auskünften gibt, ist - sage ich - inakzeptabel. Punkt. Mehr gibt es dazu aus meiner Sicht nicht zu sagen.

Ein anderer wesentlicher Bereich, auf den ich natürlich auch noch eingehen will - ui, jetzt rennt die Zeit schon davon -, ist der gesamte Bereich der Jugendwohlfahrt. Ich glaube tatsächlich, dass Wien mit der Aufarbeitung dieser schwierigen Geschichte einen guten, einen richtigen und einen, glaube ich, auch wegweisenden und richtungweisenden Schritt gesetzt hat. Es war für uns daher auch wichtig und notwendig, durchaus auch das internationale Beispiel Schweden, das immer wieder angeführt wird, zum Thema der Landesjugendwohlfahrtsreferenten zu machen. Ich glaube nach wie vor, dass es hier eine entsprechende Zeremonie braucht. So wie es aber im immer wieder zitierten Schweden letztendlich auch war, ist es hier ein wesentlicher Schritt, dass es tatsächlich zu einer entsprechenden bundesweiten Entschuldigungszeremonie kommt. Daher habe ich diesen Punkt auch auf die Tagesordnung der Landesjugendwohlfahrtsreferenten gesetzt. Viele andere Länder haben gesagt, sie müssen noch darüber nachdenken, ob sie das wollen - ich sage jetzt gar nicht, welche; es ist legitim, dass man eine Zeit zum Nachdenken gibt -, dass es zu dieser Zeremonie kommen soll.

Ich möchte aber schon darauf hinweisen, dass - und das ist mir auch ganz wichtig - im Bereich der konkreten Hilfeleistungen, die über diesen symbolischen Akt - der wichtig ist und den sich, wie ich auch weiß, viele Opfer erwarten - hinausgehen, der konkreten Hilfeleistungen in Form von Therapie, aber auch in finanziellen Belangen, Wien sich hier überhaupt nicht verstecken muss. Es ist vom Kollegen Vettermann schon angesprochen worden, wo Grenzen anderer Länder liegen. Der wesentliche Punkt ist aber: Schweden hat sich zwar vor dreieinhalb oder vier Jahren entschuldigt, die ersten Zahlungen erfolgen dort aber im heurigen Jahr - wogegen wir schon seit über drei Jahren konkrete Hilfestellungen für Opfer leisten.

Also spielen wir uns da nicht gegeneinander aus, so nach dem Motto: Wer ist da der Bessere? - Ich glaube, wir haben einen wichtigen Schritt gesetzt, der sicherlich noch nicht zu Ende gegangen ist - deshalb gibt es ja auch immer wieder die entsprechenden weiteren Unterstützungen -, aber ich hoffe, dass wir hier letztendlich gemeinsam mit den Landesjugendwohlfahrtsreferenten, aber auch den Landeshauptleuten der einzelnen Bundesländer zu dieser gemeinsamen Zeremonie kommen werden. Ich bin zuversichtlich. Wir haben es jetzt einmal auf die Ta-

gesordnung gesetzt, und wir werden noch sehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Eine Anmerkung nur betreffend die immer wieder aufflammende Diskussion rund um den Bereich des Presse- und Informationsdienstes. Ungeachtet der Tatsache, dass man einmal mehr darauf hinweisen muss, dass das Budget des Presse- und Informationsdienstes im Gegensatz zu dem, was gesagt wurde, nicht nur Aufwendungen für Werbung umfasst - die natürlich auch wichtig ist und die, glaube ich, gerade auch im internationalen, aber auch im nationalen Wettbewerb auch für eine Stadt ein wesentliches Instrumentarium ist -, sondern dass es hier auch um die Bereiche der Auslandsbüros und um viele andere wesentliche Bereiche geht, die weit über den Werbungs- und PR-Aspekt hinausgehen und die sich letztendlich in diesem Budget verbergen, wollte ich nur eines klar sagen: Da braucht man nicht mehr zu schätzen, wie Kollege Kops es getan hat, der meinte, ich schätze, das werden so und so viele Millionen Euro sein!, sondern es gibt die Transparenzdatenbank, und darin sind alle entsprechenden Zahlen nachzulesen. Wir haben hier schon Schätzungen gehört von 200 Millionen, irgendwann waren es 100, jetzt werden noch 80 hingeworfen. - Spekulieren Sie nicht, sondern schauen Sie einmal rein, da können Sie es nachlesen, und zwar nicht nur, was die Stadt Wien betrifft, sondern durchaus auch jene Unternehmen, die Sie angesprochen haben. Ich erspare Ihnen das jetzt nicht, indem ich die Summe nenne. Rechnen Sie es nach - es ist transparent nachvollziehbar -, und Sie werden sehen, Sie sind mit Ihrer Schätzung weit entfernt von der Summe, die in diesem Bereich tatsächlich investiert wird.

Zum Stadthallenbad will ich gar nicht viel sagen, und zwar nicht nur deshalb, weil meine Auskunftsfreudigkeit nachlässt, wie die Kollegin Leeb gesagt hat - ich sage, durchaus auch deshalb, weil ich nicht mehr 120 Fragen bekomme. Also mag schon sein, dass auch ein wenig die Auskunftsfreudigkeit nachlässt, wenn man nicht immer 120 Fragen bekommt. Aber man muss - abseits der humorigen Randbemerkung von meiner Seite - schon auch sagen: Was man in diesem Zusammenhang gerade auch von Ihnen schon gehört hat, war ja durchaus auch nicht gerade das, was ich als eine stringente Linie bezeichnen könnte.

Es ist gesagt worden, das wird sicher abgerissen werden, es wird nie mehr aufsperrten. *(Zwischenruf von GRin Ing Isabella Leeb.)* Es ist kritisiert worden, der Architekt hätte nicht genommen werden dürfen. Ein paar Wochen später sitzt man in der gemeinsamen PK und sagt, wie arm der Architekt nicht ist. Wir haben einen Einnahmenentfall von 1,5 Millionen EUR, der sich dann eigentlich als der jährliche Abgang entpuppt. - Also da ist viel gesagt worden. Darum freue ich mich immer über Fragen - ich sage es ja versöhnlich -, denn man kann sie gut beantworten.

Man arbeitet mit Hochdruck. Wir haben einen Teil fertigstellen können, den anderen leider noch nicht. Das tut letztendlich niemandem mehr leid als mir - den Sportlern wahrscheinlich genauso wie mir. Ich hätte auch gerne,

dass es offen wäre. Aber ich sage immer, wir haben hier unsere und die Stadthalle hat ihre Erfahrung gemacht. Jetzt geht es darum, die entsprechenden Schäden seriös zu beheben, auch die entsprechenden Schritte sehr vorsichtig zu setzen. Wir befinden uns durchaus in einer schwierigen rechtlichen Materie. Und da ist es nun einmal so, dass man eine Beweissicherung braucht. Es sind alle Beweissicherungsverfahren entsprechend abgeschlossen, mit einer Ausnahme, nämlich der Gewässertechnik. Und die Wasseraufbereitung kann ich eben erst dann machen, wenn Wasser im Becken ist. Das ist eine wesentliche Sache, die in diesem Zusammenhang noch zu tun ist. Aber ab dem Zeitpunkt, wo die Dichtheit sichergestellt ist - und man soll nichts verschreien und kann nichts versprechen -, kann man sich diesem Bereich auch widmen. Und dann werden wir uns hoffentlich, auf jeden Fall irgendwann, gemeinsam auch über die entsprechende Eröffnung freuen können.

Ich danke einmal mehr. Es gäbe noch viele weitere Bereiche, auf die ich hier eingehen könnte. Jetzt wird Kollege Kasal wieder sagen, ich habe den Sport nicht erwähnt. Die Redezeitbeschränkung ist „ein Hund“. Wir werden ja vielleicht beim Schwerpunkt-Verhandlungsgegenstand am Mittwoch viel Zeit haben, den Sport zu diskutieren - danke für die Schwerpunktsetzung. Insofern kann ich es mir also jetzt ersparen, und wir reden darüber am Mittwoch. Nur damit es nicht den Vorwurf gibt, ich hätte es nicht erwähnt. - Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke, Herr Stadtrat. Zur Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport liegen nun tatsächlich keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft. Schönen guten Tag, Herr Stadtrat! Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Leeb. Ihre Redezeit wurde mit 15 Minuten vorgeschlagen. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Ing Isabella **Leeb** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Schönen guten Abend, Herr Stadtrat!

Jetzt kommen wir also zum Bereich Kultur und Wissenschaft, und ich muss sagen, in diesem Bereich sind wir in Wien eigentlich eh mit einem blauen Auge davongekommen. In budgetär sehr angespannten Zeiten muss ich fairerweise auch lobend erwähnen, dass sich das Kulturbudget durchaus in ungefähr gleichem Rahmen bewegt und nicht zurückgefahren wird, wie es in anderen Städten, in anderen Ländern passiert. Das muss man von dieser Stelle aus auch einmal anerkennend sagen. *(Beifall von StR Mag Manfred Juraczka, GR Dkfm Dr Fritz Aichinger, GRin Mag (FH) Tanja Wehsely und GR Mag Klaus Werner-Lobo.)* - Herzlichen Dank.

Und wenn ich mir auch wünschen würde, dass die jährliche Erhöhung des Gesamtbudgets, die in den letzten Jahren so um die 10 Prozent per anno betragen hat, sich ebenso im Kulturbudget wiederfinden sollte, so lebe ich auch in dieser Stadt und kenne die Realitäten. Ich kann

vielleicht nicht gut damit leben, aber ich nehme sie zur Kenntnis.

Denn Arbeitsplatzsicherung - wir haben es heute schon gehört -, öffentliche Investitionen, Bildung sind in Zeiten der Krise, ebenso wie die Stadtentwicklung und der Wohnbau, natürlich ganz wichtige Schwerpunkte. Und wenn ich mir auch wünschen würde, dass für viele, viele prekäre Arbeitsverhältnisse im Kulturbereich und in der Kunst mehr finanzieller Einsatz und mehr finanzielle Unterstützung möglich wären, so bewegt sich das Wiener Kulturbudget mit noch immer knapp 2 Prozent der Ausgaben der Stadt immerhin auf einem ungleich höheren Niveau, als das zum Beispiel im Bund der Fall ist. Und ich nehme das heute auch zum Anlass, weil ja auch gerade Budgetverhandlungen stattfinden und weil wir es als ÖVP auch getan haben, mir hier vielleicht Verbündete zu suchen, um auch im Bund zu lobbyieren, dass der Bund die Mittel für die Kultur erhöht. *(Beifall von den GRen Dipl-Ing Martin Margulies, Mag Klaus Werner-Lobo, Georg Niederermühlbichler und, nach einer kurzen Verzögerung, von StR Mag Manfred Juraczka und GR Dkfm Dr Fritz Aichinger. - GR Dipl-Ing Martin Margulies: Bei der ÖVP sind sie schon eingeschlafen!)*

Das macht nichts. Die kennen meine Rede schon. Aber es freut mich, dass ihr zuhört. - Die kennen sie und können sie. Aber es ist schön, dass ihr zuhört.

Denn die 0,59 Prozent der Ausgaben, die der Bund lediglich zur Verfügung stellt, könnte man ja zumindest auf 1 Prozent anheben. Es steht ja kein österreichischer Politiker hinten, sich auf die Kulturnation zu berufen; und es ist wahrscheinlich auch kein Geheimnis, dass sehr viel einnahmenseitig in Österreich auch darauf zurückgeht, dass wir uns im Ausland eben als Kulturnation darstellen.

Wenn Thomas Birkmeir, Direktor des Theaters der Jugend, der für seine hervorragende Arbeit der letzten zehn Jahre gerade mit dem Nestroy ausgezeichnet wurde, seine Dankesrede für ebendiesen flammenden Appell verwendet, dann muss uns das schon alle gemeinsam aufrütteln, dann müssen wir alle gemeinsam an einem Strang ziehen.

Aber nun zum Wiener Budget. Mit Freude habe ich zur Kenntnis genommen, dass das Budget für darstellende Kunst um 8 Millionen EUR erhöht wird. Es ist mir nur eines dazu als Erstes eingefallen, und ich hoffe, das kommt nicht zum Tragen; nämlich der Antrag der Vereinigten Bühnen Wien dieses Jahres, in dem sich ein strukturelles Defizit von 6 Millionen EUR wiedergefunden hat. Diese Summe wurde ja, wie wir damals hier debattiert haben, nicht näher erläutert. Vielleicht erinnert sich der eine oder andere noch an meine Rede. Ich habe dazu alle gefragt - zumindest alle, die im Kulturausschuss sitzen -, ob sie denn wissen, was im Akt steht. Da war ein eisiges Schweigen zu hören. Die Vereinigten Bühnen haben auch laut Aussage des Herrn Direktors Drozda ein massives strukturelles Problem. Das wird ja nicht einmal von der Direktion zu verstecken versucht.

Ja, die Verluste werden heuer wahrscheinlich durch die Wien Holding abgefangen, aber wie schaut es nächs-

tes Jahr damit aus? Werden wir einen Antrag vorgelegt bekommen, in dem von einem erhöhten Bedarf die Rede sein wird? Werden die zusätzlich budgetierten 8 Millionen EUR größtenteils wieder aufgefressen? Wo sind die von uns schon seit einiger Zeit vorgeschlagenen Zielvereinbarungen, die überhaupt eine Erhöhung rechtfertigen würden?

Sie werden von uns sicher nicht erwarten, dass wir zukünftig einem Antrag mit noch höherem Subventionsbedarf für die Vereinigten Bühnen zustimmen werden. Denn wer sich um Einsparungspotenzial, geplante Einnahmen, künstlerische Ziele oder auch nur für eine Reduzierung der Verwaltungskosten – und die sind in diesem Haus, sagen wir, ordentlich hoch angesiedelt – nicht interessiert, wird auch nicht mehr Geld erwarten können.

Wenn man diese 8 Millionen EUR den Vereinigten Bühnen zuspricht, dann wäre das eine Subventionserhöhung allein für diesen Betrieb um 20 Prozent. Und ich frage mich, wie sie das den Klein-, Mittel- und Off-Bühnen transportieren wollen.

Herr Stadtrat! Sehr geehrte Kollegen von der SPÖ und von den GRÜNEN! Wir kennen die Studien, die besagen, dass die Kulturinvestitionen in kleine und mittlere Bühnen wesentlich effizienter und kulturell vielleicht sogar wertvoller sind als große Tanker. Ich ersuche Sie daher wirklich eindringlich: Passen Sie Ihre Budgetpolitik und die Subventionspolitik auch diesen Erkenntnissen an.

Aber vielleicht sind ja die 8 Millionen EUR auch für das Volkstheater vorgesehen. Wir haben zwar jetzt schon die Akten zugeschickt bekommen für den nächsten Kulturausschuss, dort finde ich noch nichts darüber, aber vielleicht kommt ja etwas, um die notwendige Erweiterung für das Kulissendepot des Volkstheaters vorzusehen. Vielleicht nimmt man endlich die dringend notwendige Sanierung des Volkstheaters in Angriff. Das würde mich besonders freuen, weil wir alle wissen, wie es um die Substanz des Hauses bestellt ist. Die ist einer Kulturstadt, die Wien ist, nicht würdig.

Da wird nämlich auch der große Wunderwuzzi-Intendant oder die Wunderwuzzi-Intendantin, die noch so ambitioniert das Theater antreten wird, nichts verbessern können. Da muss man einfach auch einmal Geld in die Hand nehmen, wobei es von Jahr zu Jahr schlimmer wird und die Sanierungen werden von Jahr zu Jahr teurer werden.

Auf die leidige, leidvolle und langwierige Geschichte der Standortfindung für das Wien Museum möchte ich hier heute gar nicht groß eingehen. Jetzt ist ein Standort festgelegt. Das ist gut, damit kann man arbeiten, aber ich richte den Appell an Sie: Das muss ein Leuchtturmprojekt werden, so wie Sie es versprochen haben. Ich ersuche Sie, da jetzt wirklich zügig und ordentlich weiter vorzugehen. Gehen Sie den Architekturwettbewerb, die Ausschreibung, die Planung und den Bau zügig an!

Vergessen Sie damit bitte nicht auch die invasive Grundgenerhebung. Schauen Sie sich das Gebäude an, das jetzt da steht. Wie schaut es da mit der Bausubstanz aus? Sonst stehen wir am Ende des Tages dort, wo wir beim Stadthallenbad waren. Dann kontrolliert das Kon-

trollamt, und wir wissen wieder: Man hat keine Grundgenerhebung gemacht, man hat einfach ins Blaue hineingegiert. Aber ich nehme an, Sie wollen das tun, Herr Stadtrat; denn Sie haben, was ich sehr begrüßt habe, sich nicht auf Kosten festlegen lassen. Schauen Sie sich das genau an, überlegen Sie es sich gut, bevor Sie Kosten nennen.

Es gäbe noch viel über andere Aspekte der Kunst- und Kultur- und Wissenschaftspolitik zu berichten. Was mir aber aufgefallen ist bei Ihrem Budget, ist etwas sehr Interessantes. Es passiert hier etwas, das Rot-Grün andersorts gerne kritisiert, nämlich eine Art Umverteilungspolitik, die aber zu Gunsten der Großen und zu Lasten der Kleinen passiert. Das ist eigentlich sehr merkwürdig, weil es eigentlich nicht in eure Ideologie hineinpasst.

In einem Punkt betreiben Sie allerdings wiederum die gleiche Politik wie im Bund, nämlich im Ignorieren der Tatsachen. Es ist eine Tatsache, dass die Förderpolitik in dieser Stadt intransparent und kaum zu überblicken ist. Wir haben hier schon öfters Anträge dazu eingebracht. Warum bekommen wir keinen transparenten Förderbericht? Die Auflistung der erfolgten Förderungen ist ja kein Förderbericht. Warum dürfen wir nicht wissen, wer angesucht hat, wer in welcher Höhe angesucht hat, und wer dann wirklich etwas bekommt? Ich darf dahin gehend einen Antrag einbringen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ebenfalls abermals bringe ich einen Antrag ein – wie schon so oft, ich habe vorher schon darüber gesprochen –, Zielvereinbarungen mit den Subventionsnehmern der Stadt zu treffen, nämlich ganz genaue Kriterien, warum, wann und in welcher Höhe es zu Subventionen kommt. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Zum Abschluss, weil es mir besonders wichtig ist. Frau Brauner hat heute in der Früh in ihrer Budgetrede zwar nicht viel über das Thema Wissenschaft gesagt, aber sie hat zumindest gemeint: Früher ging es uns gut, wenn die Schloten geraucht haben; heute geht es uns gut, wenn die Köpfe rauchen. – Ja, die Köpfe rauchen in der Wissenschaft, meine sehr geehrten Damen und Herren, aber sie rauchen, weil man ihnen die Mittel kürzt.

Da finde ich es schon ein Stück weit bemerkenswert, dass die Stadt Wien sich einen Universitäts- und Wissenschaftsbeauftragten leistet, und im Voranschlag 2014 die Ausgaben im Bereich Wissenschaft und Forschung um 1,3 Millionen EUR zurückgefahren werden. Das ist interessant, das ist eine interessante Gewichtung. Wenn es der Stadt ein derartiges Anliegen ist, dass man sich einen eigenen Beauftragten für diesen Bereich schafft, wieso kürzt man dann die Mittel in diesem Bereich, in Prozenten ausgedrückt um 15 Prozent?

Herr Van der Bellen, ich habe gesehen, dass Sie heute noch sprechen. Es würde mich interessieren, wie Sie es rechtfertigen, dass Wien gerade den Wissenschaft- und Forschungsbereich kürzt und sich gleichzeitig den Luxus eines Beauftragten leistet – wissend, dass die Investitionen in Wissenschaft und Forschung ebenso wie Investitionen in Bildung echte Zukunftsinvestitionen sind!

Wir haben es heute schon gehört, wir haben keine

Bodenschätze, die wir vermarkten. Wir sind als Standort auch und vor allem von geistiger Leistung abhängig. Wien hat durch die Ansiedlung von vielen Universitäten, die ohnedies vom Bund finanziert werden, einen Standortvorteil. Den nutzen wir nicht. Und jetzt kürzen wir auch noch das Budget im Bereich Wissenschaft und Forschung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da wird Ihnen auch nicht die neueste Postille des Bohmann-Verlages helfen, ein periodisch erscheinendes Abo-Magazin für die Zielgruppe Wissenschaft, Wirtschaft und Forschung. Denn was wollen Sie dort verkünden? Dass es für Wissenschaft und Forschung weniger Mittel gibt? Deswegen ein Appell, Herr Van der Bellen: Ich ersuche Sie eindringlich, schon heute auf den ihrem Wirken als Beauftragter zugedachten jährlichen Betrag zu verzichten und diesen Betrag von über 200 000 EUR per anno wirklich der Wissenschaft und Forschung zur Verfügung zu stellen. Gegebenenfalls werden wir diese Entscheidung wieder mit einem eigenen Antrag erleichtern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wünschen uns einen transparenteren Kulturbereich, wir wünschen uns einen Kulturbereich, der weniger auf die großen Tanker und mehr auf die vielen kleinen Initiativen Rücksicht nimmt. Wir werden dem Budget nicht zustimmen. – Herzlichen Dank.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Werner-Lobo. Selbstgewählte Redezeit 12 Minuten. Ich erteile das Wort.

GR Mag Klaus **Werner-Lobo** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Lieber Herr Stadtrat!

Ich bin jetzt in der ein bisschen unangenehmen Situation, dass ich der Kollegin Leeb, was den Kulturteil ihrer Rede betrifft, uneingeschränkt zustimmen muss, darf, kann. Ich sehe das ganz ähnlich und ich freue mich sehr, dass es von der Kollegin Leeb dieses Bekenntnis zur Notwendigkeit einer erhöhten Förderung für Kultur gibt. Ich glaube, in allen Fraktionen würden wir hier Leute finden und gemeinsam wahrscheinlich sogar Fraktionsstärke gewinnen, wenn es darum geht, das Kulturbudget maßgeblich zu erhöhen.

Wir würden uns darüber freuen. Ich glaube, dass Kulturpolitik immer auch gleichzeitig Bildungspolitik, Sozialpolitik, Integrationspolitik, sogar Arbeitsmarktpolitik ist. Und ich bin sehr, sehr stolz darauf, dass es gelungen ist, in dieser Stadt trotz der wirtschaftlichen Zwänge auch die Solidarität aller anderen Politikfelder zu haben, wenn es nämlich darum geht, dass das Kulturbudget nicht gekürzt wird, dass es auf sehr, sehr hohem Niveau, wenn wir im internationalen Vergleich stehen, stabilisiert werden kann, dass es trotz den Zwängen immer noch in einzelnen Bereichen Ausbauten gibt.

Wir wissen, dass einige Bereiche automatisch teurer werden. Das heißt, mehr oder weniger gleich bleibende Budgets bedeuten natürlich, dass man immer sehr, sehr sorgsam in einigen Bereichen immer wieder Sparpotenziale suchen muss und weiterhin suchen wird, damit man in anderen Bereichen eben ausbauen kann.

Man kann es sich, glaube ich, vorstellen wie ein gut eingerichtetes Zimmer. Das Kulturzimmer der Stadt Wien ist wirklich phantastisch gut eingerichtet. Da brauchen wir den Vergleich mit anderen Städten nicht zu scheuen. Aber natürlich möchte man, vor allem, wenn womöglich neue Leute in diesem Zimmer wohnen wollen, hin und wieder auch neue Möbel reinstellen, und um neue Möbel reinzustellen, gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder man stellt alte hinaus oder man vergrößert das Zimmer.

Wir alle, die wir da jetzt in der Kulturpolitik tätig sind – und es freut mich, dass das offenbar fraktionenübergreifend ist –, würden das Zimmer am liebsten vergrößern. Wir werden aber in Zukunft sicherlich auch darüber nachdenken müssen, solange es nicht vergrößerbar ist, wo wir in Bereichen auch Einsparungen setzen, damit wir Neues zulassen können.

Ich freue mich deswegen insbesondere darüber, dass es ein allgemeines Bekenntnis – und soweit ich verstanden habe, ist auch dieses Bekenntnis fraktionenübergreifend – zu diesem großen neuen Projekt des Wien Museums gibt. Ich freue mich bekanntermaßen auch sehr über die Standortentscheidung. Ich weiß, dass das keine leichte Entscheidung war. Ich bin sehr, sehr stolz darauf, dass diese Entscheidung wirklich mit Bedacht gefällt wurde.

Wir haben in der Vergangenheit häufig erlebt, dass solche Großinvestitionen rasch getroffen wurden, dass Entscheidungen gefällt wurden, die uns nachher auf den Kopf gefallen sind, sodass wir heute noch die Fehlentscheidungen aus der Vergangenheit mittragen müssen. Ich glaube, dass beim Wien Museum daraus gelernt wurde.

Ich danke ausdrücklich auch dem Kulturstadtrat, dass diese Entscheidung mit Sorgsamkeit und Professionalität angegangen wurde. Manchmal hat die Opposition sich darüber beklagt, dass es zu lange dauert. Ich glaube, Sie sollten sich darüber freuen, dass man sich da wirklich die Zeit genommen hat, international Beispiele anzuschauen und dass man die Standortprüfung sehr, sehr genau vorgenommen hat.

Ich glaube, das Wien Museum ist eine der größten kulturpolitischen Entscheidungen dieser Legislaturperiode. Da geht es um ein neues Haus – das jetzt auch ein neues Haus am Karlsplatz sein wird –, das ein Museum aller Wienerinnen und Wiener sein soll. Da geht es nicht nur um eine neue Ausstellungshalle für Kulturinteressierte, sondern da geht es darum, alle Milieus, alle Bevölkerungsschichten dieser Stadt einzubinden, und das bereits im Vorfeld.

Wir haben international gute Beispiele dazu gesehen. Wir waren alle gemeinsam, alle Kulturpolitiker und -politikerinnen aller Fraktionen, im Vorjahr auf einer Ausschussreise, die sehr, sehr lehrreich war. Wir haben schöne Beispiele dafür gesehen, wie man das erfolgreich umsetzen kann.

Ich zitiere meistens das Museum in Liverpool. In Liverpool hat man, bevor noch der Grundstein gesetzt wurde, 50 000 Pfund ausgegeben, um ein partizipatives Projekt mit allen Bevölkerungsschichten zu starten, wo

man zum Beispiel auch Zuwanderungsbevölkerung, auch Arbeiterschichten – also Bevölkerungsschichten, die klassischerweise als sogenannte kulturferne Schichten bezeichnet werden – einbezogen hat. Das hat zu einem wahnsinnigen Erfolg geführt. Liverpool hat ungefähr eine halbe Million Einwohner und Einwohnerinnen, und jedes Jahr gehen in dieses Museum 1 Million Menschen hin. Das ist deswegen so, weil sie sich dort wiederfinden, weil sich unterschiedliche Bevölkerungsschichten dort wiederfinden.

Wien ist eine große Stadt, und das derzeitige Wien Museum hat, glaube ich, 125 000 Besucher und Besucherinnen pro Jahr. Ich glaube, wenn es gelingt, das neue Wien Museum wirklich zu einem Wien Museum aller Wiener und Wienerinnen zu machen, dann wird das ein riesengroßer Erfolg werden. Dafür wird es notwendig sein, dass eben nicht nur Leute, die ein oder zwei Mal im Jahr sich dort eine tolle Ausstellung anschauen wollen, kommen, sondern dass es ein öffentlicher Raum wird, eine neue Definition von öffentlichem Raum, ein Lebensraum, wie das MuseumsQuartier.

Der Stadtrat hat das auch in den Medienberichten ähnlich erwähnt. Das MuseumsQuartier ist heute ein öffentlicher Raum, wo man auch seine Freizeit verbringt. Ich glaube, das neue Museum am Karlsplatz wird dieses Potenzial bieten, und zwar wirklich für alle Bevölkerungsschichten, die dorthin kommen, sodass man sich dort aufhalten kann, dass man sich damit identifizieren kann, dass man sich dort wiederfinden kann.

Ich freue mich wirklich sehr, dass es ein grundsätzliches Bekenntnis aller Fraktionen gibt, hier auch eine wirkliche Landmark zu setzen, ein Leuchtturmprojekt zu bauen; dass man da mutige Entscheidungen treffen wird, auch was die architektonischen Entscheidungen betrifft. Ich glaube, da wird es notwendig sein, die Kleingeistigkeit, die wir in Wien oft erlebt haben, zu überwinden, und diesmal zusammen zu stehen, mutige Entscheidungen auch in architektonischer Hinsicht möglich zu machen und das Angebot des Stadtrates, das ich sehr begrüße, nämlich dieses Projekt, wirklich außer Streit zu stellen und gemeinsam mit allen durchzufechten. Ich freue mich sehr darüber.

Auf andere Kulturprojekte werde ich jetzt nicht im Detail eingehen. Erstens wird erfahrungsgemäß nach mir Ernst Woller noch auf einzelne Erfolge hinweisen, und alle anderen Dinge werden dann ohnehin, wenn die Akten in den Gemeinderat kommen, besprochen.

Es wurde heute mehrmals erwähnt, Wien ist eine wachsende Stadt, eine sehr, sehr stark wachsende Stadt. Darauf können wir stolz sein, weil Wien attraktiv ist für Menschen, die zu uns kommen wollen – Menschen aus anderen Bundesländern, Menschen aus anderen Ländern. Wir haben da auch einige Akzente gesetzt. Zu verstärken ist, glaube ich, dass wir diese unterschiedlichen Milieus auch im Kulturleben widerspiegeln.

Ich war zum Beispiel dieses Wochenende in Berlin, wo jetzt Şermin Langhoff das Maxim Gorki Theater übernommen hat. Ich habe mir dort die Eröffnungsproduktion

angeschaut. Das Maxim Gorki Theater wurde von Şermin Langhoff zu einem, man könnte fast sagen, post-postmigrantischen Theater gemacht. Dieser Begriff des postmigrantischen Theaters und der postmigrantischen Kultur ist in aller Munde. Auch Wien hat ja einige Initiativen gesetzt.

Was ich dort sehen konnte, nachdem Şermin Langhoff im Ballhaus Naunynstraße diesen Begriff geprägt hat und jetzt das Maxim Gorki Theater übernommen hat und ich diese Eröffnungsproduktion sehen durfte: Die sind noch weiter darüber hinaus, die haben das bereits sogar schon überwunden. Dort wird es nicht einmal mehr extra debattiert, sondern es ist selbstverständlich, dass Berlin, welches ja eine Zuwanderungsstadt ist so wie Wien, das auch widerspiegelt, auf der Bühne debattiert, und damit auch einen Beitrag leistet für die wichtigen Diskussionen, die wir hier in allen Geschäftsbereichen führen, nämlich: Wie geht man mit einer wachsenden Stadt um? Wie geht man mit dem Aufeinandertreffen von Kulturen, mit dem Aufeinandertreffen unterschiedlicher sozialer Milieus um? Und: Kann Kultur dazu einen Beitrag leisten?

Ich kann Ihnen dieses Stück sehr empfehlen. Allein dieses Stück ist eine Reise nach Berlin wert. Es geht um den Kirschgarten in dieser Inszenierung von Nurkan Erpulat. Ich kann sehr empfehlen, sich diese Sachen anzuschauen; und zwar nicht nur aus künstlerischem oder kulturpolitischem Interesse, sondern weil eben Kultur auch mit Qualität Antworten auf die wichtigen sozialen Fragen unserer Gesellschaft geben kann. – Herzlichen Dank. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner ist Herr GR Mag Ebinger zum Wort gemeldet. Selbstgewählte Redezeit 20 Minuten. – Sie haben das Wort.

GR Mag Gerald **Ebinger** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Der Kollege Werner-Lobo macht es sehr gescheit. Er sagt, wir seien alle einer Meinung, und dann lobt er das Maxim Gorki Theater in Berlin. So viel zu seinen Aussagen zum Wiener Kulturbudget. *(Heiterkeit bei der FPÖ.)*

Bevor ich aber über Kultur rede, erlaube ich mir zwei Meinungen, die mir heute aufgestoßen sind. Die Frau Vizebürgermeisterin hat gesagt, es sei eine unglaubliche Frechheit, dass wir in einem Pressedienst von Budgetrickerei schreiben. – Mein Gott, das ist eh ein nettes Wort. Ich werde euch einmal den Titel eines Artikels der Zeitung „Die Presse“ vom Freitag vorlesen, wo es um das Bundesbudget geht. Da schreibt nämlich der Herr Christian Ortner unter dem Titel „Ist das Land erst mal ruiniert, lebt sich's völlig ungeniert.“ Folgendes: „Wer SPÖ und ÖVP nach diesem dreisten Budgetbetrug wieder seine Stimme gibt, der kann seine Lebensersparnisse genauso gut Bernie Madoff anvertrauen.“ – Wobei ich jetzt keine Überleitung machen will, ich bin nicht im Finanzausschuss.

Das Zweite, etwas, das noch keiner erwähnt hat heute: Die ÖVP wird, soweit ich weiß, auch noch einen An-

trag über den Subventionsbericht einbringen, weil ja wir seit Jahren ... (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Habt ihr ihn schon eingebracht? Ach so. Entschuldigung, da habe ich nicht aufgepasst. Jedenfalls habe ich ihm schon zugestimmt. Es ist ja immer dasselbe. Wir wissen zwar, was uns im Budget für Subventionen vorgelegt werden, aber nicht, was wirklich beantragt und was tatsächlich genehmigt wurde. Das haben wir schon jahrelang bekrittelt.

Wien ist ja vor zwei Jahren Transparency International beigetreten und wir hören ja ständig so viele Studien, wonach wir die Stadt mit der größten Lebensqualität sind. Habt ihr diese Studie mitbekommen, wonach Österreich Schlusslicht bei der Auskunftspflicht und bei der Transparenz ist? Das hat ein kanadisches Zentrum für Gesetz und Demokratie mit einer spanisch-britischen Organisation, nämlich Access Info Europe, herausgegeben. (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Wer ist das? Das ist ein Privatunternehmen!*) Dieser Studie zufolge sind Serbien, Slowenien alle mustergültig, dann kommt irgendwann Sierra Leone und ganz am Schluss der Liste kommt Österreich, die intransparenteste Verwaltung der ganzen Welt, kann man sagen! (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Das glaubt er auch noch!*)

Na gut, so viel als allgemeine Einleitung. Ich habe mir ja 20 Minuten gewählt, und meine Nachredner wissen, wenn ich länger rede, dann können sie kürzer reden. (*Heiterkeit bei der FPÖ.*) Zum Kulturbudget, damit ich auch etwas Positives sage: Ja, auch meine Fraktion steht auf dem Standpunkt, es kann nicht so sein, dass man bei der Kultur spart. Wir müssen uns dazu bekennen. Wien ist, sagen wir einmal positiv, die Kulturhauptstadt der Welt. Wir sehen uns auch so, und es ist irgendwie unsere Identität. Wir würden zwar vieles anders machen (*GR Georg Niedermühlbichler: Da haben wir eh in Kärnten gesehen, wohin das führt!*), aber wir würden nicht kürzen. Das kann ich auch für meine Fraktion sagen.

Jetzt zu der wichtigsten Entscheidung der letzten Zeit, das Wien Museum betreffend. Da möchte ich vorweg sagen: Das war ein, sagen wir mal, relativ transparenter Vorgang. In die Entscheidung selber sind wir als Opposition natürlich nicht eingebunden worden, aber in das Stadium der Entscheidungsfindung sind wir doch regelmäßig eingebunden worden. Sei es jetzt, dass wir uns bei einer Reise angeschaut haben, was es in Europa so für Möglichkeiten gibt; sei es, dass wir bei diesem großen Hearing von Architekten und Kulturschaffenden, Museumsdirektoren dabei waren und uns dann auch eingemischt haben in die Diskussion; sei es, dass wir bei diesen zwei Architektengruppen, die sich mit dem Karlsplatz und dem Hauptbahnhof beschäftigt haben, sehr wohl informiert wurden und dann auch mitreden durften.

Es freut auch uns, dass das Wien Museum am Karlsplatz bleibt. Wir hoffen allerdings auf ein architektonisches Signal. Das steht im Regierungsübereinkommen: ökologische Bauweise und architektonisches Signal. Nun ist man natürlich gehandicapt am Karlsplatz. Man hat den Haerdtl-Bau, den man als denkmalgeschützten Bau in all seiner Schönheit erhalten muss, man hat die Karlskirche.

Dazwischen hat man ein meines Erachtens mäßig schönes Winterthur-Gebäude, wo es aber – und das weiß ich eben aus diesen Veranstaltungen, die es da gegeben hat – durchaus die Bereitschaft gibt, da zu kooperieren. Teile des Gebäudes werden ja auch jetzt schon als Büroräumlichkeiten des Wien Museums verwendet.

Was wirklich stört: Man muss den Haerdtl-Bau freistellen von anderen Gebäuden, aber auch von Pflanzen, das muss man auch dazusagen, denn der ist ja irgendwie zugewuchert. Man muss sich irgendetwas überlegen, wie man eine Erweiterung unter- oder überirdisch, über den Haerdtl-Bau machen kann; und man muss sich auch überlegen, wie überhaupt der ganze Karlsplatz ein bisschen ein Facelifting erhalten kann.

Ich habe vom Herrn Stadtrat gehört, dass es da ein zweistufiges Verfahren gibt. Ob es sich in dieser Legislaturperiode ausgeht, dass wir fix wissen, was wir bauen wollen, glaube ich nicht. (*GRin Marianne Klicka: Das glaube ich auch nicht!*) Das Museum steht in dieser Legislaturperiode sicher nicht. Also auf Grund dieser Pressedienste gehe ich davon aus, dass wir 2015 so weit sein werden, dass es einen Architektenwettbewerb gibt. Es ist also doch ein Projekt, das wohl viele von uns durch das ganze Politikerleben verfolgt. Deswegen stehen auch wir auf dem Standpunkt, dass es dann wenigstens etwas Ordentliches sein soll – keine Kompromisse dann, was das architektonische Signal anbelangt.

Das Ganze hat auch einen unglaublichen Vorteil aus meiner Sicht. Es gibt ja die Diskussion um den Hauptbahnhof. Ich habe zum Hauptbahnhof immer gesagt: Wenn man das gegenüber vom 21er Haus macht! Es ist ja kein architektonisches Signal. Das sieht man nur, wenn man im Schweizer Garten mit dem Hund äußerlich geht, und sonst sieht es genau keiner. Da gibt es jetzt neue Initiativen. Da gibt's zum Beispiel, wie ich vom Hörensagen erfahre, eine Privatinitiative, eine größere Musical-Halle zu bauen. Ich war bei Diskussionen über dieses Quartier oder Quartier (*beim zweiten mal spricht der Redner das Wort „Quartier“ französisch aus*) Belvedere, also über das Belvedere-Viertel, dabei, wobei der von dem Erste-Campus sagt, es geht auch um die Belegung.

Momentan haben wir pro Jahr 150 000 Besucher beim Wien Museum. Das sind aber pro Tag 500 Leute. 500 Leute zwischen 10 Uhr und 18 Uhr, das ist nicht wirklich eine Belegung, wenn man dann Schulklassen und Pensionisten mitberechnet. Ein Wien Museum am Hauptbahnhof würde, glaube ich, nicht für Leben am Abend sorgen. Der Gastronomie wie Bars und Restaurants würde das wohl gar nichts nützen.

Das wäre bei einer Musical-Halle schon anders. Und würde eine Musical-Halle, am Gürtel, unter Umständen neben dem Erste-Campus entstehen – man hört ja, dass so etwas kommen könnte –, mit 1 800 Plätzen, so würde das bedeuten, dass täglich 1 800 Leute vorher und nachher in der Gegend sind. Die ganzen Bars, Restaurants, Gasthäuser auf dieser Gürtelseite – ich wohne ja zufällig dort – leiden ja schon seit Jahren. Die müssen immer schauen, wo sie ihre Kunden herbekommen, weil dort

immer nur Baustelle ist. Die sind eh schon ausgehungert. Für die wäre das sicher etwas ganz Willkommenes. 1 800 Leute, am Wochenende 2 Vorstellungen! Das heißt, da würde aus meiner Sicht dieses ganze Dreieck mit Leben erfüllt werden.

Dann gibt es, wie man so hört, auch noch sehr diffuse Privatinteressen – auch wieder mit Privatinvestoren –, dort, wo es ursprünglich geplant war, also gegenüber vom 21er Haus von der Francesca Habsburg, sozusagen ein Museumscluster oder ein Museumsgebäude – ich weiß nicht, wie man das nennen soll – zu errichten. Es soll ein Gebäude werden, auch von einem Investor gebaut, wo ihre Sammlung hineinkommt, aber vielleicht auch andere Sammlungen und vielleicht auch Galerien.

Das wäre etwas, das in dieser Form noch gar nicht da gewesen ist in Wien; nämlich dass man gewisse Sammlungen hat, wo man reingeht, zahlt und sich etwas anschaut. Daneben gäbe es auch Galerien, die Ausstellungen machen, die vielleicht auch etwas verkaufen, sodass man Vernissagen und das Publikum von verschiedensten Galerien koordinieren könnte. Und wenn dann wirklich Galeristen – es gibt es nicht so viel von Weltruf in Österreich, aber solche auch wie Ropac – sich das überlegen – was ich höre, was aber nur ein Gerücht ist –, dann könnte man hier durchaus eine interessante Klientel anlocken und dieses Gebäude auch am Abend beleben. Das sind die Aussichten.

Was würde das für die Vereinigten Bühnen bedeuten, wenn es da oben eine Musical-Halle gäbe, die ein Privater betreibt? Dann würde ich sagen, die könnten dort eine Minderheitsbeteiligung eingehen. Dann gibt es eine gewisse Chance, dass das auch kostendeckend geführt wird. Dann stellt sich natürlich für uns die nächste Schlussfolgerung: Was machen wir dann mit dem Ronacher und mit dem Raimund Theater? Ja, ehrlich gesagt, mit dem Ronacher würde mir spontan etwas einfallen. Aber das ist auch dir schon einmal eingefallen. (*Zwischenruf von GR Mag Klaus Werner-Lobo.*) Da kann ich mich nicht so genau erinnern. Jedenfalls könnte man eine Kleinkunstabühne daraus machen. Das trägt sich heutzutage schon relativ von selbst. Ins Kabarett gehen die Leute gerne in Zeiten wie diesen. Es ist ja richtige Kabarettzeit, es gibt Untergangsstimmung, da gibt es immer gutes Kabarett. Aber schauen wir uns an, was die Agnes Husslein macht. Dazu kann man stehen, wie man will, aber ich gehe laufen ins Belvedere. Was dort an Bussen vorbeigeekart wird ins Belvedere, 1 Million Besucher! Ernst wird das wissen: 1,2 Millionen Besucher.

Wien ist ja auch berühmt für den Wiener Walzer, für die Wiener Operette. Das ist ein bisschen kitschig, aber das macht nichts. Wir haben ja dieses Image. Machen wir doch aus dem Raimund Theater eine richtige Operettenbühne, wo eben jeden Tag die Touristen hinkommen. Das wäre doch eine Nutzung, die vielleicht sogar mehr einbringen würde als die jetzige Nutzung.

Damit – o je, die Zeit verrinnt – möchte ich noch kurz über das Ronacher sprechen. Es wird ja jetzt immer so geredet: Die einen geben immer ihren Firmen die Be-

günstigungen, die anderen, die Lindner gibt sie ihrem Lebensgefährten und so weiter. Und mir ist aufgefallen, bei den Produktionen vom neuen Intendanten vom Ronacher führt mehr oder weniger regelmäßig der Herr Andreas Gergen Regie. Bei „Das Phantom der Oper“ führt er Regie, bei „Love Never Dies“, glaube ich, und bei „Der Besuch der alten Dame“ ist das Buch sogar vom Herrn Intendanten und die Regie vom Herrn Gergen.

Interessant ist es deswegen, weil die ja gemeinsam die Creative Agency Berlin gegründet haben. Seit 2012 auf Grund der Intendanz ist der Herr Struppeck ausgetreten oder offenbar nicht mehr in der Creative Agency. Der Herr Gergen führt die jetzt allein. Aber ausdrücken kann man trotzdem noch seinen ganzen Lebenslauf als Mitbegründer. Das haben wir schon einmal beim Klausnitzer gehabt, wie du ja richtigerweise schon angemerkt hast.

Ich will nicht sagen, dass das alles schlecht ist, was die machen, das will ich gar nicht sagen. Sie planen ja auch ganz interessante Dinge. Aber dass dann immer der Herr Gergen Regie führt ... Und wenn man sich zum Beispiel das Konzert „Das Phantom der Oper“ anschaut, so ist das bei Creative Agency Berlin als Produktion für 2012 drinnen. Da fragt man sich: Hat Creative Agency dann etwas bekommen? Vielleicht ist er gar nicht wirklich ausgeschieden? Was weiß man, vielleicht ist er stiller Teilhaber geworden, nachdem er da noch vorkommt. Keine Ahnung, ich kann das nicht unterstellen.

Es ist eben merkwürdig, dass das Buch oftmals vom Herrn Struppeck stammt und Regie praktisch immer der Herr Gergen führt. Bei „The Sound of Music“ übrigens, was sie im Salzburger Landestheater gespielt haben, haben Struppeck und Gergen Regie geführt. (*GRin Ing Isabella Leeb: Auch er!*) Ja, klar. Und, wie gesagt, auch bei neuen Produktionen wie „Der Besuch der alten Dame“.

„Der Besuch der alten Dame“ ist ja, glaube ich, eine deutschsprachige Erstproduktion, und die ist für nur vier Monate angesetzt. Das heißt, da geht man schon von vorneherein davon aus, dass das nach vier Monaten keinen mehr interessieren wird. Denn anschließend ist die deutsche Erstaufführung von „Mary Poppins“ geplant, nämlich ab September 2014. Sicher könnte „Der Besuch der alten Dame“ auch ein Erfolg werden. Ich sage jetzt nicht, dass das inhaltlich nichts ist. Aber wenn von deutscher Erstaufführung die Rede ist, dann schreit das für mich wieder – ich habe es nirgends im Internet gefunden – nach Buch von Struppeck und Regie von Gergen. Ich weiß nicht, man wird sehen. Wir werden das genau beobachten.

Für 2015/2016 ist ein Musical Schikaneder geplant, nämlich über das Leben von Emanuel Schikaneder, das war der Textdichter von Mozart, und sein Verhältnis zu seiner Frau. Kann auch eine gute Idee sein. Vor allen Dingen hat man einen ganz großartigen Komponisten dazu gewonnen, der für seine Musik sogar schon einen Oscar gewonnen hat. Erstaunlich ist nur: Das Buch stammt vom Herrn Struppeck. (*Heiterkeit des Redners.*)

Dann ist noch „Der Dritte Mann“ für 2016 als Welturaufführung geplant. Auch nicht schlecht, denn wir müssen

immer daran denken, die wollen ja auch international etwas verkaufen, damit wir nicht so viel Subvention geben müssen. Keine Ahnung, wer das Buch schreiben und Regie führen wird, aber wir werden das beobachten. Ich wollte es einfach nur in diesem Zusammenhang anmerken, damit man nicht glaubt, solche Dinge fallen einem nicht auf.

Ebenso beispielsweise bei der Kunsthalle. Da haben wir auch den Herrn Matt. Da gab es eine große Geschichte von Parlaments-Grünen und ÖVP und so weiter: Matt muss gehen! Dann kam der Herr Schafhausen. Dann hat er einmal die Ausstellungen von Andy Warhol und Yoko Ono abgesetzt und hat zugesperrt. Nun weiß ich schon, ich habe mir das heute sagen lassen: Das gehört dazu, wenn jemand Neuer kommt, sperrt er einmal zu und renoviert. Er hat aber damals auch schon gesagt, eine Pferdereithalle ist kein idealer Standpunkt für die Kunsthalle.

Es gibt ja auch das Gerücht, dass die Kunsthalle vielleicht in dieses Museumsclustergebäude von Francesca Habsburg übersiedelt und die Stadt Wien dort Miete zahlt. Warum nicht? Man fragt sich dann nur, warum man es jetzt renovieren musste. Also, es ist geschlossen gewesen und dann bis zu den Festwochen so eine quasi Intervention: „What Would Thomas Bernhard Do“. Der würde wahrscheinlich ein Buch über den Subventionsmissbrauch in Österreich schreiben. Aber jetzt gibt es diesen „Salon der Angst“, okay.

Die andere Kunsthalle war auch die längste Zeit geschlossen, nämlich am Karlsplatz, jetzt ist das Kaffeehaus geschlossen. Also für einen Durchschnittsbürger ist bis jetzt gefühlsmäßig außer dem „Salon der Angst“ seit einem Jahr immer alles geschlossen. Wir werden sehen, was kommt. Wenn man sich anschaut, was kommt, dann kommt irgendeine Ausstellung über das Werk von Brâncuși, einen bedeutenden rumänischen Bildhauer. Wir wissen ja, dass der Herr Schafhausen auch der Kurator der Biennale Bukarest ist. Und die Biennale Bukarest soll dann irgendwelche Ausstellungen nach Wien verlegen, sozusagen „if you have one, you have them all“. Also, wenn man einmal etwas erfunden hat, kann man das überall weiterverkaufen.

Ich habe eigentlich nur mehr drei Minuten, muss aber trotzdem noch etwas sagen. Sonst bleibt die „Wienwoche“ völlig unerwähnt. Stell dir vor, es ist „Wienwoche“ und keiner redet darüber! (*Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*) Aber in der leider viel zu kurzen Zeit habe ich beschlossen, über das „Recht auf Marmelade“ zu sprechen. Da gibt es ja viele Vereine, Stadt Frucht Wien und so weiter, ich will mich darüber gar nicht lustig machen. Die Grundidee: Der „Falter“ hat geschrieben, das seien so blauäugige Ideen der GRÜNEN, da hat man Obst.

Nur eine Frage: Wie soll denn das in natura funktionieren? Jetzt ist das Stadtgartenamt dagegen, weil dann das Faulobst hinunterfällt, dann kommen Wespen, dann ist Dreck und so. Jetzt, wenn die Leute noch nicht darauf angewiesen sind, dass sie sich das Obst nehmen oder vielleicht nicht wissen, was das für eine Obstsorte ist ...

Aber was ist der eigentliche Sinn, dass man in Krisenzeiten in der Stadt Wien etwas anbaut, das man auch konsumieren kann. Wer konsumiert das dann? Ich kann mich ja nicht neben den Baum hinsetzen und warten, bis die Früchte reif werden, nur damit es niemand anderer bekommt. (*Zwischenruf von GR Mag Klaus Werner-Lobo.*) Das Recht auf Marmelade hat dann erst wieder nur der Stärkere, das wollte ich damit sagen. (*Heiterkeit bei der FPÖ.*)

Damit ist das Ganze ideologisch nicht durchgedacht. Denn es soll ja für jedermann da sein, aber das geht in der Praxis nicht, wird nicht funktionieren. Deswegen gibt es ja gewisse Ordnungsmechanismen in einem Sozialwesen. Und weil du da so hämisch lachst, Kollege Werner-Lobo, du hast bei deinem Wahlkampf einen Artikel geschrieben: „Was beim Grünen-Wahlkampf schiefging“. Ich zitiere: „Das ließen wir uns in Marktforschungen abtesten, kommunizierten in einem eigens definierten sogenannten Markenkanal – Klammer: als Vorbild für die Notwendigkeit, die Grünen zu einer Marke zu machen, nannte man uns unter anderem die Hautcreme Nivea -, zogen uns hellgrüne Softshelljacken - Klammer: 26 EUR, made in China - an, die besonders Fleißigen kauften sich sogar hellgrüne Uhrbänder und hellgrüne iPhone-Hüllen,“ – hat jemand ein hellgrünes Uhrband da? – „und verteilten“ – und jetzt kommt es, das ist wieder kein netter Ausdruck – „tausende ‚Bio macht schön‘-Sackerln namens Sieglinde – Klammer: made in India, trotz Billigstpreis von zirka 1 EUR Fairtrade -, die uns das Subproletariat am Viktor-Adler-Markt mit einer Intensität aus den Händen riss, dass wir diese Wahlen einfach gewinnen mussten.“

Das, lieber Klaus Werner-Lobo, ist überheblich! (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*) Das zeigt irgendwie, wie die GRÜNEN zum einfachen Volke stehen. Ich habe mir die Mühe gemacht, zwei Definitionen herauszusuchen. (*Der Redner zitiert aus einem Schriftstück.*) Das Subproletariat ist, wie der Name schon andeutet, unter den einfachsten Hilfsarbeitern angesiedelt, aber auch unter normalen Arbeitslosen, die sich noch etwas an Würde bewahrt haben. Subproletariat ist eine intellektuelle Umschreibung vom asozialen Bodensatz der Gesellschaft, der dreckig, dumm, oft besoffen und aggressiv ist. Selbst White Trash steht noch über dem Subproletariat, weil White Trash ab und zu arbeitet und eine eigene Kultur hat.

Die andere Definition sagt: In der Wirtschaftssoziologie Bezeichnung für einen Teil des Proletariats, dessen Arbeitskraft nicht verwertbar ist und daher nicht Teil eines Produktionsprozesses sein kann. – Das ist kein schöner Ausdruck, ehrlich gesagt! Das entlarvt das ein bisschen. Damit möchte ich jetzt auch schließen. Ich habe ohnehin schon überzogen. Dem Budget stimmen wir natürlich nicht zu. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner ist Herr GR Woller am Wort. Selbstgewählte Redezeit 15 Minuten. Sie haben das Wort.

GR Ernst **Woller** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir haben heuer wieder ein Rekordbudget. Wir haben das 20 Jahre lang gehabt bis 2010/11. Jetzt waren einige Jahre, wo wir ein bisschen leiser getreten sind, aber heuer haben wir wieder das absolut höchste Budget, das es jemals in der Geschichte der Stadt Wien gegeben hat, mit knapp 240 Millionen EUR mit einem Plus von 8,5 Millionen EUR beziehungsweise 3,7 Prozent.

Wien investiert in seine Stärke, und das ist gut so. Das rechnet sich auch, denn dieses eingesetzte Geld kommt für die Stadt Wien 2,3-fach wieder zurück. Das Kulturbudget beträgt knapp 2 Prozent des Gesamtbudgets der Stadt Wien. Und mit diesen knapp 2 Prozent des Gesamtbudgets erzielen wir eine unglaubliche Wirkung. 50 Prozent aller Pressemeldungen, die weltweit während eines Jahres über Wien publiziert werden, betreffen das Thema Kultur.

Mehr als 70 Prozent der Gäste unserer Stadt kommen der Kultur wegen nach Wien. Die Tourismuszahlen steigen, wir haben das heute schon vom Kollegen Strobl gehört. Und wenn man bei so Rankings wie acht Mal größte Kongressstadt der Welt gewinnt, dann glaube ich schon, dass die Kultur sicher eine sehr große Rolle dabei spielt, wenn die Kongresstouristen sich für Wien anstatt für eine andere Stadt entscheiden.

Es kommen immer wieder sehr viele internationale Gruppen, politische Delegationen und Journalisten nach Wien. Der Compress-Verlag ist sehr nützlich und hilfreich. Ich bekomme interessanterweise sehr viele dieser Gruppen als Gesprächspartner, und ich kann eigentlich sagen, die kommen alle nur wegen der Kultur nach Wien, die wollen eigentlich sonst nichts wissen. Die letzten zwei Gruppen, die ich hatte oder die ich habe, kommen interessanterweise wegen eines sehr spezifischen Projektes, nämlich wegen des Kunstplatzes Karlsplatz und wegen des KÖR. Daher möchte ich mich heute auf einige wenige Schwerpunkte in meiner Rede beschränken, denn über alles kann man in 15 Minuten sowieso nicht reden.

Der KÖR feiert nächstes Jahr sein zehnjähriges Jubiläum. Es ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Es ist ein ressortübergreifendes Projekt. Da zahlen erfreulicherweise mehrere StadträtInnen mit, die Planungsstadträtin, der Wohnbaustadtrat, die Finanzstadträtin über Wiener Linien, die Gesundheitsstadträtin bei der Ausstattung der KAV-Einrichtungen. Es ist eine unglaubliche Erfolgsgeschichte. Wenn man die Eröffnungen der letzten Monate Revue passieren lässt, waren es fast immer KÖR-Projekte.

Daher lade ich jetzt den Wiener Gemeinderat ein, mit mir einmal die U2 abzufahren. Wir fangen natürlich am Karlsplatz, dem Kunstplatz Karlsplatz an. Das war vor wenigen Jahren der Platz, über den man gesagt hat, das ist ein problematischer Bereich. Früher sagte man den Kindern und den Gästen dieser Stadt eher, dass man ja auch oben von der Staatsoper zum Karlsplatz gehen kann. Und heute, muss ich allen sagen, geht's unten, denn der Kunstplatz Karlsplatz in den Passagen ist großartig gelungen!

Wir haben dort drei großartige Arbeiten von Ken Lum,

Peter Kogler und jetzt seit neuestem Ernst Caramelle. Wir haben auch kleinere Projekte am Karlsplatz wie den Showroom für den roten Teppich für junge Kunst in einer Vitrine, die jahrelang leer gestanden ist, und wir haben die Victoria Coeln mit der Lichtinstallation im Resselpark, und ein bisschen weiter weg den Henry Moore vor der Karlskirche.

Wir fahren weiter mit der U2. Bei der Station Museumsquartier die Kunstwerke von Rudi Wach, bei der Station Volkstheater das große Mosaik von Anton Lehmden, beim Schottentor die Plakate von Ruth Anderwald und Leonhard Grond: „Der Rohbau der Zukunft“ – ein Kunstprojekt zur Utopie am Beispiel der Seestadt Aspern.

Bei der Taborstraße gibt es „Ein Garten“ von Ingrid Strobl, am Praterstern „Einen Traum träumen“ von Susanne Zemrosser. In der Kriemhild wurde vor Kurzem eröffnet: Totem Modern des französischen Streetart-Künstlers Honet auf den Säulen vor VIERTEL ZWEI.

Bei der Donaumarina und auf der Seite der Donaustadt, Donaustadtbrücke werden in den nächsten Tagen zwei Arbeiten vom Pedro Cabrita Reis von Sybille Straubinger eröffnet. Die beiden Arbeiten heißen „Two Drawings in the Sky, Two Paintings Underneath“. Diese beiden Arbeiten verbinden die Donau.

In der Station Stadlau wurde vor Kurzem der „Nepomuk“ von Wolfgang Feiersinger eröffnet und bei Aspern Nord hatte ich die Freude, die Arbeit „Aspern Affairs“ von Stephan Huber zu eröffnen. Absolut sehenswert! Ich kann Ihnen nur eines sagen: Schauen Sie sich alle diese Kunstwerke an, aber fahren Sie insbesondere nach Aspern Nord, um sich diese großartige Arbeit von Stephan Huber anzuschauen!

Nur wenige Museen in dieser Stadt, und wahrscheinlich auch international, haben im letzten Jahr so viele zeitgenössische Kunstwerke angekauft wie die Stadt Wien über die Kunst im öffentlichen Raum. Und nur wenige Museen haben so viele Besucher wie jene der Kunst im öffentlichen Raum: Täglich 200 000 Passanten am Karlsplatz. Alleine mit der U2, die wir jetzt gemeinsam abgefahren sind, sind es 66 Millionen Fahrgäste im Jahr beziehungsweise rund 190 000 Fahrgäste pro Tag.

Die Wiener U-Bahn ist tatsächlich das größte zeitgenössische Kunstmuseum dieser Stadt und auch das am besten besuchte. Wir verwirklichen hier wirklich Kultur für alle, ohne Eintrittsgelder, ohne Zugangsbarrieren einfach im Vorbeigehen, im Vorbeifahren beste zeitgenössische aktuelle Kunst erleben zu können.

Der KÖR setzt auch sehr wichtige Projekte der Stadt um, und das mit hoher Kompetenz, zum Beispiel das Deserteursdenkmal „X all alone“ von Olaf Nicolai am Ballhausplatz. Das soll im September kommenden Jahres fertig werden.

Kunst im öffentlichen Raum habe ich auch erlebt in den letzten Wochen durch die Musik. Vor dem Mozarthaus Vienna wurde der millionste Besucher – es war eine ganze Schulklasse – von VBgmin Brauner und dem Herrn Geschäftsführer Hanke begrüßt, und die Kompanie des Performing-Center Austria hat „Amadeus“ gerockt – ein

Flashmob als Willkommensgruß für den millionsten Besucher.

Vor wenigen Tagen hat das kons.wien.sinfonieorchester ein Konzert gegeben. Das wäre nun einmal nichts Besonderes, aber die hundert jungen Musikerinnen und Musiker vom kons.wien.sinfonieorchester unter der Leitung von Johannes Wildner haben in der Mall in Wien-Mitte um 17 Uhr ihre Instrumente ausgepackt, haben sich in die Mall gesetzt und haben Mussorgskis „Bilder einer Ausstellung“ gespielt – ein berührendes, unglaublich schönes Ereignis. Ich habe Menschen gesehen, die sind mit vollbepackten Sackerln aus dem Spar herausgekommen, haben einfach die Sackerln abgestellt, sind 40 Minuten stehen geblieben und haben sich Modest Mussorgskis „Bilder einer Ausstellung“ „angeschaut“. Nachher war minutenlang frenetischer Applaus, also wirklich großartig, wie die Musik in die Öffentlichkeit, in den öffentlichen Raum kommt!

Musik ist die große Stärke in einer Stadt, die eine ganz starke Kultur hat. Ich rede jetzt aber nicht über das, was man normalerweise meint, wenn man über Musik spricht, sondern ausschließlich über zeitgenössische Musik. Man sagt ja immer, Wien sei so eine altväterische Musikstadt, da gibt es nichts Neues. Wien Modern ist gerade jetzt mit sehr, sehr großem Erfolg zu Ende gegangen. Man sagt immer, zeitgenössische Musik ist ein bisschen schwer zu konsumieren. Da hat man seine Ängste. Genau das Gegenteil habe ich bei Wien Modern erlebt: Ein tolles Festival mit unheimlich vielen jungen Besucherinnen und Besuchern.

Ich erwähne nur eine wirklich spektakuläre Veranstaltung: „Wien Modern tanzt“, ein Abend im Großen Saal des Konzerthauses, mit dem Radio-Symphonieorchester unter der Leitung von Cornelius Meister, ein „Tanzabend für Fortgeschrittene“. Man hat Tanzmusik gespielt, fast nur Uraufführungen, und man hat zu dieser Musik getanzt. Elf Uraufführungen an einem Abend, unter anderem ein Walzer von Johanna Doderer, ein Mambo von Arturo Fuentes.

Ich habe schon bei vielen Veranstaltungen Uraufführungen gehört, aber ich habe noch nie erlebt, dass man an einem Abend, an dem elf Uraufführungen gespielt wurden, so viele glückliche Gesichter im Publikum, im Orchester, aber auch bei den Komponisten gesehen hat. Ich glaube, es war eine großartige Idee. Matthias Lošek ist damit ein wirklich tolles neues Format für zeitgenössische Musik gelungen. Man kann ihm dazu nur gratulieren. Er hat völlig zu Recht am Samstag die „Rose der Woche“ einer großen Tageszeitung erhalten.

Uraufführungen gibt es auch im Theater an der Wien. Das ist sehr lobenswert, in der Staatsoper warten wir schon seit vielen Jahren darauf. Das Theater an der Wien hat einen Kompositionsauftrag an den jungen britischen Komponisten Iain Bell vergeben. Und diese neue Oper „A Harlot's Progress“ wurde mit großem Erfolg im Theater an der Wien, unserem großartigen Opernhaus, aufgeführt.

Eine besondere Uraufführung habe ich im Kosmos Theater erlebt. Ich habe „Talestri – Regina delle amazzo-

ni“, eine Barockoper von Maria Antonia Walpurgis, gesehen, die von ihr 1763 komponiert wurde und genau 250 Jahre später in Wien uraufgeführt wurde. Das ist eine Wiederentdeckung einer emanzipatorischen Barockoper, und dazu kann man dem Kosmos Theater und allen beteiligten Künstlerinnen – mit kleinem i – nur herzlich gratulieren.

Von der Musik nun ins Wien Museum. Am Mittwoch haben wir eine großartige Eröffnung der Ausstellung „Österreichische Riviera – Wien entdeckt das Meer“ erlebt, ein über die Grenzen Wiens hinausgehender Blick auf die Emotionen, Gefühle und Erinnerungen der Wienerinnen und Wiener. Diese Ausstellungseröffnung war eine großartige Demonstration für ein neues, größeres Wien Museum. Hunderte Besucherinnen und Besucher haben die Eröffnung leider nicht miterleben können, weil sie nicht mehr ins Museum hineingekommen sind. Wir alle, auch die Besucherinnen und Besucher dieser Ausstellungseröffnung, sind sehr zufrieden mit der Entscheidung, das Wien Museum am Karlsplatz zu sanieren, zu erweitern und neu zu gestalten. Der Karlsplatz ist zweifellos der beste Platz für unser Wien Museum.

Ich habe schon ausgeführt, was den Kunstplatz Karlsplatz auszeichnet: die Kunstwerke in der U-Bahn und an der Oberfläche. Es ist Kulturstadtrat Mailath-Pokorny und seinem Team gelungen, zu vermitteln, dass der Karlsplatz vor allem ein Kunstplatz ist und nicht nur ein Verkehrsknotenpunkt oder Ähnliches. Es gibt hier viele hochkarätige Kunsteinrichtungen, und viele neue sind in der letzten Zeit dazugekommen: unter anderem das Popfest Wien, das Kino unter Sternen, das Stadtkino ist vor wenigen Tagen ins Künstlerhaus übersiedelt.

Der Karlsplatz liegt zweifellos im absoluten Zentrum der Stadt, ist am besten mit drei U-Bahn-Linien erreichbar, ein beliebter, bekannter und allseits anerkannter Ort. Daher ist er auch sicher der richtige Ort für das! städtische Museum, das Wien Museum. Das neue Wien Museum bietet unter anderem aber auch die große Chance, den östlichen Teil des Karlsplatzes weiterzuentwickeln und zu verbessern.

Es gibt ja fast nur ungeteilte Zustimmung zum Wien Museum am Karlsplatz auch hier im Gemeinderat. Das ist auf einige Faktoren zurückzuführen: zum einen auf die überzeugende Arbeit der Direktoren Kos und Kircher seit zehn Jahren; zum anderen auf die gewissenhaftesten Vorarbeiten der Geschäftsgruppe Kultur, auf die Arbeit von Andreas Mailath-Pokorny und seinem Team, dem Team des Wien Museums, der Baudirektion und aller Magistratsabteilungen, die hier mitgewirkt haben und den vielen Architekten und externen Experten, die in diesen Vorbereitungsprozess einbezogen waren.

Ein Beitrag war vielleicht auch die Studienreise des Gemeinderatsausschusses für Kultur und Wissenschaft, bei der wir uns in Essen, Düsseldorf, Liverpool und Manchester vergleichbare Museen angeschaut haben und dabei zur Meinung gekommen sind, man sollte dieses wichtige kulturpolitische Projekt in der Stadt außer Streit und außer Diskussion stellen, was ja erfreulicherweise

auch tatsächlich gelungen ist. Dafür ist insbesondere auch den Oppositionsparteien zu danken.

Die erste Etappe haben wir erfolgreich absolviert. Es kommen nun die nächsten Schritte mit einem professionellen Projektmanagement und einem Architektenwettbewerb. Ich glaube, wir sollten um die beste Lösung für das Wien Museum am Karlsplatz kämpfen. Wir wünschen uns ein neues Wien Museum mit wesentlich mehr und besseren Ausstellungsmöglichkeiten für das Museum. Wir wünschen uns ein Museum, das viel besser sichtbar ist in der Stadt, und ein Museum, das auch architektonisch ein neues Wahrzeichen dieser Stadt wird und werden kann. Wir sollten jedenfalls mit hoher Professionalität weiter vorgehen und vor allem mit großem Mut auch diese tolle architektonische Lösung anstreben. Nun, wir haben das lange überlegt, aber das war zweifellos eine richtige Entscheidung.

Ich kürze jetzt ein paar Passagen, denn ich merke schon, dass ich fast am Ende bin. Über Theater reden wir immer zu lange. Daher werde ich heute nur ganz kurz über das Thema Theater reden. Es gibt Erfolge in der Konzeptförderung, 27 Konzeptförderungen über 4 Jahre, mit neuen Impulsen durch strategische Partnerschaften im Nestroyhof und Salon 5, die eine neue, gemeinsame Spielstätte für das Off-Theater sind. Ich freue mich sehr, dass gerade die Wiener Wortstätten den Nestroy gewonnen haben für die Ehrenmord-Komödie „Habe die Ehre“ von Ibrahim Amir. Ich kann allen, die das noch nicht gesehen haben, nur empfehlen: Schauen Sie sich das an!

Ich freue mich über die Kooperation und die Aufwertung von Garage X und Kabelwerk zum gemeinsamen Werk X. Die Garage X hat in den letzten Jahren große künstlerische Erfolge erzielt durch „Verrücktes Blut“ und „Gegen die Wand“. Sie werden nun hauptsächlich das Kabelwerk bespielen, und zwar mit Eigenproduktionen und mit internationalen Koproduktionen, unter anderem mit dem Residenztheater München und dem Thalia Theater Hamburg. Sie werden aber insbesondere einem sehr dezentralen Spielort wie das Kabelwerk in Meidling eine große künstlerische Aufwertung bringen. Der Petersplatz, die Heimstätte für das Off-Theater und für das postmigrantisches Theater, Aslı Kışlal soll hier ihr diverCITYLAB präsentieren und an die Erfolge des Pilotprojektes Migrant Mainstreaming anschließen.

Ich danke allen, die zu diesen Erfolgen in der Wiener Kultur beigetragen haben, allen Kulturschaffenden, Künstlerinnen und Künstlern, allen Kulturinstitutionen, vor allem den ehrenamtlichen und allen hochqualifizierten und hochengagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in allen kulturellen Institutionen und im Wiener Magistrat. – Vielen herzlichen Dank! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner ist Herr GR Mag Dworak zu Wort gemeldet. Selbstgewählte Redezeit 10 Minuten. Restredezeit der ÖVP: insgesamt 17 Minuten 15 Sekunden.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Alea iacta est, und es sind kleine Würfel, die gefallen sind, meine Damen und Herren! Was hat man zum Standort eines Museums diskutiert! Viele Standorte sind zur Diskussion gestanden, von der Donauplatte bis zum Gürtel, vom Naschmarkt bis zum Hauptbahnhof. Und was ist daraus geworden? Der Karlsplatz ist es geblieben – eine typische Wiener Lösung.

Um Barbara Petsch von „Die Presse“ zu zitieren: „Leere Kilometer fürs Wiener Stadtmuseum“. Das ist nicht die Sicht von innen, das ist die Sicht von außen, meine Damen und Herren. Und die Kosten von unzähligen Studien und Treffen sind da gar nicht mitberücksichtigt. Offenbar braucht in dieser Stadt gut Ding lang Weile, wie sonst ist diese rund siebenjährige Diskussionsphase zu erklären?

Selbst die Worte des Herrn Stadtrates: „Wir wollen ein zweites, offenes Museumsquartier schaffen.“, müssen an dieser Stelle bezweifelt werden. Auch wenn ich ihm von Haus aus nicht seine Visionen absprechen will, die Realität, meine Damen und Herren, schaut anders aus. Zubau, unterirdische Erweiterung, Aufstockung, Klärung der Nutzung des Winterthur-Gebäudes, das sind die Knackpunkte des sogenannten Wien Museums neu.

Dass das Künstlerhaus, wo es sogar Konzepte gibt, wie ein Wien Museum unterirdisch beziehungsweise oberirdisch verbunden werden kann, noch immer auf dem Status quo ist, der mehr als erschreckend ist, zeigt, wie schwierig die Situation rund um den Karlsplatz ist. Ein Leuchtturmprojekt sollte es werden – wir werden sehen, was wirklich daraus wird. Ende 2013 hat diese Stadt Schulden von 4,57 Milliarden EUR, mit den ausgelagerten Gesellschaften sind es rund 7,7 Milliarden EUR. Jetzt unter dem Diktat der leeren Kassen soll das eben am wahrscheinlichsten angenommene Projekt, dass das Museum am Standort Karlsplatz bleibt, umgesetzt werden.

Und der Haertl-Bau aus den späten 50er Jahren ist bekanntlicherweise so in die Jahre gekommen, dass er generalsaniert werden muss. Die Fassadenplatten lösen sich und der Keller ist nicht mehr benutzbar. Die Kosten der Sanierung betragen ungefähr 25 Millionen EUR, und der Umbau zu einem ordentlichen Museum wird noch einmal dasselbe kosten. Ein Neubau auf dem Hauptbahnhof hätte mindestens das Doppelte gekostet, sprich, unter 100 Millionen EUR hätten wir wahrscheinlich nichts bekommen. So gesehen ist diese Entscheidung die wirtschaftlichste Entscheidung in Anbetracht der leeren Kassen der Stadt Wien. Wie ein Neubau auf die Schulden der Stadt Wien wirken wird, ist in dem mit 25 Jahren gewählten Abschreibemodus wahrscheinlich obsolet, denn die EU hat innerhalb der letzten 15 Jahre einige Male diese Rechnungsart verändert. Es ist aber auch ein Kniefall für den scheidenden Direktor Wolfgang Kos, der noch bis September 2015 in dieser Funktion bleiben wird. Man spricht jetzt davon, dass sein Posten Mitte 2014 neu ausgeschrieben werden soll, dass eben ein harmonischer Übergang beziehungsweise eine sinnvolle Projektbegleitung durch ein neues Team erfolgen kann. Bis ein neues Museum in Betrieb gehen kann, verstreichen mindestens

noch fünf Jahre. Zuerst muss nämlich die Zieldefinition vorgelegt werden, die wir alle hier in diesem Haus nicht kennen. Auch der angekündigte zweistufige Architekturwettbewerb braucht Vorgaben, die eben vorher gemeinsam mit dem Kuratorium und der Geschäftsführung erarbeitet werden müssen. Wenn es Mitte 2014 zwei oder mehr Direktoren geben sollte, dann wünsche ich dem verbleibenden Geschäftsführer Christian Kircher heute an dieser Stelle schon viel Glück, wenn er andauernd zwischen zwei und mehr „Alphamenschen“ vermitteln muss und das Museum unter Umständen auf der Strecke bleibt. Darum jetzt meine Warnung hier an dieser Stelle vor einer allfälligen Ausschreibung für ein neues Wien-Museum-Leitungsteam. Die Balance, wer neuer Direktor werden soll und wie hier Wolfgang Kos eingebunden werden soll, muss vor dieser Ausschreibung klar geregelt werden, meine Damen und Herren. Und schon fast als Randbemerkung muss sich der Herr Stadtrat hier an dieser Stelle gefallen lassen, dass weder im Budget der Stadt Wien noch im Budget des Wien Museums noch im Rechnungswerk in der Bilanz des Wien Museums Reserven für dieses neue Wien Museum vorgesehen sind. Unter dem Sammelansatz Magistratsabteilung 7 - Museen sind sogar 700 000 EUR weniger für 2014 vorgesehen als im vergangenen Jahr.

Das Hin und Her bei der Museumsentscheidung hat die Schwächen gezeigt, wie Wien mit geplanten Kulturentscheidungen umgeht. Anstelle schon in der Planungsphase kulturelle Infrastrukturen mitzudenken und mitzuplanen, wurschtelt man nachträglich an diesen Standorten herum, um kulturelle Nutzungen mit aller Gewalt hineinzupressen. Gerade der lang geplante Hauptbahnhof ist meiner Meinung nach schon acht oder zehn Jahre lang geplant und hat einen Anspruch als rund um die Uhr genutztes Areal, und hätte in einer frühen Planungsphase verdient, dass man über eine kulturelle Nutzung nachdenkt und diese mitplant. Jetzt sei es als neues Museum, als Contemporary Art von Francesca Habsburg, ein Theater, eine multifunktionelle Kultur-Location, ein etwaiger weiterer Umbau des 21er-Hauses oder die schon andiskutierte neue Musical-Spielstätte. Wenn Gerald Ebinger sagt, er freut sich auf eine solche Lösung wie eine Musical-Spielstätte, so warne ich hier nur, denn wir haben etliche kulturelle Institutionen, wo man zuerst sagt, ja, es wird alles privat finanziert, und nachher kommt man oft mit der Bitte an die Stadt, das zu übernehmen. Aber diese kulturelle Infrastruktur, wie ich sie nenne, gibt es offenbar nicht in den Planungsphasen. Als Planungssprecher möchte ich mich hier wirklich dafür aussprechen, dass man das schon verstärkt in den Planungsphasen von Stadtteilen vorsieht. Genau diesen Fehler macht man derzeit in der Seestadt Aspern, wo man eben diese kulturelle Nutzung nicht mitbedenkt.

Wien ist und bleibt eine Stadt, in der Kultur ein wichtiger Beitrag zum Lebensgefühl ist. Aber die Kulturplanung bleibt weiter Stiefkind in dieser Stadt, oder anders ausgedrückt: Das Leben besteht nicht nur aus Essen, Wohnen und Arbeiten.

Abschließend möchte ich nur einen kleinen Aspekt beleuchten, den meine Kollegin mit der Transparenz zur Kulturförderung bereits eingebracht hat. Ich weise auf den Abschluss der Viennale hin, wo die Stadt Wien beziehungsweise die Magistratsabteilung 7 die Viennale mit 1,5 Millionen EUR fördert. Aber als Sponsoren und Unterstützer stehen auf einem großen Plakat Wiener Wohnen, Wiener Linien, Wien Energie, Verband der Wiener Volkshochschulen oder auch das WUK, das selber von verschiedensten Dienststellen Förderungen bekommt. Diese Art der Kulturförderung ist nicht transparent. Deswegen brauchen wir eben ein Transparenzgesetz, wie es in anderen Ländern und Städten praktiziert wird.

Der Ansatz „Kultur und Wissenschaft“ ist mit seinen 240 Millionen EUR der geringste oder kleinste Ansatz unter den Geschäftsgruppen der Stadt Wien. Er ist aber nicht der geringste. Leider sehen wir uns auf Grund der Strukturen nicht in der Lage, diesem Budgetansatz zuzustimmen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist der GR Dr Van der Bellen, selbstgewählte Redezeit 12 Minuten, Restredezeit der GRÜNEN 17 Minuten. Sie haben das Wort.

GR Dr Alexander **Van der Bellen** (*Grüner Klub im Rathaus*): Danke, Herr Vorsitzender, da werde ich mich besonders kurz halten.

Transparenz war eines der Stichworte meines Vorredners. Da hat er schon recht. Ich habe versucht herauszufinden, was nun Wien als Stadt für den tertiären Sektor insgesamt tut, oder enger gefasst: Was passiert in der Forschungsförderung? Und da stößt man gleich auf die Schwierigkeit, natürlich geht viel über die Magistratsabteilung 7. Sie gibt auch einen sehr verdienstvollen Wissenschaftsbericht heraus. Aber sehr viel läuft über den WWTF, formal nicht Teil der Stadt. Zum Teil läuft es über Agenturen der Stadt, zum Beispiel das ZIT, die Technologieagentur. Also es ist gar nicht so leicht herauszufinden, was hier eigentlich passiert. Offiziell in der F&E-Statistik werden rund 90 Millionen EUR, manchmal ein bisschen mehr, manchmal ein bisschen weniger, als Forschungsförderung ausgewiesen, davon über die Hälfte im AKH beziehungsweise im Krankenanstaltenverbund. Aber auch da fehlen wieder einzelne Dinge. Also man könnte zum Beispiel fragen: Warum sind die Millionen, die Wien für die Fachhochschulen in Wien in der einen oder anderen Form bereitstellt, da nicht enthalten? Ich meine, ein Universitätspurist würde sagen, na, weil die Fachhochschulen nicht forschen. Ich gehöre nicht zu diesen Puristen.

Ich würde sagen, zum Beispiel an der FH Campus Wien am Standort im 3. Bezirk in der Studienrichtung Molekulare Biotechnologie - selbstverständlich wird dort auch geforscht und nicht nur ausgebildet, sonst würden die Absolventen nicht so reißenden Absatz bei Baxter und anderen Firmen in diesem Sektor finden. Also wir werden dem noch einmal genauer nachgehen.

Insgesamt glaube ich aber nach wie vor, wir haben hier die Schwierigkeit, dass der Bund im Wesentlichen für

viele Einrichtungen zuständig ist und die Stadt sich etwas zu sehr darauf ausruht. Wir müssten hier auf Dauer mehr machen als jetzt. Also ich nehme zum Beispiel den WWTF. Der WWTF erhält bekanntlich die Mittel aus der alten AVZ-Stiftung, das heißt de facto Dividenden der UniCredit, und darüber hinaus Mittel, die die Stadt über StR Mailath-Pokorny hier zur Verfügung stellt, zum Beispiel zuletzt für das GKS-Programm, also eine spezielle Förderungsschiene im Bereich der Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften. Aber neulich hatten wir eine Kuratoriumssitzung, wo wir den Bericht der Jury zur Kenntnis genommen haben, welche Projekte im Rahmen einer, glaube ich, drei, dreieinhalb Millionen-Ausschreibung, eines sogenannten Calls, gefördert werden sollen. Diesen Bericht haben wir wie immer zustimmend zur Kenntnis genommen. Aber darüber hinaus sagte die Jury: Folgende vier Projekte hätten wir auch gern gefördert gesehen. Für diese vier Projekte fehlte schlicht und ergreifend das Geld. Das wäre in einer Größenordnung von zwei, zweieinhalb Millionen Euro gewesen, Projekte, die jetzt nicht verwirklicht werden können, wo die Forschungskoope-ration auf diese Weise in Wien nicht gefördert werden kann, einfach deswegen, weil das Geld dafür nicht da war. Und das finde ich sehr, sehr schade und auf die Dauer nicht gut, weil wir müssen doch, wenn wir über die Forschungsförderung, Wissenschaftsförderung, Universitätsförderung in Wien nachdenken, Mittel und Wege finden, wie wir das machen, ohne dass der Bund, dem ich in dieser Beziehung jetzt das Schlechteste unterstelle, die Möglichkeit hat, im gleichen Rahmen sozusagen Mittel zu kürzen. Und das geht über den WWTF, den Wiener Wissenschafts- und Technologiefonds, ausgezeichnet. Ich wüsste nicht, wo der Bund korrespondierend Mittel kürzen könnte, nur weil Wien die Mittel des WWTF erhöht. Also mit fünf, zehn und einigen Millionen auch mehr würde hier sehr, sehr viel erreicht werden können, wo Wien auf Dauer profitieren könnte. Ich sage das auch deswegen, weil die Konkurrenz nicht schläft, die innerösterreichische genauso wenig wie die außerösterreichische.

Ich war letzte Woche einen Tag in Hagenberg in Oberösterreich, das ist ungefähr 25 km von Linz, wo es seit Jahren eine sehr interessante Konzentration von Forschungsinstituten der Uni Linz gibt, in diesem Fall Mathematik und Informatik, Software-Entwicklung, inzwischen auch eine Fachhochschule mit einschlägiger Ausbildung, ein Oberstufenrealgymnasium und die entsprechenden Firmen hauptsächlich im IKT-Bereich, also eine sehr schöne Konzentration von Sachen, die eben Forschung, Ausbildung und die Innovation in Firmen zusammenfassen, so wie das ja auch die Absicht des European Institute of Technology war und ist. Das funktioniert dort sehr gut, mit einer Einschränkung: Das Ambiente oder der Lifestyle oder wie immer man das nennen will, das Umfeld, ist nicht günstig. Hagenberg ist nur 25 km von Linz, aber man muss über die Autobahn und eine Straße fahren, Hagenberg selbst ist ein, na ja, Dorf ist jetzt vielleicht nicht der richtige Ausdruck, aber eine Kleingemeinde mit zwei- oder dreitausend Einwohnern. Diesen Nachteil hat

Wien nicht. Wien insgesamt ist ein Campus erster Ordnung, wo der Lifestyle, das Ambiente, die Umgebung, ja von vornherein da ist. Das kann man sehr schön sehen, wie sich etwas Ähnliches wie in Hagenberg, nur viel, viel größer, in Wien im 3. Bezirk entwickelt hat, nämlich im Campus Vienna Biocenter mit allen diesen Forschungsinstituten, dem IMBA von der Akademie der Wissenschaften, dem IMP von Boehringer Ingelheim, der entsprechenden Fachhochschule und den vielen Firmen, vor allem im Life-Science-Bereich. Wenn ich mich recht erinnere, sind in Wien inzwischen 30 000, 40 000 Beschäftigte in diesem Sektor tätig. Also wir sind schon sehr gut, aber man muss aufpassen, dass wir nicht zurückfallen. Ich verwende solche Gelegenheiten immer gern, um darauf hinzuweisen: Was sind die größten Firmen in Wien? Da fällt uns ein Siemens, da fällt uns ein die Bank Austria beziehungsweise die UniCredit-Tochter Bank Austria, da fällt uns vielleicht der Billa-Handelsriese ein. Aber Siemens hat 6 000 Beschäftigte, die Bank Austria hat rund 7 000 oder etwas mehr, und allein die Universität Wien hat mehr als 9 000 Beschäftigte. Also wenn man das zusammennimmt, die Universitäten, die Fachhochschulen und die Privatuniversitäten in Wien, dann kommen wir auf etwas mehr als 30 000 Köpfe, in Vollzeit-äquivalenten sind das natürlich etwas weniger, und da sind jetzt nicht die Akademie dabei, die außeruniversitären Institute, und so weiter. Also allein schon vom jetzigen Arbeitsmarkt her haben wir hier einen sehr, sehr interessanten und in der Regel nicht schlecht zahlenden Bereich. Hier wird für den Arbeitsmarkt der Zukunft ausgebildet. StRin Brauner hat mit vollem Recht darauf hingewiesen, dass das Arbeitslosenrisiko mit wachsender Qualifikation fällt, und die mit tertiärer Ausbildung das geringste Risiko aufweisen, arbeitslos zu werden.

Ceterum censeo: Ich möchte alle diese Gelegenheiten, meine Position zu erklären, mit den Worten schließen: Das Fremdenrecht des Bundes ist extrem kontraproduktiv, was die Entwicklung der Forschung und Wissenschaft in Österreich betrifft. Diesen Sommer ist an der Modul-Universität oben am Kahlenberg wieder eine Berufung gescheitert. Der Betreffende, der ja nach einem langen, monatelangen Auswahlverfahren von der Modul-Universität vorgeschlagen wurde, zu Verhandlungen eingeladen wurde - man muss sich ja darüber im Klaren sein, wie viel Zeit, Energie und damit Geld hier in einzelne Personen investiert wird -, hatte halt das Pech, weißrussischer Staatsbürger zu sein und in England einschlägig zu forschen und zu arbeiten, sodass alles über die österreichische Botschaft in London abgewickelt werden musste. Eines Tages hat der Betreffende, wie man will, entweder die Nerven oder die Lust verloren. Wenn Sie zum x-ten Mal vorgeladen werden - Sie müssen ja physisch in die Botschaft hinfahren -, und dann fehlt dieses Dokument, dann fehlt jenes Dokument, dieses Dokument soll ins Deutsche übersetzt werden, und da fehlt noch die Beglaubigung, irgendwann reicht es Ihnen. Und das ist ja nur die Spitze des Eisberges. Überlegen Sie einmal, was passieren muss, damit jemand, sagen wir, ein Mathemati-

ker aus der Ukraine, der nicht in Kiew wohnt, sondern irgendwo 500 km weiter südlich, wie der vorzugehen hat, wenn er nur auf ein kurzfristiges Seminar hier in Wien oder sonstwo in Österreich eingeladen wird. Das sind sehr, sehr, sehr schwer zu überspringende Hürden und ist absolut kontraproduktiv. Der Anteil ausländischer Studierender in Österreich steigt permanent. Vor 7, 8 Jahren waren es noch 19 Prozent, jetzt sind es 27 Prozent. Etwas Ähnliches spielt sich beim wissenschaftlichen Personal ab mit einer ähnlichen, wenn auch nicht so steilen Aufwärtsentwicklung der nichtösterreichischen Staatsbürger in Forschung und Lehre. Und es ist auch richtig so und es muss so sein. Es ist nicht nur die Kultur und nicht nur der Fußball, für den gilt: Was nicht international ist, ist Provinz und bleibt Provinz. Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Frau GRin Meyer, selbstgewählte Redezeit 6 Minuten. Ich erteile das Wort.

GRin Uta **Meyer** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Ich freue mich sehr, dass der Standort Wien Museum am Karlsplatz jetzt fixiert ist und ich möchte anregen, dass man einen weltberühmten Architekten, zum Beispiel Daniel Libeskind, der weltweit Um- und Neubauten von Museen geleitet hat, zur Beratung einlädt. Dann wird das ein tolles Projekt am Karlsplatz. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber in Anbetracht der prekären Budgetlage, wo man viel nachdenken muss, wo man einsparen kann, trifft das natürlich leider auch das Kulturbudget. Das soll aber keinesfalls gekürzt werden, denn in einer Kulturstadt wie Wien ist es notwendig, dass das bleibt. Aber es sollte doch auch in andere Bereiche, die in diese Kultur fallen, investiert werden.

Das heißt, man muss alle Budgetposten auf ihre Notwendigkeit überprüfen. Es werden zum Beispiel Vereine und Institutionen mit einer Vier-Jahres-Förderung bedacht, die erst in Gründung sind oder kein Programm - auch nur ansatzweise für die nächsten Jahre - vorlegen können. Zum Beispiel bekommt der Verein „Klassenzimmer“ eine mehrjährige Förderung und das Konzept besteht darin, in Schulen diverse Theateraufführungen zu veranstalten, wobei nicht klar ist, ob die Schüler eingebunden sind, ob sie die Stücke selbst erarbeiten können oder ob es für die Schüler nur eine Zwangsbeglückung ist. Andererseits ist für den Musikunterricht weder genügend Geld vorhanden und auch nicht der politische Wille, Kinder und Jugendliche an die Musik heranzuführen. Hier wird der Ball hin und her geschoben und keiner fühlt sich zuständig. Die Wiener Philharmoniker haben schon angemerkt, dass sie ihren Nachwuchs nicht mehr in Wien finden. Sie müssen in die Bundesländer und ins Ausland gehen, damit das Orchester aufgefüllt werden kann.

Dann gibt es den Verein „toxic dreams“, auch mit einer mehrjährigen Förderung bedacht. Laut Einreichungsunterlagen weiß er offensichtlich noch nicht, wie er die Förderungen in den nächsten Jahren verwenden will. Den Entscheidungen der Theaterjury wird offensichtlich nur dann

gefolgt, wenn sie auch mit der Meinung des zuständigen Stadtrates konform gehen. Ansonsten entscheidet der Herr Stadtrat auch schon einmal gegen die Jurymeinung, wie beim Kabelwerk und der Garage X. Die Vereinigten Bühnen streifen einen Großteil des Kulturbudgets ein, schaffen es mit ihren Musical-Produktionen aber nicht, auch nur ansatzweise, positiv zu bilanzieren. Es stellt sich daher die Frage, ob in Zeiten steigender Armut und sozialer Probleme in Wien die Stadt sich tatsächlich mit dem Ronacher und dem Raimund Theater zwei schwer defizitäre Musical-Theater leisten kann. Die Frau Vizebürgermeisterin meint, wir hätten keine Vorschläge. Aber von unserer Seite ist schon mehrfach angeregt worden, dass man aus dem Ronacher eventuell ein Kabarett macht oder eine andere sinnvolle Verwendung dafür findet.

Dann kommen 11 Millionen EUR für die Wiener Festwochen, die immer mehr zu einem Minderheitenprogramm verkommen und ebenfalls zu hinterfragen sind. Es gibt nur mehr wenige heimische Produktionen, der Rest wird zugekauft und dient zur Befriedung der einzelnen, gut dotierten Intendanten. Die Stadt Wien, die sich gerne als Weltkulturstadt verkauft, benötigt ohne Zweifel auch ein entsprechendes Kulturbudget. Der Mitteleinsatz ist jedenfalls zu hinterfragen, denn nicht jedes Projekt ist auch tatsächlich förderungswürdig. Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist die Frau GRin Mag Straubinger, selbstgewählte Redezeit 15 Minuten, Restredezeit der SPÖ 17 Minuten 45. Bitte schön.

GRin Mag Sybille **Straubinger** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich werde mich jetzt nicht zum Wien Museum äußern. Es ist, glaube ich, schon viel gesagt worden. Es ist ein ganz ein wichtiges und ein ganz ein wesentliches Projekt. Das ist jetzt schon in aller Ausführlichkeit hier auch diskutiert worden und ich werde mich jetzt nicht in die Riege derer einreihen, die gute Tipps geben, wen man denn nicht alles dafür engagieren könnte und wie es dem Herrn Kircher dann möglicherweise gehen könnte, wenn er zwei Chefs parallel hat. Ich würde gerne die Zeit, die ja nicht so viel ist, nutzen, um darüber zu sprechen, was dieses Budget abbildet, nämlich sozialdemokratische Kulturpolitik, und was wir damit auch verwirklichen wollen, und mich da auch auf einige wesentliche Bereiche beschränken.

Das eine ist, dass es für uns ganz wesentlich ist, dass es ein Kulturangebot für alle gibt, die in dieser Stadt hier leben. Das heißt, dass es für jüngere wie auch für ältere Menschen ein Kulturangebot gibt, dass Kultur für Menschen mit Migrationshintergrund und ohne Migrationshintergrund da ist, dass Kultur auch für die da ist, die damit aufgewachsen sind und diesen Zugang schon in ihrer Kindheit und Jugend gefunden haben und über das Elternhaus, aber vor allem auch für die, die diesen Zugang noch nicht gefunden haben, weil sie damit auch keine

Berührungspunkte hatten. Dafür muss man noch viele Schritte setzen. Da gibt es auch noch viel zu tun, aber es sind auch schon ganz viele gesetzt worden. Und diese Vielfalt Wiens bildet sich mittlerweile auch in der Kultur ab. Das geht mit Projekten mit und von migrantischen KünstlerInnen wie zum Beispiel im Volkstheater mit dem Call „Die Reise“. Das geht beispielsweise über das Kabelwerk, wo es ein Labor für postmigrantisches Kulturarbeit gibt. Da geht es um Projekte in der Garage X, und es geht vor allem auch um eine übergreifende Zusammenarbeit zwischen den großen Kulturinstitutionen, die schon so lange in dieser Stadt existieren, und den jungen, neuen Kulturinitiativen und Vereinen und Projekten, die in diese großen Kulturinstitutionen auch hinein können sollen, die dort auch eine Bühne bekommen sollen, und gleichzeitig damit auch den großen Dank an die Stadt.

Kultur für alle heißt aber auch, dass man sich bemühen muss, Kultur zu vermitteln, dass das ja nicht etwas ist, was von selbst jedem zugänglich ist, vor allem eben denen, die damit noch nicht so viel in Berührung gekommen sind. Auch da ist viel passiert, nämlich beispielsweise „Go for culture“, ein Projekt, das konkret Lehrlinge anspricht, oder die KulturlotsInnen, die auch 2014 weiter ausgebaut werden, wo mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund auch in den Betrieben diese Kulturangebote nähergebracht und gemeinsam realisiert werden.

Kultur für alle heißt auch, dass Kultur raus aus der Innenstadt muss, aus dem Gürtelbereich in die Peripherie, in die Vorstadt. Das wird jetzt beim Wien Museum nicht passieren, aber das ist in vielen anderen Bereichen passiert. Um nur einige zu nennen: Die Brunnenpassage in Ottakring, das Kabelwerk, das hier erwähnt worden ist, die Ankerbrotfabrik zum Beispiel, oder auch der Musikcluster im Gasometer, der im Entstehen ist und bis Ende des Jahres auch umgesetzt wird. Es gibt ein alternatives kulturelles Angebot für den Hauptbahnhof, das diskutiert wird. Es wird sicher auch in der Seestadt Aspern ein kulturelles Angebot geben müssen. Aber es geht dabei auch nicht nur um Häuser oder um Hallen oder um unbedingt verankerte Orte, sondern es geht ganz viel auch um lokale Initiativen, die man vernetzen muss, wie zum Beispiel aus meinem Heimatbezirk das Kulturnetz Hernals, das Atelierrundgänge durchführt. Oder all die lokalen Kulturvereine, die das ganze Jahr über unzählige Veranstaltungen auf die Beine stellen, die die Bezirksfestwochen tragen, in ihren Bezirken sehr aktiv sind und auch ein ganz ein breites Kulturangebot bieten.

Subara ist auch so ein Beispiel, wo Kinder quasi über Schulen hinweg und zwar wirklich viele Kinder intensiv über einen langen Zeitraum intensiv miteinander kommunizieren und das auch gemeinsam aufführen. Ich habe diese Aufführung im Konzerthaus gesehen und es ist einfach großartig, wie da auch Kultur vermittelt und gelebt wird und einfach auch selbst praktiziert wird, was ja auch ein ganz ein wesentlicher Bereich ist.

Es gibt auch die großen Institutionen, die in die Bezirke hinausgehen, nämlich zum Beispiel das Volkstheater in den Bezirken oder jetzt auch das Kunstmobil der Brun-

nenpassage, das jetzt in die zweite Saison geht und gemeinsam mit dem MUMOK Kooperationen hat, mit dem Quartier 21, mit den Wohnpartnern Projekte auch in den Gemeindebauten durchführt, oder auch die neue mobile Bühne des Dschungel Wien, die auch aus diesem 1. Bezirk in die Bezirke der ehemaligen, sage ich jetzt einmal, Vorstadt hinausgeht. Also das alles ist Kultur für alle, die umgesetzt wird und sicher auch zukünftig ein Schwerpunkt der Kulturpolitik sein wird.

Ein zweiter Schwerpunkt, der uns auch sehr wichtig ist, ist Erinnerungskultur. Auch da ist ganz viel passiert, was ich jetzt gar nicht alles nennen kann, alle Projekte und Beispiele, wo ich dann nur auf diese Broschüre verweisen kann, die wahrscheinlich auch nicht mehr ganz aktuell ist, weil es schon wieder Neues gibt.

Erinnern für die Zukunft – Wien und seine Gedächtniskultur, zum Beispiel die Umgestaltung des Jüdischen Museums der Stadt Wien inklusive der neuen Dauerausstellung, die übrigens heute eröffnet wird, mit dem Titel „Unsere Stadt – Das jüdische Wien bis heute“. Oder auch die Sanierung des Bethauses am jüdischen Friedhof in Währing, der Abschluss für die Pflegevereinbarungen für die jüdischen Friedhöfe, die Überprüfung der Ehrengräber auf belastete Namen, das Wiesenthal-Zentrum, das 2013/2014 realisiert werden wird und das nicht nur forscht, sondern auch vermitteln will, oder auch das Mahnmal für die Deserteure am Ballhausplatz, deren Umsetzung jetzt beim KÖR liegt. Das heißt, ganz viele Projekte, die auch mit dem Gedächtnis der Stadt zu tun haben, die oft nicht immer gleich so sichtbar sind, die aber langfristig dieses Gedächtnis sichern, liegen bei der MA 8 und bei der MA 9, wie zum Beispiel das Historische Lexikon Wiens, das ins 21. Jahrhundert transferiert und als Wien-Wiki aufbereitet wird und auch die Wienerinnen und Wiener einlädt, sich zu beteiligen, an der Geschichte ihrer Stadt mit den eigenen Erinnerungen und Dokumenten mitzuarbeiten. Oder auch das Filmarchiv der Stadt Wien, das aus 700 Filmen besteht, derzeit digitalisiert wird und damit auch leichter zugänglich und sichtbar gemacht wird. Wesentlich dabei ist übrigens auch die Arbeit des Filmmuseums, das heuer sein 50-jähriges Jubiläum feiert und durch diese Dokumentationen auch zeigt, wie die Gesellschaft mit dem Medium Film umgegangen ist und umgeht.

Und natürlich ist ein ganz besonderes Jubiläum der 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs, der sich natürlich auch in ganz vielen Veranstaltungen wiederfindet. Da ist zum Beispiel eine große Ausstellung, die gemeinsam von Wienbibliothek, Stadt- und Landesarchiv und Wien Museum unter dem Titel „Wohin der Krieg führt – Wien im Ersten Weltkrieg 1914-1918“ durchgeführt wird. Das ist aber auch die Digitalisierung von Dokumenten zum Ersten Weltkrieg. Das sind Ausstellungen beispielsweise auch im MUSA und Publikationen zu dem Thema. Eine eigene Microsite wird es zu diesem Thema auch geben, wo die WienerInnen eingeladen sind, mitzumachen, Fotos, Postkarten hochzuladen und auch die eigenen Lebenserinnerungen und Diskussionsbeiträge zu

liefern.

Das alles sind Projekte auch der Demokratisierung, wo eingeladen wird zu partizipieren. Es sind bildungspolitische Projekte, die ganz wesentlich sind und keinen wirtschaftlich verwertbaren Nutzen haben. Ich habe heute kurz auf die Homepage der ÖVP geschaut, wo steht: „Wir sehen Kultur, die Investitionen in Kultur als Investitionen quasi in Tourismus und den Wirtschaftsstandort Wien.“ Ja, das sind sie auch, aber das ist Kultur bei Weitem nicht alleine.

Das sieht man zum Beispiel auch in der Arbeit des Altstadterhaltungsfonds, die man täglich sieht, wenn man nach Hause geht oder ins Büro, der seit 40 Jahren quasi mitgeholfen hat, fast 4 400 Bauten zu restaurieren, viele private Wohnbauten, viele Kirchen, jüdische Ehrengräber, und so weiter, und wo auch die Sofiensäle 2014 als ein ganz wesentliches großes Projekt fertiggestellt werden und es wird auch mehr Budget für den Altstadterhaltungsfonds geben. Das ist eine ganz nachhaltige, nicht immer so im Vordergrund stehende Arbeit, weil eben nachhaltig, die die MA 8 und die MA 9 da leisten. Dafür möchte ich mich ganz besonders bedanken und schließe bei meinem Dank auch gleich die MA 7-Mitarbeiter mit ein, die natürlich in den ganzen Bereichen, die der Herr GR Woller schon erwähnt hat, auch Tolles für die Kulturarbeit dieser Stadt leisten. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ist das eine. Die Gegenwart ist dann der andere Bereich, der eine Gesellschaft nämlich auch voranbringt, und da nur ein paar Worte noch zum Wissenschaftsbereich.

Diese Vermittlung, nämlich dieses nicht nur Kultur, sondern auch Wissenschaft für alle, findet sich auch dort, um nur drei Beispiele zu nennen: Die Wiener Vorlesungen. Gratulation an den Prof Ehalt für den Staatspreis für Erwachsenenbildung! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Oder auch zum Beispiel „University meets public“, oder die „Kinderuni on tour“, die in die Parks hinausgeht. Es ist keine Angelegenheit der MA 7, man könnte jetzt lange über den Wissenschaftsbereich reden. Es ist aber keine Angelegenheit der MA 7, sondern es ist eine Angelegenheit der ganzen Stadt. Die findet ja statt, wie der Herr Prof Van der Bellen auch schon ausgeführt hat, in ausgelagerten Fonds, Stiftungen, durch einzelne Projekte, wo Infrastruktur an den Universitäten gefördert wird. Ein Jubiläumsfonds für die BOKU ist erst vor Kurzem von der Stadt Wien über stadtrelevante Themen-Calls eingerichtet worden, wie zum Beispiel gerade aktuell „Urban Solutions“ der Technologieagentur ZIT. Das heißt, man könnte eigentlich jetzt ganz lange über Wien als Wissenschaftsstadt oder Wien auch als Stadt einer wissenschaftsbasierten Wirtschaft reden.

Was ich jetzt nicht kann, aber was diese Beispiele exemplarisch zeigen, ist, dass sich Wien auseinandersetzt, nämlich nicht nur mit seiner Vergangenheit, sondern auch mit seiner Zukunft und dass das notwendig ist, damit Wien eine lebenswerte und prosperierende Stadt bleibt und es nicht so einfach ist, wenn eine Stadt jährlich um die Einwohnerzahl von Krems wächst, und das Her-

ausforderungen sind, die vor allem natürlich ihren Niederschlag in den Fragen hat: Wie wohnen? Wo wohnen? Wie arbeiten? Welche Schulen und welche Kindergärten und Betreuungsangebote? Da fallen einem Kultur und Wissenschaft wahrscheinlich nicht sofort als Erstes ein. Aber sie sind, glaube ich, ein ganz, ganz notwendiger Teil, sodass auch Kultur und Wissenschaft ein Teil des Stadtentwicklungsplanes, auch des neuen Stadtentwicklungsplanes sind, denn Kultur und Wissenschaft sind so etwas wie Mobilität für den Kopf oder Gesundheit für die Seele oder auch Nahrung für das Gehirn.

Ich glaube, das hat hoffentlich ein bisschen aufgezeigt, welche Vielfalt es in Wien dafür gibt, und dass wir damit auch versuchen, Menschen zu erreichen, die diesen Zugang bisher noch nicht hatten und auch jene, die ihn schon gefunden haben und dass wir daran weiterarbeiten, auch über 2014 hinaus, und das vor allem mit all den Menschen tun wollen, die hier arbeiten, hier leben, hier künstlerisch tätig sind und die auch ihren Beitrag zu einer offenen, weltoffenen und zukunfts-offenen Stadt Wien leisten. Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist GR Dr Eisenstein, selbstgewählte Redezeit 5 Minuten, Restredezeit der Fraktion 6 Minuten.

GR Univ-Prof Dr Herbert **Eisenstein** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Danke schön. Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Ich muss ein bisschen schneller reden. Ein Satz zum Herrn Prof Van der Bellen: Ich bin ganz bei Ihnen, Sie haben vollkommen recht, was das Fremdenrecht des Bundes aus wissenschaftspolitischer Sicht bedeutet. Ich muss aber auch dazusagen, und darüber sollte man auch einmal sprechen, dass es auch oft vorkommt, dass Österreicher benachteiligt sind, nämlich dann, wenn sie nicht auf Professorenstellen berufen werden können, nur weil sie keine entsprechenden Auslandsaufenthalte haben. Das kann passieren und das passiert auch, wenn es sich hier um Familien handelt. Aber darüber reden wir vielleicht einmal separat.

Für die Regierungsbeteiligung der GRÜNEN in Wien, sehr geehrte Damen und Herren, wurden ja den GRÜNEN mehrere Spielwiesen von der SPÖ überlassen: Neben dem verunglückten, missglückten Verkehrsressort auch Teile des Kulturbereichs. Ich gehe jetzt nicht auf die „Wienwoche“ und auf das meiner Meinung nach nicht nötige Amt des Universitätsbeauftragten ein. Aber die grüne Handschrift im Kulturbereich war ja schon im Regierungsübereinkommen leicht zu erkennen, wo es eben darum geht, dass Migrant Mainstreaming ein Kriterium für besondere Förderungswürdigkeit ist oder wo es darum geht, dass Interkulturalität als Schwerpunkt gelten soll, und vieles andere mehr.

Hier sind, neutral gesagt, viele grüne Vorstellungen eingeflossen, die die SPÖ noch weit links überholen. Aber das konnte auch nur geschehen, weil es die SPÖ zugelassen hat. Und die GRÜNEN haben sich ja auch damit

gebrüstet, dass die SPÖ kulturpolitische Ideen von ihnen übernimmt. Ich denke an den Pressedienst des grünen Kultursprechers vom 04.09.

Damit, meine Damen und Herren, wird die SPÖ aber zu einem reinen Erfüllungsgehilfen der GRÜNEN und der Stadtratsposten für Kultur und Wissenschaft wird zu einem reinen Aushängeschild herabgestuft. Es ist daher auch kein Wunder, wenn es weitere Mitglieder der Stadtregierung gibt, die sich um Wissenschafts- und Kulturpolitik kümmern. Ein Beispiel nur in aller Kürze: Im Oktober 2013 hat der Bürgermeister mit dem Gouverneur des brasilianischen Bundesdistrikts Brasilia ein Kooperationsabkommen unterzeichnet, besonders zu urbanen Technologien, aber auch zu Bildung und Wissenschaft. Im Vorfeld dazu war die Frau VBgmin Brauner im März dieses Jahres auf Brasilien-Besuch und hat dort auch Gespräche zur Kulturpolitik geführt. Sie hat dort nicht nur mit dem Kulturminister des Bundesstaates Sao Paulo, sondern auch mit der brasilianischen Gesamtkulturministerin gesprochen.

Alle angesprochenen Personen aus Brasilien sind Mitglieder der linken Arbeiterpartei, der Partei, der auch die Präsidentin angehört. Es wundert niemanden, dass das Symbol dieser Partei ein fünfzackiger roter Stern mit dem Logo der Arbeiterpartei in der Mitte ist. Die Flagge ist sinnigerweise dann umgekehrt: Da ist nämlich der Stern weiß und das Flaggentuch hat einen roten Grund. Übrigens, so viel Zeit muss sein, ein Sohn der genannten Kulturpolitikerin ist auch in Europa bekannt. Er ist Sänger, Schauspieler, Moderator in Brasilien. Er ist in Europa, vor allem in Deutschland, deshalb bekannt, weil er wegen seiner Liaison mit Nina Hagen immer wieder in den Medien war. Daraus ist auch etwas hervorgegangen, wie wir alle wissen. Nein, kein Kind, sondern ein Lied. Aber jetzt kehre ich zurück zur Politik. Diese Gesprächspartnerin der Frau Vizebürgermeisterin ... (*Heiterkeit bei den GRÜNEN. – GR Heinz Hufnagl: Ist das eine Faschingslesung oder was ist das? – Heiterkeit bei der SPÖ.*) – der 11.11. war ja gerade - vertritt aber eine Gesellschaftsordnung, meine Damen und Herren, die auch von brasilianischer Seite stark kritisiert wird. Bei der heurigen Frankfurter Buchmesse war ja Brasilien Gastland und hier hat es sehr viele brasilianische Stimmen gegeben, die der Regierung rassistische Tendenzen oder zumindest solche zuzulassen bekundet haben, und die die Verfolgung von systemkritischen Journalisten aufgezeigt haben. Eine Stimme, ein Autor, hat gemeint, diese brasilianische Regierung sei insgesamt ein Desaster.

Ich fasse zusammen: Die städtische Kulturpolitik ist Rot geführt, Grün dirigiert. Weiterführende Aktivitäten finden mit ausländischen Politikern statt, die offenbar Nachholbedarf im Bereich Demokratie haben. Eine solche Kulturpolitik, meine Damen und Herren, können wir nicht unterstützen. Ein Budget für eine solche Kulturpolitik müssen wir ablehnen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gelangt der Herr Amtsf StR Dr Mailath-Pokorny. Die Redezeit steht auf 15 Minuten.

Amtsf StR Dr Andreas **Mailath-Pokorny**: Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin mir jetzt nicht sicher, ob ich das alles wirklich verstanden habe (*Heiterkeit bei SPÖ und GRÜNEN.*), aber man muss nicht immer alles verstehen, was hier gesprochen wird. Ich bemühe mich, aber was die Wiener Kulturpolitik in diesen Zusammenhängen mit Brasilien zu tun hat, wird mir wohl verschlossen bleiben, aber es macht nichts.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur gesamten Wiener Kultur- und Wissenschaftspolitik lassen Sie mich vielleicht abschließend auch noch ein paar Anmerkungen machen. Es wurde ja dankenswerterweise, glaube ich, fraktionenübergreifend bereits darauf hingewiesen, dass die Wiener Kultur gesamt gesehen durchaus in der Champions League spielt, und das seit mehreren Jahren. Es ist ja nun in der Tat so, dass die Leistungen der Wiener Kultur, das, was wahrgenommen wird, was sowohl vom Publikum als auch von den internationalen Medien wahrgenommen wird, einzigartig sind und Weltgeltung haben. Das ist nicht eine Behübschung oder eine Beschönigung, sondern das ist tatsächlich so und alle internationalen Wahrnehmungen und Berichte sprechen eine deutliche Sprache. Es passiert in Wien was Neues, es passiert in Wien sehr, sehr viel Neues. Das sei auch jenen gesagt, die meinen, dass in Wien hauptsächlich Traditionen gepflogen werden. Das stimmt auch, aber daneben passiert ungeheuer viel Neues. Es gibt hervorragende Kreative, es gibt ein urteilsfähiges Publikum, und es gibt auch eine Politik, die Möglichkeiten schafft. Und das ist eigentlich die zentrale Aufgabe der Wiener Kulturpolitik und ich meine, überhaupt einer Kulturpolitik.

Was nun das Budget anbelangt, so gibt es in der Tat, formal gesprochen, eine Steigerung dieses Kulturbudgets um insgesamt 3,7 Prozent. Wir haben in den letzten 11, 12 Jahren eine Steigerung von 167 Millionen im Jahr 2001 auf 240 Millionen im Jahr 2014, das sind über 43 Prozent. Ich erwähne das immer wieder und das ist tatsächlich angesichts des internationalen Umfeldes, angesichts der internationalen Entwicklung und angesichts dessen, was sich rund um uns abspielt, keine Selbstverständlichkeit. Wenn wir beispielsweise nach Deutschland schauen, wo es alle allenthalben Kürzungen gibt. Erst kürzlich haben wir von dramatischen Kürzungen in Hamburg, das Deutsche Schauspielhaus betreffend, gehört. Die Wuppertaler Bühnen stehen überhaupt davor, ihre Existenz hinterfragen zu müssen. In Großbritannien, wo unter der Labour-Regierung ein sehr, sehr ambitioniertes Kulturprogramm mit einer sehr ambitionierten Ausweitung begonnen wurde, sollen die Kulturgelder bis 2015 um 15 Prozent gekürzt werden. Über 100 Einrichtungen sind dort von dem Sparkurs betroffen. Spanien, Italien: Jetzt erst kam die Meldung, dass die Römische Oper wahrscheinlich geschlossen werden muss. Die Niederlande, die für uns über viele Jahre ein Vorbild waren, was die Kulturförderung und auch die Art und Weise, wie die Kultur gefördert wird, betrifft, haben im Jahr 2013 eine Einsparung von 340 Millionen EUR. Ich könnte die Liste noch sehr,

sehr lange fortsetzen.

Wien ist auch diesbezüglich anders und ich bin naturgemäß froh, dass wir wieder eine Steigerung in diesem Budget haben. Ich bin naturgemäß froh, dass wir in der Tat mit 240 Millionen EUR im Voranschlag 2014 den höchsten Voranschlag eines Kulturbudgets in der Geschichte dieser Stadt haben. Es freut mich auch, weil immer wieder gesagt wird, es flösse hauptsächlich den Großen zu. Sie wissen, ich bin grundsätzlich ein Gegner dieser Einteilungen in Große und Kleine, weil das Wesen einer Kulturstadt natürlich darin besteht, dass man ein großes Angebot hat, beispielsweise was die Theater anbelangt, was die Konzertsäle anbelangt, aber natürlich auch die sogenannten Kleinen. Allein ein Viertel des sehr hohen Budgets für darstellende Kunst fließt den sogenannten freien Gruppen zu. Auch die haben in den letzten Jahren eine massive Steigerung erfahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, allenthalben ist ja immer wieder zu hören, dass es grundsätzlich in der Kultur Kürzungen gibt. Ich möchte auch einmal an dieser Stelle festhalten, dass das nicht stimmt. Es gibt keine Kürzungen, und ich halte das auch deshalb für richtig und notwendig und bespreche das auch mit meinen Freunden, beispielsweise mit dem Intendanten Birkmeir vom Theater der Jugend, weil ich glaube, dass man sehr wohl eine Kritik äußern soll und man sehr wohl darauf hinweisen soll, wenn es einmal Kürzungen gibt oder wenn es auch einmal Maßnahmen gibt, die man nicht unterstützenswert findet, dass man sich aber in dieser Kritik und in dieser Meinung schwächt, wenn man das in Zeiten sagt, wo das gar nicht der Fall ist. Also dass wir in Wien ab und an, und das durchaus auch von Kulturschaffenden, die Kritik hören, dass es weniger Geld gibt, ist unverständlich, weil es nicht stimmt. Dass es zu wenig Geld gibt, das mag sein, weil wir alle, die wir in der Kultur tätig sind, selbstverständlich mehr Geld für die Kultur haben wollen. Aber jedenfalls ist das, was allenthalben von Kürzungen gesagt wird, eine Mär.

Wir haben darüber hinaus in den letzten 12 Jahren 12 neue Bühnen eröffnet. In Wien wird im Jahresdurchschnitt jedes Jahr ein Mal eine neue Bühne eröffnet, die großen wie die kleinen, wie Theater an der Wien, Kabelwerk, Nestroyhof, wie andere, ohne dass auf der anderen Seite eine zugesperrt wird. Auch das ist, glaube ich, einzigartig.

Wenn wir uns die Förderungen anschauen, die im Rahmen der Theaterreform jetzt ab 2014 ausgesprochen werden, so haben wir darin allein zwölf neue langfristige Förderungen über vier Jahre. Auch das ist etwas, was mittlerweile fast selbstverständlich ist, aber wo ich auch darauf hinweise, dass es insbesondere angesichts der Wirtschaftssituation keine Selbstverständlichkeit ist, dass wir bis in das Jahr 2017/18 hinein Förderungen und damit eine Sicherheit für die Theaterschaffenden in dieser Stadt liefern können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dasselbe ist natürlich auch für einen ganz wichtigen Bereich zu sagen, der heute noch keine Erwähnung gefunden hat, nämlich für den Film. Der Filmfonds ist unverändert eine Größe, er

ist unverändert eine der größten Regionalfilmförderstellen in Europa.

Auch hier gehen 42 Prozent dessen, was der Wiener Filmfonds an Förderungen ausspricht, in die Förderungen des Nachwuchses und schafft so immer wieder eine Erneuerung gerade auch im Bereich des Films. Knapp 1 500 Ur- und über 500 Erstaufführungen hat es seit 2001 in Wien gegeben. Auch das ist, glaube ich, eine beeindruckende Zahl, weil sie belegt, dass, egal ob groß oder klein, egal, ob in einem großen Haus oder in einem kleinen Haus, in einem großen Kino oder in einem kleinen Kino, in einem großen Konzertsaal oder in einem kleinen Konzertsaal, diese Erneuerung auch immer wieder Platz greift.

Lassen Sie mich, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch noch kurz etwas zum Wien Museum sagen. Ja, wir haben in den letzten Jahren - im Übrigen, Herr GR Dworak, es waren nicht 7 Jahre und es sind auch nicht - ich weiß nicht, woher Sie die Zahlen haben, die Sie da so locker hineinwerfen, 50 Millionen, 100 Millionen. Also ich bin da aus guten Gründen sehr viel zurückhaltender, weil man zunächst einmal abwarten muss, was das Projekt überhaupt ist. Aber ja, es ist eine sehr wichtige Entscheidung. Es ist eine Entscheidung, die für den Karlsplatz und nicht gegen den Hauptbahnhof getroffen wurde. Im Unterschied zu vielen anderen habe ich den Hauptbahnhof bei Weitem nicht immer so negativ beurteilt. Sie alle wissen das. Aber das, was letztendlich den Ausschlag gegeben hat, war: Welcher Standort macht das Wien Museum tatsächlich einzigartig, und welcher Standort hebt das Wien Museum tatsächlich gegenüber anderen Neubauten hervor. Ich gehe davon aus und bin der festen Überzeugung, dass das am Karlsplatz der Fall sein wird. Ich werde unverändert, auch wenn ich aus Ihrer Äußerung nicht ganz klug wurde - sind Sie jetzt für das Wien Museum dort oder dagegen oder glauben Sie, dass es grundsätzlich nicht funktioniert - trotzdem Sie alle, die Fraktionen, weiterhin einladen, informieren, weil mir sehr daran gelegen ist, dass dieses Projekt ein gemeinschaftliches Projekt ist und bleiben wird, weil das ja auch über die Legislaturperiode hinausgeht, und zwar nicht, weil wir so langsam sind, sondern Sie werden, wenn immer Sie fragen, hören, ein solcher zweistufiger Wettbewerb braucht jedenfalls zwei Jahre, um aufgesetzt, seriös ausgeschrieben und international kommuniziert werden zu können. Und nein, wir werden keine Einzeleinladungen an was für Künstler auch immer aussprechen, sondern es geht darum, dass wir hier auch einen interessanten, internationalen Wettbewerb machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Schwerpunkte für 2014, und Sie merken, dass ich immer schneller rede, sind einerseits einmal mit dem Wien Museum auch schon klar dargestellt. Es wird uns auch darum gehen, dass wir die Wiener Kulturinstitutionen im nächsten Jahr und in den darauffolgenden in ein größeres Rahmenwerk einbinden, wo es auch möglich ist, dass sie sich über das Netz digital verbreitern, weil ich darin schlicht und einfach die große Chance sehe, dass wir

Kultur auch allgemeiner zugänglich machen.

Lassen Sie mich vielleicht noch auf einen für mich wichtigen Punkt kommen, nämlich die Frage, und ich halte das als politisch eminent wichtig und würde mich freuen, auch im Grunde hier im Wiener Gemeinderat eine Unterstützung zu bekommen. Wir stehen in einem internationalen Wettbewerb, was Kulturförderung anbelangt. Gegenwärtig wird ein Freihandelsabkommen zwischen USA und Europa verhandelt. Und ich halte es für essentiell, dass sich Europa hier eine Exklusion, einen Freiraum dafür schafft, dass wir diese Form von Kulturförderung weiter aufrechterhalten können, weil die Gefahr groß ist, dass, wenn es dieses grundsätzliche Freihandelsabkommen zwischen Amerika und Europa geben wird, wir hier irgendwann einmal, in 10, 15 Jahren, im Wiener Gemeinderat nicht mehr über Förderungen von Kultur sprechen werden, sondern das im Grunde auch gar nicht mehr erlaubt ist, weil das unstattdliche Beihilfen sind. Also ich glaube, wir sollten versuchen, und diesbezüglich wird es sicher auch mein Ansinnen an die zukünftige österreichische Bundesregierung geben, hier achtsam zu sein und zu versuchen, gemeinsam mit im Übrigen allen anderen europäischen Staaten - Frankreich, Deutschland zuvorderst - eine Ausnahmestellung zu bekommen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielleicht noch ein letztes Wort, weil die Zeit davonschreitet, zur Wissenschaft: Es wurde ja bereits dargestellt, dass dieser für Wien eminent wichtige Bereich zwischen verschiedenen Ressorts in Wien auch unterschiedlich aufgeteilt ist. Wir versuchen in den letzten Jahren gerade auch, was mein Ressort anbelangt, über sehr punktuelle Zusammenarbeit mit den Universitäten sie darin zu unterstützen, dass der Wissenschaftsstandort Wien auch weiterhin nicht nur der größte und nicht nur einer der bedeutendsten ist, sondern mit seinen mittlerweile, glaub' ich, 19 Standorten, was Universitäten, Privatuniversitäten und Fachhochschulen anbelangt, auch weit über Wien hinausreicht. Wir haben die höchsten Studierendenanzahlen und ja, es gibt ganz viele Rahmenbedingungen, an denen wir gemeinsam zu arbeiten haben, um einen bestmöglichen Forschungs-, Entwicklungs- und auch Studienstandort zu haben. Wir versuchen das über Standortpolitik, Wir versuchen das über punktuelle Unterstützungen. Wir versuchen das auch über sehr punktuelle Förderungen und Fonds für die Universitäten. Wir versuchen das über Steuererleichterungen für die Universitäten zu machen. Ich glaube, dass dieser Mix und auch diese Unterschiedlichkeit letztendlich für die Universitäten etwas sehr Positives ist, sodass Wien als Wissenschafts- und Forschungsstandort, auch wenn jetzt die Lichter ein bisschen ausgehen, eine helle Zukunft hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich an dieser Stelle selbstverständlich auch sehr herzlich bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken, die in einem sehr engen Personalkorsett über 5 000 Förderansuchen pro Jahr bearbeiten, positiv bearbeiten, auch kontrollieren, kreative Arbeit leisten, konzeptive

Arbeit leisten und die etwas schaffen, was, glaub' ich, innerhalb der Kultur und auch der Scientific Community in der Stadt fast lückenlos anerkannt wird, nämlich das große Engagement, die große Kenntnis und der große Einsatz derjenigen, die in der Kulturverwaltung in den unterschiedlichen Magistratsabteilungen, aber natürlich auch bei mir im Büro tätig sind. Ihnen allen ein herzliches Dankeschön und natürlich ein „Glück auf“ für diese gemeinsame Arbeit. 240 Millionen EUR wollen im nächsten Jahr bestmöglich eingesetzt sein, und mit Ihrer und mit eurer Mitarbeit wird das, natürlich auch mit der Unterstützung und der Abstimmung hier im Gemeinderat, wunderbar klappen. Ich danke vielmals. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Danke schön, Herr Stadtrat. Zur Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Bevor wir zu den Beratungen der Geschäftsgruppe Umwelt kommen, möchte ich noch gern die ehemalige Zweite Vorsitzende Ingrid Zankl bei uns recht herzlich begrüßen. *(Allgemeiner Beifall.)* Hallo Ingrid.

Wir kommen nun zur Behandlung der Geschäftsgruppe Umwelt.

Ich schlage vor, die Debatte zu dieser Geschäftsgruppe mit Postnummer 5, das ist der Wirtschaftsplan der Unternehmung Wien Kanal für das Jahr 2014, gemeinsam durchzuführen, die Abstimmung über den Vorschlag der Bundeshauptstadt Wien und den Wirtschaftsplan Wien Kanal jedoch getrennt vorzunehmen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Dann darf ich die Damen und Herren des Gemeinderates ersuchen, so vorzugehen.

Wir kommen nun zur Beratung der Gruppe Umwelt. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Holdhaus. Ich erteile es ihr, selbstgewählte Redezeit sind 15 Minuten.

GRin Mag Karin **Holdhaus** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Grüß Gott, Herr Vorsitzender! Grüß Gott, Frau Stadträtin! Guten Abend, muss man eigentlich schon sagen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich weiß nicht, Frau Stadträtin, wie Sie das jetzt deuten, dass genau, wenn die Gruppe Umwelt dran kommt, das Licht ausgeschaltet wird. Ist es der Stellenwert oder sind es *(GRin Ingrid Korosec: Sparmaßnahmen!)* Sparmaßnahmen im Sinne der Umwelt? Ich hoffe, dass das der Grund ist und nicht der Stellenwert des Ressorts Umwelt.

Also wir haben heute schon öfters gehört: Die Wiener Stadtregerung hat kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem, und dieses Problem widerspiegelt sich auch im Umweltressort. Schauen wir uns zum Beispiel die Einnahmen/Ausgaben des Voranschlags 2014 für Müll und Wasser an. Heuer werden es allein in diesen beiden Bereichen Überschüsse von knapp 148 Millionen sein. Und wenn die Einnahmen im allgemeinen Budget benötigt werden, ist es natürlich sehr bedauerlich, dass diese Überschüsse, und leider Gottes wiederholt sich dieser Vorwurf oder dieser Wunsch jedes Jahr wieder, nicht im Umweltressort bleiben, sondern ins allgemeine Budget

fließen und somit wirkliche Impulse oder Umweltsanierungsprojekte sehr spärlich und langsam vorangehen können, wie zum Beispiel auch die Sanierung des Wasserrohrnetzes, auch ein ewiges Thema. Allein für die MA 31 werden auch für 2014 Überschüsse von 89,7 Millionen EUR prognostiziert.

Würde man diese Überschüsse im Ressort behalten und für die Sanierung des Wasserrohrnetzes verwenden, statt 30 bis 50 Millionen EUR pro Jahr einen wesentlich höheren Betrag, dann würde wahrscheinlich das ganze Sanierungsprojekt nicht bis 2030 oder länger dauern, sondern könnte schon früher fertiggestellt werden.

Damit die Offensive, wie Sie sie nennen, Rohrnetzoffensive, die Sie in der Zwischenzeit gestartet haben, endlich auch ihren Namen verdient, bringen wir auch heuer wieder einen dahin gehenden Beschlussantrag ein, der lautet: *Betreffend Zweckbindung Gebührenüberschüsse: Beschlussantrag: Die von den Wiener Wasserwerken erzielten Überschüsse bei den Wassergebühren sollen nicht mehr in das allgemeine Budget fließen, sondern zur Gänze für die Sanierung des Wasserleitungsnetzes der Stadt Wien eingesetzt werden. - Ich bitte um direkte Abstimmung. (Beifall bei der ÖVP.)*

6 Prozent des Gesamtbudgets. Es ist natürlich erfreulich aus Sicht der Umwelt, dass das Budget nicht gekürzt wurde, sondern sogar ein bisschen mehr für Umwelt aufgewendet wird, gerade in Zeiten wie diesen. Nichtsdestotrotz 6 Prozent des Gesamtbudgets. Jetzt kann man natürlich darüber diskutieren, ob es vermehrt ist oder ob es zu wenig ist. Genug, um die Umwelt weiterhin zu verwalten, ist es jedenfalls. Aber um es zu gestalten, um eben neue, nachhaltige Impulse zu setzen, wird es wahrscheinlich nicht reichen. Oder es fehlt einfach der Wille, weil auch die politische Notwendigkeit offensichtlich nicht gegeben ist. Denn egal, von welcher Seite Kritik am Umweltressort kommt, ob von der Opposition, ob vom Rechnungshof, vom Kontrollamt oder aus den Bezirken, dieser wird sofort als unberechtigt eine Absage erteilt und abgeblockt. Das ist natürlich sehr bedauerlich, weil Kritik an und für sich nichts Schlechtes ist und sich natürlich ein Kontrollamt oder ein Rechnungshof diese Kritik nicht aus den Fingern saugt, sondern tatsächlich Verbesserungsbedarf besteht. Meistens ist die Reaktion, es ist alles bestens oder das Umweltressort, und auch das mussten wir leider immer wieder erleben, fühlt sich nicht zuständig.

Zuständig fühlen Sie sich, Frau Stadträtin, immer dann, wenn es um medientaugliche Auftritte oder Auszeichnungen geht, weniger, wenn eben alles nicht so gut läuft und wenn Kritik berechtigt ist, wie zum Beispiel jüngst die Kontrollamtskritik betreffend die mangelnde bis nicht vorhandene Mülltrennung in den Wiener Kindergärten und Schulen. Sie weisen alle Kritik von sich, auch jede Verantwortung beziehungsweise Kompetenz, während Sie gleichzeitig aber sehr gerne Auszeichnungen für Konzepte oder Projekte in diesem Bereich entgegennehmen oder in Anspruch nehmen. Nicht, dass Sie mich falsch verstehen, ich glaube, dass Bewusstseinsbildungskampagnen gerade in diesem Bereich ganz wichtig und

notwendig sind, vorausgesetzt sie zielen darauf ab, Verhaltensveränderungen bei den Menschen im Sinne des Umweltschutzes auch tatsächlich zu bewirken. Entscheidend ist also die Umsetzung, die Erfolgsquote. Darin sind wir uns hoffentlich einig. Aber wie erfolgreich eine Kampagne ist, sieht man daran, wenn nicht einmal, wie im eben angesprochenen Kontrollamtsbericht deutlich wurde, die eigenen Dienststellen informiert sind, geschweige denn entsprechend umgesetzt wird. Anstatt sich bei der Nase zu nehmen oder konstruktiv eine Verbesserung anzustreben, gemeinsam mit dem formal zuständigen Bildungsressort, finde ich, dass die Antwort eigentlich sehr enttäuschend war, die Sie gegeben haben, nämlich, die Mülltrennung in der Schule geht Sie nichts an und fällt ausschließlich in die Kompetenz des Bildungsbereiches. Aber Müllvermeidung ist wie alles im Umweltschutz eben eine Querschnittsmaterie. Wenn Sie so auf die formale Zuständigkeit pochen, dann stellt sich zum Beispiel beim ÖkoBusinessPlan natürlich die Frage, dann müsste auch dieser im Wirtschaftsressort abgehandelt werden und die Preise oder die Erfolge in diesem Bereich, mit denen Sie sich gerne brüsten, würden dann wohl eher der Frau Brauner als Ihnen zustehen.

Oder beim Tierschutz, da übernimmt das Umweltressort die volle Verantwortung und Sie errichten ein eigenes Heim und kämpfen sogar gegen die internationale Welpenmafia mit einer großen Inseratenkampagne.

Oder beim Kampf gegen die Atomkraft, da fühlen Sie sich auch über Ländergrenzen hinweg zuständig. Das ist gut und richtig. Da sind wir d'accord.

Aber bei der Mülltrennung, wenn es nicht so klappt, dann plötzlich nicht verantwortlich zu sein, das ist enttäuschend. Offensichtlich ist die Ressortabgrenzung unüberwindbarer als Ländergrenzen. Faktum ist, die Abfallmenge in Wien steigt ständig und die Sammelquoten gegenüber den anderen Bundesländern sind weit im Hintertreffen, zum Beispiel Altglas oder Kunststoffsammlung. Ziel wäre doch, zumindest den Österreichdurchschnitt zu erreichen. Ich würde mir wünschen, wenn es hier neben den Kampagnen auch wirklich Maßnahmen gibt. Das meine ich ganz im konstruktiven Sinn, dass hier Müllvermeidung einen wirklichen Stellenwert bekommt, damit sich das auch in Zahlen niederschlägt. Denn Verbrannen ist gut, Vermeiden ist besser.

Auch stimme ich Ihnen zu, dass Verputzen besser ist als Verschwenden. Aber wenn seit zehn Jahren der Anteil an Lebensmitteln im Restmüll gleich hoch ist, dann stellt sich auch hier die Frage, wie effektiv die Kampagne ist beziehungsweise wie effektiv tatsächlich konkrete Maßnahmen sind.

Daher, was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmer mehr, geben wir nicht auf, Sie zu motivieren, sich auch hier zuständig zu fühlen und bringen einen Antrag betreffend verstärkte Mülltrennung an Wiens Schulen und Kindergärten ein: *Beschlussantrag: Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, für alle technischen und personellen Voraussetzungen für die Mülltrennung in Wiens Schulen und Kindergärten zu sorgen, sodass, wie*

in den jüngsten dahin gehenden Kontrollamtsberichten gefordert, dort das Mengenpotenzial bei der getrennten Müllsammmlung ausgeschöpft werden kann.

Was meinen eigentlich die Kollegen der Grünen Fraktion zu dem Umweltengagement und zu den aktuellen Diskussionen? Da hört man relativ wenig. Die Kritik muss ich leider anbringen. Außer Rad fahren, Ring blockieren, Autofahrer schikanieren oder eine der erfolgreichsten Einkaufsstraßen Wiens zu zerstören, hört man relativ wenig im Umweltressort. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Wie war das geschwind mit der Geschichte der Vereinbarung?*) - Entschuldige, Vereinbarung gibt es keine. Erstens gibt es keine Vereinbarung. Also, ich meine, Maulkorberlass haben wir, glaube ich, keinen. Zumindest wir sollten keinen haben. Aber das ist wieder die Kritik. Ich bin weder zynisch noch sonst etwas, sondern es geht einfach um die Kritik, dass man im Umweltressort seitens der GRÜNEN sehr wenig hört. Sie haben die Möglichkeit, du hast die Möglichkeit, im Anschluss dann zu sagen, wo die grünen Fußabdrücke im Bereich Umweltpolitik in Wien sind. Wir sehen diese Fußabdrücke nicht, sondern es sind eher, sage ich jetzt einmal, jetzt fällt mir nicht einmal etwas ein, maximal leichte Spuren, aber keine Fußabdrücke sind hier zu sehen. Aber vielleicht, weil Sie sagen, wegen Abmachung, oft hat man das Gefühl, dass im Umweltressort nicht ganz die offene Meinung möglich ist, oder dass man, egal ob es der Chef der MA 48 oder der kleine Abfallberater ist, vielleicht ist es auch bei den Kollegen der Grünen Fraktion so, sich sehr zurückhält mit seiner Meinung oder mit Informationen.

Zum Beispiel spiele ich hier auf den Auhof an, auf das Auhof-Areal und die Diskussion im letzten Gemeinderatsausschuss, wo es nicht möglich war, eine einfache Antwort auf die Frage zu bekommen, ob am Auhof-Areal ein Trennmüllsammelplatz geplant ist und wie viele weitere noch geplant sind, eine Information ad hoc zu bekommen.

Im konstruktiven Sinne würde ich mir wünschen, dass hier in Zukunft weniger Geheimniskrämerei und mehr Information und Transparenz besteht. Dann können wir auch konstruktiver miteinander arbeiten. Ich glaube, das ist im Sinne der Wiener Umweltpolitik und im Sinne der Zusammenarbeit sicher sinnvoll.

In Summe muss man sagen, leider ist auch dieses Budget geprägt von Ausgaben, Intransparenz, fehlenden Investitionen und keinerlei Einsparungsprogrammen. Wir können keinerlei Weichenstellungen in die von uns skizzierte Richtung feststellen. Daher lehnen wir auch das Umweltbudget heuer wieder ab. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Ich darf mitteilen, dass Frau GRin Mag Feldmann seit 19 Uhr entschuldigt ist.

Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Maresch. Die selbstgewählte Redezeit ist 20 Minuten.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Ich habe sozusagen die Ehre, nach der Frau Holdhaus ein bisschen Stellung zu nehmen, wo denn die grün-

ne Handschrift geblieben wäre.

Aber zunächst möchte ich mich über die Fußabdrücke der ÖVP in der Umweltpolitik ein bisschen auslassen, weil diese sind schon nachhaltig. Einen der Fußabdrücke der ÖVP merkt man zum Beispiel am Schottenstift. Das besitzt Niederösterreich, aber zum Teil auch Wien. Da hat es natürlich auch zu Recht große Aufregung gegeben, dass man im Naturschutzgebiet Lainzer Tiergarten, wenn man so will, Baurestmassen aus einem Abbruch verwendet hat. Das ist in Niederösterreich gang und gäbe. Das ist im österreichischen Forstgesetz festgelegt worden. Wer ist der zuständige Minister? Der Herr Berlakovich von der ÖVP! Genau das ist auch einer der großen schwarzen Fußabdrücke.

Die zweite Geschichte ist, wenn ich mir heute anhöre, es gibt einen Antrag der ÖVP, diesmal zur, wenn man so will, Mülltrennung und -sammmlung in den Schulen. Ich sage jetzt noch einmal, leider Gottes falsche Geschäftsgruppe, nicht uninteressant. Aber da muss man sich überlegen, wenn dann die Frau Kollegin sagt, in Wien ist es mit der Altglassammmlung und der Kunststoffammmlung nicht weit her. Dann schauen wir einmal über die Landesgrenze. Wie wird dort zum Beispiel Plastik gesammelt? In einem Plastiksack. Darauf steht: „Der gelbe Sack.“ In den Plastiksack, liebe Frau Kollegin, kommen Metall, Plastik und Styropor hinein. Dieser Sack wird nicht vielleicht auseinandergenommen, sondern dieser Sack wird gesammelt und in Dürnrohr verbrannt. Sensationell! Da kann man schon sagen, wirklich eine tolle Sammelmideologie!

Dann gibt es zum Beispiel noch diese Geschichte mit der Ökobox. Bei der Ökobox wird den Leuten in Wien eingeredet, es wird getrennt gesammelt. Da hat man ein nettes Filmchen gesehen. Darin gibt es irgendwie fleißige Menschen, die auch noch das Papier vom Plastik und vom Alu trennen. Nein, die Ökobox wird in Wien verbrannt. Dazu gibt es einen Vertrag der Ökobox, durchaus abgeseget von ihrem wunderbaren Noch-Umwelt- und Landwirtschaftsminister.

Aber es geht noch weiter. Bei der Mehrweggeschichte ist in Österreich zunächst einmal die Mehrwegmilchflasche verstorben, dann ist alles Mögliche, wenn man so will, weg gewesen und am Schluss sind die Mineralwasserflasche und die Bierflasche übrig geblieben. Eigentlich wird jetzt nur mehr Bier in Mehrweggebinden angeboten. Mineralwasserflaschen sind am Auslisten. Es gibt kaum mehr welche. Wer ist dafür verantwortlich? - Die Verpackungsverordnung. Wer hat die Verpackungsverordnung torpediert? - Ein Umweltminister, und zwar der Herr Molterer, wenn wir genau sind. Sein Nachfolger, der Herr Pröll, hat es nicht besser gemacht. Sein jetziger Nachfolger hat es auch nicht besser gemacht. Österreich ist in Wirklichkeit bei der Mehrwegquote, gelinde gesagt, unterdurchschnittlich.

Es gibt überhaupt nichts dabei, sondern das Einzige, was Sie immer sagen, ist, beim Altglas Sammeln kann man sicher noch vieles tun. Die Kunststoffammmlung in Wien ist so, wie sie ist, kann man also verbessern, nur

das Problem ist: Welche Kunststoffe soll man sammeln? Es gibt praktisch nur mehr Plastikflaschen. Bei den Plastiksackerln hatten wir, die Frau Stadträtin und ich, zum Beispiel eine Initiative. Die Stadt Wien war dafür. Jetzt gibt es eine Initiative der EU. Wer schweigt dazu? - Der schwarze Herr Umweltminister. Nichts ist herausgekommen.

Letzter Punkt des schwarzen Fußabdruckes ist das Kyoto-Ziel. Welches EU-Land hat das Kyoto-Ziel am meisten nicht erreicht? - Österreich! Warum? - Weil sich der Herr Umweltminister in bekanntlich verantwortlicher Weise eher um die Anschlussflüge nach Mexiko kümmert, als darüber, das Kyoto-Ziel einzuhalten. Dass seine Landeshauptleute oder Sie selbst endlich etwas weiterbringen, ist nicht passiert. Wenn ich katholisch wäre, würde ich sagen, ich würde eine Messe lesen lassen, wenn der auch katholische Herr Umweltminister endlich einmal das Feld räumt. Nachdem ich nicht katholisch bin, brauche ich keine Messe lesen zu lassen, aber ich freue mich sehr, wenn er nicht mehr Umweltminister ist. So unverantwortlich, wie er mit der Geschichte umgegangen ist, habe ich selten jemanden gesehen.

Jetzt komme ich einmal zum Hauptpunkt. Ich hätte mich wirklich gewundert, wenn die ÖVP nicht mit der Zweckbindung der Überschüsse gekommen wäre. Das kommt wie das Amen im Gebet. Die MA 48 hat Überschüsse. Wien Kanal hat Überschüsse, Wasser hat Überschüsse. Jetzt haben Sie nachgeschaut und es stellt sich heraus, wenn man die Investitionen abzieht, dann hat die MA 48 keine Überschüsse, weil das Straßenkehren auch Geld kostet. Sie können die Zahlen nachlesen. Ich kann sie Ihnen auch vorlesen. Dann war es bei Wien Kanal auch so. Darauf komme ich noch zu sprechen. Es bleibt letztendlich nur mehr das Wasser über. Da sage ich Ihnen schon, das ist eine Möglichkeit, wir könnten auf einen Schlag alle Rohrleitungen machen, aber das Problem ist, wir haben auch andere Aufgaben in dieser Stadt und dafür braucht es auch Geld. (*Amtsf StRin Mag Ulli Sima: Dann steht ganz Wien!*) - Richtig! Dann steht ganz Wien! Genau! Dann steht nicht nur der Verkehr am Gürtel, sondern überall! Aber es erinnert mich wieder an diesen bekannten ÖVP-Satz eines ÖVP-Vorsitzenden, der heißt: „Grüne Welle für alle gleichzeitig.“ Dazu habe ich mir gedacht, in der Mitte sehr gut. Er ist wirklich dafür, dass der MIV endlich einmal beseitigt wird, weil dann haben wir einen Riesenblechhaufen mitten im Stadtzentrum. Das wird sich so nicht ausgehen. Also noch einmal, die Zweckbindung der Überschüsse lehnen wir in dem Fall ab, sondern es ist notwendig, dass das in Wirklichkeit sukzessive erledigt wird. Auch andere Dinge in der Umweltabteilung brauchen ihr Geld. Dafür werden wir dieses Geld verwenden.

Ich habe einen netten Antrag der FPÖ gekriegt, dem die ÖVP sicher zustimmen wird. Das wollte ich auch noch machen, bevor ich sozusagen auf meine Dinge eingehe. Alle Jahre wieder lockt das Ziesel, und zwar zwei Mal im Gemeinderat. Im Beschlussantrag, Kollege Guggenbichler, steht diesmal - jetzt lese ich ihn einmal für Sie vor:

„Der Gemeinderat spricht sich für die sofortige Einstellung sämtlicher nicht der Ziesel-gerechten Pflege dienenden Aktivitäten auf dem Projektareal nördlich des Heeresspitals aus, solange die Konformität des Bescheides ...“ - Ich möchte Ihnen nur sagen, im Moment ist es so, dass die FFH-Richtlinie und das Wiener Naturschutzgesetz, ... (*GR Ing Udo Guggenbichler: Es gibt auch einen grünen Antrag! Kennen Sie den?*) - Ja, ich weiß eh! Ich habe mir auch den Bescheid angeschaut. Ich weiß! Aber noch einmal, ich habe auch mit den AutorInnen dieses Textes gesprochen. Im Moment ist es so, dass das Wiener Naturschutzgesetz und die FFH-Richtlinie dort sämtliche Aktivitäten verbieten. Ein Kollege der SPÖ hat Ihnen beim letzten Mal schon gesagt, wenn die Ziesel nicht wandern, dann kann dort nicht gebaut werden. So ist es. Im Moment ist es so, dass die Ziesel-Zahl nicht abgenommen, sondern zugenommen hat, weil nämlich auch in den Ersatzgebieten die Ziesel eingewandert sind. Im Moment schaut es nicht so aus, dass dort gebaut wird. Ich glaube, und da traue ich mich, mit Ihnen zu wetten, es wird dort nicht gebaut werden, weil es nicht konform mit der FFH-Richtlinie ist. Wir werden diesen Antrag ablehnen, weil er einfach obsolet ist. Punkt. Noch einmal, auf die Ziesel ist Verlass, der Bauträger wird sich einen anderen Fleck der Welt suchen müssen. So viel zum Artenschutz.

Jetzt möchte ich noch ein paar Dinge sagen, bevor ich sozusagen auf die einzelnen Geschäftsgruppen eingehe möchte. Ich möchte mich eigentlich für die Zusammenarbeit mit allen Geschäftsgruppen, das sind ganz viele und jetzt zähle ich sie einmal auf, MA 22, 31, 36, 42, 45, 48, 49, 58, 60, Unternehmung Wien Kanal, die WUA und die Tierombudsstelle, einfach bedanken. Ich muss echt sagen, ich war früher als Oppositionspolitiker immer sehr skeptisch, jetzt schaut das alles ganz gut aus und ich bin sehr zufrieden über die Informationsfreudigkeit uns gegenüber und über die Zusammenarbeit. Ich möchte in diesem Zusammenhang drei Projekte erwähnen, die uns ganz wichtig waren.

Eines ist das TierQuarTier. Das TierQuarTier war am Anfang eine interessante Geschichte, eine Zusammenarbeit zwischen der Stadt, und zwar vor allem der Frau Stadträtin, und der Stiftung. Das war nicht unumstritten, auch sozusagen in grünen Kreisen. Aber wir waren grundsätzlich in Wien der Meinung, es braucht sowohl im Norden als auch im Süden der Stadt eine Stelle, wo eben Tierschutz sozusagen eine Heimstatt hat, deswegen auch dieses TierQuarTier im Norden und der Spatenstich, der vor Kurzem stattgefunden hat. Ich bin mir ganz sicher, dass sowohl der Wiener Tierschutzverein als auch das TierQuarTier nebeneinander ohne böses Blut - da hat es schon einiges davor gegeben - vernünftig bestehen können.

Wichtig war auch, es hat eine Einigung mit der BI vor Ort gegeben, und zwar mit den Bürgern und Bürgerinnen, die dort draußen zunächst einmal gar nicht zufrieden waren. Da muss man sagen, sowohl an die MA 48 als auch an die Stadt, danke für diese Zusammenarbeit und das Zugehen auf die BürgerInnen. Es ist kein Zufall, dass

sich die Oppositionsparteien dem Beschluss angeschlossen haben. Ich war eigentlich eher skeptisch. Vielleicht hat die Nähe der Stiftung zur „Kronen Zeitung“ den Oppositionsparteien bei der Entscheidungsfindung durchaus geholfen.

Die zweite Sache, die mir ganz wichtig war, waren zwei Dinge, die die grüne Handschrift zeigen. Und zwar war ich vor Kurzem eingeladen und habe mir das EOS-Projekt in der EBS angeschaut, zumindest die Vorarbeiten und, wenn man so will, den Probelauf. Das ist im rot-grünen Regierungsübereinkommen drinnen. Da geht es um ein hohes Investitionsvolumen von vielen Millionen. Es geht vor allem auch darum, dass man endlich einmal den Klärschlamm ökologisch behandelt, das heißt, ihn vergärt und daraus Biogas gewinnt. Dieses Gas kann zur Strom- und zur Wärmeenergiegewinnung verwendet werden und ersetzt immerhin 1 Prozent des gesamten Wiener Energiebedarfs. Das heißt, die EBS ist, wenn das Projekt abgeschlossen ist, 2020, nicht nur energieautark, sondern liefert auch Energie ins Netz, sowohl Wärme als auch Strom. Das heißt, noch einmal, ein klassisch rot-grünes Projekt, das durchaus hineinpasst in die Stadtstrategie Smart City. Das ist in Wirklichkeit rot-grüne Handschrift, die solche Dinge weiterbringt!

Eine Kleinigkeit möchte ich dazu noch sagen, die nicht wahnsinnig viel Geld bringt, aber es ist die Wurzelkläranlage beim Magdalenen-Hof. Die Alternative wäre gewesen, die Grube oben immer auszupumpen und unten zu entsorgen, beständiges Hin- und Herfahren. Viele LKW-Fahrten wurden gespart. Die Alternative wäre gewesen, eine Leitung vom Magdalenen-Hof hinunter nach Floridsdorf zu graben. Nein, es gibt jetzt eine Wurzelkläranlage, die im Grunde genommen genau zu dem Projekt Natura 2000 am Bisamberg passt. Ein wunderschönes Projekt. Ein paar Hunderttausend Euro dafür und wir sparen uns mehrere Millionen in den nächsten Jahren. Ein rot-grünes Projekt, auch wenn es die Frau Holdhaus nicht wahrhaben will!

Interessante Geschichten möchte ich jetzt auslassen, weil heute möchte ich mich nicht allzu lange aufhalten, aber ein wichtiges Projekt möchte ich noch nennen, und zwar ist das der Ausbau des Schutzgürtels Wald und Wiesen in Wien. Das sieht die ÖVP weniger gelassen, weil bei Sww-Widmung ist es manchmal schwierig, Kredite aufzunehmen. Es war nicht unumstritten. Wenn man zum Beispiel sagt, Sww, kann man kaum einen Kredit auf sein Grundstück aufnehmen. Dann tun wir es doch bitte widmen, weil da ist viel drinnen bei der Hypothek und manche Bauern haben gar keine Freude mit dieser Sww-Widmung, sondern sie hätten ganz gerne, wenn man so will, bei der Dreifelderwirtschaft auch die vierte Ernte, nämlich die Geldernte. Da gibt es ja hohe Summen. Die Baumschule Christensen hat sich mehrere Hundert Millionen durch den Verkauf der Grundstücke von Alt-Erlaa an die Stadt erworben. Das ist natürlich nicht nur dort so. Die Bauern haben das Recht, ihre Grundstücke zu verkaufen, keine Frage. Aber wir wollen im Nordosten von Wien eben den Wienerwald Nordost. Es ist notwendig für die

Stadt, auch den Grüngürtel zu schließen, auch den Schutzgürtel rund um die Stadt zu schließen und im Rahmen, wenn man so will, des alten 1 000-Hektar-Plans, endlich diesen Teil zu machen. Wir glauben, dass wir hier völlig richtig liegen, der Umwelt eine Lanze brechen. Das ist rot-grüne Politik. - Danke schön! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Ing Guggenbichler. Die selbstgewählte Redezeit ist 15 Minuten.

GR Ing Udo **Guggenbichler** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr geehrter Kollege Maresch! Ist er noch da? Wohl, dort hinten steht er. Herr Maresch, weil Sie vorhin angesprochen haben, dieser Antrag, den wir einbringen werden, ist nicht notwendig, weil man sich auf die Ziesel verlassen kann, darf ich Ihnen einen kleinen Hinweis geben. Die Ausgleichsflächen sind hinter dem Marchfeldkanal. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Aber nicht alle!)* Wir haben ja schon darüber geredet, Ziesel können nicht schwimmen, Herr Maresch. Ziesel können nicht schwimmen! Sie müssten sich die Brücke suchen, um dorthin zu kommen! *(GR Mag Rüdiger Maresch: Sie sollten sich die Karte anschauen!)* Aber Sie haben vollkommen recht, sie werden sich dort ausbreiten. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Sie haben sich schon ausgebreitet!)* - Sie haben sich schon ausgebreitet. Wenn, wie Sie sagen, dieser Antrag nicht notwendig wäre, dann wäre der Antrag, der heute auch im Gemeinderat angekommen ist, dieser Antrag der GRÜNEN, der gegen die Stimmen der SPÖ dort beschlossen wurde, auch nicht notwendig gewesen.

Ich darf Ihnen kurz vorlesen, weil Sie meinen auch verlesen haben: „Der Wiener Gemeinderat möge mit geeigneten Maßnahmen, zum Beispiel einem Grundstücksabtausch, Verhängung eines Naturschutzgebietes et cetera, sicherstellen, dass der Republik Österreich keine Strafzahlungen und kein Imageverlust wegen Nichteinhaltung der FFH-Richtlinien entstehen.“ Warum könnten diese entstehen? Da schreiben die GRÜNEN in ihrem Antrag: „wegen eines wissenschaftlich unerprobten Konzeptes, einer freiwilligen Abwanderung, ungeeigneten Ausgleichsflächen, absichtlicher und aktiver Vertreibung von Zieseln und Feldhamstern, bewilligter Baubeginn, ohne dass dort irgendetwas passiert ist und das Fehlen nachvollziehbarer Angaben, auf welche Weise das völlige Verlassen aller Ziesel im Lebensraum gewährleistet ist.“ *(GR Mag Rüdiger Maresch: Das ist aber ein ganz anderer Antrag!)* - Das steht in Ihrem grünen Antrag, der in der Bezirksvertretung Floridsdorf beschlossen wurde.

Sie sagen, dass mein Antrag nicht notwendig ist, obwohl schon die Europäische Kommission sagt, die Republik Österreich muss sich dafür rechtfertigen, dass der Artenschutz in Wien nicht gewährleistet ist, weil man nicht weiß, wie dieser Bescheid ausgestellt wurde. Wir sagen, man möge doch alles stoppen, bis Österreich dieses Verfahren mit der Europäischen Union ausgestanden hat. Das besagt mein Antrag. Sie wissen das ganz genau. Die

eigene Fraktion in Floridsdorf sieht das auch so. Sie haben das letzten Freitag auf Ihrer Landesversammlung auch zum Thema gehabt, wo die Floridsdorfer Grünen mit Ihnen darüber gesprochen haben, weil sich die Landesgrünen nicht für den Artenschutz einsetzen. Das wissen Sie auch ganz genau! Das war Thema bei Ihrer eigenen Versammlung. (*Amtsf StRin Mag Ulli Sima: Waren Sie bei der Versammlung der GRÜNEN? - GR Mag Rüdiger Maresch: Im Gegensatz zu Ihnen war ich dort!*) - Ihre Bezirksfraktion kommt schon zu mir und fragt mich, ob ich ihr nicht gegen die eigene Landtagsfraktion helfen kann! Schämen würde ich mich, Herr Maresch! Wirklich! Ich sage Ihnen, schämen würde ich mich! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber Sie haben nicht nur im Artenschutz versagt. Ich habe das phänomenal gefunden. Ich habe das wirklich phänomenal gefunden! Wir hatten letzte Woche den Antiatomgipfel. Jetzt habe ich da ein Zwiegespräch zwischen der Frau Holdhaus und dem Herrn Maresch gehört, weil sie irgendetwas gesagt hat, was ihm nicht gepasst hat. Dann hat er gleich gesagt: „Da haben wir eine Vereinbarung.“ Die Frage ist: Wann habt ihr die Vereinbarung getroffen? Wahrscheinlich an dem Tag, wo ihr gleichzeitig als Umweltsprecher den Antiatomgipfel geschwänzt habt! Das ist die grüne Antiatompolitik, nicht einmal anwesend zu sein! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Bei den Schwarzen wundert es mich ja nicht. Wenn der Schüssel bei einem Atomkonzern arbeitet, ist das für mich nicht groß verwunderlich. Aber bei den GRÜNEN, muss ich sagen, ist es bedauerlich und enttäuschend! Sie persönlich, Herr Maresch, habe ich gesehen als Verbündeten in einer Politik für Österreich gegen Atomkraft in Europa. Das ist überhaupt nicht einsehbar. Wir haben eine gute Entscheidung mit dieser Entscheidung, die wir gemeinsam mit Experten gefällt haben, getroffen. Es ist auch wichtig, dass wir den Gipfel alljährlich durchführen. Wir sollten ihn öfters durchführen. Wir haben eine gute Entscheidung mit dem getroffen, was wir dort alle unterschrieben haben. Nur hat dabei leider kein grüner und kein schwarzer Umweltsprecher unterschrieben! Das muss man schon festhalten! (*GR Mag Rüdiger Maresch: Das stimmt ja gar nicht!*) Ich würde mir wünschen, und das sage ich Ihnen auch, das würden Sie sich vielleicht auch wünschen, es kann nicht sein, dass auf Grund des Euratom-Vertrags österreichische Steuergelder in Schrottreaktoren gepumpt werden, die unsere eigene Sicherheit gefährden. Diesen Schritt hätten wir noch weitergehen müssen. Das ist das Einzige, was uns dort noch fehlt. Da würde ich die Frau Stadträtin schon auch darum bitten, dass sie in Zukunft ein Stück mutiger ist und auch in diese Richtung agiert! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber was tut sich sonst noch in diesem Umweltressort? Wir haben viel gesehen. Frau Stadträtin, ich muss mich entschuldigen, dass ich Sie so wenig erwähne, aber ich meine auch Sie, wenn ich den Herrn Maresch anspreche, weil ihr seid irgendwie gemeinsam in dieser Politik, die ihr da betreibt!

Der Herr Maresch hat so wunderbar über die Müll-

trennung in Wien gesprochen. Dazu haben wir in Wien ein wunderschönes Plakat gehabt: „Oida, trenn!“ (*Amtsf StRin Mag Ulli Sima: Das haben Sie sich zumindest gut gemerkt! Das muss super angekommen sein!*) - Das habe ich mir super gemerkt! So gut kann ich es mir nicht gemerkt haben, weil sonst hätte ich es nicht mitnehmen müssen, damit ich es mir merke!

Eines ist auch klar, Frau Stadträtin, es haben sich die Wienerinnen und Wiener auch nicht gemerkt, weil es gibt eine Statistik, wie viel die Bundesländer in Österreich Müll trennen, und zwar Kilogramm pro Kopf im Jahr. Daran sieht man, was die Frau StRin Sima mit ihren Kampagnen bewirkt. Da hätten wir 2012 eine Müllsammelmenge von getrenntem Müll in Kilogramm pro Kopf in Vorarlberg von 150 kg, im Burgenland, zweitbestes Bundesland, 141 kg, in der Steiermark, drittbestes Bundesland, 137 kg, in Tirol 135 kg, in Oberösterreich 118 kg, in Kärnten 115 kg, in Niederösterreich 114 kg und in Salzburg 111 kg. Ich weiß aber von keinem dieser anderen acht Bundesländer, dass es eine sündteure „Oida, trenn!“-Kampagne gemacht hat. Und wo steht Wien? Bundesweit an 9. Stelle. Trotz sündteurer Kampagnen steht Wien bei der Mülltrennung an 9. Stelle. Ich darf Ihnen das überreichen, damit Sie sich das auch in Zukunft merken, dass Sie sehen - wir sagen es Ihnen schon seit Jahren -, Ihre Kampagnen, die Sie den Wienern zumuten, nehmen wir eine Gackerl-Kampagne, eine „Oida, trenn!“-Kampagne, sind hinausgeworfenes Geld! Deswegen darf ich Ihnen diese Statistik auch noch übergeben, Frau Stadträtin. (*Beifall bei der FPÖ. - Amtsf StRin Mag Ulli Sima: Die haben Sie mir eh schon gegeben! Voriges Mal haben Sie mir genau das Gleiche vorgelesen!*)

Aber was macht die Frau Stadträtin sonst noch? Wir haben uns das auch im Ausschuss angeschaut. Sie redet immer von der gläsernen Verwaltung. Wunderbar! Die Frau Stadträtin redet von gläserner Verwaltung! (*Amtsf StRin Mag Ulli Sima: Das war nicht ich!*) - Haben Sie nie über gläserne Verwaltung gesprochen? (*Amtsf StRin Mag Ulli Sima: Nein, sicher nicht!*) - Ist nicht Ihres? Macht ja nichts! Aber ich würde es mir bei Ihnen wünschen! Was haben Sie gemacht? Letztes Jahr haben wir bei Subventionsanträgen noch originale Anträge bekommen. Mittlerweile werden sie von einer Magistratsabteilung überarbeitet und wir kriegen nicht mehr die Informationen, die wir haben wollen. Der Ausschussvorsitzende sagt: „Der Verfassungsdienst sagt, es ist genug.“ Aber jetzt muss ich Ihnen sagen, und darüber könnte man ehrlich sprechen: Welche Motivation habe ich, einer Oppositionspartei weniger Information zu geben? - Es kann nur eine Motivation geben. Diese Motivation ist, weil ich etwas verstecken will! Ich glaube, dass Sie das wirklich wollen! Wurscht, ob der Verfassungsdienst sagt, das ist genug oder nicht, Sie müssen irgendeinen Grund gehabt haben, zu sagen, ab April 2013 kriegt die Opposition schlicht und ergreifend weniger Information! Hier wollen Sie einfach verstecken, um diese Ausgaben, die nichts bringen, wie wir es auf dieser Statistik sehen, in irgendeiner Art und Weise zu kaschieren! Was wollen Sie noch verstecken?

Wahrscheinlich wollen Sie verstecken, inwiefern Sie die Gebühren erhöhen wollen. Wie haben Sie die Gebühren erhöht? Das Wasser seit 2010 um 39 Prozent. Sehr sozial, Frau Stadträtin! Kanalgebühren um knapp 11 Prozent. Müllgebühren um knapp 11 Prozent. Aus diesem Titel und einigen anderen mehr ist ein Wiener Haushalt um 548 EUR mehr belastet. Dazu kommen noch die Erhöhung der Hundesteuer um 65 Prozent oder beim Zweithund um 60 Prozent, der Kurzparkscheine um 66 Prozent und der Gebrauchsabgabe für Schanigärten um 1 875 Prozent. Das ist Ihre soziale Politik! Und dann investieren Sie genau dieses Geld in Kampagnen, die Sie auf den letzten Platz in einem Ranking von Österreich katapultieren!

Sie sollten eigentlich gar nicht erhöhen, aber wenn Sie das Geld schon haben, sollten Sie es in Ihre Magistratsabteilungen, in die Mitarbeiter investieren und nicht dort ein System der Schikane aufbauen! Wir kriegen die ganze Zeit Anrufe und Schreiben, zum Beispiel von Mitarbeitern der MA 48. Frau Stadträtin, Sie haben letztes Mal gesagt, das, was ich gekriegt habe, habe ich mir wahrscheinlich selbst geschrieben. *(Amtsf StRin Mag Ulli Sima: Sie sollten einmal die Wahrheit sagen!)* Frau Stadträtin, mittlerweile sind Sie gerichtlich überführt. Sie sind gerichtlich überführt! Bei den Abfallberatern wurden Sie verurteilt! *(Amtsf StRin Mag Ulli Sima: Ich wurde nicht verurteilt!)* Die Abfallberater, mit denen Sie diese Verträge geschlossen haben, sind dort oben gesessen. Sie haben gesagt: „Ich will mit denen nicht einmal reden!“ Das haben Sie gesagt, Frau Stadträtin. Jetzt sind Sie gerichtlich überführt und haben einige einstellen müssen. Sie haben gesagt, es gibt weitere Gespräche zu dem Thema. Und was passiert? Wir hören jetzt wieder, Abfallberater mit akademischem Abschluss kriegen dort einen C-Posten. Warum kriegen sie einen C-Posten? Weil sie nicht das getan haben, was die Frau StRin Sima wollte. Das ist eine kleine Racheaktion! Das haben Sie halt gern in Ihrem Ressort. Aber das zeigt natürlich, dass Sie schon eine dieser Stadträte sind, die das kälteste Herz in dieser Stadt haben und dass sozial gar nichts mit sozialistisch zu tun hat, wie es die SPÖ Wien immer wieder vorgibt.

Abschließend darf ich noch meine Anträge einbringen. Nämlich einerseits ... *(GRin Henriette Frank: Den Ziesel!)* - Der Ziesel kommt, keine Sorge!

Ein Antrag zu den Förderansuchen: „Die zuständige Stadträtin möge veranlassen, dass alle Förderansuchen an die Geschäftsgruppe Umwelt im Ausschuss wieder im Original vorgelegt werden.“ Um die sofortige Abstimmung wird gebeten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der zweite Antrag ist in anderen Ausschüssen eine Normalität, wie zum Beispiel im Kulturausschuss. Ich finde es schon sehr sonderbar, dass es gerade im Umweltausschuss nicht möglich ist, dass die Daten digital an die Ausschussmitglieder übermittelt werden. Ich würde das gut finden. Da haben wir kiloweise Papier und ich weiß nicht, wie viele Bäume sterben müssen, nur weil die Frau Stadträtin sich weigert, dass die Unterlagen eingescannt werden. Der zweite Antrag ist: „Die zuständige

Stadträtin möge veranlassen, dass alle Ausschussunterlagen mitsamt den Beilagen hinkünftig an alle Ausschussmitglieder in digitalisierter, lesbarer Form übermittelt werden.“ - Lassen wir die Bäume leben, Frau Stadträtin! *(Beifall bei der FPÖ. - Amtsf StRin Mag Ulli Sima: Wir lassen die Bäume leben!)*

Und natürlich der dritte Antrag, Beschlussantrag der FPÖ: „Der Gemeinderat spricht sich für die sofortige Einstellung sämtlicher nicht der Ziesel-gerechten Pflege dienenden Aktivitäten auf dem Projektareal nördlich des Heeresspitals aus, solange die Konformität des Bescheides MA 22 - 539/2012 mit der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie 92/43/EWG im Rahmen des Pilotverfahrens nicht zweifelsfrei geklärt ist.“

In formeller Hinsicht wird hier auch die sofortige Abstimmung verlangt. *(Beifall bei der FPÖ. - Amtsf StRin Mag Ulli Sima: Darüber müssen Sie hier reden!)*

Abschließend, Frau Stadträtin, ich habe mir heute von einer Bürgerinitiative etwas kommen lassen, das ich Ihnen letztes Jahr schon gegeben habe, aber das haben Sie, glaube ich, nicht aufgehängt. Ich würde Sie bitten, dass Sie es heuer tun. Einen Ziesel-Kalender 2014. Er kann Sie an zwei Sachen mahnen: Erstens schauen Sie sich diese Tiere an, sie sind wirklich lieb! *(GRin Mag Ines Anger-Koch: Sie sind amüsant!)* Zweitens wird Sie das Kalendarium wahrscheinlich auch dazu mahnen, in Zukunft Ihre schriftlichen Anfragen pünktlich zu beantworten! *(Beifall bei der FPÖ. - GR Ing Udo Guggenbichler übergibt einen Ziesel-Kalender an Amtsf StRin Mag Ulli Sima. - GR Ernst Nevrivy: Lei-Lei!)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Herr Kollege Guggenbichler, wenn ich richtig zugehört habe, hätten Sie gemeint, die Frau Stadträtin wäre in einem Verfahren, das die Umweltberater betrifft, verurteilt worden. Ich darf Sie bitten, mir bis morgen die entsprechenden Beweise vorzulegen, dass die Frau Stadträtin persönlich verurteilt wurde. Wenn das nicht der Fall ist, erteile ich Ihnen morgen einen Ordnungsruf. *(GR Mag Dr Alfred Wansch: Entschuldigung, wo steht das in der Geschäftsordnung?)*

Als Nächster zum Wort gemeldet ist der Herr GR Mag Czernohorszky. Ich erteile ihm das Wort. 15 Minuten.

GR Mag Jürgen **Czernohorszky** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte es kurz machen. Das ist das Gebot der späten Stunde. Um es kurz zu machen, muss man aber vorher etwas Allgemeines, etwas ausgesprochen Zentrales zum Thema Umwelt und Stadtpolitik sagen. Zumindest möchte ich das.

Umweltpolitische Diskussionen entgleiten oft zu exemplarischen. Ich finde, es gibt kaum ein zentraleres Spannungsfeld für Politik als Stadt und Umwelt. Nahezu alle wichtigen Fragen für eine nachhaltige Entwicklung unserer Erde kristallisieren sich in Städten. Was ist nachhaltige Entwicklung? Das braucht man Umweltpolitikerinnen und Umweltpolitikern nicht oft zu sagen. Das sind nicht nur Umwelt und Natur. Es ist selbstverständlich

ganz zentral nachhaltige Entwicklung von Umwelt und Natur. Es ist auch nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung, denn eine Gesellschaft, die auseinanderbricht in Arm und Reich, ist eine Gesellschaft, wo manche mitspielen können und manche nicht. Und es ist auch nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, denn ein Standort, der nur auf Profit ausgerichtet ist, der nicht auf regionale Wertschöpfung Wert legt, trocknet aus.

Deshalb ist Umweltpolitik von uns auch breit gefasst. Deswegen gibt es Maßnahmen wie den Ökoplan, Maßnahmen wie ... - Was habe ich als Erstes gesagt? Nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung. Maßnahmen, die immer die gesamten Gesellschaften im Blick haben. Selbstverständlich hat unsere Politik für Umwelt und Natur die ganze Stadt und alle drei Säulen von Nachhaltigkeit im Blick. Und das - jetzt komme ich zum Punkt - funktioniert weltweit nur, wenn Städte funktionieren.

50 Prozent der Weltbevölkerung wohnen in Städten. Es kann in Städten funktionieren, weil in Städten gibt es Konzentration von Know-how, in Städten gibt es verdichteten Wohnbau und damit die Möglichkeit für eine nachhaltige Organisation von Wohnbau, von öffentlichem Verkehr, regionaler Energieversorgung, und so weiter, und so fort. Wenn Städte nicht funktionieren, dann funktioniert nachhaltige Entwicklung nicht.

Wien ist eine Stadt, die funktioniert wie kaum eine andere. Wien ist eine Stadt, wo regionale Infrastruktur, regionale wirtschaftliche Stärke, ein innovativer und starker Arbeitsmarkt, also alle Ebenen von Nachhaltigkeit, und vor allen Dingen eine großartige Umweltqualität auszeichnend für die Stadt sind. Das sehen alle Wienerinnen und Wiener spätestens dann, wenn sie einmal ins Ausland fahren. Das machen Sie selten! Haben Sie nicht so viel Angst vor dem Ausland! Die Leute reden dort ein bisschen anders, aber es zahlt sich aus! Wenn man einmal wegfährt und zurückkommt, dann sieht man, wie sehr funktionierend die Stadt ist! Eine funktionierende Stadt braucht engagierte Umweltpolitik, denn nicht von ungefähr funktioniert Wien, nicht von ungefähr hat Wien mehr als die Hälfte Grünraum, nicht von ungefähr hat Wien diese Wasserversorgung, nicht von ungefähr arbeitet Wien an der Biodiversität, nicht von ungefähr fördern wir nachhaltige Unternehmen, nicht von ungefähr gibt es diese kluge, ganzheitliche Sichtweise. Das ist nämlich nichts anderes als sozialdemokratische Wirtschaftspolitik und sozialdemokratische Gesellschaftspolitik und ganz zentral sozialdemokratische Umweltpolitik!

Jetzt möchte ich auf ein paar Details eingehen, was Grundlagen, was Voraussetzungen, was schwierige Herausforderungen für unsere Umweltpolitik im nächsten Jahr, im nächsten Jahrzehnt, im nächsten Jahrhundert sind:

Erstens, Wien ist eine wachsende Stadt. Das betrifft alle Geschäftsgruppen. Es betrifft ganz besonders die Geschäftsgruppe Umwelt, wenn wir an der laufenden Weiterentwicklung der Grundversorgung arbeiten, wenn wir das Rohrnetz ausbauen, wenn wir neue Parks bauen, zum Beispiel jetzt am Hauptbahnhof den Helmut-Zilk-

Park, wenn wir das Kanalnetz weiter ausbauen.

Wien ist vom Klimawandel betroffen. Politik heute kann nicht heißen, Augen zu verschließen und zu sagen, Klimawandel wollen wir nicht. Erstens heißt das auf der einen Seite Maßnahmen gegen die Erderwärmung, Maßnahmen gegen den CO₂-Ausstoß und auf der anderen Seite aber auch Reaktion auf den Klimawandel. Das betrifft Maßnahmen wie Regenwasser, Sicker-Facilities zu schaffen, das betrifft Maßnahmen wie den Hochwasserschutz.

Hochwasserschutz ist übrigens ein super Beispiel für Weisheit und langfristige Planung in diesem Haus seit 1969. 1969 wurde nämlich der Plan für den Hochwasserschutz in Wien unter Protest der ÖVP gefasst. Diese ist damals aus dem Rathaus ausgezogen. Seit 1969 wurden 500 Millionen EUR in den Hochwasserschutz investiert. 500 Millionen EUR, die diese Stadt im Unterschied zu vielen anderen Dörfern und Städten - wir alle haben die Bilder im Kopf - bei Hochwasserereignissen der letzten Zeit nicht Land unter gesetzt haben und diese Stadt für ein 10 000-jähriges Projekt Hochwasser sichern. Diese Maßnahmen gehen weiter, gerade jetzt im Zusammenhang mit einer 15a-Vereinbarung in der Höhe von 255 Millionen EUR Gesamtprojektkosten.

Aber nicht nur Stadterweiterung, nicht nur Klimawandel, nicht nur Reaktion auf Klimawandel zeigen, wie breit unser Ressort ist. Ein gutes Beispiel hat Rüdiger Maresch schon gebracht. Ich möchte nur ein bisschen weiter noch darauf eingehen, weil es hat uns als Geschäftsgruppe, als Ausschuss beschäftigt. Wir waren alle selber schauen. Es beschäftigt die Stadt, glaube ich, im Positiven in den nächsten Jahren. Das TierQuarTier ist ein absolutes Prestigeprojekt. Es ist nach dem Tierschutzgesetz Aufgabe des Landes Wien, ausgelassene, zurückgelassene, beschlagnahmte Tiere zu versorgen. Seit 2010 befassen wir uns mit dem Masterplan Tierversorgung. Wie kann man das gut machen? Wie kann man das nach dem Stand der Technik, modern, zeitgemäß und vor allen Dingen auch in einer Art und Weise, die den Tieren gerecht wird, machen? Da gab es eine Vielzahl von Gesprächen, Beschäftigung mit internationalen Experten. Den britischen Experten Alex Darvill hat man hier als Projekexperten eingebracht. Wir selbst haben als Ausschuss unterschiedliche Orte angeschaut. Jetzt können wir stolz verkünden, auf 9 700 m² wird ein Tierquartier geschaffen, das völlig neue Standards setzt, Platz für mehr als 300 Katzen und mehr als 150 Hunde schafft, den Kriterien nach Hygiene, Modernität, auch Energie, Nachhaltigkeit und energetischer Versorgung gerecht wird und auch der Bevölkerung die Möglichkeit bietet, mit Tieren in Kontakt zu treten, einen aktiven Bezug zu Tieren durch Patenschaften, durch den Besuch von Tieren vor Ort zu bekommen. Das ist zentral, weil gerade auch im Zuge der Weihnachtsaktion gegen das Schenken von Welpen, gegen das Kaufen von Tieren irgendwo aus den Kofferräumen heraus, aus Mitleid oder was auch immer, möchte die Umweltpolitik dieser Stadt zeigen, mit Tieren kann man anders umgehen, als sie als bloßes Geschenkobjekt

für Kinder, das dann nachher wieder vergessen wird, zu betrachten.

Jetzt zu einigen Punkten, die Sie gebracht haben, Anträgen der Opposition:

Mülltrennung in den Schulen und Kindergärten: Sie haben recht, selbstverständlich betrifft Mülltrennung den Ausschuss, selbstverständlich betrifft Mülltrennung die Geschäftsgruppe Umwelt. Der Antrag allerdings, der sagt, Mülltrennung in Kindergärten und Schulen soll auf Grund des Kontrollamtsberichtes forciert werden, verbessert werden, betrifft halt schlicht und einfach die MA 10 und die MA 56 und das ist nicht die Geschäftsgruppe Umwelt. Daher bitte um Verständnis, es ist halt wirklich so, dass wir nicht zuständig sind für den Antrag.

Die Geschäftsgruppe Umwelt ist selbstverständlich zuständig für Mülltrennung, für Müllvermeidung und setzt, wie kaum eine andere Stadt, Maßnahmen im Bereich von Umweltbildung, Müllvermeidung. Ein Beispiel habe ich mitgebracht. Es ist ein Beispiel von vielen. Die Hälfte des EULE-Programms ist voll mit Müllvermeidungsprojekten. Es gibt ein Bilderbuch zum Thema Müllvermeidung für Kindergärten und Schulen. Das, was ich mitgebracht habe, ist besonders beeindruckend, weil es ist ein großes Spiel. *(Der Redner zeigt das von ihm angesprochene Spiel her.)* Darin sind zum Beispiel Mülltonnen. *(Der Redner stellt zwei kleine Müllcontainer, einen für Biomüll und einen für Altpapier, vor ihm auf das Rednerpult.)* Wenn man jetzt zum Beispiel vielleicht ein bisschen beleidigt ist, aber einsieht, der Antrag wird nicht angenommen, weil er wäre für eine andere Geschäftsgruppe gewesen, kann man ihn zum Beispiel hier ablegen. *(Der Redner öffnet den kleinen Altpapiercontainer.)*

In diesem Zusammenhang möchte ich sagen, die MA 48 hat heuer den ISWA Congress ausgerichtet, den Kongress der International Solid Waste Association, also letztendlich einem Zusammenschluss internationaler Expertinnen und Experten zum Thema Müll, Müllmanagement. Nicht umsonst war das jemals der allergrößte ISWA Congress, der in dieser Stadt ausgerichtet worden ist. Nicht umsonst war er von großem Erfolg. Nicht umsonst deshalb, weil die MA 48 weltweit Vorbild für Innovation zum Thema Mülltrennung, Müllverarbeitung und Müllvermeidung ist. Beim besten Willen, die Kritik stecken wir gerne ein, allein, sie führt ins Leere! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das Gleiche betrifft den Ziesel-Antrag. Ich lasse das gleich offen. *(Der Redner verweist auf den kleinen Altpapiercontainer.)* Nicht, weil es kein wichtiges Thema ist, sondern weil alles, was in dem Antrag steht, gemacht wird. Also nicht böse sein, aber kann man auch nachher dann hier ablegen. *(Der Redner verweist neuerlich auf den kleinen Altpapiercontainer.)* Es ist in guten Händen in der Umweltpolitik der Stadt.

Förderansuchen in die Anträge aufzunehmen: Ein kleiner Blick in die Geschäftsordnung zeigt, den Antrag stellt zum Beispiel die MA 22. Den Antrag stellt die Magistratsabteilung. Der Antrag liegt uns natürlich vor. Wir dürfen ihn auch abstimmen und den Motivenbericht dazu lesen.

Anträge digital auszuschicken: Jetzt mache ich das gleich einmal zu. *(Der Redner schließt den kleinen Altpapiercontainer.)* Selbstverständlich stimmen wir der Zuweisung zu und reden dann auch darüber. Dieser kann also außerhalb der Tonne liegen bleiben.

Einen eigenen Antrag habe ich auch noch, um zum Schluss zu kommen. Wir, nämlich alle Parteien, haben uns auf einen Beschluss- und Resolutionsantrag betreffend die Änderung der Wegehalterhaftung im ABGB geeinigt. Für alle, die damit noch nicht viel zu tun gehabt haben, es geht im Wesentlichen darum, man möchte ein Nationalparkerlebnis zum Beispiel so machen, dass man nicht 10 m neben dem Weg alle Bäume wegschneiden muss, weil man sonst Angst haben muss, bei allfälligen Unfällen zu haften. Einen diesbezüglichen Antrag bringen alle Parteien mit dem Appell, das zu berücksichtigen, an den Bundesgesetzgeber ein.

Ein letztes Thema, die Gebühren: Ich meine, relativ herzig ist die Rechnung Einnahmen minus Ausgaben ist Gewinn schon. Es ist richtig, wenn man sagt, man betrachtet das Thema Gebühren auf Volksschuleebene. *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Das ist kameralistisch!)* Wenn das ein Betrieb macht, ist er in drei Jahren pleite! Letztendlich ist auch das, was wir machen, nichts anderes als der Umgang mit Gebühren im Sinne der Gebührenzahlerrinnen und Gebührenzahler. Wir müssen nämlich eine Vollkostenrechnung machen. Soll heißen, es geht nicht nur um die Einnahmen und die Ausgaben, es geht um Investitionen, es geht um Abschreibungen.

Apropos Investitionen, diese Liste - ich habe noch 3 Minuten 45 Sekunden - würde 3 Minuten 45 Sekunden sprengen, aber es ist nicht nichts, was investiert wurde. Zum Beispiel die Kläranlagenerweiterung mit 225 Millionen EUR, der Wientalsammler mit 82 Millionen EUR, der Liesingbachsammler mit 30 Millionen EUR, die Sanierung der Aquädukte Speising, Mödling, Mauer mit 15 Millionen EUR, der Neubau Wasserbehälter Wienerwald mit 10 Millionen EUR oder die Pfaffenau mit 220 Millionen EUR, das Abfalllogistikzentrum Simmering mit 45 Millionen EUR und natürlich auch künftige Investitionen. Mit dem Geld wird nicht in die Tasche gewirtschaftet, sondern es wird weiter in unsere Daseinsvorsorge investiert. Das ist die Klammer, Stadt Wien muss funktionieren, sonst funktioniert die Umwelt nicht. Die Rohrnetzoffensive der Stadt Wien, die Sie als klein oder lächerlich beschrieben haben, kostet jährlich 50 Millionen EUR. Aquädukt Baden, Anschluss Donauinselbrunnen, Wientalrohrschrank, Behälter Kahlenberg, das sind alles mehrstellige Millionenbeträge. Oder Energieoptimierung Schlamm, Rüdiger Maresch hat es erwähnt, 200 Millionen EUR und, und, und.

Wenn Sie permanent gegen jede Art und Weise, wie eine Stadt Mittel für das erhebt, was sie an Daseinsvorsorge, an Grundversicherung für die Menschen leistet, polemisieren, dann reden Sie letztendlich einer Stadt das Wort, die nicht mehr funktioniert. Wien ist aber eine funktionierende Stadt. Wien soll eine funktionierende Stadt sein, eine funktionierende Stadt bleiben, im Sinne dessen, was ich vorhin gesagt habe, nämlich nachhaltiger Politik,

die sich in Städten kristallisiert. Das werden wir weiterhin tun, mit Gebühren, die im internationalen Vergleich und gegenüber allen möglichen Gemeinden in Österreich im absolut unteren Feld liegen, und mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, auf die wir stolz sein können!

Damit möchte ich auch schließen. Ein großes Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Magistratsabteilungen, an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kabinetts und selbstverständlich an unsere Umweltstadträtin Ulli Sima! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Jung zur Geschäftsordnung. - Bitte schön.

GR Mag Wolfgang **Jung** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Der Herr Vorsitzende hat vorhin meinen Kollegen aufgefordert, bis morgen in der Früh einen bestimmten Sachverhalt zu klären.

Ich stelle dazu fest, nach der Geschäftsordnung leitet der Vorsitzende die Verhandlung, er sorgt für die Aufrechterhaltung der Ordnung und er kann natürlich bis morgen in der Früh nach Studium des Protokolls einen Ordnungsruf erteilen, einen Ordnungsruf aber nur auf Grund irgendeiner Beleidigung oder Ähnlichem. Alles andere wäre entweder Sache der Frau Stadträtin oder von jemandem, der eine tatsächliche Berichtigung machen würde. Aber eine Störung der Verhandlung ist hier nicht gegeben. *(Amtsf StRin Mag Ulli Sima: Das war üble Nachrede!)* - Das kann es sein. Das können Sie feststellen. Sie können auch eine sachliche Richtigstellung oder eine Klage oder sonst etwas verlangen. Aber dem Vorsitzenden steht es hier nicht zu, derartige Maßnahmen zu setzen.

Es ist allerdings erfreulich, dass er jetzt auf einmal aufpassen kann und plötzlich mitkriegt, was in der Versammlung geredet wird. *(Beifall bei der FPÖ. - Amtsf StRin Mag Ulli Sima: Das ist eine Beleidigung des Vorsitzenden aus Angst vor Ordnungsrufen!)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Herr Mag Jung, dass ich hier aufpasse, nehme ich einmal als Kompliment. *(GR Armin Blind: Es war auch so gedacht!)* Danke schön. *(GR Mag Wolfgang Jung: Ich freue mich, dass Sie es jetzt können!)*

Aber, wie gesagt, ich habe Herrn Ing Guggenbichler bis morgen Gelegenheit gegeben, seine ... *(GR Mag Wolfgang Jung: Ich habe gesagt, das steht Ihnen nicht zu! Das ist nicht Ihre Kompetenz! Darum geht es!)* - Die Auslegung, was meine Kompetenz ist, können Sie schon mir erlauben! *(GR Mag Wolfgang Jung: Das steht nicht in der Geschäftsordnung des Gemeinderates!)* Ich habe ihm bis morgen in der Früh Gelegenheit gegeben, das richtigzustellen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Jetzt sind Sie wirklich bald nicht mehr ernst zu nehmen!)* Ich habe dem Herrn Ing Guggenbichler die Gelegenheit gegeben, das bis morgen richtigzustellen. Wenn er ein Mann des Wortes ist, kann er sich zum Beispiel auch bei der Frau Stadträtin entschuldigen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das ist etwas anderes!)*

Ich habe jetzt eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung vom Herrn Kollegen Valentin. - Bitte.

GR Erich **Valentin** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als einer der Damen und Herren des Hohen Hauses, der heute die Debatte mitverfolgt hat und nachdem der Herr Brigadier, der Herr Abgeordnete durchaus auf die Geschäftsordnung hingewiesen hat, vertrete ich die Meinung, dass in der Rede des Herrn Guggenbichler Anschuldigungen gegen die Frau Umweltstadträtin erhoben worden sind, die ehrabschneidend sind. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das kann sein!)*

Ich fordere deshalb vom Herrn Vorsitzenden den Ordnungsruf für GR Guggenbichler. *(GR Mag Wolfgang Jung: Weil Sie der Meinung sind?)* - Ich ersuche um Prüfung. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Herr GR Ing Guggenbichler hat sich zu einer tatsächlichen Berichtigung zum Wort gemeldet. - Bitte schön.

GR Ing Udo **Guggenbichler** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ob das jetzt das richtige Instrument ist, weiß ich nicht ganz genau, aber ich stehe nicht an, zu sagen, Abfallberater siegen vor Gericht, der Magistrat ist verurteilt worden. Ich kenne das Protokoll und meinen Wortlaut jetzt nicht. Aber natürlich habe ich gemeint, dass der Magistrat verurteilt wurde. *(Amtsf StRin Mag Ulli Sima: Sie haben gesagt, dass ich verurteilt wurde!)* Vielleicht habe ich das in der Hitze des Gefechtes anders formuliert. Gemeint war der Magistrat und ich stehe nicht an, das hier in dieser Art und Weise zu berichtigen. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Entschuldigen Sie sich!)*

Da brauchen wir nicht kindisch zu sein und irgendwelche Beweise zu führen. Wir wissen alle, worum es geht. Frau Stadträtin, ich sage Ihnen, Sie haben für diesen Magistrat, der verurteilt wurde, die politische Verantwortung! *(Beifall bei der FPÖ. - GR Mag Rüdiger Maresch: Es gibt das Wort Entschuldigung, Herr Kollege! Man könnte sich einfach entschuldigen!)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Ich nehme die Entschuldigung von Herrn Ing Guggenbichler zur Kenntnis. *(GR Mag Wolfgang Jung: Die Frau Stadträtin muss sie zur Kenntnis nehmen, nicht Sie!)* - Ich nehme an, die Frau Stadträtin auch.

Damit kommen wir zur nächsten Wortmeldung. Ich darf Herrn GR Walter um seinen Beitrag bitten. Selbstgewählte Redezeit 10 Minuten.

GR Norbert **Walter**, MAS *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

In der Tat, wenn über die Umweltpolitik und Naturschutzpolitik der Stadt Wien auch so intensiv und emotional diskutiert werden würde, wäre es wahrscheinlich hilfreicher als über Geschäftsordnungstätigkeiten. Ich sage jetzt einmal, auch in einer Debatte muss man nicht immer so kleinlich sein. *(GR Kurt Wagner: Auch nicht etwas unterstellen, wenn es nicht wahr ist!)*

Aber nun zur gegenständlichen Geschäftsordnungsgruppe: Der Kollege Czernohorszky hat einen Allparteiantrag zur Wegehalterhaltung eingebracht. Ich stehe nicht an, dass wir da natürlich mitgegangen sind, wenngleich ich dazusagen muss, dass es nicht nur sein kann, dass es in Schutzgebieten diese Ausnahme geben soll, sondern es soll dann natürlich auch für solche Wege gelten, die touristisch genutzt werden, die für Mountainbiker oder sonstige touristische Zwecke verwendet werden. Da wäre ich sehr dafür, dass man das dann auch auf diese ausdehnt.

Natürlich ist die MA 48 vorbildlich. Der Kollege Thon steht eh hinten. Mit ihm kann man reden, wenn es ein Problem gibt. Mit ihm kann man etwas machen. Aber eines ist auch klar, ganz billig ist die MA 48 auch nicht.

Natürlich haben die Kollegin Holdhaus und der Kollege Guggenbichler nicht ganz unrecht, wenn wir nur Kampagnen machen. Es war zumindest in früheren Zeiten immer davon die Rede, dass die Umwelt eine magistratsübergreifende, fächerübergreifende Ressortgruppe ist, dann finde ich auch das kleinlich, wenn man sagt, der Antrag gehört da oder dort hin, auch wenn es formal richtig ist. Wenn man darüber nachdenkt, dass unsere Jüngsten sich damit beschäftigen sollen, wie Mülltrennung funktioniert, dann ist es wahrscheinlich auch zu wenig, wenn man nur Spiele macht, sondern dann kann man das auch an ganz konkreten Beispielen in den Schulen, in den Kindergärten oder sonst wo machen.

Wenn er davon gesprochen hat, und das muss ich auch in manchen Bereichen der Stadt Wien tatsächlich sagen, denn auch wir wollen eine regionale nachhaltige Entwicklung, auch gesellschaftspolitisch und auch in der Umwelt- und Naturschutzpolitik, dann geht es aber auch darum, dass die Stadt Wien durchaus als Vorbildwirkung in den Spitälern, in den Kindergärten, in sonstigen öffentlichen Einrichtungen Produkte der regional arbeitenden GärtnerInnen, Bauern anbieten und anpreisen kann.

Das nenne ich dann regionale Nachhaltigkeit, und da brauchen wir nicht heraußen nur zu reden, sondern das kann man tun. Denn ihr habt nämlich die Mehrheit genauso mit den GRÜNEN.

Jetzt komme ich dann zum Kollegen Maresch mit seinen Fußabdrücken, aber davor muss ich noch kurz zum Kollegen Guggenbichler, zum Ziesel-Udo kommen. Lieber Udo! Bei aller Freundschaft zu den Zieseln - und ich bin auch dafür, dass gefährdete europäische Tierarten zu schützen sind. Hat die Zigarette eh geschmeckt? Ich muss ja das sagen. Aber ich bin trotzdem nicht dafür, und es geht im gegenständlichen Punkt nicht darum, die Ziesel zu schützen - das weißt du ganz genau, und ich lade dich auch gerne auf den Bisamberg ein, in meinen Weingarten, da kann ich dir tagtäglich zig Ziesel zeigen -, sondern es geht auch dort um ein Wohnbauprojekt.

Und zwar bin ich - das sage ich hier ganz offen - im Zweifel für die Menschen und nicht im Zweifel für die Tiere. Das sage ich dir auch ganz offen, und ich denke, die Ziesel werden selber so schlau sein, dass sie dieses Angebot annehmen und verschwinden. Denn ich bin mir

ziemlich sicher, sie werden dort nicht ewig sein. (*Heiterkeit bei den GRÜNEN.*) Jetzt muss man halt ein bisschen was tun.

Aber jetzt zum Kollegen Maresch: Er stellt sich da lässig heraus, sitzt in einer Wiener Landesregierung und spricht von Fußabdrücken des Bundesministers, wo er ganz genau weiß (*GR Prof Harry Kopietz: Er hat keinen!*), dass er erstens keinen hat, ich weiß. Er hätte ja gerne einen, aber er wird keinen kriegen, weil das nicht funktionieren wird.

Das Kyoto-Ziel, wo wir Strafen bezahlen, darüber kann man diskutieren. Da sage ich dir ganz ehrlich, ich würde keine Strafe bezahlen, weil das der größte Schwachsinn ist, den es gibt. Das sage ich dir auch ganz ehrlich. Einige Staaten sind ja deshalb schon aus dem Programm ausgestiegen. Davon halte ich überhaupt nichts, irgendwohin das Geld zu zahlen. Damit hast du nämlich genau null erreicht. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Nichts machen?*)

Die Ökobox, sage ich dir nur, Herr Kollege, wird nicht verbrannt. Du solltest vielleicht ein bisschen genauer recherchieren. Die Ökobox wird zum Beispiel von Mayr-Melnhof zurückgenommen und dann wieder zu Kartonagen verarbeitet. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Aber in Niederösterreich! In Niederösterreich, aber nicht in Wien!*) Ja, wir sind aber in Wien, Herr Kollege! (*GR Mag Rüdiger Maresch: Da kann ich dir den Vertrag zeigen!*)

Ich sage dir, wenn wir in Wien sind, diese Vergleiche hinken in der Regel ein bisschen, wie du weißt. Denn Niederösterreich ist ein Flächenbundesland, und Wien ist eine Großstadt, eine der wenigen Millionenstädte in Europa, wie du weißt. Ich denke, diese Vergleiche hinken doch immer wieder ein bisschen. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Die Kollegin Holdhaus hat aber gehinkt!*) Nein, sie hat nicht gehinkt, sie hat das nämlich ein wenig präziser dargestellt. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Nein!*) Insofern hast du nämlich gehinkt, das sage ich dir ganz ehrlich.

Jetzt sage ich dir auch noch, was mit dem Sack und dem Kunststoff ist. Ich finde, dass Wien da durchaus besser ist. Ich war auch auf diversen Kongressen schon mit, und Wien ist in dem Bereich sicher gut, aber teuer, sage ich immer. Ich sage dir aber trotzdem eines, und was du auch tun kannst. Wenn du dir diverse Mistplätze anschaust, wie es da oft aussieht: Da könntest du was tun! Denn die Leute haben oft gar keine Möglichkeit mehr, etwas hineinzuworfen, weil entweder die Leerung zu wenig oft erfolgt oder die Dinge so überfüllt sind, dass die Gefäße zu wenig sind. Da kannst du was tun! Und nicht dasitzen und mit dem Finger immer auf andere zeigen. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Aber in Niederösterreich sind die Plastiksackerl ...*)

Nein, denn mea culpa ist in den eigenen Reihen. Entschuldige, Kollege, du hockst in der Landesregierung, du bist Mitglied, du kannst was tun. Ich gehe auch davon aus, dass ihr nicht nur als Steigbügelhalter und als Türaufhalter in die Regierung gegangen seid, sondern dass du auch was tun willst. (*Beifall bei ÖVP und FPÖ. - GR Mag Rüdiger Maresch: Wir müssen das korrigieren,*

was dein Minister nicht zusammenbringt!) Nein, das ist leider Gottes nicht wahr, und das weißt du. Aber ich sage dir dann ohnehin noch etwas anderes dazu. (GR Mag Rüdiger Maresch: Das weiß ich nicht! Du weißt ...)

Dass du die Zweckschüsse ablehnst, das verstehe ich sogar. Damit kann man ja ein bisschen mehr machen. Nur, eine Gebühr ist eine Gebühr! Und wenn man sagt - und ich verstehe schon die ganzen Investitionen, da bin ich auch dafür. Da bin ich überhaupt nicht dagegen, die müssen gemacht werden. Es gibt in der Tat sehr gute Projekte. Aber dass das Projekt der EBS ein rot-grünes Projekt ist - mit Verlaub gesagt: Das ist, wenn, ein rotes Projekt, weil das schon länger in Planung gewesen ist. Ihr habt halt das Glück gehabt, dass sie es jetzt umsetzen. Also: tausend Rosen! (GR Mag Rüdiger Maresch: Das steht im Koalitionsübereinkommen drin!)

Zum TierQuarTier: Da bin ich auch dafür, du brauchst dir keine Sorge zu machen. Aber jetzt sage ich dir noch was anderes. Die putzige Wurzelkläranlage am Magdalenen-Hof - was, hast du gesagt, kostet sie? Hast du dir schon einmal ausgerechnet, was eine Sickergrubenräumung bei der MA 48, nein, bei Wien Kanal kostet? Weißt du, was das dort kostet? Und weißt du in etwa, was in so einen Tankwagen hineingeht? Weißt du, wie oft du um dieses Geld fahren kannst? Du kannst mindestens einen Mann damit beschäftigen, wenn das da oben überhaupt geht, das weiß ich nicht genau.

Wenn du mir dann sagst, dass das wirtschaftlich und auch nachhaltig ist, dann bin ich mir nicht so sicher. Denn die Entsorgung der MA 48 von oben - weißt du, wo die Abladestelle ist? (GR Mag Rüdiger Maresch: Im Unterschied zu dir bin ich mir ganz sicher!) Weißt du, wo die Abladestelle in Floridsdorf ist? Wo die Wien Kanal entsorgt? Weißt du, wo die ist? Sag mir, wo sie ist! Du weißt es nämlich nicht. (GR Mag Rüdiger Maresch: Sag mir, wo ist das! - Heiterkeit bei den GRÜNEN.)

Die ist nämlich in Strebersdorf bei der Auffahrt auf die Autobahn! Das sind ungefähr von dort herunter mit einem vollen Tank, sage ich und bin großzügig, 10 km. (GR Kurt Wagner: Die Fragestunde haben wir heute aber nicht ...) Ich sage, 10 km, und den Aufwand erklärst du mir. Diese wirtschaftliche Rechnung möchte ich gerne sehen. Also das als großartiges Projekt hinzustellen, na hab' i d'Ehre! Also wenn wir so arbeiten würden ... (GR Mag Rüdiger Maresch: Ihr arbeitet noch besser!)

Genau, so ist es! Denn dann wären wir schon lang ... (GR Mag Rüdiger Maresch: Ihr habt ein Riesenfinanzloch zu verantworten!) Na komm, friedlich sein, friedlich sein! Denn du hast gerade wieder einen Schuldenstand in Wien mitgetragen. Also rede nicht, komm, sei friedlich! (Beifall bei der ÖVP.) Ich habe noch kein Loch gesehen, wir stehen ja noch. Aber nein, Spaß beiseite! Das gehört auch dazu, man muss ja hin und wieder auch ein bisschen die Dinge beim Namen nennen.

Aber ich möchte noch zwei Punkte ansprechen, die mir nämlich wichtig sind, auch wenn ich fast am Ende bin. Und zwar geht es auch um die ländliche ... (GR Heinz Hufnagl: Nimm den wichtigeren von den beiden!) Ja, und

zwar geht es um die ländliche Entwicklung. Viele von Ihnen wissen es vielleicht: Mit dem BFRG, Bundesfinanzrahmengesetz, geht es darum, dass die ländliche Entwicklung - und auch Wien ist daran beteiligt, o wahr! Denn es gibt da viele Projekte, zum Beispiel den Hochwasserschutz, den der Kollege Czernohorszky angesprochen hat.

Weil du gesagt hast, die ÖVP ist ausgezogen: Du weißt aber schon, dass das bundesquerfinanziert ist und über Europa, dass da zum Beispiel einiges drinnen ist. Die MA 22, und ich könnte noch sagen, dass zum Beispiel Umweltdachverband und, und, und aus diesem Titel Gelder kriegen. Ich ersuche die Frau Landesrätin ganz dringend. Und es gibt ja den Landeshauptmänner- und -frauenbeschluss, hätte ich fast gesagt, vom 25. Oktober 2012, worin der Herr Bundeskanzler ersucht wird, dass diese Kofinanzierungen der Länder vollinhaltlich mitgetragen werden. Denn ansonsten droht eine Kürzung um zirka 18 Prozent, und das betrifft in Summe dann natürlich auch Wien.

Von dem weg noch ein anderes Thema zum Schluss, und zwar geht es da um den Bioweinbau im Speziellen. Sie machen ja immer groß Werbung für Bio und Bioweinbau, Biolandbau und so weiter. Es gibt ungefähr seit ein paar Jahren einen Pflanzendünger, das sind die sogenannten Bisphosphonate. Das sind die Salze der Phosphorsäure. Die waren bisher im Bioweinbau erlaubt gegen den falschen Mehltau, die Peronospora. Seit kurzer Zeit ist dieses Mittel aber nicht mehr auf der Düngemittelliste, sondern ist jetzt bei den Pflanzenschutzmitteln drauf. Das heißt, das ist nicht mehr auf der EU-Bioverordnung für Pflanzenstärkungsmittel.

Warum sage ich das? - Wir haben ja seit geraumer Zeit und auch schon seit Längerem immer wieder die Diskussion, warum im Weinbau im Allgemeinen, aber im Speziellen auch im Biolandbau oder -Weinbau Kupfer gespritzt werden muss. Es gibt bis heute keine, ich sage jetzt einmal, wirksameren Methoden als das alte Kupfer, das man seit 140 Jahren oder noch länger spritzt. Oder eben als Alternative Alginate ohne Pilze, oder es gibt natürlich auch diese Pflanzenstärkungsmittel.

Theoretisch wäre es relativ einfach, wenn wir es gemeinsam zustande bringen - und da ersuche ich Sie dringend, auch Ihre Kompetenz und Ihr politisches Gewicht in die Waagschale zu werfen -, dass diese Pflanzenstärkungsmittel wieder auf die Liste der EU kommen. Denn dann könnte Wien national relativ kurz eine Verordnung zulassen. Ansonsten sind diese Mittel ab April nächsten Jahres nicht mehr erlaubt.

Ich denke mir, das ist auch ein Teil politischer Verantwortung. Sie sind ja auch Landesrätin für die Landwirtschaft. Wien hat selbst ein großes Weingut, hat selbst auch eine große Landwirtschaft, ist auch Nahversorgung. Und ich kenne eigentlich wenige hier in diesem Saal, die nicht hin und wieder ganz gern ein gutes Glaserl Wein trinken. In diesem Sinne ersuche ich dringend, diese Dinge voranzutreiben.

Ich hätte noch ein paar Punkte. Aber die werden wir

vielleicht am Donnerstag beim Landwirtschaftsbericht noch kurz diskutieren. Ich bedanke mich und hoffe, dass Sie diese Dinge mitunterstützen. - Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Herr GR Walter, Sie haben 14 Minuten gesprochen. - Nur fürs Protokoll.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Frau GRin Mag Holdhaus gemeldet. - Bitte.

GRin Mag Karin **Holdhaus** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Nur ganz kurz wegen der Formalität, sozusagen wegen dem formalen Anspruch des Antrags betreffend die Mülltrennung an Wiens Schulen. Dieser ist entsprechend so formuliert, dass sich dieser Antrag eben nicht explizit an Frau StRin Sima richtet, sondern an die zuständigen Stellen der Stadt Wien: Diese werden aufgefordert. Ich habe ihn auch so vorgelesen.

Das heißt, ich denke mir - aber vielleicht kann man das noch klären -, dass dieser Antrag dann halt dementsprechend an die richtige Stelle zuzuweisen ist und dementsprechend für mich jedenfalls formal richtig eingebracht ist. Wenn Sie sich außerstande fühlen, ihn richtig zuzuordnen, dann werden wir gerne am Mittwoch noch einmal einen extra an das Ressort Oxonitsch richten. - Danke sehr. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Unger. Die selbstgewählte Redezeit ist 10 Minuten. - Bitte.

GR Christian **Unger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadtrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Auch wer te Zuseher im Internet, so Sie hoffentlich noch bei uns sind! *(GR Heinz Hufnagl: Das glaube ich nicht!)*

Zu Beginn ganz kurz ein Wort zum Kollegen Walter, der gemeint hat: Zuerst der Mensch, dann die Tiere. - Ja, keine Frage, es sollte ein gedeihliches Zusammenleben zwischen Mensch und Tier sein. Aber ich habe deinen Redebeitrag auch so verstanden, dass du jetzt, wo die Weinlese eingefahren ist, ein bisschen mehr Zeit hast, deswegen an der Volkshochschule einen Kurs für Zieselschisch beantragen wirst und nachher mit den Zieseln reden wirst, damit sie freiwillig übersiedeln. Aber dafür kann ich dann garantieren: Du kommst im Ziesel-Kalender 2015 vor! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Am Beginn meiner Rede möchte ich mich wie jedes Jahr ganz besonders bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsgruppe Umwelt bedanken, sowohl für die Erstellung des Voranschlagsentwurfes, aber natürlich ganz besonders bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die jeden Tag, bei jeder Witterung, natürlich auch im Geschäftsjahr 2013 in unseren Wäldern und auf den Grünflächen, den Straßen et cetera unentwegt für die Wiener Bevölkerung arbeiten und mit dieser Arbeit auch garantieren, dass Wien sowohl für die Bewohner als auch für die Besucher dieser Stadt immer ein adrettes, schönes Bild abgibt. Ich ersuche Sie, Frau Stadtrat, diesen Dank den MitarbeiterInnen auch auszurichten.

Wie sicher schon bei meinen Vorrednern zu erkennen

war, richtet sich unsere Kritik am Budget ja nicht an die Mitarbeiter der Magistratsabteilungen, sondern an die politisch Verantwortlichen, die, wie wir meinen, das Steuergeld nicht so einsetzen, wie es eingesetzt gehört. Dazu ganz kurz - wir haben es heute schon öfters gehört - noch einmal ein Blick auf die Finanzen.

Der Schuldenstand in Wien wird am Ende des Jahres 2013 4,9 Milliarden EUR betragen. Im nächsten Jahr erfolgt gemäß Finanzplan eine Steigerung um 5 Prozent auf knapp 5,2 Milliarden. Das heißt, seit Amtsantritt der rot-grünen Stadtregierung, unter der zuständigen Finanzstadträtin Brauner, hat sich der Schuldenstand um über 1,8 Milliarden EUR erhöht, und das - auch das haben wir heute schon öfters gehört -, obwohl Sie die Gebühren mehr als ordentlich erhöht haben.

Ich darf nur ganz kurz noch in Erinnerung rufen - ja, das kann man nicht oft genug wiederholen -, wie Sie von Rot und Grün den Bürgern, unverschämt oder auch nicht, in die Taschen greifen. Gaspreis: 16 Prozent. Wasserpreis: 39 Prozent. Kanal- und Müllgebühren: je 10,7 Prozent. Da möchte ich schon noch einmal darauf hinweisen - Einnahmen-Ausgaben-Kindergartenrechnung, hat Kollege Czernohorszky gesagt -: Aus dieser Müllsteuer kommen im Jahr 2014 58,2 Millionen ins allgemeine Budget, aus der Wassersteuer sogar 89,7 Millionen. Das heißt, seit dem Amtsantritt dieser Regierung hat Rot-Grün zur Finanzierung des allgemeinen Budgets den Überschuss aus der Wassersteuer mehr als verdoppelt und den aus der Müllsteuer sogar mehr als verdreifacht!

Ich möchte auch noch einmal in Erinnerung rufen - Sie wissen es -, was der Rechnungshof dazu gesagt hat: illegale Steuer. Das wollen wir jetzt nicht lang wiederholen. Was ich wiederholen will, ist: Der Rechnungshof hat ebenfalls eine Empfehlung abgegeben, dass er für eine Aussetzung der Valorierungsbestimmungen ist. Aber davon wollen Sie leider - im Sinne der Bürger: leider - nichts wissen.

Man muss das schon sagen: Das sind ja nicht die einzigen Gebühren. Sie verstehen es wirklich ausgesprochen gut, in die Taschen der Wiener und Wienerinnen zu greifen. Sie haben die Preise für das Parkpickerl, für die Kurzparkscheine, für den Strom, ebenso die Tarife für die Fernwärme, die Wiener Linien, die städtischen Bäder, den Spitalskostenbeitrag, die Pflegegebühren, Ambulatoriumsbeiträge und, und, und kräftig in die Höhe getrieben. Wir haben es auch heute schon von etlichen Vorrednern gehört: 149 EUR an Belastung pro Monat für eine Familie.

Jetzt haben wir den ersten Teil der Finanzpolitik der Stadt Wien ein bisschen beleuchtet, nämlich den Teil der Erhöhungen. Es gibt auch einen zweiten Teil, und das ist der Teil der Kürzungen. Man möchte doch glauben, eine rot-grüne Koalition wird sich hauptsächlich um den öffentlichen Verkehr kümmern, Feinstaubbelastung et cetera. Nur, was haben Sie gemacht? - Auch heuer wieder die Mittel für den U-Bahn-Bau um 3 Millionen EUR gekürzt, insgesamt seit Amtsantritt dieser Regierung um 116 Millionen EUR.

Im Gegensatz dazu die Freiheitlichen. Wir fordern -

genau aus den Umweltgründen, aber auch, um den Verkehr ein klein wenig einzudämmen - eine Aufstockung der Mittel für den U-Bahn-Bau auf 400 Millionen EUR. Das wäre eine sinnvolle Maßnahme.

Im selben Zeitraum wurde auch die Wirtschaftsförderung gekürzt, und zwar um 43 Millionen EUR. Ganz besonders tragisch ist dies für Klein- und Mittelbetriebe, wo Sie um 4 Millionen EUR gekürzt haben. Eine Folgerung daraus ist, keine Frage, die Unternehmer-Insolvenzquote: Ein Drittel aller Unternehmerpleiten in Österreich findet in Wien statt.

Was wäre der richtige Weg? - Die Verdoppelung der Fördermittel für die KMUs! Wir Freiheitliche fordern das schon lange, Sie sind leider noch nie mitgegangen. Sie erwarten nämlich von der Wirtschaft, dass sie umweltrelevante Maßnahmen setzt, sind aber nicht bereit, dies in irgendeiner Art und Weise zu honorieren oder zu unterstützen.

Wir haben vor einiger Zeit hier in diesem Hohen Haus einen Antrag gestellt - meiner Meinung nach ein wirklich sinnvoller Vorschlag - betreffend Förderung für die Anschaffung der LKW Schadstoffklasse Euro 6 für Unternehmer. Gerade dieser Euro-6-Standard ist ein wichtiges Instrument zur Reduzierung von Feinstaub und Stickoxiden und führt naturgemäß zu einer Verbesserung der Luftqualität. Was haben Sie gemacht? - Sie haben diesen Antrag abgelehnt.

Sie investieren aber auch nicht in Arbeitslosigkeit. Das haben wir auch schon gehört. In Österreich beträgt die Arbeitslosenrate 8,4 Prozent, in Wien 12,6 Prozent. Wien ist Schlusslicht aller Bundesländer.

Was Sie immer noch sagen, diese gebetsmühlenartige Mercer-Studie - heute kam sie schon ein wenig seltener. Ich glaube, Sie haben auch die hinteren Seiten der Studie gelesen. Die EU-Kommission hat eine Studie über die Stadt Wien in Auftrag gegeben, nämlich in Sachen Lebensqualität. Da findet sich Wien nicht auf dem Platz 1 oder unter den Top 3, ja nicht einmal unter den Top 10, wo man in der Formel 1 noch Punkte kriegen würde. Nein, auf Platz 17! Wie Sie das verantworten können, ist eine andere Geschichte.

Sie machen sehr viel. Sie geben Hochglanzbroschüren heraus; Inserate, mehr oder weniger lustige, darüber kann man diskutieren; Slogans, ob sie wirkungsvoll sind oder nicht, darüber kann man auch diskutieren. Eine sinnvolle Aktion, das muss ich ehrlicherweise zugestehen, war vor wenigen Tagen der 4. Wiener Atomgipfel. Das ist keine schlechte Sache. Nur fehlt mir bei all diesen Forderungen, Frau Stadtrat, die Sie medial präsentiert haben, die für mich eigentlich wichtigste Forderung, nämlich die Forderung, dass Österreich aus dem Euratom-Vertrag aussteigen soll.

Warum? - Seit vielen, vielen Jahren zahlt Österreich eine Unsumme an Geld für den Euratom-Vertrag. Dieses Geld hätten wir bei Weitem besser nutzen können, wenn wir es in den Ausbau von erneuerbarer Energie gesteckt hätten. Und ich sage Ihnen, diese Rede, dass wir nicht austreten können - das habe ich Ihnen in irgendeiner

Rede schon einmal gesagt, da habe ich Herrn Prof Dr Geistlinger von der Uni Salzburg zitiert -: Man kann austreten, der politische Wille muss dafür vorhanden sein. Darum ersuche ich Sie wirklich, dass die Stadt Wien ein eindeutiges Zeichen setzt, sich bei der Bundesregierung dahin gehend einzusetzen, dass Österreich aus dem Euratom-Vertrag aussteigen wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Eine weitere Bitte hätte ich an die Frau Stadtrat. Man hört jetzt aus wirklich ernst zu nehmenden Quellen, dass der österreichische Energie-Masterplan, der ja seit langer Zeit herumschwirrt und von der kommenden Bundesregierung auch hätte umgesetzt werden sollen, bei den jetzigen Koalitionsverhandlungen dem Sparstift zum Opfer fallen sollte.

Ich erinnere: Die EU verlangt Maßnahmen zur Förderung von Energieeffizienz durch die Richtlinie 2012/27/EG: Erreichung der Energieeffizienzsteigerung um 20 Prozent bis 2020. Genau diese Effizienzsteigerung wird ohne einen nationalen Energieplan nicht funktionieren. Daher ersuche ich Sie, sich bei der Regierung dafür einzusetzen.

Das wären wirklich Beispiele für eine Politik, die die Wienerinnen und Wiener auch goutieren würden. Leider Gottes sind die Bemühungen der rot-grünen Stadtregierung einzig und allein im Schröpfen der Bevölkerung zu bemerken.

Da ich immer mit einem netten Slogan von Ihren Plakaten ende, mache ich das auch heute. Im Jahr 2015 kann es nur ein einziges Motto geben, getreu Ihrem Slogan „Helle Birnen entsorgen richtig!“, nämlich dass die Wienerinnen und Wiener die rot-grüne Stadtregierung entsorgen und für einen freiheitlichen Bürgermeister stimmen.

Eines ist klar: Diesem Voranschlag können wir nicht die Zustimmung erteilen. - Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort ist Herr GR Nevriy gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Ernst **Nevriy** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich liebe es ja, als letzter Redner dran zu sein. Ich denke, alle freuen sich darauf, wenn ich meine Redezeit voll ausschöpfe. *(Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Gleich vorweg einmal ein paar Bemerkungen zu meinen Vorrednerinnen und Vorrednern: Ich denke, dass es für die Opposition recht angenehm ist, wenn man einen Redebeitrag zusammenstellt und sich überhaupt nicht an irgendwelche Fakten halten muss. Da tut man sich leichter, nicht wahr, wenn man was sagt. Das ist eine Behauptung, das ist so, irgendwelche Pseudostudien und dergleichen, das ist doch hineingegangen. Was Kolleginnen und Kollegen von der Opposition in ihren Ausführungen teilweise von sich geben, fällt genau da hinein. Bei einem hab ich mir gedacht, ich bin am Villacher Fasching und mir fehlt das „Lei lei“ am Schluss.

Von der Opposition kommt ja nie besonders viel und schon gar nicht etwas Neues. *(Zwischenrufe bei FPÖ und*

ÖVP.) Es sind immer dieselben Vorwürfe in unserem Ressort: zu viel Werbung, zu viele Kampagnen, zu viele Aussendungen, zu viele Presstetermine, und so weiter, und so weiter.

Mir ist schon klar, dass es Sie stört, dass wir den Wienerinnen und Wienern immer wieder zeigen, wie lebenswert diese Stadt ist, wie gut diese Stadt ist! Dass wir immer wieder darauf hinweisen, wie mustergültig die Umweltpolitik in dieser Stadt ist. Diese Umweltpolitik hat nun einmal einen Namen, das ist nun einmal der Name der Frau Umweltstadträtin Ulli Sima. Sie steht für das Programm der Stadtregierung in der Stadt. Ob Ihnen das passt oder nicht, ist völlig egal! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ein bisschen größere Taferln, aber wenn wir vielleicht einen kleinen Vergleich machen können zwischen ÖVP-geführten Bezirkshauptstädten und Wien. Bei der Müllgebühr zum Beispiel die Kosten für die Entleerung eines 120-Liter-Behälters: teuer, hohe Belastungen ÖVP - günstig Wien. Das Gleiche geht auch bei der Kanalgebühr. Auch bei der Kanalgebühr vergleichen wir ÖVP-Bezirkshauptstädte mit Wien. Durchschnittliche Kosten eines Zwei-Personen-Haushaltes: auch hier teuer, teuer ÖVP - günstig Wien. So ist es, so wird es auch bleiben. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sie können sich ja leicht zurücklehnen und irgendwelche Behauptungen aufstellen. Wir hingegen tragen die Verantwortung in dieser Stadt. Wir müssen uns an die Tatsachen halten, und Tatsache ist, dass die Umwelt und der Umweltschutz für die Stadt Wien seit Langem ein zentrales Anliegen ist und wir auf allen Ebenen große Erfolge vorweisen können. Diese Erfolge resultieren aus harter Arbeit vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den verschiedenen Bereichen des Magistrats, speziell in unserer Geschäftsgruppe. Es liegt an uns und ihnen, diese hohe Qualität zu halten und weiter auszubauen. Aber das ist im Sinne der Umwelt und der Menschen für diese Stadt.

Lebensqualität ist sehr wohl auch im hohen Maß ein Qualitätsmerkmal der Umweltpolitik. Zahlreiche internationale Studien - nicht irgendeine, die Sie jetzt gehört haben - stellen uns da ein hervorragendes Zeugnis aus. Wien ist nun einmal eine Stadt mit höchster Lebensqualität. Und ob das der Opposition passt oder nicht: Wien hat die höchste Lebensqualität, und das wird auch weiter so sein!

Wien hat schon seit vielen Jahren die Weichen in die richtige Richtung gestellt, und das spiegelt sich auch in den Zahlen und Daten wider. Nur ein paar Beispiele.

MA 48 - Abfallwirtschaft: Hier investieren wir rund 381 Millionen, allein in die Müllbeseitigung 257 Millionen. Wir haben rund 432 Sammelbehälter, et cetera, et cetera. Für die Straßenreinigung: 120 Millionen. Allein beim Fuhrpark haben wir ab 2014 für die Sammelfahrzeuge nur noch Abgasnorm Euro 6, Sammelfahrzeuge.

Wiener Umweltschutz, Antiatom - Herr Kollege Guggenbichler, wenn mich nicht alles täuscht, habt ihr euch ja mit dem Kollegen Maresch gematcht, weil er beim

letzten Atomgipfel angeblich oder nicht war. Wenn mich nicht alles täuscht: Beim vorletzten war der Kollege Maresch, da waren Sie nicht dabei. Nur so als Beispiel. *(Zwischenrufe bei FPÖ und GRÜNEN.)*

Antiatom, erneuerbare Energien, Naturschutz: alles Themen, die die Wiener Umweltlandschaft bearbeitet, wie sie da ist.

Oder MA 49 - Forstamt/Landwirtschaftsbetriebe. Heute bereits erwähnt: Die MA 49 führt einen der größten Landwirtschaftsbetriebe Österreichs. Wir haben rund 51 ha stadteigene Weingärten und rund 2 500 ha Ackerflächen. Hier investieren wir rund 36,5 Millionen EUR.

In diesem Zusammenhang möchte ich danke sagen. Zum einen könnte ich jetzt noch viele, zahlreiche Zahlen nennen - da würden sich einige freuen? Nehme ich nicht an. Nichtsdestoweniger möchte ich danke sagen, und zwar den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der einzelnen Abteilungen, die Tag für Tag dafür sorgen, dass die Umweltpolitik in dieser Stadt funktioniert. Und vor allem Dank an unsere Umweltstadträtin, die auch dafür sorgt und maßgeblich daran beteiligt ist: Umweltpolitik ist in Wien nicht nur ein kleines Kästchen irgendwo im Magistrat! Nein, Umweltpolitik in einer Umweltmusterstadt bedeutet, dass in allen Geschäftsbereichen ökologische Erwägungen eine breite Basis finden.

In diesem Budget ist klar erkennbar, dass sich Umweltpolitik wie ein roter, oder besser: wie ein rot-grüner Faden durch die Arbeit des Magistrats zieht. Wir sind stolz darauf. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Danke, Ernst! - Heiterkeit bei den GRÜNEN.)* Einen großen Teil der Lebensqualität in einer Stadt macht eine ausreichende Grün- und Freiraumversorgung aus, und dafür sorgt die Stadt Wien. Das stellt die Stadt Wien sicher, und auch darauf können wir stolz sein.

Wir leben in einer Stadt, in der jeder zweite Quadratmeter Grünraum ist - ein Faktum, das Sie in Europa auch sehr lange suchen werden -, und der Grünbereich ist ständig auszubauen. So kauft die Stadt Wien alljährlich Grünbereiche dazu, das kostet auch etwas. Und wenn ich an den aktuellen Vorschlag von uns zum Wienerwald Nord-Ost denke: Hier haben wir ein gemeinsames Ziel, dass wir im Wiener Stadtentwicklungsplan Flächen für einen Wienerwald Nord-Ost vorsehen und auch dauerhaft sichern werden.

Ich könnte noch sehr lange und sehr viele Punkte aufzählen, was die Stadt Wien für die Umwelt leistet und an finanziellen Mitteln zur Verfügung stellt. Wir sind stolz darauf, den richtigen Weg zu gehen, und wir sind stolz darauf, dass die Wienerinnen und Wiener mit uns gemeinsam diesen Weg gehen.

Es hat gute Gründe, warum Mercer - ob es Ihnen passt oder nicht - und viele andere Studien uns in der Lebensqualität so weit vorne sehen. Es hat auch gute Gründe, und unter anderem ist es die Umweltpolitik dieser Stadt. Ich kann Ihnen versprechen: Wenn ein Bürger, wenn eine Bürgerin einen guten Partner, einen verlässlichen Partner in Ökologie sucht, wenn eine Bürgerin oder ein Bürger Gewähr dafür haben möchte, dass Ökologie

einen Stellenwert in dieser Stadt hat, dann ist er oder sind sie bei dieser Stadtregierung sehr gut aufgehoben. - Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Um keine verfrühte Euphorie aufkommen zu lassen: Kollege Nevriy, du warst nicht der Letzte. Herr GR Kasal ist noch zum Wort gemeldet. Die Restredezeit für die FPÖ ist gemäß Fraktionsvereinbarung 8 Minuten 30. - Bitte.

GR Mag Günter **Kasal** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Tut mir leid, Herr Vorredner, das nächste Mal wird's vielleicht was. - Ich habe mich sehr unwohl gefühlt im Landtag, weil die Frau Stadträtin bei meiner Kritik, die ja doch ihr Ressort betrifft, nicht anwesend war. Jetzt ergreife ich die Gelegenheit, dass sie auch einmal meine Kritik und die Fakten aus erster Hand erfährt. *(GR Ernst Woller: Das wäre aber nicht notwendig gewesen!)* Ach, mache ich gern! Denn Sie wollen es nicht verstehen.

Eines noch ganz kurz zum Herrn Maresch, der eigentlich die zündende Idee für meine Wortmeldung war: Er hat den Umweltminister Berlakovich kritisiert, der mich sicherlich nicht als Verteidiger braucht. Aber das Forstgesetz und das Naturschutzgesetz sind schon zwei unterschiedliche Materien. Das kann man nicht miteinander verknüpfen, und das sollte eigentlich ein grüner Mandatar auch wissen.

Ganz kurz jetzt zum Inhalt: Wie gesagt, im Frühsommer wurde das Afritsch-Heim abgerissen. In der Tiergartenmauer wurde das Wirtschaftstor geöffnet. Ein Kippplaster des Forstamtes der Stadt Wien transportierte über ein Wirtschaftstor das Material. Der entscheidende Punkt: Das Material beinhaltete Metallrohre, Plastik-/Gummischläuche, Stromschalter, Steckdosen, Spiegelsplitter, Abflussrohre, Kanalgitter, Boden- und Wandfliesen, Metalldrähte, et cetera, et cetera.

Diese Vorgänge wurden - und das ist einer der entscheidenden Punkte - am 21. Juni mittels Foto dokumentiert, dass das am 21. Juni erfolgte. Auf meine Kritik im Landtag hat dann der Kollege Valentin geantwortet: Es gibt ein Gutachten, das bestätigt, es handelt sich um eine Güteklasse A. Das hat übrigens auch der Herr Bürgermeister in der Anfragebeantwortung zitiert. Dieses Gutachten sagt aber auch aus, dass die Proben erst am 27. Juni entnommen wurden, und zwar an der Abbruchstätte in der Joseph-Lister-Gasse 92.

Der entscheidende Punkt ist: Wie kann man am 27. Juni in der Joseph-Lister-Gasse 92 Material untersuchen, auf das sich Herr Kollege Valentin und der Herr Bürgermeister dann berufen, wenn sie erklären, warum am 21. Juni das Material im Tiergarten bereits verteilt wurde? - Das ist einer der entscheidenden Punkte, und die hätte ich dann noch gerne irgendwann erklärt.

Wir haben auch die Anzeige, die ja urgiert wurde, bei der MA 22 eingebracht. Wir haben auch um Überprüfung ersucht, ob der verwendete Bauschutt im Sinne der beschriebenen Fundstücke tatsächlich dem untersuchten Material im Gutachten entspricht. Und was macht jetzt das Ressort Sima? - Das Forstamt schickt Mitarbeiter

zum Weg hin und lässt am Weg die Mitarbeiter des Forstamtes die größten und größten Restmüllgegenstände von der Oberfläche einsammeln. Das ist aber bitte nicht die Lösung, denn unter der Oberfläche ist ja dasselbe Material weiterhin!

Was kommt dann als nächster Lösungsvorschlag? - Als die größten und größten Gegenstände eingesammelt waren, sind dann neue LKW angereist und haben eine 10 cm hohe Schotterschicht aufgetragen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das hat was gekostet!)* Das heißt im wahrsten Sinne des Wortes: Der Umweltskandal wird seitens der Wiener Stadtregierung auch noch zugedeckt!

Mein Vorredner hat es richtig gesagt: Die Umweltstadträtin trägt in Wien in diesem Bereich die Verantwortung. Das ist eine Art und Weise, die wir nicht mittragen können, und das wird sicherlich noch weiterbehandelt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau Amtsf StRin Mag Sima. - Bitte.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte noch ein paar Bemerkungen zu den Vorrednerinnen und Vorrednern machen, bevor ich Sie dann in die nächtliche Pause entlassen kann.

Der Herr Gemeinderat, der hier zuletzt gesprochen hat, versuchte ja geradezu verzweifelt, einen Umweltskandal herbeizureden. Er hat mir auch schon zahllose schriftliche Anfragen gestellt. Er hat mündliche Anfragen gestellt. *(GR Mag Wolfgang Jung: Ja, aber geschehen ist nichts!)* Aber er will die Faktenlage einfach nicht zur Kenntnis nehmen.

Es ist ja auch so, dass Ihre Sachen und Vorwürfe und ungeheuerlichen Anschuldigungen, die Sie hier vorbringen, immer variieren. Sie haben einmal geschrieben, wir haben dort Altlasten illegal entsorgt. In der nächsten Anfrage war es Sondermüll. Heute reden Sie von Restmüll. Es ist jedes Mal etwas anderes. *(GR Mag Wolfgang Jung: Bauschutt! Sagen wir es auf Deutsch!)*

Bitte nehmen Sie zur Kenntnis: Das war ein zertifizierter Betrieb, der das überprüft hat, der fortlaufend Proben genommen hat, diese untersucht hat und uns eine Bestätigung ausgestellt hat, wie es nach einer bestimmten ÖNORM vorgeschrieben ist. *(GR Mag Wolfgang Jung: Aber wir haben Ihnen die Teile gezeigt!)* Ich weiß dank Ihrer zahllosen Anfragen mittlerweile schon mehr über die Herstellung von Forstwegen, als es, glaube ich, politisch nötig ist.

Aber ich kann Ihnen nur sagen: Es ist alles nach Recht und mit rechten Dingen zugegangen! *(GR Mag Wolfgang Jung: Warum schütten Sie es dann zu?)* Wir haben das nach den Buchstaben der ÖNORM, nach den Buchstaben des Gesetzes gemacht. Das Gesetz ist übrigens unter einer schwarz-blauen Regierung beschlossen worden, und das hat der Kollege Maresch gemeint - um das hier noch einmal festzuhalten. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Es kommt hier auch immer wieder die Mercer-Studie vor. Wissen Sie, was ich nicht ganz verstehen kann, ist:

Warum ist es der Opposition so ein wahnsinniges Anliegen, hier immer darzustellen, dass Wien eine Stadt mit schlechter Lebensqualität ist? Glauben Sie wirklich, dass irgendjemand Sie deswegen wählen wird, nur weil Sie Wien permanent schlechtreden? *(GR Mag Wolfgang Jung: Nein, die Wähler wählen uns deswegen ...)*

Die Leute, die hier sind, wissen, dass es in Wien eine gute Lebensqualität gibt, dass wir tolle Grünräume haben, tolles Wasser haben, eine tolle Infrastruktur haben. Jeder, der das bezweifelt, kann gern einmal in eine andere Stadt fahren und es sich dort anschauen. Mir ist nur nicht ganz klar, was Sie sich politisch davon erhoffen, permanent diese Stadt, in der wir alle leben und, glaube ich, sehr gut leben, so schlechtzureden. Ich glaube nicht, dass Ihnen das die Wählermassen herbeilockt wird. Aber bitte, das müssen Sie am Ende des Tages natürlich selbst entscheiden. *(GR Mag Wolfgang Jung: Aber das Schönreden nützt auch nichts, das Sie betreiben!)*

Herr Kollege! Wir tun nichts schönreden. Sie brauchen nur hinauszugehen und zu schauen ... *(GR Mag Wolfgang Jung: Nein, Sie schütten nur den Schotter darüber!)* Sie brauchen nur hinauszugehen und zu schauen, wie toll diese Stadt wirklich ist. Aber ich verstehe schon, dass Sie das schmerzt. *(Ruf bei der SPÖ: Das Leben ist schön!)* Die Wahrheit ist halt manchmal eine schmerzliche. Sie versuchen ja seit vielen, vielen Jahren, hier irgendwie den Fuß in die Regierung zu bekommen - Gott sei Dank erfolglos, und das wird auch noch lange so bleiben! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich möchte nur wirklich zu ein paar Punkten ganz kurz etwas sagen.

Auhof, unser neuer Mistplatz, den wir dort errichten werden, ist genannt worden. Es ist für mich ja überhaupt ein Rätsel, warum das - es ist ein unglaublicher Skandal: Man muss sich vorstellen, wir wollen doch tatsächlich das Angebot für die Bürgerinnen und Bürger im 14. Bezirk erweitern, indem wir dort einen neuen Super-Mistplatz errichten in einem Autobahnkleeblatt, und die ÖVP hat das jetzt als unglaublichen neuen Skandal entdeckt, dass wir das dort machen, weil das angeblich im Geheimen passiert.

Das ist für mich so unnachvollziehbar wie überhaupt sonst gar nichts mehr. Ich weiß nicht, Sie müssen schon wirklich verzweifelt sein, dass jetzt plötzlich ein neuer Mistplatz im Westen von Wien der Mega-Skandal ist!

Es ist keine Müllverbrennungsanlage, es ist keine Kläranlage, auch sonst keine Entsorgung, sondern die Leute kriegen ein tolles Serviceangebot, wo sie auf höchstem und neuestem Niveau ihre Abfälle künftig entsorgen können in einem Autobahnkleeblatt, wo es keine

Anrainer gibt. Ich meine, wo ist jetzt das Problem? Dafür wird ein anderer Mistplatz geschlossen, womit sehr viele Anrainer eine Freude haben werden - und Sie sind dagegen und orten den unglaublichen Geheimhaltungsskandal! Also ich weiß nicht, es wird hier schön langsam echt absolut absurd. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - Zwischenrufe bei der ÖVP. - GR Mag Wolfgang Jung: Für „absurd“ hat es schon einmal eine Ordnungsruf gegeben!)*

Nur noch zwei Punkte, dann werde ich mit meinem Dank an die MitarbeiterInnen gerne schließen.

Ich möchte nur der Vollständigkeit halber hier noch einmal festhalten, dass ich selbstverständlich in keinem Verfahren verurteilt worden bin, dass ich mich gegen jegliche üble Nachrede in diesem Zusammenhang wirklich auf das Schärfste, auf das Allerschärfste verwahren muss und dass ich es eigentlich bedauere, dass Sie hier unter dem Schutzmantel der Immunität zu solchen Untergriffen greifen und dann nicht einmal in der Lage sind, hier wirklich eine Entschuldigung vorzubringen. Denn das, was Sie hier gesagt haben, war wirklich nur ein lauwarmes - na ja, mehr will ich dazu nicht sagen, sonst bekomme ich noch einen Ordnungsruf. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Außerdem ist es mir auch ein Anliegen, festzuhalten, dass es in der ganzen Ziesel-Frage einen Brief der Europäischen Kommission gegeben hat und keinerlei Verfahren oder sonstige Dinge hier im Laufen sind. Ich verstehe schon, dass man sich das als Oppositionspartei wünscht. Aber ein Brief aus Brüssel ist glücklicherweise noch kein Verfahren, das Sie schon seit vielen Monaten dringend herbeisehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte auch von hier aus noch einmal meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ressort herzlich danken, die sich so unermüdlich für den Umweltschutz einsetzen - jeden Tag draußen, bei jedem Wetter -, natürlich den Abteilungsleitern und Abteilungsleiterinnen und auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im meinem Büro, die wirklich ganz hervorragende Arbeit leisten: Herzlichen Dank! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zur Geschäftsgruppe Umwelt und zum Wirtschaftsplan der Unternehmung Wien Kanal liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir unterbrechen nun die Sitzung und setzen sie morgen mit der Beratung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung um 9 Uhr fort.

Schönen guten Abend!

(Unterbrechung der Sitzung um 20.39 Uhr.)